Proletarierinnen/
Proletarier aller
Länder, vereinigt
euch!

Zeitschrift für den
wissenschaftlichen
Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG – Organisation für
den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 40
2022

Rot Front

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in Deutschland (1894 bis 1914)

Teil 2

Der politisch-theoretische Kampf der Sozialdemokratie in Deutschland

ISSN 1616-315X

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin
https://gegendiestroemung.net
Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen
Judenfeindschaft in Deutschland
(1894 bis 1914)

Teil 2

Der politisch-theoretische Kampf der Sozialdemokratie in Deutschland

Zur Analyse des Kampfs der kommunistischen Kräfte
gegen Judenfeindschaft (Band 3, Teil 2)

Inhaltsverzeichnis

Einleitender Überblick ... 9

I. Politisch-theoretischer Kampf ... 17

Überblick ... 17

1. August Bebel ... 21
   a) Veröffentlichung der Bebel-Rede von 1893 als Broschüre (1894/1906) – hauptsächlich „Verschlimmbesserungen“ ... 21
   b) Bebels Interview nach seiner Parteitagsrede (1893) – Falsche Zugeständnisse ... 38

2. Karl Kautsky ... 41
   a) Zum Artikel von Karl Kautsky: „Das Massaker von Kischineff und die Judenfrage“ (1903) ... 41

3. Überblick über die Artikel der „Neuen Zeit“ ... 54
   a) Allgemeine Fragen – zur jüdischen Geschichte und Religion ... 55
   b) Zur Judenfeindschaft in Deutschland ... 55
   c) Zur Judenfeindschaft in Russland ... 57
   d) Zu Fragen der jüdisch-revolutionären Bewegung in Russland ... 57
   e) Zur Judenfeindschaft und zur Lage der jüdischen Bevölkerung in weiteren Ländern ... 59
   f) Zum Zionismus ... 60
   g) Gegen Rassismus, Sozialdarwinismus und gegen Sombart ... 61

4. Wichtige Artikel aus der „Neuen Zeit“ ... 63
   a) Franz Mehring ... 63
   b) Eduard Bernstein ... 67
   c) Weitere Artikel ... 72

5. Ein Blick auf die „Sozialistischen Monatshefte“ ... 87

6. Clara Zetkin in der Zeitschrift „Gleichheit“ (1896) ... 93

II. Politisch-propagandistischer Kampf ... 97

Überblick ... 97

1. Die Parteitage der SPD 1894 bis 1913 ... 104
   a) Stärken ... 105
   b) Schwächen und Fehler ... 107
   c) Judenfeindliche Klischees im innerparteilichen Kampf ... 113

2. Zum Kampf gegen Judenfeindschaft im Zentralorgan der Sozialdemokratie und die Reden im Reichstag ... 119

a) Zum Kampf gegen Judenfeindschaft im „Vorwärts“ 119
b) Zum Kampf gegen Judenfeindschaft im Reichstag..... 134
3. Die Auseinandersetzung um die Dreyfus-Affäre in der Sozialdemokratie in Deutschland..... 155
Einleitung 155
a) Worum ging es bei der sogenannten Dreyfus-Affäre? 156
b) Stellungnahmen der Sozialdemokratie aus Deutschland (Bebel, Luxemburg, Singer, Kautsky, Mehring, W. Liebknecht) 159
Zusammenfassung..... 175
4. Die Zeitschrift „Der wahre Jacob“ 177
a) Entlarvung von Judenfeindschaft 177
b) Falsche und üble Positionen..... 183
III. Der Kampf von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ...201
Überblick..... 201
1. Karl Liebknecht 202
a) „Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!“..... 202
b) Gegen die Phrase „Gastrecht missbraucht“..... 203
c) Gegen die Judenverfolgung in Russland 204
d) Gegen judenfeindliche Studentenstreiks 1913 205
e) Religionsbekenntnis unerheblich für die Kriminalstatistik 206
f) Gegen die Hetzkampagne gegen russisch-jüdische Studierende..... 206
2. Rosa Luxemburg 208
a) Ironische Zurückweisung eines judenfeindlichen Angriffs..... 210
b) Programmatisch zur Gleichberechtigung auf allen Gebieten angesichts der zaristischen Spaltungspolitik und der zaristischen Hetze..... 211
c) Rosa Luxemburg zur Marx’ Schrift gegen den Judenfeind Bruno Bauer von 1844 212
IV. Abschließende Bemerkung und Ausblick 215
Vertiefungen und Anmerkungen..... 221
1. Vertiefung: Kritik jüdischer Aktivisten an der Sozialdemokratie ... 223
a) Zu den „Handbüchern für sozialdemokratische Wähler“..... 223
b) Weitere Kritikpunkte 233
c) Kritik an den Parteitagen der Sozialdemokratie..... 235
2. Vertiefung zu Franz Mehring..... 245
a) Mehring zur Schrift von Karl Marx gegen den Judenfeind Bruno Bauer..... 245

b) Franz Mehring und der Judenfeind Hans Leuß 253
3. Vertiefung: Zur Dreyfus-Affäre 257
a) Der Kampf in Frankreich 257
b) Weitere Stellungnahmen aus Deutschland zur Dreyfus-Affäre ... 271
4. Anmerkung: Jüdische Themen in der II. Internationale 277
a) Resolution des Kongresses 1896 in London zur jüdischen Einwanderung 277
b) Erklärung des Büros der Sozialistischen Internationale zumPogrom in Kischineff 1903 277
c) Resolution des Amsterdamer Kongresse 1904 „gegen die Ausnahmegesetzgebung und die Verfolgung der Juden in Russland“ 279
5. Anmerkung: Jüdische Themen in der II. Internationale vor 1895 (Nachtrag) 281
a) Teilnahme jüdischer sozialistischer Organisationen am Gründungskongress der II. Internationale 1889 in Paris 281
b) Kongress 1891 in Brüssel: Falsche Weichenstellung „gegen Antisemitismus und Philosemitismus“ 282
6. Anmerkung: Wilhelm Liebknechts Text „Aus meiner Schulmeisterzeit“ 287
7. Anmerkung: „Süddeutscher Postillion“ 289

Literaturverzeichnis 291

Abkürzungsverzeichnis

AZJ	„Allgemeine Zeitung des Judentums“
C.V.	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
GB	„Der Gemeindebote“ (Beilage der AZJ)
IdR	„Im deutschen Reich“
IR	„Israelitische Rundschau“
JR	„Jüdische Rundschau“ (JR)
LW	Lenin Werke
MAV	„Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“
MEW	Marx Engels Werke
SDAPR	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands
SW	Stalin Werke

Außerdem erschienen:

Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in Deutschland (1894 bis 1914)

Teil 1

Voraussetzungen für den Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in Deutschland

300 Seiten

Teil 3

Der wissenschaftlich-theoretische Kampf der Sozialdemokratie in Deutschland

260 Seiten

Einleitender Überblick

In diesem Teil 2 von Band 3 „Der Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in Deutschland (1894 bis 1914)“ wird aus unterschiedlichen Kampfbereichen der Sozialdemokratie die Haltung zum Kampf gegen die Judenfeindschaft dargestellt und analysiert. Dieser Kampf fand ab 1900 im sich entwickelnden Imperialismus statt. Eine der wichtigsten Besonderheiten des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus (Reaktion auf der ganzen Linie) ist – wie in Teil 1 schon ausgeführt –, dass mittelalterliche und noch ältere reaktionäre Ideologien (und ihnen entsprechende politische Kräfte und Organisationen), wie es die Judenfeindschaft ja war, eine wichtige Waffe der herrschenden Klasse im Kampf um die Gewinnung der Massen und im politischen Kampf werden.

Jedoch war der handfeste praktische Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeinde im Vergleich zu den Jahren vor 1893/94 sehr weitgehend zurückgegangen. Dennoch gab es auch solche Kämpfe[1]. Es gab Saalschlachten mit Judenfeinden, gestörte Veranstaltungen usw. Im August 1902 kam es in Berlin auf einer Veranstaltung des Judenfeinds Graf Pückler zu einer Saalschlacht zwischen seinen Anhängern und sozialdemokratischen Aktivist:innen.[2] Im September 1909 störten mehrere sozialdemokratische Aktivist:innen in Berlin eine Veranstaltung der judenfeindlichen Handlungsgehilfen und wurden von der Polizei verhaftet.[3]

---

[1] Durchaus nicht völlig von der Hand zu weisen, wenn auch sicher zu pauschal, ist folgende Einschätzung von Norbert Elias zur Haltung der Sozialdemokratie und auch der kommunistischen Kräfte zur Judenfeindschaft: „Die Repräsentanten des Sozialismus stehen und standen früher noch stärker in bewusster Kampfstellung gegen alle antisemitischen Richtungen, und die Kommunisten ebenfalls. Aus Judenfreundlichkeit? Nein! Sie bekämpfen im Antisemitismus den Teil einer politischen Strömung, die ihnen als Ganzes feindlich gegenübersteht.“ (Elias, Norbert: Zur Soziologie des deutschen Antisemitismus, in: Elias, Norbert: Frühschriften, Frankfurt 2002, S. 117–126, hier: S. 118)

[2] Siehe IdR, Nr. 8/1902, S. 445. Um den Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft einschätzen zu können, stützen wir uns auch auf die jüdischen Organe „Allgemeine Zeitung des Judentums“ (AZJ) und „Im deutschen Reich“ (IdR) sowie die „Jüdische Rundschau (JR), außerdem auf die „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ (MAV).

[3] Siehe MAV, Nr. 45/1909, S. 350

Vorherrschend war jedoch der politisch-theoretische und politisch-propagandistische Kampf durch Reden und Artikel.

Im Abschnitt I geht es um die politisch-theoretische Positionierung der Sozialdemokratie in Deutschland, um August Bebel, Karl Kautsky und vor allem um das theoretische Organ „Die neue Zeit". Die etwas unbeholfene Formulierung „politisch-theoretisch" dient hier zur doppelten Abgrenzung: Es soll unterschieden werden von den Positionen, die direkt im politischen Kampf auf Parteitagen, im Zentralorgan, durch Reden im Reichstag usw. eingenommen wurden, wo es vor allem um direkte Antworten auf politische Herausforderungen ging. Die Bezeichnung „politisch-theoretisch" dient aber auch als Abgrenzung zu den theoretisch-wissenschaftlichen Herausforderungen und den sozialdemokratischen Beiträgen dazu, die in einem gesonderten Teil 3 publiziert werden.

- Es werden zunächst **Bebels und Kautskys Positionen** analysiert anhand von Bebels Broschüren gegen Judenfeindschaft von 1896 bzw. 1906 , in der seine Rede auf dem SPD-Parteitag von 1893 in überarbeiteter Form veröffentlicht wurde, sowie von Kautskys Artikel zum Pogrom von Kischineff 1903. In Hinblick auf die theoretischen Arbeiten, insbesondere von Bebel (vor allem die Neuauflage seiner programmatischen Rede von 1893) und Kautsky, existiert nach wie vor das Grundproblem der Sozialdemokratie in Deutschland, durch Hinweise auf eine angebliche wirtschaftliche Vormachtstellung der Judenfeindschaft zumindest den Schein einer gewissen Berechtigung zu verleihen, statt auch dieses Märchen zu widerlegen. Wenn auch nur knapp hat Kautsky immerhin schon recht früh den Begriff der „Rasse" für die jüdische Bevölkerung abgelehnt. Unstrittig ist, dass insbesondere die Praxis des politischen Antisemitismus eindeutig abgelehnt wurde.

- Als nächstes geht es um das offizielle theoretische Organ der Sozialdemokratie in Deutschland, **„Die Neue Zeit".** Die Zeitschrift wird zunächst überblicksartig vorgestellt und dann werden mehrere Artikel, insbesondere von Franz Mehring und Eduard Bernstein, genauer analysiert.

Diese Artikel in der „Neuen Zeit" sind bis auf eine Ausnahme weitgehend dadurch gekennzeichnet, dass Zugeständnisse nach der Methode „Ja, aber", und „Nein, aber doch" gemacht werden. Neben richtigen

Positionen kommen solche Zugeständnisse unter anderem in den Behauptungen zum Ausdruck, dass die Juden in Polen die polnische Bevölkerung bedrückt hätten oder dass die alte judenfeindliche Publikation des Orientalisten August Rohling zum Talmud doch auch viel Wahres enthalten habe sowie die Wiederholung der falschen Bebel'schen These, dass die Judenfeindschaft aus dem Konkurrenzkampf entstanden sei. Ja, auch die böse Redensart vom „polnischen Schacherjuden" findet sich sowie das absurde Lob für den Judenfeind Otto Böckel, er sei eigentlich „doch demokratisch". Nichtdestotrotz wird Judenfeindschaft, insbesondere auch in Russland, angeprangert und auch darauf hingewiesen, dass trotz eines gewissen Rückgangs des sogenannten Radauantisemitismus der „stille Antisemitismus" im konservativen Lager noch zunehme. Daneben steht die falsche Ansicht, die Judenfeindschaft sei bereits 1910 „gänzlich zerschmettert" und Ähnliches. Eine inhaltliche Systematik ist hier nicht zu erkennen, Kritik oder Diskussionen gab es nicht.

Es folgt ein Blick auf die Zeitschrift der opportunistisch-revisionistischen Kräfte in der SPD, die **„Sozialistischen Monatshefte"**.

Dieser Abschnitt schließt mit einer kurzen Analyse von **Clara Zetkin** in der Zeitschrift „Die Gleichheit".

Nachfolgend geht es im Abschnitt II um den eigentlichen **politisch-propagandistischen Kampf** gegen Judenfeindschaft in Deutschland. Hier wird nach **Textgattungen** unterschieden.

● Wenn zu Beginn ein kurzer Überblick über die wenigen Passagen zur Judenfeindschaft im Rahmen der Protokolle der **Parteitage der SPD von 1894 bis 1913** gegeben wird, geschieht das durchaus im Bewusstsein, dass es in Wirklichkeit keine Debatten über die Judenfeindschaft und zu Fragen der politisch-theoretischen Taktik im Kampf gegen Judenfeindschaft in Deutschland auf all diesen Parteitagen gegeben hat. Das Thema wurde im Großen und Ganzen – trotz dieser oder jener Ausnahme – als mehr oder minder durch die Resolution gegen Judenfeindschaft auf dem Parteitag 1892 und die Parteitagsrede Bebels 1893 als erledigt betrachtet. Hätte es gewichtige Auseinandersetzungen auf den Parteitagen gegeben, dann hätte ein Bericht über den Verlauf dieser Debatten sicher einen höheren Stellenwert gehabt. So

aber sind eher ekelhafte Bemerkungen, insbesondere von revisionistischen Sozialdemokraten gegen Rosa Luxemburg und andere jüdische Delegierte, Ergebnis der Durchsicht der Parteitagsprotokolle.

Parteitage haben ja den Sinn, auf neue Bedingungen zu reagieren und mögliche Fehler oder veraltete Ansichten zu korrigieren. Genau das geschah auf den Parteitagen der SPD bis 1913 im Hinblick auf Judenfeindschaft nicht.

Die Tatsache, dass die Parteitage der SPD im Zeitraum von 1895 bis 1913 keine Resolution und keinerlei Richtlinie für den Kampf gegen die Judenfeindschaft beschlossen hatten, erklärt übrigens auch, warum in diversen Stellungnahmen sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Positionen in verschiedenen Organen der SPD eingenommen wurden.

● Sowohl im Zentralorgan **„Vorwärts“** als auch in **Reden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion** spiegelt sich erneut wider, dass judenfeindliche Klischees übernommen wurden, wie dies in der Rede vom „Bankjudentum“ oder in der Gleichsetzung von Börse und Judentum zum Ausdruck kam. Auch hier gab es die falsche Einschätzung, dass der Antisemitismus eigentlich tot und abgetan sei. Aber der „Vorwärts“ und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete haben klar die staatliche Diskriminierung der jüdischen Menschen verurteilt und den Kampf gegen Judenfeindschaft, etwa gegen die reaktionäre „Kreuz-Zeitung“ und gegen das Zentrum, mit konkreten Beispielen aufgenommen und auch die pogromartigen Ausschreitungen in Konitz angeprangert. Neben der Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung in Russland wurde auch klargestellt, dass die Beschimpfung von Sozialdemokraten als „Judenlümmel“ u.ä. zum erweiterten Arsenal der Judenfeinde gehört, dass selbst die sogenannte Ritualmordlüge noch verbreitet wurde und bekämpft werden musste, ähnlich wie die judenfeindlich begründete Forderung nach einem Verbot der Tierschächtung. Im Gegensatz dazu stehen die Versuche im „Handbuch für sozialdemokratische Wähler“, die Judenfeinde der Inkonsequenz anzuklagen und zudem äußerst halbherzig-spießerhaft über schlechte und gute Eigenschaften in der jüdischen Bevölkerung zu berichten, wobei die Benennung von Rothschild als Codewort für „reiche Juden“ in diesem für die jeweiligen Reichstagswahlen richtungsweisenden Handbuch immer noch akzeptiert und für nötig gehalten wird.

● Eingeschoben haben wir einen gesonderten Teil, bei dem es eigentlich um ein politisches Ereignis in Frankreich geht, die **sogenannte Dreyfus-Affäre,** in der ein jüdischer Offizier aus judenfeindlichen Motiven denunziert, angeklagt und zu langjähriger Haft verurteilt wurde. Diese judenfeindliche Kampagne hatte keinesfalls nur aktuelle politische Bedeutung, sondern stellte auch weitreichend theoretische Grundannahmen der Sozialdemokratie in Deutschland im Kampf gegen Judenfeindschaft infrage. Bis dahin gab es die Vorstellung, dass die Judenfeindschaft ein Relikt des Feudalismus und in modernen, hochentwickelten kapitalistischen Staaten wie Frankreich gar nicht mehr möglich sei. Die Kraft der judenfeindlichen Bewegung wurde aus sozioökonomischen Faktoren abgeleitet. Dieses Erklärungsmuster, das sich auf feudale Überreste in Deutschland und die feudalen und halbfeudalen Zustände in Russland stützte, griff angesichts der judenfeindlichen Bewegung in Frankreich nun nicht mehr. Die zweite große theoretische Herausforderung bestand darin, dass angesichts einer antidemokratischen reaktionären Bewegung, die sich nicht unmittelbar gegen die proletarische Klasse richtete, die Frage nach dem Klassenstandpunkt auftauchte, da es ja nun nicht zu den ureigenen Erfahrungen der Sozialdemokratie gehörte, dass man sich etwa für diskriminierte jüdische Angehörige des Militärs oder auch der herrschenden Klasse einsetzt. In diesem Zusammenhang gab es durchaus gewisse Erkenntnisse auch in Deutschland, allerdings kam diesen keine allzu große Bedeutung zu. Es war dies der aus demokratischen Gründen geführte Kampf der Sozialdemokratie gegen die Verfolgung der Jesuiten als Teil einer protestantisch-reaktionären Bewegung in der Zeit Bismarcks. Auch hier war nicht unmittelbar die proletarische Klasse angegriffen worden, sondern demokratische Rechte, Religionsfreiheit und die sozialdemokratische Forderung nach strikter Trennung von Staat und Religion bzw. religiösen Institutionen waren das Thema.

So oder so, angesichts der Dreyfus-Affäre in Frankreich kam es zu doch recht unterschiedlichen Reaktionen in der Sozialdemokratie in Deutschland, die die Unsicherheit und Unklarheit auf theoretischem Gebiet im Hinblick auf den Kampf gegen die Judenfeindschaft sichtbar machten.

● Im Anschluss daran wird in einem Abschnitt berichtet und analysiert, was **„Der wahre Jacob“,** die meistverbreitete sozialdemokratische Zeitschrift dieser Zeit, im Kampf gegen Judenfeindschaft mit richtigen und ausgesprochen wichtigen aufklärerischen Artikeln und Karikaturen geleistet hat. Wobei aber dennoch, mehr oder minder im Rahmen grundlegend falscher Ansichten in der damaligen Sozialdemokratie, auch Karikaturen und sogenannte Witze verbreitet wurden, die leider so auch in judenfeindlichen Hetzblättern hätten erscheinen können. Judenfeindliche Karikaturen in einer sozialdemokratischen Zeitschrift wurden geduldet und nicht öffentlich kritisiert. In der Tat fallen gerade diese gravierenden Fehler im wahrsten Sinne des Wortes besonders ins Auge, weil eben die Karikaturenzeichnung eine ganz andere emotionale Wirkung hervorruft als der bloß geschriebene oder gesprochene Satz. Es kann zwar nicht bestritten werden, dass der Kampf gegen Judenfeindschaft ein Bestandteil der grundsätzlichen Ausrichtung der Satirezeitschrift „Der wahre Jacob“ war, aber gerade in diesem Rahmen fallen ganz besonders die Übernahme judenfeindlicher Klischees sowie die problematische, ja falsche Methode der sogenannten „Selbstentlarvung“ durch den bloßen Bericht über judenfeindliche Erscheinungen ins Gewicht.

● Im abschließenden Abschnitt III wird ganz bewusst hervorgehoben, was **Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg,** die später angesichts der revisionistischen, proimperialistischen Versumpfung der Sozialdemokratie entscheidend zur Gründung der KPD beigetragen haben, an im Wesentlichen richtigen Positionen innerhalb der Sozialdemokratie in Deutschland vertreten haben. Die wenigen nötigen kritischen Bemerkungen zu falschen Positionen (im Rahmen der Fehler der Sozialdemokratie) sind von untergeordneter Bedeutung, wogegen die klare Positionierung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegen Judenfeindschaft als vorbildlich einzuschätzen ist.

Noch eine Bemerkung zu den **Vertiefungen und Anmerkungen** am Schluss dieses Teils 2 der Studie zum „Kampf der Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft in Deutschland (1894–1914)“. Die weitgehend berechtigte Kritik in jüdischen Publikationen an auch von uns kritisierten Passagen in Publikationen der Sozialdemokratie hätte sicher auch an anderer Stelle einen Platz finden können, etwa in Teil 1

dieser Studie, in dem der Kampf gegen Judenfeindschaft in der jüdischen Publizistik auch ein Thema war. Ausschlaggebend für die Platzierung hier war, dass die Kritik sicherlich besser eingeordnet werden kann, wenn der Kampf der Sozialdemokratie bereits vorgestellt und analysiert wurde. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dadurch Wiederholungen nicht vermieden werden konnten, die wir aber in Kauf genommen haben, weil uns die ausführliche Darstellung der Kritik an der Sozialdemokratie in jüdischen Publikationen besonders wichtig war. Diese Kritik wurde nach unserem Wissensstand nirgends schriftlich beantwortet, sodass die Chance zur solidarischen Diskussion vertan wurde.

* * *

Eine große Schwierigkeit für die Lesbarkeit von Teil 2 ist, dass mit vielen Belegen gearbeitet wird. Es wird einerseits nach Textgattungen unterschieden (zentrale programmatische Erklärungen, Parteitage, theoretische Ausführungen, das theoretische Organ „Neue Zeit“, das Zentralorgan „Vorwärts“, Zeitschriften wie „Der wahre Jakob“, die Äußerungen in den Reichstagsdebatten). Teilweise aber wird auch nach wichtigen Personen gegliedert. Innerhalb der einzelnen Teile wurde entschieden, chronologisch oder nach Themen zu gliedern.

Entsprechend dem grundlegenden Ansatz, dass ein spezielles Thema umfassend behandelt werden soll, nämlich der Kampf gegen die Judenfeindschaft, kann es sich nicht um eine chronologische Geschichte der Sozialdemokratie handeln. Diese Geschichte wird immer wieder angedeutet und muss teilweise mitgedacht werden. Nach der programmatischen Rede von Bebel auf dem SPD-Parteitag 1893, die als Broschüre 1894 und 1906 veröffentlicht wurde, gab es keine Parteitagsbeschlüsse mehr zur Frage der Judenfeindschaft, auch wenn insbesondere Kautsky zu dieser Frage längere Artikel und Broschüren veröffentlicht hat. Daher geht es weitgehend um Einzeläußerungen bestimmter Personen in bestimmten Situationen. Dabei hatte sicherlich ein Text im theoretischen Organ oder im Zentralorgan eine größere Bedeutung als eine einzelne Äußerung auf einem Parteitag oder in einer anderen sozialdemokratischen Zeitschrift. Von den Persönlichkeiten, deren Ausführungen teilweise gesondert analysiert werden, war die Positionierung von August Bebel von besonderer Bedeutung. In

sich geschlossen werden auch die Ansichten von Karl Kautsky dargestellt. Hervorstechend sind die hervorragenden Stellungnahmen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Dennoch zeigte sich, dass viele Abschnitte durch einen inhaltlichen Überblick eingeleitet werden mussten, um die Vielfalt der angerissenen Themen schon einleitend zu ordnen und den teilweise unvermeidlichen Themenwechsel im Aufbau in bestimmten Abschnitten wenigstens knapp zu begründen.

Wie immer bitten wir um Kritik, Diskussionsbeiträge, Überlegungen und Ergänzungen.

I. Politisch-theoretischer Kampf

Überblick

Nachfolgend wird zuerst auf die Veränderungen (genau genommen sind es meist Verschlechterungen) der 1894 und 1906 veröffentlichten Rede von **August Bebel** auf dem Parteitag der SPD 1893[4] eingegangen. Ohne genau zu wissen, wer diese Rede überarbeitet und die Broschüren redigiert hat und welche Rolle dabei Bebel selbst gespielt hat, waren beide Broschüren doch von größter Bedeutung als eine Art verbindliche Anleitung für die Mitglieder der SPD im Kampf gegen die Judenfeindschaft.

● Ein erster gravierender Fehler dieser Nachträge von 1894 und 1906 besteht in der Verwendung der eigentlich abgelehnten **verallgemeinernden** Formulierung **„der Jude".** Der alte Fehler, dass angeblich durch die **wirtschaftlichen Umstände und das Verhalten „der Juden" selbst** Judenfeindschaft hervorgerufen wurde oder gar hervorgerufen werden musste, wiederholt. Oft wird nicht klargestellt, wie die Realität, wie die wirkliche Lage der jüdischen Bevölkerung aussah, um das Zerrbild der Judenfeinde zu bekämpfen.

Auch der nun eingefügte Bezug auf die frühe Schrift von Karl Marx von 1844 ist zwiespältig und richtet sich nur halbherzig gegen eine falsche Auslegung und Formulierungen der Schrift von Marx, die er als Kritik an Bruno Bauers Schrift „Zur Judenfrage" (1844) verfasst hatte. Eine Reihe damit zusammenhängender Verschlechterungen der ursprünglichen Rede Bebels werden aufgezeigt. Gravierender aber ist, dass Bebel leider meint, durch einen Rückgriff auf Charles Darwin irgendwelche angeblichen „eigentümliche Charaktereigenschaften dieser Rasse", wie die jüdische Bevölkerung bezeichnet wird, begründen zu müssen und nun gar von „teils angeborenen Eigenschaften der Rasse" geschrieben wird.

---

[4] Eine genaue Analyse dieser programmatischen Rede Bebels (einschließlich der beschlossenen Resolution zu diesem Thema) gegen die Judenfeindschaft ist enthalten in: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893)", Offenbach 2019, Seite 457– 494.

Gravierend ist auch, dass am Ende eines 2. Nachtrags die völlige Fehleinschätzung festgeschrieben wird, dass die Judenfeindschaft „in Deutschland nie Aussicht hat, irgendeinen maßgebenden Einfluss auf das staatliche und soziale Leben auszuüben".

Diese Zugeständnisse und weitere Verschlechterungen des Textes sowie damit verbundene gravierend falsche Orientierungen der Mitglieder der Sozialdemokratie müssen bewusst sein.

Abschließend sind allerdings auch richtige Positionen festzuhalten, die so in der Parteitagsrede 1893 noch nicht zu finden waren. Bebel stellt klar, dass **Judenfeindschaft ein Instrument der herrschenden Klassen im Klassenkampf ist,** prangert Judenfeindschaft und Pogrome in Russland an. Er stellt nun viel deutlicher heraus, dass die Anhänger der Judenfeinde Menschen mit den **„niedrigsten Trieben und Instinkten"** sind und diagnostiziert deren **„moralische Verlumpung".**

- Anschließend wird ein Bebel-Interview von 1893 analysiert, das die Fehler seiner Parteitagsrede leider nicht korrigiert, sondern weiter ausbaut.

- Von großem Interesse sind die Arbeiten von **Karl Kautsky** zur Frage von „Rasse", Judentum und Judenfeindschaft. Hier wird Kautskys Aufsatz „Das Massaker von Kischineff und die Judenfrage" aus dem Jahre 1903 vorgestellt. Die Schrift „Rasse und Judentum" (1914) wird in Teil 3 ausführlich analysiert.

In dem Artikel **„**Das Massaker von Kischineff und die Judenfrage" behält Kautsky die Erklärung, dass Judenfeindschaft aus ökonomischen Gründen entstanden sei, für Westeuropa zwar bei, erklärt diese aber richtigerweise für Russland mit seinen judenfeindlichen Pogromen in erster Linie aus den Aktivitäten der herrschenden Klasse und der Politik des Zarismus. Kautsky lehnt eindeutig den Begriff einer „jüdischen Rasse" ab und stellt den Begriff „Rasse" überhaupt infrage. Er betont die Solidarität zwischen jüdischen und nichtjüdischen Arbeiter:innen in Russland sowie die Notwendigkeit der Verteidigung der **gesamten** jüdischen Bevölkerung gegen die Pogrompolitik durch die erstarkende revolutionäre proletarische Bewegung.

Aber diese ausgezeichneten Passagen werden massiv getrübt durch die Behauptung, negative „besondere Eigenschaften“ der jüdischen Bevölkerung resultierten zwar nicht aus Eigenschaften der „Rasse“, aber sie seien eben auch nicht nur Schein, sondern bestünden in Wirklichkeit. Neben dem Verweis auf den aktuellen Klassenkampf holt Kautsky insbesondere die (später noch ausgebaute) Assimilierungsthese hervor, wonach die Judenfeindschaft im Grunde nur beendet werde, wenn die jüdische Bevölkerung aufhören würde, „fremd“ zu sein, das heißt ihren „fremdartigen Charakter“ verliere, und zu diesem Zweck müsse sie sich laut Kautsky assimilieren.

- Dann wird das theoretische Organ der SPD, **„Die Neue Zeit“**, vorgestellt. Zunächst wird ein Überblick über die Positionen in der „Neuen Zeit“ gegeben, um danach insbesondere mehrere Artikel von Mehring und Bernstein genauer zu analysieren.

Bei der Darstellung des Überblicks der Stellungnahmen in der „Neuen Zeit“ kommen wir – wenn auch verständlicherweise in gebotener Kürze –, auf die schon ausführlicher behandelten Stellungnahmen zurück.

Wir sind der Meinung, dass das in Kauf zu nehmen ist. Ebenfalls doppelt – einmal kurz, einmal genauer – werden wir auf zwei Buchauszüge von Mehring zu der Marx-Schrift von 1844 eingehen: Einmal bei der Behandlung der Artikel in der „Neuen Zeit“, dann aber genauer im Teil „Vertiefung und Anmerkungen“. Der Grund dafür ist, dass wir die ganze Debatte über die Marx-Schrift gegen Bruno Bauer 1844 schon in einem gesonderten Band abgehandelt haben.[5]

Zur Gliederung und zum Aufbau muss noch erwähnt werden, dass die wichtigste Schrift in der Zeitspanne von 1894 bis 1914 (Kautsky: „Rasse und Judentum“) zunächst nur knapp im Teil „Kautsky“ und in der Übersicht der Artikel in der „Neuen Zeit“ erwähnt wird, aber dafür sehr ausführlich in Band 3, Teil 3 abgehandelt werden wird. Ebenfalls aus Gründen der thematischen Zuordnung werden

[5] Siehe Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft. Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45), Offenbach 2013

- zwei Artikel von Bebel und Kautsky zu Darwin und zum Sozialdarwinismus
- ein Artikel von Heinrich Cunow gegen den Sozialdarwinisten Ludwig Woltmann

im Band 3, Teil 3 über Darwin im Detail analysiert und eingeschätzt.

Weiter werden

- ein Artikel von Bernstein über die Frage der „Rasse“
- ein Artikel von Otto Bauer über „moderne Rassentheorie“
- ein Artikel von Gustav Eckstein über „Rasse“

ebenfalls im Band 3, Teil 3 über „Rasse“ genauer behandelt.

Ein Artikel von Willem van Ravesteijn gegen Werner Sombart wird im Band 3, Teil 3 im Abschnitt über Sombart genauer analysiert.

Aber alle diese Artikel werden in der Übersicht der „Neuen Zeit“ bereits knapp angeschnitten und es wird auf die thematisch passende genauere Behandlung in Teil 3 verwiesen.

● Es folgt ein Blick auf die Zeitschrift der opportunistisch-revisionistischen Kräfte in der SPD, die **„Sozialistischen Monatshefte“**. Diese Zeitschrift war zwar das Organ des revisionistischen Flügels der Sozialdemokratie, aber dennoch auch ein Teil der Sozialdemokratie in Deutschland.

● Am Schluss wird dann noch ein Artikel von **Clara Zetkin** aus der Zeitschrift „Gleichheit“ analysiert, weil Clara Zetkin eine große Autorität und Bedeutung innerhalb der Sozialdemokratie hatte. Ihre Schilderung jüdischer Lebensverhältnisse im Londoner East End ist nicht frei von antijüdischen Vorurteilen über die von ihr als nur reaktionär dargestellte jüdische Kultur. Clara Zetkin stand jedoch fest auf der Position unbedingter Solidarität mit der jüdischen sozialistischen Bewegung in England.

1. August Bebel

a) Veröffentlichung der Bebel-Rede von 1893 als Broschüre (1894/1906) – hauptsächlich „Verschlimmbesserungen“

> **„Der Antisemitismus […] repräsentiert die moralische Verlumpung der ihm anhängenden Schichten.“** (August Bebel, 1906)

Die Rede Bebels von 1893 galt nicht zu Unrecht als eine offizielle Kampferklärung gegen die Judenfeindschaft durch die Sozialdemokratie und hat im Großen und Ganzen, unabhängig von den in ihr enthaltenen Fehlern, als klare politische Ablehnung der Judenfeindschaft gewirkt. Die besondere Bedeutung der Rede Bebels liegt in ihrer Wirkung, ihrem Umfang, aber auch ganz besonders in der überragenden Rolle Bebels als Persönlichkeit der Sozialdemokratie, vor allem in Deutschland, aber auch international. Es war sehr wichtig, dass die Bedeutung des Kampfs gegen Judenfeindschaft durch eine programmatische Rede hervorgehoben wurde.

Seine Rede war zunächst nur in den Prototollen des Kölner Parteitags abgedruckt. Der Parteitag fasste jedoch den Beschluss, die Rede rasch in Broschürenform einer breiteren Leserschaft zur Verfügung zu stellen.

Es ist unerfreulich, dass entgegen der Forderung Bebels keine Debatte zu seiner Rede erfolgte, obwohl es zum Teil neben prinzipieller Ablehnung (Man soll sich nicht in den „Gegensatz“ zu den antisemitischen Parteien setzen, da sie „eine ganze Menge revolutionärer Elemente“ enthalte. Siehe: Protokoll des Parteitags der SPD in Köln 1893, Berlin 1893, S. 104) auch massive Einwände gab, die aber nicht konkret ausgeführt wurden.[6]

Nach der Rede Bebels hat der Delegierte Bock den Antrag gestellt keine Diskussion durchzuführen. Bebel erklärt sich gegen den Antrag,

[6] Dagegen spricht sich sofort Bebel aus, da schon 1892 dieser Punkt auf der Tagesordnung stand und bei seiner Absetzung die Antisemiten „ganz gehörig gegen die Sozialdemokratie“ hätten vorgehen können. (Bebel. Protokoll des Parteitags der SPD in Köln 1893, Berlin 1893. S. 104)

verliert aber die Abstimmung. Es kam zu keiner Diskussion. Bebel erklärt:

> „Es freue ihn, wenn die Versammlung mit dem Referat zufrieden sei, er sei aber schon aus allgemeinen Gründen dagegen, dass ihm eine Extrawurst gebraten werde. Eine allgemeine Debatte, in welcher die Genossen aus ihrer Erfahrung Momente anführten, die in der Agitation gegen den Antisemitismus verwendet werden könnten, würde sehr nützlich und aufklärend wirken." (Bebel. Protokoll des Parteitages in Köln 1893. Berlin 1893, S. 238)

Auf den nachfolgenden Antrag die Rede Bebels als Broschüre herauszugehen gab es eine kurze, aber auch heftige Debatte. Ein Delegierter aus Mainz, Joest, spricht gegen die Drucklegung:

> „Bebel seien große Unrichtigkeiten unterlaufen. So wie die Rede gehalten sei, könne sie nicht gedruckt werden. Als Leitfaden für die Genossen möge man sie herausgeben, aber ohne die historischen Ausführungen, die gar keinen Wert für die Agitation hätten. (Oh!) Für die Agitation sehr wichtige Momente seien mit keinem Jota erwähnt worden. Wer Liebknechts Grund- und Bodenfrage, wer die Jahrgänge der .Neuen Zeit' aufmerksam gelesen habe, für den habe Bebel nichts Neues gesagt. In der Agitation aber träte täglich Neues auf; um eine wirksame Broschüre zu erhalten, müsse man gründlich die Fachzeitschriften studieren und namentlich das Material, das der Bund der Landwirte den Bauern aufgetischt, kritisch bearbeiten. Die heute die Debatte so abgeschlachtet hätten, seien noch nicht so mit dem Antisemitismus im Kampf gewesen, wie die hessischen Genossen. Ganz besonders falsch seien die Ausführungen Bebels über den Hypothekenantrag gewesen." (Joest. Protokoll des Parteitages der SPD in Köln 1893, Berlin 1893, S. 238-239)

Ein anderer Delegierter ist für die Drucklegung, fordert aber für die Verbreitung auf dem Lande, dass „eine leicht fassliche, kurze Schrift über den Antisemitismus herausgegeben werde. In dieser Schrift müsse namentlich auch auf Zerrissenheit der Antisemiten unter sich hingewiesen werden." (Ebenda, S. 239) Bebel erwiderte:

> „Wenn der Vortrag gedruckt wird, würde er natürlich noch eine ganze Reihe von Ergänzungen erfahren. Andererseits muss ich Joest nach seinen gehässig klingenden Anschuldigungen doch auffordern, mir im Einzelnen nachzuweisen, wo die Irrtümer liegen. Ich höre jetzt bloß von ihm, dass er mich in Bezug auf den bayrischen Antrag missverstanden hat. Übrigens bedaure ich selbst am meisten, dass die Debatte geschlossen

ist; ich habe gegen den Schluss gestimmt, weil ich genau weiß, dass gerade die Hessen auf diesem Gebiet viel Erfahrung gemacht haben. Zweifellos wäre die Verhandlung sehr instruktiv gewesen. Gegen den Vorwurf Joest's und gegen seinen Ton verwahre ich mich nochmals." (Bebel. Protokoll des Parteitages in Köln 1893. Berlin 1893, S. 239)[7]

Ein Delegierter (Katzenstein) will die Rede bloß ins Protokoll,

„aber nicht separat veröffentlicht haben, sonst bekomme sie einen parteioffiziellen Charakter und das dürfe nicht geschehen. (Große Heiterkeit) Im historischen Teil seien tatsächlich einige Fehler und der moderne Teil sei nicht erschöpft. Bebel habe ferner einen schweren Vorwurf gegen die Landtagsabgeordneten geschleudert; solche Dinge könnten aber nur nach gründlicher Erwägung durch einen Parteitag, nicht durch das Urteil eines Einzelnen entschieden werden. Die Partei dürfe sich im Interesse der Agitation und der Parteientwicklung nicht auf den Standpunkt stellen, dass den Kleinbauern nicht entgegengekommen werden dürfe." (Katzenstein. Protokoll des Parteitages in Köln 1893, Berlin 1893, S. 239)

Der Antrag auf Drucklegung als Broschüre wurde dann angenommen. (Ebenda, S. 240). Der Druck erfolgte mit einigen Änderungen.

Dies geschah 1894, als Bebels Rede überarbeitet in Broschürenform im Verlag des „Vorwärts" veröffentlicht wurde. Eine weitere Auflage erschien 1906[8] im selben Verlag.[9]

---

[7] Neben einigen speziellen Anmerkung über einige das Parlament betreffende Anmerkung von Bebel zur Haltung der Partei zu den Bauern in der Rede, die nicht genauer benannt werden, gab es noch folgende Positionen: Ein Delegierter aus Hanau „hält gerade die Veröffentlichung des historischen Teils für ein Bedürfnis" (Protokoll Köln 1893, S. 239), während ein anderer Delegierter die Drucklegung für die Genossen billigte, „unter denen über die antisemitische Frage noch viel Konfusion herrsche. Diejenigen, welche wir vom Antisemitendusel kurieren müssen, würden den historischen Teil gar nicht verdauen." (Protokoll des SPD Parteitags in Köln 1893. Berlin 1893. S. 239)

[8] Anstoß zur Neuauflage 1906 haben wohl die aufflammenden Judenverfolgungen in Russland gegeben, so zumindest Rosemarie Leuschen-Seppel. Siehe Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich – Die Auseinandersetzung der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978, S. 220.

[9] Unseres Wissens hat erstmals Lars Fischer in seinem Buch „The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany", New York 2007, auf S. 71 f. genauer die Veröffentlichungsgeschichte der Bebel-Rede untersucht und auf die inhaltlichen Unter-

Dabei geht es um folgende Veränderungen:

Erstens. Es sollen die inhaltlich wichtigen Punkte analysiert werden, die in der Auflage von 1894 und 1906 eingefügt bzw. geändert wurden.

Zweitens. In der überarbeiteten Fassung der ersten Auflage (1894) ist ein recht umfangreicher „1. Nachtrag" hinzugefügt worden (zusätzlich fast 25 Absätze mit allerlei statistischem Zahlenmaterial, insbesondere auch fragwürdige Kriminalstatistiken) und in der zweiten Auflage (1906) wurden weitere acht Absätze als „2. Nachtrag" ergänzt, die sich inhaltlich mit der jüdischen Bevölkerung in Osteuropa beschäftigen. Diese neuen Teile werden ebenfalls analysiert.

Die Rede von 1893 in der ursprünglichen Fassung wurde bereits in einer früheren Veröffentlichung ausführlich untersucht.[10] Hier sollen dennoch zunächst Kernpunkte und Fehler dieser Rede kurz zusammengefasst werden, um die nachfolgenden Veränderungen besser einordnen zu können:

1. Bebel geht irrtümlich davon aus, dass es eine „jüdische Rasse" geben würde und spricht in biologistischer Weise von angeblichen „natürlichen Anlagen" bei der jüdischen Bevölkerung zum „Handel".

2. Die Judenfeindschaft wird von Bebel ökonomistisch erklärt, denn er sieht sie als direkte Folge der ökonomischen Entwicklung oder als Folge der ökonomischen Konkurrenz oder der Notlage bestimmter Klassen, Schichten und Gruppen.

3. Bebel übernimmt zudem Diktion und Vorurteile der Judenfeinde, wenn er immer wieder von „dem Juden" spricht und zum Beispiel behauptet, dass die „große Majorität" der Juden „als handeltreibende und kapitalkräftige Leute" bei der Entwicklung des Kapitalismus im Deutschen Reich „im Vordergrund" gestanden hätte.

---

schiede der drei Versionen aufmerksam gemacht. Fischer vergleicht die verschiedenen Versionen in Bezug auf die Erwähnung oder Nichterwähnung der Marx-Schrift von 1844.

[10] Siehe Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893), Offenbach 2019, S. 457 ff.

4. Manche Formulierungen Bebels über die Rolle der jüdischen Bevölkerung auf dem Land entsprechen der Vorstellung, dass die Judenfeindschaft der Bäuer:innen durch die jüdische Bevölkerungselbst hervorgerufen würde und Judenfeinde diese Situation lediglich ausnützen würden.

5. Für Bebel ist die Judenfeindschaft nicht durch und durch reaktionär, sondern er folgt der grundfalschen Vorstellung, dass ihre Anhänger sich angeblich im Laufe ihrer Entwicklung „gegen das Kapital überhaupt" richten würden, ja „wider Willen revolutionär werden" müssen.

6. Beim Versuch, das Programm der Judenfeinde zu bekämpfen und zu entlarven, weist Bebel vor allem einen ihrer entscheidenden Programmpunkte, die Aufhebung der Judenemanzipation, nicht aufgrund von demokratischen und humanistischen Grundpositionen zurück, sondern weil die Realisierung dieser Forderung nicht funktionieren würde. Zudem bedient Bebel das klassische judenfeindliche Vorurteil, dass sich die jüdische Bevölkerung „wie Sand am Meer" vermehren würde.

Bei aller notwendigen Kritik soll abschließend auf die Stärken der Rede Bebels eingegangen werden.

1. Der Hauptpunkt ist, wir wiederholen es, die **positive Signalwirkung,** die von dieser Rede trotz aller Schwächen ausging.

2. Sehr klar und unmissverständlich hat Bebel das Ziel der nun als „antisemitische Parteien" auftretenden Judenfeinde formuliert: **„Vernichtung oder wenigstens Vertreibung" der jüdischen Bevölkerung.** Genau das geschah dann in der Nazizeit ab 1933.

3. Bebel klärt über die mörderische Geschichte der Judenfeindschaft auf, die nicht zu vergleichen sei, wie er darlegt, mit den „Sozialistengesetzen". Denn die jüdische Bevölkerung wurde im Mittelalter **„vertrieben, beraubt, ausgeplündert, grausam misshandelt und sehr oft ermordet".** Genau schildert Bebel die Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung, auch durch die Ghettos. Bebel stellt klar, dass Zehntausende Juden und Jüdinnen ermordet wurden.

4. Bebel betont, wie bewundernswert es sei, dass die jüdische Bevölkerung „trotz all dieser furchtbaren Verfolgungen sich dennoch in ihrer Art **weiterentwickelt und selbständig aufrechterhalten hat".**

5. Es ist von großer historischer Bedeutung, dass Bebel **als Erster im Kampf der proletarischen Klasse für die Sinti und Roma eintritt.** Er bringt ihnen genauso wie der jüdischen Bevölkerung Bewunderung entgegen und stellt heraus, dass diese, ähnlich wie die jüdische Bevölkerung, verfolgt wurden.

6. Bebel stellt am Beispiel von Sachsen klar, dass für die Stärke der Judenfeindschaft **nicht** entscheidend ist, ob eine jüdische Bevölkerung vor Ort **existiert oder nicht.**

Daher wird trotz der gravierenden Fehler dieser Rede ein großer, positiver Einschnitt im Kampf der proletarischen Klasse gegen die Judenfeindschaft bleiben, wenn alle Fehler rücksichtslos kritisiert, bekämpft und überwunden werden. Bei der folgenden Analyse der Broschüren von 1894 und 1906 wird sich zeigen, dass das dort nicht gelungen ist.

Stärken der Broschüre von 1894/1906

Judenfeindschaft als Instrument im Klassenkampf

Im 1. Nachtrag heißt es richtig, dass

> „man den von jeher genährten Hass der Massen gegen die Juden braucht, um Sündenböcke zu schaffen, damit man von den eigenen Sünden die Augen des Volkes ablenken kann." (1906, S. 29, 1894, S. 26)

Hier wird richtig erkannt, dass Judenfeindschaft nicht automatisch aus den ökonomischen Verhältnissen entsteht, sondern „genährt" wird von den Herrschenden. Die Judenfeindschaft wird als Instrument im Klassenkampf herausgestellt, das dazu dient, die ausgebeuteten Massen von den Herrschenden ab- und hinzulenken auf den geschaffenen Sündenbock: „die Juden".

Ähnlich heißt es im letzten Absatz:

> „Der Antisemitismus wird heute von den verschiedensten bürgerlichen Parteien und Personen als Abzugskanal benutzt, um die Aufmerksamkeit von der eigenen volksfeindlichen Handlungsweise und von der auf Zerstörung von Bauern- und Handwerkerexistenzen gerichteten Tätigkeit abzulenken." (1906, S. 35, 1894, S. 32)

Diese richtigen Positionen waren in der Parteitagsrede 1893 so noch nicht vorhanden.

Sozialdemokratie
:: und Antisemitismus ::

Von **August Bebel**

Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Berlin

Mit zwei Nachträgen

Zweite durchgesehene Auflage

Berlin 1906
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
(Hans Weber, Berlin)

Verurteilung der Pogrome und Verfolgungen der jüdischen Bevölkerung in Russland

Im 2. Nachtrag von 1906 hebt Bebel die besonders drückende Lage der Jüdinnen und Juden in Osteuropa, insbesondere im zaristischen Russland hervor und stellt klar, dass dort die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Werktätige, Proletarier sind, gegen die sich die Judenfeindschaft richtet (1906, S. 36).

Die Pogrome und die Verfolgungen der jüdischen Bevölkerung in Russland werden wie folgt angeprangert:

> „Und wie im christlichen Mittelalter nicht selten Behörden und Geistlichkeit den Judenverfolgungen Vorschub leisteten, so sind es in Russland vorzugsweise Polizei und höhere Militärs, die das Mittelalter noch nicht kannte, die hier an der Spitze der Judenverfolgungen stehen und die Verschwörungen gegen die Juden organisieren, indem sie das zahlreich vorhandene Lumpengesindel bewaffnen und durch ihre Beauftragten führen lassen." (1906, S. 36)

Bebel schreibt von den „Schandtaten, die dieses Raub- und Mordgesindel in Städten wie Kischineff, Odessa, Białystok usw. ausführten" (Ebenda).

Pogrome im Mittelalter

Die Judenfeindschaft im Mittelalter auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reichs wird im 2. Nachtrag erwähnt und es wird erklärt, dass sich die damaligen Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung in Russland auf „höherer Stufenleiter" wiederholen:

> „Der Antisemitismus in seiner hässlichsten und abschreckendsten Gestalt zeigt sich, seitdem die große revolutionäre Bewegung in Russland zum Ausbruch gekommen ist, dort. Was immer das christliche Mittelalter, insbesondere des frommen Deutschlands […], an Abscheulichkeiten, Grausamkeiten und Barbarei in Verfolgung und versuchter Ausrottung der Juden leistete, hat sich im heiligen Russland auf größerer Stufenleiter[11] wiederholt." (Ebenda)

[11] Die judenfeindlichen Massenmorde bei den Kreuzzügen werden von Bebel hier offensichtlich jedoch nicht mitgedacht.

Unabhängig von der Einschätzung der Größenordnung wird jedenfalls klar, dass Judenfeindschaft im Mittelalter „des frommen Deutschlands“ von Verfolgung bis zum Versuch der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung reichte.

Der wichtigste Punkt: Richtige Charakterisierung der Anhänger der Judenfeinde

Bei aller notwendigen Kritik soll ein Punkt ganz besonders herausgestellt werden, nämlich die klare Einschätzung der Anhänger des Antisemitismus:

> „Der Antisemitismus […] repräsentiert die moralische Verlumpung der ihm anhängenden Schichten.“ (1906, S. 38)

Die Broschüre von 1906 endet immerhin mit dieser klaren und richtigen Einschätzung.

Schwächen und Fehler der Broschüre von 1894/1906

Die „eigentümlichen Charaktereigenschaften dieser Rasse …“ und die „Judennase“

Die bereits aus dem ursprünglichen Text der Rede bekannten Phrasen von den angeblichen „natürlichen Anlagen“, vom angeblich „natürlichem Hang der Juden“ zum Handel werden in den Auflagen von 1894 und 1906 nicht korrigiert (6. und Anfang des 7. Absatzes, 1906, S. 6, 1894, S. 4 unwesentlich anders), sondern vielmehr ausgebaut. In beiden Auflagen wurde Folgendes hinzugefügt:

> „Wird eine Rasse eine lange Reihe von Generationen hindurch verfolgt und abgeschlossen, wird sie durch den Zwang der Umstände genötigt, sich auf sich selbst zurückzuziehen, so ist nach dem Darwin’schen Anpassungs- und Vererbungsgesetzen nur natürlich, dass die eigentümlichen Charaktereigenschaften dieser Rasse sich im Laufe der Zeit immer mehr entwickeln und vervollkommnen müssen. Die Verfolgung prägte dieser Entwicklung ihren besonderen Stempel auf, und so wurde das Judentum, was es heute ist. Die Gesetzgebungen des Mittelalters haben von Anfang an gegen die Juden schwer gesündigt, indem sie dieselben nötigten, sich abzuschließen. Andererseits wurden damit aber auch selbstverständlich alle die Erscheinungen begünstigt, die man jetzt an den Juden in hohem Grade tadelt.“ (1906, S. 8, 1894, S. 6 unwesentlich anders)

Bebel versucht die Kategorie „Rasse“ im Allgemeinen sowie die Kategorie „jüdische Rasse“ im Besonderen mit den „Darwin’schen Anpassungs- und Vererbungsgesetzen“ zu begründen, indem er sie falsch

auf die menschliche Gesellschaft anwendet. Er versucht damit zu belegen, dass es „nur natürlich“ sei, „dass die eigentümlichen Charaktereigenschaften dieser Rasse“, das heißt des Judentums, „sich im Laufe der Zeit immer mehr entwickeln und vervollkommnen müssen“. Bebel befindet sich hier in der aufkommenden biologistischen Denkweise und übernimmt indirekt sogar die Lüge der Judenfeinde von einer angeblichen „jüdischen Rasse“.

Zudem greift Bebel auch auf das seit hundert Jahren verbreitete falsche Dohm'sche Konstrukt zurück, dass die angeblichen schlechten Eigenschaften „der Juden“ in ihrer Verfolgung und Unterdrückung ihre Ursache hätten und damit erklärt werden müssten.[12] Aber so werden eben gerade fälschlicherweise diese angeblichen schlechten Eigenschaften „der Juden“ festgeschrieben, anstatt sie als Lügen und bösartige Verallgemeinerung der Judenfeinde zu entlarven.

Im vorletzten Absatz des 1. Nachtrags formuliert Bebel ähnlich. Es gebe angeblich „eine Reihe anderer Eigenschaften“, „wie vorlautes oder überlautes Wesen, Sucht zu glänzen und sich vorzudrängen, Prahlsucht und Eitelkeit, Mangel an Takt, Eigenschaften, durch die sich unbestreitbar ein großer Teil der Juden auszeichnet“. Dies seien „teils angeborene Eigenschaften der Rasse, teils Produkt der bisherigen Zurücksetzung, die bei längerer vollständiger Gleichstellung und Vermischung der Juden mit der übrigen Bevölkerung verschwinden werden“. (1906, S. 34 f., 1894, S. 31 unwesentlich anders) Bebel wiederholt hier gängige Vorurteile der Judenfeinde, beruft sich auch hier auf das Dohm'sche Konstrukt und behauptet, manche „Eigenschaften“ wären angeboren und würden angeblich durch „Vermischung“ mit der übrigen Bevölkerung verschwinden. Bebel geht auch hier fälschlicherweise davon aus, dass es eine „jüdische Rasse“ gibt und akzeptiert die Konstruktion einer angeblicher „Rassenmischung“.[13]

---

[12] Zu Dohm siehe „Ein Sonderfall: Dohm 1781 – Stärken, Schwächen und Fehler seines Plädoyers für jüdische Gleichberechtigung“, in: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Lessing bis Wilhelm Humboldt (Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1812), Offenbach 2018, S. 46–60.

[13] Bebel äußert sich in seiner äußerst weit verbreiteten Schrift „Die Frau und der Sozialismus“ eindeutig diskriminierend, wenn er auf die Frage der Schädel und Gehirnkapazität der Menschen und hier der Frauen im Unterschied zu Männern eingeht.

Die schon in der ursprünglichen Parteitagsrede demütigende Anspielung auf die „charakteristische Nase der Juden“ wurde noch verschlimmert. Die Heiterkeit, die diese Passage bereits 1893 auf dem Parteitag hervorgerufen hatte, hätte Bebel zu denken geben müssen, dass er missverstanden wird und Applaus „von der falschen Seite“ bekommt. Er hat jedoch die Formulierung aus der Rede noch erweitert mit der völlig absurden Behauptung, in einer solchen Nase liege „ein weiteres Moment zu Hass und Feindseligkeit.“ (1906, S. 7, 1894, S. 5) Bebel behauptet hier allen Ernstes, dass es so etwas wie eine „Judennase“ gebe und erklärt diese auch noch zu einem Grund für Judenfeindschaft!

„Der Jude“ …

Bebel übernimmt an mehreren Stellen im Haupttext und den Nachträgen immer wieder Formulierungen der Judenfeinde, wenn er von „dem Juden“ oder über „die Juden“ schreibt. Diese Diktion („der Jude“) widerspricht grundlegend Bebels eigentlichem Anliegen gegen falsche Verallgemeinerungen Position gegen die Judenfeindschaft zu beziehen.

Im 17. Absatz der Auflagen von 1894 und 1906 wird ein neuer Gedanke eingeführt, der in der ursprünglichen Rede nicht enthalten war:

> „Der sogenannte christliche Kapitalist macht es meist nicht anders, aber von ihm duldet der ‚germanische‘ Handwerker, was ihn bei dem Juden empört.“ (1906, S. 18, 1894, S. 16)

Seine Argumentation, dass das absurde Messungen sind, die keinerlei Bedeutung haben, endet in der diskriminierenden Logik mit der Benutzung des diskriminierenden „N-Wortes“, das damals leider allgemein in der sozialistischen Bewegung unbedacht verwendet wurde, wie folgt: „Neger-, Hottentotten-, Hindufrauen haben eine erheblich größere Schädelkapazität als Deutsche, Engländerinnen und Pariserinnen, und doch sind letztere sämtlich intelligenter.“ (Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus, 50. Auflage, Frankfurter am Main 1977, S. 285) Besonders übel ist auch folgende Argumentation: Wenn in den USA schon Schwarze wählen, dann könnten doch die Frauen in Deutschland erst recht das Wahlrecht bekommen: „Sind unsere Frauen unfähiger als die weit tiefer stehenden Neger, denen man in Nordamerika die politische Gleichberechtigung zuerkannte?“ (Ebenda, S. 326) Das ist Rassismus und aus dem Mund eines Sozialdemokraten unerträglich, erst recht von Bebel. Ganz abgesehen von der falschen Einschätzung der Lage der Schwarzen in den USA.

Die Anklage, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird, dass jüdische und christliche Kapitalisten eben Kapitalisten sind, dass man aber den jüdischen vorwirft, was man den christlichen durchgehen lässt, ist im Grunde richtig. Leider fehlt bei Bebel hier die Formulierung „jüdischer Kapitalist", denn es ist falsch, pauschal von „dem Juden" zu reden.

Im 1. Nachtrag ist die Rede im Jargon der Judenfeinde vom „kapitalistischen Judentum". (1906, S. 29 f., 1894, S. 26 f.) Es heißt dann weiter:

> „Die Juden als Besitzer eines wesentlichen Teiles des mobilen Kapitals suchen sich auch des immobilen Kapitals, das den Grund und Boden darstellt, zu bemächtigen." (Ebenda)

Bebel übernimmt Diktion und Vorurteile der Judenfeinde, wenn er „die Juden" als angebliche „Besitzer eines wesentlichen Teils des mobilen Kapitals" (gemeint ist wohl Geld) beschreibt, die sich angeblich auch den Grund und Boden aneignen wollen. In ähnlichen Worten taucht im selben Absatz, „der Jude als Hypothekenbesitzer und Darleiher von Geld" (1894, S. 26) auf.

Im vorletzten Absatz des 1. Nachtrags lautet es ähnlich. Bebel bezeichnet dort „die Juden" als „geriebene Handeltreibende." (1906, S. 34, 1894, S. 31)

Im 1. Nachtrag heißt es, dass „der Junker nicht minder als der Jude der Feind des Bauern ist." (1906, S. 30) Und die Rede ist vom „Juden als Kapitalist." (1906, S. 30, 1894, S. 27) Das sind so allgemein formuliert falsche Aussagen, die der Judenfeindschaft Tür und Tor öffnen, auch wenn Bebel auf Nachfrage sicher geantwortet hätte, dass er nicht „alle" Juden gemeint habe.

Ökonomistische Erklärungen als „Grund" der Judenfeindschaft

Neu hinzugefügt wurde im 5. Absatz beider Auflagen:

> „Und wenn seitdem, mit kurzen Unterbrechungen, bis auf den heutigen Tag in der Geschichte immer wieder dieselben Strömungen gegen die Juden zutage treten, so muss dies einen tieferen Grund haben, über den man nicht einfach hinweggehen kann." (1906, S. 6, 1894, S. 4)

Die Aussage, dass es einen „tieferen Grund" haben müsse, wenn „immer wieder dieselben Strömungen gegen die Juden zutage treten", über den man nicht einfach hinweggegen könne, kann ein richtiger

Gedanke sein, der allerdings auch ganz falsch benutzt werden konnte und benutzt wurde. Wenn es „immer wieder“ gegen „die Juden“ geht, so hätte Bebel ausführen müssen, dann liegt das nicht an den Jüdinnen und Juden, sondern daran, dass die herrschende Klasse die Judenfeindschaft bewusst als Mittel der Ablenkung, der Spaltung und Verhetzung nicht-aufgeklärter und moralisch verlumpter Teile der werktätigen Massen genutzt haben. Die Judenfeindschaft war eine Waffe der herrschenden Klasse im Klassenkampf. Diese Erklärung liefert Bebel nicht. Vielmehr lässt er die reaktionäre Interpretation, es müssen ja wohl auch die Jüdinnen und Juden schuld daran sein, wenn es immer gegen „die Juden“ geht, im Raum stehen. Das bedeutet aber, dass er die zweite, die judenfeindliche Lesart nicht bekämpft und nicht die Gelegenheit nutzt, an dieser Stelle als „tieferen Grund“ die Rolle der Judenfeindschaft im Klassenkampf zu erläutern.

Es ist sogar so, dass Formulierungen in die Richtung der zweiten Interpretation in der Ausgabe 1894 und 1906 hinzugefügt bzw. verändert wurden.

In der ursprünglichen Rede hieß die noch vorsichtige (dennoch falsche) Formulierung Bebels, dass die angebliche Rolle der Juden in der Wirtschaft „notwendig den Judenhass, wenn nicht hervorgerufen hat, so doch bedeutend verschärfen musste“.[14] In den Broschüren heißt es dann verabsolutierend und ohne Einschränkung, dass diese Rolle der Juden in der Wirtschaft „die größte Feindschaft gegen die Juden hervorrufen musste.“ (1894, S. 5, 1906, S. 7) Auch eine weitere Änderung geht in diese Richtung. In der ursprünglichen Rede hieß es unter anderem noch im Hinblick auf den Fleiß ihrer jüdischen Kommilitonen:

> „Darin erblicken unsere ‚germanischen‘ Studenten eine sehr unliebsame, unangenehme Konkurrenz.“ Hier wird mit „erblicken“ noch angedeutet, dass dies eine subjektive Wahrnehmung ist. In den beiden Broschürenauflagen wird das Verhalten der jüdischen Studenten zum „ersten Grund“

[14] Zur Vergröberung der Fehler gehört auch, dass in der Rede von „einem Teil der Juden“ behauptet wird, dass sie Schacher betreiben würden, während in der Broschüre von 1894 und von 1906 eingefügt wurde, dass es sich um einen „großen Teil“ (1894, S. 15, 1906, S. 14) handle.

für die Judenfeindschaft: „Darin liegt der erste Grund für unser sogenanntes germanisches Studententum, antisemitisch zu sein.“ (1906, S. 21, 1894, S. 19)

Im 1. Nachtrag heißt es dann:

„Sie [die Juden, A. d. V.] erscheinen also dem Grundbesitzer als sein gefährlichster Feind. Der Hauptbesitzer des Grund und Bodens ist aber heute noch der Adel. Dessen Hass gegen den Juden, in dem er den Hauptrepräsentanten des mobilen Kapitals sieht, ist also durchaus erklärlich.“ (1906, S. 29 f. Diesen Satz gibt es in der Auflage von 1894 nicht, vgl. S. 26 f.)

Mit diesen Formulierungen wird der Gedanke, dass die Judenfeinde „Juden als Konkurrenten“ hassen, angesprochen. Es muss nicht falsch sein, auch auf diesen Aspekt hinzuweisen, wenn er als einer von mehreren Gesichtspunkten benannt wird. Es ist aber grundfalsch, diesen Aspekt als Ursache der Judenfeindschaft anzusehen, wie es hier geschieht, indem durch die Wörtchen „musste“ oder „Grund“ ein Kausalzusammenhang hergestellt wird.

Der grundlegende Fehler in den Publikationen der Sozialdemokratie bei der Behandlung solcher Fragen ist unserer Meinung nach, dass insbesondere bei den Versuchen, Judenfeindschaft in den Mittelschichten zu erklären, mechanisch-ökonomistisch die Judenfeindschaft in erster Linie aus einer ökonomischen Konkurrenz erklärt wurde.[15] Judenfeindschaft entsteht keinesfalls zwangsläufig aus Konkurrenzverhältnissen, da ja auch durchaus nicht automatisch katholische und evangelische Bauern, Studenten oder Mittelständler aufeinander losgehen, auch wenn sie in mancherlei Hinsicht miteinander konkurrieren. Hier

[15] Wanda Kampmann hat in ihrem Buch „Deutsche und Juden“ (Frankfurt 1986, zuerst Heidelberg 1963) recht treffend festgestellt, dass die Geschichtsauffassung von wichtigen Teilen der Sozialdemokratie „deterministisch“ war: „Auf die mit Sicherheit vorauszusehende Proletarisierung der zurückgebliebenen Mittelschichten war die Aufmerksamkeit vornehmlich gerichtet, sie würden den Antisemitismus von selbst aufheben.“ (S. 336 f.) So wurde in der Sozialdemokratie zumindest teilweise gerechtfertigt, eine weitgehend abwartende Haltung einzunehmen, wobei Kampmann richtigerweise diagnostizierte, dass diese Vorstellung von Neutralität insbesondere von Franz Mehring vertreten worden sei. (Siehe S. 337) Sie betonte jedoch auch: „Die Sozialdemokratie hielt aber in der Beurteilung des Antisemitismus eine feste Linie ein, sie widerstand auf die Dauer allen Versuchen, ihn propagandistisch oder taktisch zu benutzen.“ (S. 322)

zeigt sich besonders deutlich, dass die entscheidende Rolle der Propaganda der herrschenden Klasse und ihrer politischen Abteilungen für die Judenfeindschaft nicht verstanden wurde. Dass die herrschende Klasse an realen Problemen anknüpft, um Menschen gegen die jüdische Bevölkerung aufzuhetzen, setzt nicht außer Kraft, dass es einer solchen Verhetzung bedarf, da die ökonomischen Faktoren allein keinesfalls zur Judenfeindschaft führen und diese auch ohne ökonomische Faktoren wirksam werden kann.

Immanente Debatte um Kriminalstatistiken

Im 1. Nachtrag wird angesichts des judenfeindlichen Vorgehens, mithilfe von Statistiken einen angeblich größeren Anteil der jüdischen Bevölkerung am „Verbrechertum" nachzuweisen, dann in ausgesprochen immanenter Weise versucht, im Detail nachzuweisen, dass die Statistik eigentlich die Judenfeinde widerlegt (1906, S. 33 f., 1894, S. 30 f.), ohne den Grundfehler des Hantierens mit Kriminalstatistiken aufzudecken und zu bekämpfen.[16]

Es hätte klargestellt werden müssen, dass es von vornherein grundfalsch ist, Kriminalstatistiken nach religiöser Zugehörigkeit, nach der Haarfarbe u.ä. anzulegen. Es ging um die prinzipielle Ablehnung von Kriminalstatistiken, die einen Zusammenhang zwischen bestimmten Verbrechen und Religionszugehörigkeit herstellen und damit unterstellen, dass ein solcher Zusammenhang existiert.

Bezug auf Marx' Schrift „Zur Judenfrage" gegen Bruno Bauer

In den Auflagen von 1894 und 1906 hat Bebel als größere Veränderung eine Passage aus einer Marx-Schrift eingebaut. Er nimmt Bezug auf „Zur Judenfrage", einer Frühschrift von Marx aus dem Jahre 1844, die entstanden ist in der Polemik gegen den junghegelianischen Judenfeind Bruno Bauer.

Marx und Engels hatten sich später nicht ohne Grund entschieden dagegen gewandt, ihre Frühschriften unkommentiert nachzudrucken.

[16] Siehe dazu auch: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893), Offenbach 2019, S. 203.

Ausgerechnet aus dem sehr schwer verständlichen und problematischen zweiten Teil dieser frühen Marx-Schrift reißt Bebel eine Passage der Polemik gegen Bruno Bauer aus dem Zusammenhang.

Bebel referiert:

> „Marx sagt also: Unsere ganze Gesellschaft ist Schacher und Streben nach Geld und damit eine jüdische Gesellschaft; das, was man dem Juden, weil er Jude ist, zuschreibt [!!!], ist in Wahrheit die Natur unserer bürgerlichen Gesellschaft." (1894, S. 11, 1906, S. 13, dort heißt es gar „verjudete Gesellschaft")

Der Widerspruch liegt auf der Hand. Der erste Teil des Satzes, losgelöst vom zweiten Teil, wäre völlig falsch. Es heißt im zweiten Teil des Satzes richtig, „was man dem Juden, weil er Jude ist, zuschreibt". Genau, es ist eben eine Zuschreibung und nicht die Realität! Der zweite Teil des Satzes klärt eben, dass es sich um eine Konstruktion, eine Zuschreibung handelt, die die Wahrheit verfälscht. Die kapitalistische Gesellschaft ist eben keine „jüdische Gesellschaft", keine „verjudete Gesellschaft". Das ist eine judenfeindliche Diffamierung. Das hat Bebel wohl erkannt und das ist eine wichtige Klarstellung. Aber schon im nächsten Satz wird diese Erkenntnis über Bord geworfen. Bebel fährt wie folgt fort:

> „Wollen wir also den Juden von diesen eigentümlichen Charaktereigenschaften befreien, so kann das nur geschehen, indem wir die Gesellschaft davon befreien. *Mit der bürgerlichen Gesellschaft fällt auch das dem Juden eigentümliche Wesen.*" (1906, S. 13, H.i.O., 1894, S. 11, unwesentlich anders)

Jetzt ist auf einmal nicht mehr von einer Zuschreibung die Rede, sondern von „eigentümlichen Charaktereigenschaften" die „den Juden" eigen seien, so als wären sie Realität. Hier wird sichtbar, wie schwer sich nicht nur Bebel, sondern die Sozialdemokratie überhaupt mit diesen Fragen tat, wo oft innerhalb eines Satzes oder Absatzes das Gegenteil dessen gesagt wird, was gerade vorher geschrieben wurde.

Die Rede Bebels in der gedruckten Fassung von 1894 und 1906 liefert zwar durch das Wort „zuschreibt" den Ansatz für eine richtige Interpretation, verbleibt aber insgesamt in der bei der Sozialdemokratie üblichen falschen Deutung der Schrift von Marx.

Im Kern gelingt es Bebel nicht, in den Gedankengang von Marx wirklich einzusteigen.

„Jüdische Hochfinanz“ hält die russische Regierung „am Ruder“

Im 2. Nachtrag (nur 1906, nicht 1894) findet sich eine weitere falsche Position. Die Formulierung von der „jüdischen Hochfinanz“ in Westeuropa, die angeblich „immer wieder bereit ist“, die russische Regierung „durch finanzielle Hilfe am Ruder zu erhalten“ (1906, S. 37 f.), ist kein Beitrag zum Kampf gegen Judenfeindschaft. Richtig wäre gewesen, die Rolle der westlichen imperialistischen Mächte, insbesondere die Rolle der herrschenden Klassen in Deutschland, als wesentliche Stütze des Zarismus herauszustellen und dann die Judenfeinde zu entlarven, wenn sie das „Finanzjudentum“ als „Weltmacht“ darstellen und dafür die Kredite eines Rothschild an den Zarismus benutzen. Bebel stellt jedoch abschließend immerhin fest, dass es egal ist, „ob der Kapitalist Jude oder Christ ist“, denn in der Tat: „Der Kapitalist kennt kein anderes Ziel als den Profit.“ (1906, S. 38)

Judenfeindschaft wird „einzig der Sozialdemokratie“ nützen

Im 1. Nachtrag findet sich die Formulierung, dass die antisemitische Bewegung „schließlich einzig der Sozialdemokratie“ nützen werde. (1906, S. 35, S. 35) Diese fundamentale Fehleinschätzung ist nicht neu, sie ist schon in der Resolution „Der Antisemitismus und die Sozialdemokratie“ (1893) von Bebel auf dem Parteitag von 1893 zu finden, jedoch war sie in der Rede von Bebel von 1893 noch nicht vorhanden.

Arisch?

Aus welchen Gründen auch immer ist in den Broschüren nicht mehr von christlichen Mitkonkurrenten die Rede, sondern von „arischen“ (1906, S. 14, 1894, S. 12). Und es wurde noch ergänzt: „Juden“ seien „in ihrer Gesamtheit […] der germanischen oder arischen Bewohnerzahl gegenüber gering an Zahl“ (ebenda).

Bebel passt sich hier dem aufkommenden und sich verbreitenden rassistischen Vokabular an.

Völlige Fehleinschätzung der Rolle der Judenfeindschaft

Der 2. Nachtrag endet mit einer Fehleinschätzung der Judenfeindschaft als Instrument der Ausbeuterklassen in Deutschland. Bebel schreibt, dass Judenfeindschaft „in Deutschland nie Aussicht hat, irgendeinen maßgebenden Einfluss auf das staatliche und soziale Leben auszuüben“. (1906, S. 38)

Dieser falsche Optimismus wurde schon 1918/19, dann aber vor allem nach 1933 gründlich widerlegt.

b) Bebels Interview nach seiner Parteitagsrede (1893) – Falsche Zugeständnisse

1893 startete der Journalist Hermann Bahr für die reaktionäre „Deutsche Zeitung“ eine internationale Umfrage über die Judenfeindschaft mit fortschrittlichen und reaktionär-judenfeindlichen Persönlichkeiten aus Kultur und Politik – darunter neben August Bebel unter anderen auch Theodor Mommsen, Gustav Schmoller, Ernst Haeckel oder Adolf Wagner – aus verschiedenen europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, England, Spanien, Belgien, Skandinavien).[17]

Das dritte Interview wurde mit Bebel geführt. Wir wissen nicht, warum er im Gegensatz zu Friedrich Engels[18] dem Interview zugestimmt hat und ob das Interview autorisiert wurde, aber so ganz unbekannt sind die im Interview deutlich werdenden Grundfehler bei Bebel nicht. Im Grunde vergröbert er die Grundpositionen seiner Rede von 1893. Das Interview muss im Kern als grundfalsch eingeschätzt werden.

Bebel versucht zunächst, sozioökonomische Aspekte aufzuzählen: die Verschuldung von Offizieren u. ä. Bei den Studierenden stellt er absurderweise fest, dass „die Juden“ (!) „als Rasse wohl auch intelligenter“ seien. (S. 22) Bebel spricht von „Rasse“, und in diesem Kontext wirkt das Lob („wohl auch intelligenter“) durchaus nicht wie ein solches, sondern wie eine Verstärkung der Rede von der „Rasse“.

Bebel führt weiter aus:

> „Die Deutschen erkennen den Juden leicht und betrachten ihn daher als Fremden, namentlich spielt bei geringer Geisteskultur die Frage der Rasse immer eine große Rolle. So kann man sich den Antisemitismus aus der Tatsächlichkeit der Verhältnisse vollkommen erklären, wozu noch kommt, dass er von allerhand Leuten künstlich gezüchtet und geschürt wird.“ (S. 23)

---

[17] Bahr, Hermann: Der Antisemitismus – Ein internationales Interview, Berlin 1894. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

[18] Engels betonte als wichtigsten Grund für seine Ablehnung, „dass meine Wiener und überhaupt österreichischen Parteigenossen mir nie verzeihen würden, wenn ich mich für die ‚D[eutsche] Zeitung‘ interviewen ließe“. (Engels, Friedrich: Brief an Hermann Bahr, Juni 1893, Marx Engels Werke Band 39, S. 79)

Der Grundfehler von der „Rasse“ wird hier noch vergröbert: „Den Juden“ erkennt angeblich der Deutsche leicht. Wodurch? An seinem Äußeren! Die angeblich „Fremden“ werden ja keinesfalls automatisch, also aus der „Tatsächlichkeit der Verhältnisse“, abgelehnt. Die Behauptung, so sei alles „vollkommen zu erklären“, bagatellisiert trotz des Nachsatzes den entscheidenden Faktor, die judenfeindliche Ideologie und Hetze.

Auf Nachfrage nach dem judenfeindlichen Politiker Ahlwardt behauptet Bebel, die Judenhetze Ahlwardts verharmlosend: „Etwas Wahres ist bisher immer an seinen Geschichten gewesen. Etwas Wahres war auch an den sogenannten ‚Judenflinten‘. Aber als Anschuldigung gegen den Besitzer Löwe wäre das absurd, weil der sich nicht um technische Fragen gekümmert hätte.“ Ahlwardt wäre eben „ein konfuser Mensch, der sich der Tragweite seiner Handlung nicht bewusst ist.“ (S. 24)[19]

Neben weiteren Details über angebliche oder wirkliche Enthüllungen der Antisemiten lauten die letzten beiden Sätze des Interviews:

> „Uns kann es nur recht sein, wenn sich die herrschenden Klassen untereinander bekriegen und alles Vertrauen wankt und der Ekel vor dieser Ordnung der Gesellschaft wächst. Wir sehen ruhig zu und warten.“ (S. 25)

Diese verquere Argumentation des „Abwartens“ bedeutet faktisch eine Politik des „Nichteinmischens“. Die Judenfeindschaft und der Kampf dagegen werden als ein Bekriegen der „herrschenden Klassen untereinander“ eingestuft, die jüdische Bevölkerung wird somit indirekt, aber eindeutig ganz falsch, zu einem der Teile der „herrschenden Klassen“ erklärt! Das widerspricht fundamental den Aussagen der Rede Bebels auf dem Parteitag 1893.

---

[19] Ahlwardt behauptete in seinem judenfeindlichen Pamphlet „Judenflinten“ von 1892, ein Waffenfabrikant (jüdischer Herkunft) namens Löwe habe die deutsche Armee mit Gewehren beliefert, die aufgrund eines „franko-jüdischen“ Komplotts bewusst defekt und mangelhaft ausgeliefert worden seien. Dies zeige, dass „die Juden“, die „geheimen Oberen“, daran arbeiten, das „germanisch-christliche Volkstum“ zu zerstören. Siehe dazu: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893), Offenbach 2019, S. 196 ff.

Inhaltlich bringt Bebel viele seiner auch in der Parteitagsrede vorgebrachten Positionen erneut vor. Manche positiven Feststellungen fehlen allerdings und falsche Positionen stechen noch mehr ins Auge und werden teilweise vergröbert. Etwa wenn Bebel Kleinhändler und „kleine Grundbesitzer“ als Träger der Judenfeindschaft ausmacht:

> „Die eigentlichen Träger des Antisemitismus, das kleine Gewerbe und der kleine Grundbesitz, haben von ihrem Standpunkte aus nicht so Unrecht. Ihnen tritt eben das Kapital hauptsächlich in der Gestalt des Juden entgegen.“ (S. 21)

Das ist eine unwahre Behauptung und ein unzulässiges Zugeständnis. „Nicht so Unrecht“? Ganz und gar zu Unrecht!

Unsere Kritik ist klar: Eine Überhöhung der angeblich ökonomischen Aspekte und eine Unterschätzung der entscheidenden Rolle der Demagogie durch die herrschenden Klassen, eine Art Verharmlosung der Judenfeindschaft, selbst einer so bekannten judenfeindlichen Person wie Ahlwardt, und eine merkwürdige Abwarte-Theorie statt in diesem Rahmen auf den Kampf gegen die Judenfeindschaft als grundlegende Aufgabe hinzuweisen.

2. Karl Kautsky

Die Schrift Kautskys über das Massaker von Kischineff war nicht seine erste auch nicht seine letzte im Kampf gegen die Judenfeindschaft. Aber sie war besonders wichtig als ein ermutigendes Signal, gerade auch für die Kämpfe der Sozialdemokratie im Zarenreich. Der Artikel war im Hinblick auf das Thema „Rasse" auch ein Fortschritt zu seinen bisherigen Positionen. Es sei kurz erinnert: In seinem Artikel „Der Antisemitismus" von 1885 war Kautsky noch davon ausgegangen, die Juden seien eine „spezielle Rasse" mit „Rasseneigentümlichkeiten". Bereits in seinem Artikel „Das Judentum" von 1890 (Neue Zeit, VIII. Jg. 1890, Nr. 1) hatte Kautsky im Gegensatz zu seinem Artikel von 1885 allerdings klar und deutlich betont, dass die Theorie der „jüdischen Rasseeigentümlichkeiten" grundfalsch ist.[20]

a) Zum Artikel von Karl Kautsky: „Das Massaker von Kischineff und die Judenfrage" (1903)[21]

Es war ein sehr wichtiges Zeichen der internationalen Solidarität, dass in der „Neuen Zeit" ein Artikel über das Pogrom in Kischineff erschien, verfasst von einer der bekanntesten Persönlichkeiten der Sozialdemokratie in Deutschland und der II. Internationale. Der Artikel war geradezu eine Referenz in dieser Zeit und auch später noch. Er wurde in mehrere Sprachen übersetzt und nachgedruckt.[22]

---

[20] Siehe dazu: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893)", Offenbach 2019, S. 341

1914 ist Kautsky in seinem Beitrag „Rasse und Judentum" erneut auf das Thema zurückgekommen. Diese Schrift wird ausführlich in Buch 3 Teil 3 analysiert.

[21] Die Neue Zeit, XXI. Jg. (1902–1903), Band 2 (1903), S. 303–309. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

[22] Polnisch: Przeglad Socyaldemocraticny, O. O. u. J., [1903], Russisch: Sonderdruck der Iskra, Genf 1903; 1906 in Odessa durch E. M. Alekseeva; 1907 in Nowyi Mir, St. Petersburg (Informationen aus: Karl Kautskys literarisches Werk: Eine bibliografische Übersicht, Berlin/Boston 2020, S. 67) Lenin und Stalin haben direkt auf Kautskys Artikel Bezug genommen. Siehe Lenin, W. I: Die Stellung des „Bund" in der Partei, 1903, LW Band 7, S. 89 f.; Stalin: Marxismus und nationale Frage, 1913, SW Band 2, S. 303.

Kautskys Artikel enthält richtige und wichtige Positionen und Ausführungen, die es auch gegenüber seinen früheren Artikeln hervorzuheben gilt. Allerdings gibt es auch eine Reihe von Schwächen und Fehlern.

Anlass des Artikels war das Pogrom von Kischineff am 6./7. April 1903. Bei diesem wurden an zwei Tagen hintereinander Jüdinnen und Juden misshandelt und totgeschlagen, Frauen wurden vergewaltigt. Am Ende waren 45 jüdische Menschen ermordet, 86 schwer und Hunderte leichter verletzt, 700 Häuser und 600 Läden demoliert. Ein Pogrom von diesem Ausmaß hatte es in den letzten Jahrzehnten in Russland nicht gegeben. Dem Pogrom voraus ging eine Hetze gegen die jüdische Bevölkerung (Ritualmordlüge) in einem gesteigerten Ausmaß. Initiiert von judenfeindlichen Kräften, die in enger Verbindung mit der zaristischen Staatsmacht standen, wurde das Pogrom nach genauer Planung und Vorbereitung durchgeführt. Angesichts der sich anbahnenden Revolution von 1905 sollten breite Massen mit einer Welle judenfeindlicher Hetze und der Anstiftung von Pogromen irregeführt, von der Revolution abgelenkt werden.

Kautsky informiert zu Beginn seines 6-seitigen Artikels, dass ihn die Redaktion des „Przeglad Socyaldemocraticny“ (Organ der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens) gebeten hatte, seine Meinung über das Blutbad von Kischineff darzulegen. Artikel, die das Massaker von Kischineff konkret anprangerten, waren bereits auf Russisch und auch auf Deutsch erschienen.[23] Kautskys Artikel lässt sich indirekt entnehmen, dass er zumindest einen Teil dieser Artikel kannte. Kautsky drückt in seinem Artikel einleitend seinen Abscheu vor den furchtbaren Brutalitäten dieses Pogroms aus. Er selbst konzentriert sich darauf, dieses Pogrom in den Zusammenhang mit der Judenfeindschaft allgemein, ihre Ausprägung in Westeuropa und in Russland zu stellen. Dabei gibt Kautsky unumwunden zu, dass es für ihn eine Schwierigkeit ist, die Besonderheiten der Lage der jüdischen Bevölkerung in

[23] Mehrere Artikel, darunter auch der von Kautsky, sind abgedruckt in: Hohmann, Andreas W. / Mümken, Jürgen (Hrsg.): Kischineff – Das Pogrom 1903, Lich 2015. Besonders hervorzuheben ist der Artikel von Berthold Feiwel: Die Judenmassacres in Kischineff, Jüdischer Verlag 1903, ebenda S. 41–85.

Russland und die Eigenart der Judenfeindschaft in Russland zu erfassen. (S. 303)

Der Artikel von Kautsky kann in drei große Abschnitte gegliedert werden. Nach einer einleitenden Bemerkung zu dem Massaker beginnt Kautsky in einem ersten größeren Teil, im Grunde weitgehend die Rede Bebels von 1893 zusammenfassend, Judenfeindschaft in Westeuropa fälschlicherweise hauptsächlich sozioökonomisch zu erklären. Gleichzeitig lässt er einen kleinen, hier nicht kommentierten und nicht unproblematischen Vortrag über die Geschichte der Juden in den letzten 3.000 Jahren einfließen.

Obwohl Kautsky problematisierte, ob diese Erklärungen auch für Westeuropa eigentlich genügen – sie sind unserer Meinung nach kontraproduktiv –, bemerkte er, dass zur Klärung der Vorgänge in Russland diese von der Sozialdemokratie bisher entwickelten Ansätze nicht ausreichen („aber für Russland scheint mir diese Erklärung des Antisemitismus nicht auszureichen". (S. 305, 3. Absatz)

In einem großen zweiten Teil entwickelte er ausgesprochen wichtige und richtige Positionen zur Entwicklung in Russland. Dabei legte er den Hauptakzent auf die Verursachung der Judenfeindschaft und der Pogrome durch die herrschende Klasse in Russland und auf die proletarische Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung.

In diesem Rahmen warf Kautsky auch die Frage auf, wodurch die Feindseligkeit gegen die jüdische Bevölkerung überwunden werden kann, und benennt als radikalste Maßnahme, die tiefer gehe als die Aufklärung der breiten Volksmassen, dass die jüdische Bevölkerung sich mit der Masse der Mehrheitsbevölkerung vermischt. Und er folgert grundfalsch:

> „Das ist schließlich die einzig mögliche Lösung der Judenfrage, und alles, was das Aufhören der jüdischen Abschließung fördern kann, ist zu unterstützen." (S. 306)

In diesem Zusammenhang fällt auch das Wort „assimilieren". (S. 306) Darauf wird später noch genauer einzugehen sein.

Am Schluss des Artikels versuchte Kautsky den Klassencharakter, den unversöhnlichen Gegensatz zwischen dem jüdischen Proletariat und der jüdischen Bourgeoisie aufzuzeigen. Die dort entwickelte Vorstellung, dass der Zar vor allem von einigen westeuropäische jüdischen

Kapitalisten gestützt wird, geht, wie man so sagt, voll daneben und unterstützt im Grunde die absurde Vorstellung,

a) dass es überhaupt ein jüdisches Kapital gebe;
b) dass einzelne jüdische Kapitalisten eine ungeheure Macht hätten, etwa die Macht, den Zaren am Leben zu erhalten.

So weit ein kurzer Überblick über den Artikel, der nun im Einzelnen besprochen wird.

Stärken des Artikels

„Die Juden werden als Blitzableiter benützt …"

Kautsky betonte, dass das Schüren von Judenfeindschaft bis hin zu Pogromen in Russland Staatspolitik war.

> „Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die russische Autokratie der Hauptschuldige an den Mordtaten von Kischineff ist; sie ist indirekt daran schuldig, durch die Unwissenheit, durch die Abschließung von der übrigen Welt und von allen neuen Ideen, in der sie die Volksmassen künstlich erhält; direkt durch ihre Werkzeuge, die als Anstachler dieser Massen tätig waren." (S. 308)[24]

Kautsky machte darauf aufmerksam, dass die Herrschenden in Russland ganz gezielt von oben Judenfeindschaft schürten, um in der sich zuspitzenden Situation im Vorfeld der Revolution von 1905 mit der zunehmenden Unzufriedenheit der ausgebeuteten und unterdrückten Massen von sich abzulenken:

> „Die Juden werden als Blitzableiter benützt für die Gewitter, die sich über dem Haupte der Autokratie zusammenballen." (S. 307)

Zurückweisung der „Rassentheorie" der Judenfeinde

Gleich zu Beginn seines Artikels wendete sich Kautsky gegen rassistische Judenfeinde. Zutreffend stellt er fest, diese

[24] Zutreffend schreibt Kautsky am Ende seines Artikels, dass der Zarismus von der „großen Finanz Europas" bzw. den Regierungen in Westeuropa gestützt werde (S. 308), darunter auch der französischen mit dem Pseudosozialisten Millerand als Regierungsmitglied. Dabei verwendet er allerdings die Formulierung von der „Skrupellosigkeit des internationalen jüdischen und christlichen Kapitals". Von „jüdischem Kapital" oder von „christlichem Kapital" zu sprechen, ist prinzipiell falsch. Kapital ist Kapital.

„stehen auf dem Boden der Rassentheorie; sie sehen in ihrem Hasse gegen das Judentum ein Naturgesetz; die jüdische Rasse ist ihrer Ansicht nach von Natur aus mit Eigenschaften begabt, die jeden Nichtjuden zwingen, sie zu hassen und zu verfolgen." (S. 303 f.)

Kautsky betonte, dass es keinerlei Sinn ergibt, von irgendwelchen „Rassen" oder von einer jüdischen „Rasse" zu sprechen, da sowieso niemand sagen könne, was das eigentlich sein soll. (S. 304)

Kautsky schreibt, dass über die behauptete Existenz einer „jüdischen Rasse" ein Urteil nur möglich wäre,

„wenn man sicher wüsste, was eine Rasse eigentlich ist. Wir brauchen aber gar nicht diesen Begriff, der keine wirkliche Antwort gibt, sondern nur neue Fragen aufrollt." (S. 304)

Genauer ging Kautsky darauf hier nicht ein. Kautskys Ablehnung und Zurückweisung des Begriffs „Rasse" allgemein und für die jüdische Bevölkerung war ein richtiger und wichtiger Gedanke, der in der Sozialdemokratie in Deutschland vor 1903 so nicht vertreten und herausgestellt worden war.[25]

„Enger Zusammenhang zwischen dem revolutionären Empfinden und den Bedürfnissen des jüdischen Emanzipationsstrebens"

Kautsky betonte zu Recht, dass das revolutionäre Denken, die revolutionäre Aufklärung der ausgebeuteten und unterdrückten Massen „das beste Gegengift gegen den Antisemitismus" (S. 307) ist. Außerdem hob er hervor, dass sich fortschrittliche Kräfte aus der jüdischen Bevölkerung schon seit Langem in großer Zahl an der demokratischen und revolutionären Bewegung beteiligen:

„Dieser enge Zusammenhang zwischen dem revolutionären Empfinden und den Bedürfnissen des jüdischen Emanzipationsstrebens ist aber, wie so mancher anderen Regierung, auch der russischen nicht entgangen. Sie

[25] Kautsky behauptet, dass die jüdische Bevölkerung „der einzige Volksstamm" gewesen sei, „der keinerlei Landleute in seinen Reihen zählte", wodurch es keinerlei „Vermischung mit frischem Bauernblut" gegeben habe. (S. 305) Solche Ideen hatte Kautsky schon früher bereits zumindest angedeutet, etwa in seinem Artikel „Das Judentum" von 1890 („Die neue Zeit", VIII. Jg., Nr. 1/1890). Siehe dazu: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893)", Offenbach 2019, S. 337ff.

hasst und verfolgt daher das Judentum ebenso sehr wie die revolutionären Strömungen, und sie tut alles, was in ihren Kräften steht, um den Judenhass in der Bevölkerung zu schüren und zu stärken." (S. 307)

„In Kischineff versuchten Arbeiter die Juden zu verteidigen"

Kautsky berichtete, dass schon ein Jahr zuvor der Stadtvorsteher von Odessa vor dem 1. Mai jüdische Arbeiter zu sich kommen ließ und drohte, die 1.-Mai-Demonstrationen mit „Volksunruhen" gegen die jüdische Bevölkerung zu beantworten. In der bedrohlichen Atmosphäre vor dem 1. Mai 1903, so berichtete Kautsky weiter, erklärten die sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen in Kiew in einem Manifest, dass sie angesichts dessen von einer Demonstration am 1. Mai absehen. Zugleich riefen sie die Arbeiter:innen auf, bei antijüdischen Attacken die jüdische Bevölkerung zu schützen. Über Kischineff, wo die jüdische Bevölkerung den Pogromisten teilweise militant entgegentrat, schreibt Kautsky:

„Auch in Kischineff versuchten Arbeiter die Juden zu verteidigen. Sie wurden mit bewaffneter Macht auseinandergetrieben, von derselben bewaffneten Macht, die dem Morden und Plündern ruhig zusah. Und Polizisten waren es, die die Plündernden anführten." (S. 307 f.)

Die erstarkende revolutionäre proletarische Bewegung verteidigt „das gesamte Judentum" gegen antijüdischen Terror und Mord

Kautsky machte in seinem Artikel auch die wichtige Feststellung, dass die Solidarität der revolutionären Bewegung über das Proletariat und die anderen Ausgebeuteten und Unterdrückten hinausgeht, den Protest und den Kampf gegen jegliche Willkür und reaktionäre Unterdrückung erfordert und somit gerade auch die Verteidigung der gesamten jüdischen Bevölkerung gegen die Pogrompolitik einschließt:

„Je stärker aber die sozialistische Bewegung, desto sicherer ist auch das gesamte Judentum davor, dass die irregeleitete Wut verzweifelnder Volksmassen[26] sich auf das Ghetto ergießt, statt gegen den Zarismus sich zu wenden, den Hort aller Barbarei." (S. 309)

[26] Kautskys Formulierung „irregeleite Wut verzweifelnder Volksmassen" diskutiert nicht das Problem, inwieweit und in welchem Ausmaß diese „Volksmassen", die wie in Russland teilweise an Pogromen beteiligt waren, denn überhaupt dem Einfluss der judenfeindlichen Anführer entrissen bzw. gewonnen werden können. Denn Teile dieser Judenfeinde waren bestimmt nicht lediglich „irrregeleitet", sondern massiv verhetzt, korrumpiert und moralisch „verloren" für demokratische Positionen.

Für den Zusammenschluss jüdischer und nichtjüdischer Arbeiter*innen „in gemeinsamem Klassenkampf“

Kautsky popagierte nicht nur die unmittelbare demokratische Aufgabe der Verteidigung der jüdischen Bevölkerung gegen ihre Misshandlung und Ermordung, sondern auch weitergehende Aufgaben der revolutionären Bewegung im Klassenkampf:

> „Die Juden in Russland haben heute nur *einen* wahren Freund: *die revolutionäre Bewegung.* Sie allein arbeitet dem Antisemitismus wirksam entgegen, indem sie die Volksmassen über ihre wahren Interessen aufklärt und ihnen zeigt, wo sie ihre wirklichen Feinde zu suchen haben; noch wirksamer dadurch, dass sie sie ihrer Beschränktheit entreißt, sie mit neuen Anschauungen und neuen Bedürfnissen erfüllt, Anschauungen und Bedürfnissen, die allen aufstrebenden Kulturmenschen gemeinsam sind, mögen es Juden oder Nichtjuden sein; endlich dadurch, dass sie in gemeinsamem Klassenkampf jüdische und nichtjüdische Arbeiter zu vereintem Werke zusammenführt.“ (S. 308, H. i. O.)

Das alles waren wichtige und richtige kämpferische Positionen und Aufgabenstellungen der Solidarität mit den Genossinnen und Genossen in Russland im Kampf gegen die Judenfeindschaft. Daher begrüßten und verbreiteten diese sogleich auch Kautskys Stellungnahme.

Schwächen und Fehler des Artikels

Kautskys Artikel enthält eine Reihe gewichtiger Schwächen und Fehler, die zu einem großen Teil schon in seinen früheren Artikeln auftraten und bei ihrer Besprechung bereits kritisiert wurden.[27] Daher sollen diese Kritikpunkte hier eher knapp behandelt werden.

Allerdings hat Kautsky in seinen Artikel über das Massaker in Kischineff 1903 einen neuen Gesichtspunkt aufgenommen, der in den beiden vorherigen Artikeln so nicht enthalten ist: Die These von der angeblich nötigen Assimilation der jüdischen Bevölkerung als Bedingung für die Überwindung der Judenfeindschaft. Darauf muss genauer eingegangen werden.

---

[27] Siehe dazu die Abschnitte „Kautskys Artikel ‚Der Antisemitismus‘ von 1885: Antisemitismus ist ‚reaktionär durch und durch‘“ und „Kautskys Artikel ‚Das Judentum‘ von 1890“ in: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893), Offenbach 2019, S. 327-343.

Ökonomistischer Ansatz: Judenfeindschaft in den Ländern Westeuropas als „ein Produkt des Verzweiflungskampfes niedergehender Volksschichten“

Kautsky betonte einleitend, dass er Besonderheiten Russlands im Einzelnen nicht beurteilen könne und sich da zurückhalten müsse. Bevor er darauf einging, legte er zunächst einmal gedrängt dar, wie er den „westeuropäischen Antisemitismus“ sieht:

> „Immer mehr breitet sich diesen Anschauungen gegenüber die sozialistische aus, die in der jetzigen antisemitischen Bewegung ein Stück Klassenkampf sieht, ein Produkt des Verzweiflungskampfes niedergehender Volksschichten. Das untergehende Handwerk kämpft gegen Großindustrie und Zwischenhandel; der kleine Händler gegen die großen Warenhäuser; der in Schuldknechtschaft versinkende Bauer gegen den Wucherer und Händler, namentlich den Vieh- und Kornhändler. […] Alle diese Schichten wenden sich gegen das Judentum, das ihnen als der Repräsentant des Geld- und Handelskapitals gilt, das aber auch der Intelligenz zahlreiche und rührige Elemente zuführt. Die Niederschlagung des Judentums erscheint diesen Schichten als der beste Weg, ihrer Bedrängnis ein Ende zu machen.“ (S. 304)

Als Realitätsbeschreibung war die Feststellung durchaus nicht falsch, dass bei Teilen der genannten nichtjüdischen Schichten „das Judentum“ als Repräsentant des Geld- und Handelskapitals „galt“ (also eine Schimäre war, ein Konstrukt – richtig gelesen, dem war also nicht so) und die „Niederschlagung des Judentums“ als Ausweg „erschien“. Falsch war jedoch, die Judenfeindschaft bei diesen Schichten in Westeuropa bloß als „Produkt des Verzweiflungskampfes niedergehender Volksschichten“ zu erklären. Kautsky überging damit die entscheidende Rolle der ideologischen und politischen Aufhetzung von oben durch den Staat, durch die Politiker und ihre Handlanger sowie durch die Medien der herrschenden Klassen. Das war nicht nur in Russland so, sondern auch in Deutschland und anderen kapitalistisch fortgeschrittenen Ländern. Kautskys Argumentation verbleibt hier im Ökonomismus.

„Eigenart des Judentums“ angeblich „kein Schein, sondern Wirklichkeit“

Kautsky fügte seiner ökonomistischen Erklärung der Judenfeindschaft eine Ebene hinzu, wodurch die Fehlerhaftigkeit seiner Argumentation weiter ausgebaut wird. Er stellt nun die Frage, woher es komme, dass gerade die Juden als die auserwählten Vertreter des Geld- und Handelskapitals und der Intelligenz „erscheinen“ würden:

„Haben wir es da wirklich mit einer Eigenart des Judentums zu tun und entspringt sie seinem Rassengedanken?

Sie ist kein Schein, sondern Wirklichkeit …“ (S. 304)

Ohne sich auf den „Rassegedanken“ einzulassen, versucht Kautsky in vier Absätzen (S. 304 f.), die „Wirklichkeit“ jüdischer Eigenart anhand von Besonderheiten der historischen Entwicklung der jüdischen Bevölkerung zu erklären. Kurz gesagt habe diese Entwicklung die jüdische Bevölkerung Westeuropas in den Geld- und Warenzirkulationsbereich gedrängt und dazu geführt, dass sie dort „besonders zahlreich und erfolgreich unter den Kapitalisten und in der Intelligenz zu finden sind“. (S. 305)

Es ist der alte Fehler im Kampf gegen Judenfeindschaft, irgendwelche negativen Zuschreibungen bestimmter Eigenschaften der jüdischen Bevölkerung zuzugeben, ja zuzugestehen, und dann zu erklären: „Aber das lag an der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung, dass sie jetzt dies und jenes ist.“ Eine solche auf Dohm zurückgehende halbherzige und im Kern falsche „Verteidigung“ der jüdischen Bevölkerung wurde in der Sozialdemokratie in Deutschland insofern übernommen, als akzeptiert wurde, dass es angeblich so was wie ein „kapitalistisches Wesen“ im Judentum gäbe usw., dass dies aber aus der Verfolgung der Juden zu erklären sei.

Kautskys völlig verfehlte Grundthese: „Auflösung des Judentums“ als Bedingung für die Überwindung der Judenfeindschaft

Kautsky warf in seinem Artikel auch die Frage auf, was nötig ist, um die Feindschaft gegen Juden tiefgehend und endgültig zu beseitigen:

„Wodurch kann diese Feindseligkeit überwunden werden? Am radikalsten dadurch, dass die den fremdartigen Charakter tragenden Bevölkerungsteile aufhören, Fremde zu sein, dass sie sich mit der Masse der Bevölkerung vermischen. Das ist schließlich die einzig mögliche Lösung der Judenfrage, und alles, was das Aufhören der jüdischen Abschließung fördern kann, ist zu unterstützen.

Aber die Eigenart des Judentums ist ein Produkt Jahrtausende langer Entwicklung, es lässt sich nicht mit einem Male der Masse der übrigen Bevölkerung assimilieren. Solange dies aber nicht geschehen, gibt es nur ein Mittel, der Abneigung gegen die jüdische Eigenart entgegenzuwirken: die *Aufklärung der Volksmasse.“* (S. 306, H. i. O.)

Wenig weiter schreibt Kautsky:

> „Neben der Auflösung des Judentums ist das revolutionäre Denken der Volksmasse das beste Gegengift gegen den Antisemitismus.“ (S. 307)

Kautsky propagierte somit zunächst als „einzig mögliche Lösung der Judenfrage“: Nur wenn sich die jüdische Bevölkerung so weit an die nichtjüdische Bevölkerung assimiliert habe, dass sie von dieser nicht mehr unterscheidbar und nicht mehr als „Fremde“ wahrnehmbar sei, dann sei auch der Judenfeindschaft definitiv der Boden entzogen. Daher sei alles, was „das Aufhören der jüdischen Abschließung“ fördern könne, zu unterstützen. Da diese Assimilation aber ein langwieriger Prozess sei, bleibe einstweilen dann doch „das revolutionäre Denken der Volksmassen das beste Gegengift“ gegen die Judenfeindschaft.

Im Grunde ist das die logische Konsequenz aus einer grundfalschen Annahme: Kautsky anerkennt die „Eigenart des Judentums“ als angebliche objektive Grundlage. Diese rufe so lange Judenfeindschaft hervor, wie sie vorhanden sei. Die fatale Konsequenz daraus ist, dass dem „Judentum“, also den jüdischen Menschen, Verantwortung für das Fortbestehen von Judenfeindschaft zugeschoben wird. Damit wird von der jüdischen Bevölkerung ihre Assimilation geradezu gefordert.[28]

Diese Argumentation läuft im Grunde auf das primitive Motto hinaus: Gibt es keine Juden als Juden mehr, gibt es auch keine Judenfeindschaft mehr!

Hiermit ist der ganze Komplex der Assimilation angerissen. Wie weit sollte diese Assimilation eigentlich gehen? Nur die Religion ausgenommen? Oder soll auch diese abgelegt werden? Gibt es nicht eine fortschrittliche jüdische Kultur? Die Diskussion über all diese Fragen begann international und in Deutschland und war mit der Frage des

[28] Dass die Kautsky-Position nicht richtig ist, zeigt sich auf fürchterliche Weise an der rassistischen Judenfeindschaft des Nazifaschismus. Faktische Nichtunterscheidbarkeit von der übrigen Bevölkerung war für Menschen mit irgendeinem jüdischen Bezug kein Schutz vor Verfolgung und Vernichtung.

Zionismus[29] als Abwehrkampf gegen die sich verstärkende Judenfeindschaft eng verbunden.[30]

Pauschal gegen die zionistische Bewegung

Von dieser Position aus attackierte Kautsky am Ende seines Artikels auch die zionistische Bewegung bzw. zionistische Kräfte:

> „Die zionistische Bewegung dagegen kann nur das antisemitische Empfinden der Volksmassen verstärken, indem sie die Abschließung des Judentums von der übrigen Bevölkerung vermehrt und es noch mehr als bisher zu einem fremden Volksstamm stempelt, der seinen eigenen Anschauungen nach auf dem russischen Boden nichts zu suchen hat. Wider Willen besorgt sie dadurch die Geschäfte des Zarentums, von dem sie denn auch bisher geduldet wurde." (S. 308)

Bei dieser pauschalen negativen Einschätzung ist kein Verständnis dafür erkennbar, dass die zionistische Bewegung gerade auch als jüdische Abwehrreaktion gegen die Judenfeindschaft des Zarismus entstanden ist und dass es innerhalb der sich als zionistisch verstehenden Kräfte auch zu differenzieren galt.

Weitere Kritiken

Judenfeindschaft unter den vor allem bäuerlichen Massen in Russland als Resultat „instinktiver Abneigung" gegen „Fremde"?

Kautsky schreibt: Im Unterschied zu Westeuropa[31] umfasse die jüdische Bevölkerung in Russland alle städtischen Klassen, auch Handwerker und Proletarierinnen und Proletarier, darunter die Ärmsten der Armen. „Reiche Juden" könnten für die judenfeindliche Hetze so also nicht herhalten (siehe S. 305).

---

[29] Zu unserer Einschätzung des „Zionismus" in der damaligen Zeit bis heute siehe Teil 3 dieses Bands im Abschnitt „Vorab: Unsere Positionen", B. 4.: Es gibt nicht „den Zionismus". Kleine zionistische Organisationen in Deutschland vor 1914 . Gegen „Zionismus" als Schimpfwort.

[30] Auf die Frage der Assimilation wird ausführlich in Teil 3 „Der theoretisch-wissenschaftliche Kampf" eingegangen.

[31] Kautsky behauptet, dass die jüdische Bevölkerung in Westeuropa weitgehend aus Kapitalisten und Intellektuellen bestehen würde (S. 305). Zur Widerlegung genügt schon der Hinweis auf die bekannte Tatsache der großen Anzahl von jüdischen Proletarierinnen und Proletariern im Londoner East End.

Um die Judenfeindschaft in Russland zu erklären, so der Ansatz von Kautsky, reiche es nicht, auf „die Eigentümlichkeiten des Judentums“ in Westeuropa zu verweisen. Vielmehr gelte es, „die eigenartige Lage des russischen Volkes“ (S. 305) zu kennen. Dessen Bevölkerung lebe nämlich in „primitiven traditionellen Verhältnissen“ und sei dem „Fremden“ gegenüber misstrauisch, ja feindselig, selbst wo kein Interessengegensatz vorhanden sei (S. 306). Da gehe es oft um „instinktive Abneigung“, die leicht die bösartigsten Formen annehmen könne (S. 306).[32] Was Russland angeht, greift Kautsky im Grunde also zu einer psychologischen Erklärung. Eine solche an der Oberfläche bleibende Beschreibung von bestimmten Verhaltensmustern hat möglicherweise hie und da eine gewisse Berechtigung, trägt aber nicht wirklich zur Erklärung der Judenfeindschaft bei, dessen zentraler Urheber der Zarismus war.

Übernahme von Mehrings Begriff des „Philosemitismus“

In einem Atemzug mit der Zurückweisung der rassistischen Judenfeindschaft grenzte sich Kautsky, Franz Mehring folgend, folgendermaßen auch vom „Philosemitismus“ ab:

> „Noch mystischer aber ist die Auffassung des liberalen Philosemitismus, die im Judenhass nur das Produkt eines Volkswahnsinns sieht.“ (S. 304)

Ohne irgendeinen Beleg und ohne erkennbaren sinnvollen Zusammenhang mit dem Argumentationsgang seines Artikels übernimmt Kautsky hier offenbar den von Mehring in verquerer und verfehlter Weise in die Diskussion eingebrachten Begriff des „Philosemitismus.[33]

***

Kautskys Artikel ist widerspruchsvoll. Kautskys Position zur Lage in Russland der damaligen Zeit ist besonders wichtig und richtig. Hier

---

[32] Kautsky zieht hier auch eine ebenso falsche Parallele zur „Abneigung gegen den Neger in den Vereinigten Staaten“ (S. 306), als wäre auch hier nicht Rassismus und Sklavenhalterideologie die Ursache! Kritisch anzumerken ist hier heute selbstverständlich, dass auch Kautsky wie Bebel das diskriminierende „N-Wort“ benutzt.

[33] Siehe dazu Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893), Offenbach 2019, S. 358f.: „Der gefährliche Begriff ‚Philosemitismus‘“.

legt er zu Recht den Hauptakzent darauf, die Judenfeindschaft als Methode der herrschenden Klasse zu erklären. In der Situation der heranreifenden Revolution von 1905 wird die Judenfeindschaft richtig als „Blitzableiter“ für die zunehmende Unzufriedenheit der ausgebeuteten und unterdrückten Massen gekennzeichnet. Die Notwendigkeit revolutionärer Aufklärung der ausgebeuteten und unterdrückten Massen als „bestes Gegengift“ wird ebenso herausgestellt wie die handfeste Solidarität der revolutionären Arbeiter:innen mit der von Ausplünderung, Misshandlung und mörderischen Pogromen bedrohten jüdischen Bevölkerung. Damit setzte Kautsky bzw. die „Neue Zeit“ als theoretisches Organ der Sozialdemokratie in Deutschland ein Zeichen der Solidarität. Das war damals unmittelbar und auch in den folgenden Jahren von großer Bedeutung.

Besonders wichtig ist Kautskys Ablehnung der Vorstellung einer „jüdischen Rasse“ und des Begriffs „Rasse“ überhaupt!

Zum anderen gibt es die schon bekannten stark ökonomistischen Erklärungsmuster der Judenfeindschaft als „ein Produkt des Verzweiflungskampfes niedergehender Volksschichten“, wodurch die entscheidende Bedeutung der ideologischen Verhetzung durch die Herrschenden übergangen wird. In anderen, vor allem auf Westeuropa bezogenen Teilen bleibt Kautsky auf dem Niveau von Bebel, indem er weiterhin eine sozialökonomische Erklärung gegenüber der Erklärung der Judenfeindschaft als Manöver der herrschenden Klasse bevorzugt. Auch die Position, dass die „Eigenart des Judentums“ angeblich „kein Schein, sondern Wirklichkeit“ sei, geht auf Denkfiguren von Bebel und der damaligen Sozialdemokratie zurück. In diesen beiden Punkten gibt es keinen selbstständigen neuen Gedanken von Kautsky.

Zudem: Kautskys Position zur „Auflösung des Judentums“ bzw. zur Auflösung der „Eigenart des Judentums“ durch Assimilation an die nichtjüdische Bevölkerung als „radikalste“ Lösung der „Judenfrage“ weist in eine völlig falsche Richtung. Dieser Fehler verstärkte sich noch in seiner Schrift „Rasse und Judentum“ (1914), auf die im Band 3 Teil 3 der insgesamt dreiteiligen Studie eingegangen wird.

3. Überblick über die Artikel der „Neuen Zeit“

Die 1883 noch unter dem Sozialistengesetz gegründete „Neue Zeit“ war das theoretische Organ der SPD. Nach ihrer Gründung 1883 war die „Neue Zeit“ bis Oktober 1890 eine Monatszeitschrift. Danach erschien sie wöchentlich. Die Zahl der Abonnentinnen und Abonnenten stieg von 2.300 im Jahr 1883 auf 9.000 im Jahr 1909 und lag dann bis 1914 bei ca. 10.000 Exemplaren. Karl Kautsky war der Chefredakteur. Die größte Anzahl von Leitartikeln hat Franz Mehring geschrieben. Zwischen 1885 und 1895 vermittelte Friedrich Engels dem Organ wichtige Artikel. Er erreichte auch, dass Stellungnahmen von Marx in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht wurden, etwa die „Kritik des Gothaer Programms“. Engels selbst veröffentlichte ebenfalls zahlreiche Beiträge in der „Neuen Zeit“, insbesondere seine Schrift „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ (1886). Wichtige Autorinnen und Autoren waren August Bebel, Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg, Wilhelm Liebknecht, Georgi Plechanow und Clara Zetkin.[34] Die „Neue Zeit“ spielte eine große Rolle für die internationale ideologische und theoretische Diskussion.

Zwei Sondernummern der „Neuen Zeit“ hatten großes ideologisches und theoretisches Gewicht auch für die internationale Debatte über Fragen des Kampfs gegen Judenfeindschaft. Das waren Kautskys Artikel „Nationalität und Internationalität“ (1910) und „Rasse und Judentum“ (1914/1921). Beide werden im Band 3 Teil 3 ausführlich analysiert.

In der „Neuen Zeit“ gab es in der Zeitspanne von 1893 bis 1914 rund 50 Artikel zu Themen des Kampfs gegen Judenfeindschaft.[35] Neben Artikeln sind auch einige Rezensionen von Büchern zu jüdischen Themen enthalten.

Eine Durchsicht dieser 50 Artikel hat ergeben, dass eine geschlossene Darstellung nicht sinnvoll ist. Es überwiegen Beiträge aus Russland, aus dem polnischen Teil des zaristischen Reiches, aus dem polnischen Teil Österreichs, aus dem polnischen Teil Preußens und von verschiedenen sich als sozialdemokratisch definierenden Organisationen oder

[34] In der gesamten Zeitspanne bis 1914 gab es keinen einzigen Artikel von Lenin.

[35] Soweit wir biografische Informationen erhalten konnten, finden sich diese in Fußnoten bei den Vorbemerkungen zu den einzelnen Artikeln.

Organisationsteilen dieser Gebiete. Die Autoren sind oft nicht genau zuzuordnen. Sehr wichtige und richtige, aber auch fürchterliche Positionen sind mitunter in einem einzigen Artikel vereint.

Den nachfolgenden knappen Überblick über die in Artikeln der „Neuen Zeit" behandelten Fragen zur Judenfeindschaft haben wir daher thematisch gegliedert.[36]

a) Allgemeine Fragen – zur jüdischen Geschichte und Religion

Unter diesen mehr allgemeineren Artikel über jüdische Themen hat Kautskys „Nationalität und Internationalität" (1910) die größte Bedeutung, der vor allem die nationale Frage behandelt und in diesem Zusammenhang eher knapp auf jüdische Themen eingeht.

Die anderen Artikel behandeln vor allem verschiedene Aspekte der allgemeinen Geschichte der jüdischen Bevölkerung, die teilweise sehr ins Detail gehen. Hervorzuheben sind zwei Artikel.

Max Zetterbaums Artikel von 1893 enthält in erster Linie ein Bild, das die ausgebeutete und unterdrückte jüdische Bevölkerung Polens und Galiziens herabsetzt und beschimpft, wobei behauptet wird, dass „die Juden" in Polen „die Verfolger des polnischen … Volkes" seien. Das wird verbunden mit der im Kern judenfeindlichen Behauptung, dass die jüdische Bourgeoisie die Schlimmste aller Bourgeoisien sei.

Max Beer beruft sich in seinem Artikel von 1894 bei seiner Einschätzung des Talmuds doch tatsächlich auf August Rohling, einen der schlimmsten Judenfeinde seiner Zeit, dem bescheinigt wird, dass er angeblich „viel Wahres" über den Talmud verkündet hätte.

b) Zur Judenfeindschaft in Deutschland

Nur wenige Artikel im Zeitabschnitt von 1895 bis 1914, eine Rezension inklusive, setzen sich mit der Judenfeindschaft in Deutschland auseinander. Zur Judenfeindschaft in Deutschland gibt es in der Zeit von 1895 bis 1914 über die hier besprochenen hinaus keine weiteren Artikel.

[36] Die Quellenangaben zu den im Überblick erwähnten Artikeln, die im nachfolgenden Abschnitt dann genauer besprochen werden, finden sich dort.

Die beiden Artikel von **Franz Mehring** aus dem Jahre 1896 und 1910 behandeln eher im Vorbeigehen Fragen der Judenfeindschaft. Unerträglich ist dabei, dass Mehring meint, die bürgerliche Gesellschaft mit dem Vergleich attackieren zu können, dass diese angeblich „auf den Standpunkt des polnischen Schacherjuden gesunken" sei. Angesichts der zunehmenden Bedeutungslosigkeit der ausdrücklich judenfeindlichen Parteien (der sogenannten Antisemitenparteien) und des Siegs der SPD bei Wahlen 1910 in Zschopau-Marienberg ging Mehring fälschlicherweise von der „gänzlichen Zerschmetterung des Antisemitismus" aus, womit dann logischerweise der Kampf gegen die Judenfeindschaft als erledigt zu betrachten wäre.

Besonders bösartig ist ein Artikel von **Philipp Scheidemann** 1906, der dem Judenfeind Böckel bescheinigt, er wäre „doch demokratisch" und zudem behauptet, die judenfeindlichen Parteien hätten durch die Politisierung der Bevölkerung eine positive Rolle gespielt.

Anders dagegen **Eduard Bernstein,** der in seinem Artikel noch 1914 davor warnt, dass neben dem Rückgang des Radauantisemitismus nun eine Zunahme des sogenannten „stillen Antisemitismus" zu beobachten sei und richtig feststellt, dass diese Form der Judenfeindschaft eine noch größere Wirkung entfalte.

Bernstein stellt 1894 in einer Rezension eines Buchs von Cesare Lombroso, das judenfeindliche Positionen enthält, sehr richtig heraus, dass es nur den Judenfeinden nützt, wenn man sich auf immanente Debatten über Schädelgrößen oder Nasenformen einlässt. Zudem gibt er den wichtigen Hinweis, dass sich die Judenfeindschaft in Deutschland gerade auch gegen assimilierte jüdische Menschen richtet. Bernstein geht jedoch auch davon aus, dass das, was der Judenfeindschaft ihre „Kraft" verleiht, „in erster Linie sozialökonomischer Natur" sei, und bleibt damit einer ökonomistischen Sichtweise verhaftet.

In einem längeren Artikel eines nicht sehr bekannten Autors namens **Hermann Wendel** wird die Lage der Juden in der Provinz Posen in Preußen geschichtlich und aktuell behandelt. Rückblickend werden auch die Politik Bismarcks und die aktuelle Politik der kolonialistischen „Germanisierung" angeprangert, die sich gegen die polnische Bevölkerung, aber eben auch gegen die jüdische Bevölkerung in diesem Gebiet richtete. Auf die daraus resultierenden zunehmenden Aus-

wanderungszahlen unter der jüdischen Bevölkerung wird kritisch hingewiesen. Aber auch in diesem Artikel bleiben judenfeindliche Bemerkungen nicht aus, wenn behauptet wird „auch in Polen" – „wie fast überall" – hätten „die Juden" den Geldhandel in ihren Händen konzentriert.

c) Zur Judenfeindschaft in Russland

In der Sozialdemokratie in Deutschland herrschte das Verständnis vor, dass das zaristische Russland das staatliche und gesellschaftliche Hauptbollwerk der Judenfeindschaft in dieser Zeit war. Das widerspiegelt sich auch in der „Neuen Zeit". In der Zeit von 1893 bis 1914 wurden darüber 10 Artikel veröffentlicht. Die meisten wurden von Autoren aus Russland verfasst. Deren Artikel enthalten eine Fülle von Fakten über die Lebenslage der unterdrückten und bedrohten jüdischen Bevölkerung in Russland, welche zugleich Ursache für massenhafte Flucht und Emigration waren. Von herausragender Bedeutung war Kautskys Artikel „Das Massaker von Kischineff und die Judenfrage" (1903). Dieser (bereits besprochene) Artikel war ohne Zweifel ein Zeichen der Solidarität, enthält aber auch einen ideologischen Teil mit richtigen und zu kritisierenden falschen Positionen.

d) Zu Fragen der jüdisch-revolutionären Bewegung in Russland

In Russland entwickelte sich schon im Vorfeld der Revolution von 1905 eine starke revolutionäre Bewegung des Proletariats, auch wenn diese nach der Niederlage der Revolution zeitweilig erhebliche Rückschläge hinnehmen musste. Lebhafte, zum Teil sehr heftige Auseinandersetzungen gab es gerade auch über die nationale Frage und in Verbindung damit über den Kampf gegen die Judenfeindschaft und die Frage der Organisierung des jüdischen Proletariats.

In der „Neuen Zeit" behandeln 11 Artikel diesen Themenkomplex. Nahezu alle sind von Autoren aus Russland. Eine Ausnahme ist Max Zetterbaum, der aus dem damals zu Österreich gehörenden Galizien stammte, mit seinem Artikel „Probleme der jüdisch-proletarischen Bewegung".[37] Doch auch dort geht es in der Auseinandersetzung mit

[37] Zetterbaum, Max: Probleme der jüdisch-proletarischen Bewegung (1901), Die Neue Zeit, XIX. Jg. (1900–1901), 1. Bd. (1901), Nr. 11, S. 324–330 und Nr. 12, S. 367–373

Teilen der polnischen Sozialdemokratie um Fragen der jüdisch-revolutionären Bewegung in Russland, wenngleich es eine Überschneidung mit der Lage im damaligen Nationalitätenstaat der österreichisch-ungarischen Monarchie gab.

Am stärksten kamen in der „Neuen Zeit" Autoren des jüdischen „Bund"[38] zu Wort, so der führende Theoretiker Wladimir Medem. Es wurden Dokumente des „Bund" abgedruckt.[39] Eine direkte Polemik gab es zwischen dem zur österreichischen Sozialdemokratie gehörenden Zetterbaum und der Redaktion des „Bund"-Organs „Jüdischer Arbeiter".[40] Die meisten Artikel von Autoren des „Bunds" richten sich

---

[38] Der sozialdemokratische „Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland" (kurz: Bund) war 1897 in Wilna gegründet worden mit der Zielsetzung, eine eigenständige Organisation des jüdischen Proletariats in Russland zu schaffen. Der „Bund" verstand sich als Partei des jiddisch-sprechenden Proletariats im zaristischen Russland und war zahlenmäßig stark (1906: über 33.000 Mitglieder).

1898 war der „Bund" an der Neugründung der SDAPR beteiligt. In dem auf diesem Parteitag angenommenen Statut wurde klargestellt, wie die Autonomie des „Bund" innerhalb der SDAPR zu verstehen ist, d.h. nicht im Sinne einer Föderation. Als sich der 2. Parteitag der SDAPR 1903 nicht einer umfassenderen Auslegung der Autonomie anschloss, wie sie der „Bund" beantragte, sondern einen zentralistischen kommunistischen Parteiaufbau festlegte, verließen die Delegierten des „Bund" den Parteitag.

Der „Bund" trat 1906 wieder in die SDAPR ein, kämpfte zum Teil gemeinsam mit den Bolschewiki in der Revolution von 1905. 1912 wurde der „Bund" schließlich offiziell eine Sektion der Menschewiki, was sich bis zur Oktoberrevolution 1917 nicht änderte. Auch im Oktober 1917 stand der „Bund" auf der Seite der Menschewiki und hetzte gegen die Bolschewiki.

Zum „Bund" siehe genauer Buch 3 von „Der Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in Deutschland (1894 bis 1914). Dort wird die Entwicklung des „Bund" 1914 sowie der Kampf der Bolschewiki gegen nationalistische und reformistische Vorstellungen des „Bund" analysiert.

[39] Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland: Auszug aus dem Bericht der Delegation für den zweiten Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands über die Tätigkeit des Bundes nach seinem vierten Parteitag (1904), Die Neue Zeit, XXII. Jg. (1903–1904), 2. Bd. (1904), Nr. 43, S. 536–540; Der siebente Parteitag des Jüdischen Arbeiterbundes (1907), Die Neue Zeit, XXV. Jg. (1906–1907), 1. Bd. (1907), Nr. 3, S. 100–105. In diesem Text wird die Vereinigung des „Bund" mit der SDAPR mitgeteilt und die Resolution des 7. Parteitags des „Bund" über diese Vereinigung ist komplett abgedruckt.

[40] Dabei ging es um die Sprachfrage (russisch/jiddisch), die Organisationsfrage und die Frage des polnischen Unabhängigkeitskampfes. Siehe Zetterbaum, Max: Probleme der jüdisch-proletarischen Bewegung (1901), Die Neue Zeit, XIX. Jg. (1900–

gegen die sogenannten „Arbeiterzionisten“, denen zum Beispiel in Medems Artikel „Ein nationalistischer Vorschlag“ (1910) Nationalismus vorgeworfen wird. Ein kritischer Beitrag zum „Bund“ ist der Artikel von E. Sorow: „Die jüdische Sozialdemokratie in Russland“ (1902)[41]. Der Autor kritisiert die Berufung des „Bunds“ auf das Konzept der „nationalen Autonomie“ in der österreichischen Sozialdemokratie. Er argumentiert schlussendlich judenfeindlich dagegen, insofern er überhaupt nationale Rechte der jüdischen Bevölkerung in Russland für unmöglich erklärt. „Der Jude“, so schreibt er, sei „gar nicht im Stande, ein nationales Dasein zu führen“. Die jüdische Bevölkerung besitze schon seit Langem „keine eigene nationale Kultur“, eine „nationale Autonomie der Juden in Russland“ sei unmöglich, „weil die Juden überall die Minderheit der Bevölkerung bilden und auf keinem Gebiet eine kompakte Masse darstellen“[42], was kurz gesagt einfach falsch war.

Artikel von Autorinnen und Autoren der Bolschewiki über den Kampf gegen die Judenfeindschaft sind in der „Neuen Zeit“ nicht zu finden, ebenso wenig ein Dokument darüber.

e) Zur Judenfeindschaft und zur Lage der jüdischen Bevölkerung in weiteren Ländern

Bereits 1894 gab es in der „Neuen Zeit“ den Artikel von Max Beer: „Die russischen und polnischen Juden in London“ (1894). Wenn auch nicht frei von Vorurteilen (Jiddisch als „verhunztes Deutsch“), beschreibt der Autor die Lebenslage und auch Streiks der überwiegend aus Russland emigrierten jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter.[43]

Zwei Artikel gab es in der „Neuen Zeit“ über die Dreyfus-Affäre in Frankreich. Der eine ist von Franz Mehring: „Der verkrüppelte

---

1901), 1. Bd. (1901), Nr. 11, S. 324–330 und Nr. 12, S. 367–373; Redaktion des „Jüdischen Arbeiters“: Probleme der jüdisch-proletarischen Bewegung (1901), Die Neue Zeit, XIX. Jg. (1900–1901),) 1. Band (1901), Nr. 19, S. 605–607)

[41] Siehe Sorow, E.: Die jüdische Sozialdemokratie in Russland (1902), Die Neue Zeit, XX. Jg. (1901–1902), 1. Bd. (1902), Nr. 26, S. 812–819). Über den Autor ist uns bisher nichts weiter bekannt.

[42] Sorow, E.: Die jüdische Sozialdemokratie in Russland (1902), Die Neue Zeit, XX. Jg. (1901–1902), 1. Bd. (1902), Nr. 26, S. 818–819

[43] Beer, Max: Die russischen und polnischen Juden in London (1894), Die Neue Zeit, XII. Jg. (1893–1894), 2. Bd. (1894), Nr. 49, S. 730–734

Dreyfushandel“ (1899), der andere ist von Charles Bonnier: „Die Dreyfus-Affäre und die französischen Sozialisten“ (1898). Über einen ähnlichen Vorgang wie in Frankreich geht es in dem Artikel von Willem Hubert Vliegen: „Der Fall Hogerhuis: eine niederländische Dreyfus-Affäre“ (1899). Hervorzuheben ist noch eine Rezension von Max Zetterbaum über die brutale Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung in Rumänien.[44] Ohne hier diese Frage genauer zu behandeln und die einzelnen Artikel einzuschätzen, soll hier zumindest kurz darüber informiert werden.

f) Zum Zionismus

Zu den Anhängern der Zionismus und deren Projekt, einen jüdischen Staat zu gründen, gibt es in der „Neuen Zeit“ drei Artikel, die sich dazu überwiegend kritisch bis direkt ablehnend äußern.[45] Im Artikel von Emanuel „Über den Zionismus“ (1895) wird betont, den mächtigsten Anstoß für die zionistische Idee hätten die großen Pogrome und Judenvertreibungen in Russland 1880 gegeben.[46] Die Einschätzung des Zionismus ist allerdings umstritten. Während Emanuel einen „hohen ethischen Gehalt“[47] zubilligt, widerspricht dem Häcker in seiner Notiz „Über den Zionismus“[48] direkt. Er bezeichnet die zionistischen Kräfte als „reaktionär“ und verweist darauf, dass die zionistischen Kräfte in Galizien im sozialdemokratischen Organ „Der Arbeiter“ heftig bekämpft würden. Pollak schreibt in seinem Artikel „Der politische

---

[44] Siehe Mzm*: Rezension: Bernard Lazare: L’oppression des Juifs dans Europe orientale. Les Juifs en Roumanie (1903), Die Neue Zeit, XXI. Jg. (1902–1903), 1. Bd. (1903), Nr. 7, S. 220: *Mzm ist das Kürzel für Max Zetterbaum.

[45] Kritische Äußerungen zu Ideen und zur Politik des Zionismus finden sich auf in Artikeln, die sich mit den „Arbeiter-Zionisten“ auseinandersetzen. Die Hauptkritik ist, dass die Orientierung auf die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina als gemeinsames Projekt der jüdischen Bevölkerung unvereinbar sei mit dem unversöhnlichen Klassenkampf, den die jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter im Gegensatz zur jüdischen Bourgeoisie zu führen hätten. Siehe A. L.: Der Poalei-Zionismus: eine neue Strömung im russischen Judentum, Die Neue Zeit (1906), XXIV. Jg. (1905–1906), 1. Band (1905–1906), Nr. 25, S. 804–813

[46] Siehe Emanuel, B.: Über den Zionismus, Die Neue Zeit, XIII. Jg. (1894–1895), 2. Band (1895), Nr. 45, S. 599–603

[47] Ebenda, S. 603

[48] Siehe Häcker, S.: „Über den Zionismus“, Die Neue Zeit, XIII. Jg. (1894–1895), 2. Band (1895), Nr. 50, S. 759–760

Zionismus“ (1898)[49] eher flapsig, der von Herzl repräsentierte Zionismus sei nicht aus einer historischen Notwendigkeit heraus entstanden, sondern „durchaus ein Kind der Laune des Dr. Dr. Theodor Herzl“. Weiterhin weist er die These von der jüdischen Bevölkerung als einer Nation zurück und kritisiert, dass die „äußere Politik“ des Zionismus darin bestehe, dem türkischen Herrscher in Palästina „Liebenswürdigkeiten zu sagen“.

g) Gegen Rassismus, Sozialdarwinismus und gegen Sombart

1905 wurde in der „Neuen Zeit“ eine Buchbesprechung von Otto Bauer zum Buch von Friedrich (Frederick) Hertz „Moderne Rassentheorien“ (Nr. 19/1905) sowie 1911 eine Buchbesprechung von Gustav Eckstein zu Zollschans Buch „Das Rassenproblem“ (Nr. 2/1911) veröffentlicht. In beiden Artikeln werden erhebliche Zugeständnisse gemacht in Bezug auf die Verwendung des Begriffs „Rasse“ für die menschliche Gesellschaft. Hierauf wird im Band 3 Teil 3 eingegangen.

Ebenso war Thema in der „Neuen Zeit“ der Kampf gegen den Sozialdarwinismus. Bebel, Kautsky und auch Cunow verfassten dazu Artikel, die im Kern richtig den Sozialdarwinismus als reaktionär ablehnen. Hierauf wird ebenfalls im Band 3 Teil 3 eingegangen.

Es gab in der „Neuen Zeit“ einen einzigen Artikel,[50] der sich mit der Judenfeindschaft von Werner Sombart, seinem Buch „Die Juden und das Wirtschaftsleben“ (Leipzig 1911) auseinandersetzt: Der Artikel „Kapitalismus und Judentum“ von Willem van Ravesteijn. Inhaltlich

---

[49] Siehe Pollak, Johann: Der politische Zionismus, Die Neue Zeit, XVI. Jg. (1897–1898), 1. Band (1898), Nr. 19, S. 596–600

[50] „Die Neue Zeit“, XXX. Jg. (1911–1912), 2. Band (1912), Nr. 45, S. 708–716. Es wurden nur die Inhaltsverzeichnisse der Zeitschrift „Die Neue Zeit“ systematisch durchgegangen. Eine Buchbesprechung des Buchs von Werner Sombart „Die römische Campagna. Eine sozial-ökologische Studie, Leipzig 1889“ (Nr. 5/1889, S. 232–235) mit dem Kürzel K. sowie Artikel gegen Sombart als Verfälscher des Marxismus enthalten nichts zur Judenfeindschaft Sombarts. (Siehe Dietzgen, Eugen: Sombarts Schrift über den modernen Sozialismus in: Die Neue Zeit, XIV. Jg. (1895–1896), 2. Band (1896), Nr. 40, S. 444–453 und Belfort Bax, Ernest: Die „Lehren“ des Herrn Professor Sombart, in: Die Neue Zeit, XVIII. Jg. (1899–1900), 2. Bd. (1900), Nr. 46, S. 591–596). 1903 erschien dann ein zweiteiliger Artikel von Adler, Max: Sombarts „historische Sozialtheorie“ in: Die Neue Zeit, XXI. Jg., 1. Band (1902–1903), Nr. 16, S. 485–491)

überzeugend, ist er aber eben auch davon gekennzeichnet, dass Zugeständnisse gemacht werden und nach wie vor ein falscher Respekt vor einem reaktionären Wissenschaftler wie Sombart existierte.

***

Ausführlich werden im nächsten Abschnitt nun wichtige Artikel aus der „Neuen“ Zeit, insbesondere von Bernstein und Mehring, analysiert, die im Überblick nur kurz behandelt wurden.

4. Wichtige Artikel aus der „Neuen Zeit“[51]

a) Franz Mehring

Nachfolgend werden zwei Artikel von Mehring[52] aus der „Neuen Zeit“ analysiert. Mehring hat sich aber auch noch an anderer Stelle mit der Judenfeindschaft beschäftigt. Um ein Gesamtbild von Mehrings Positionen zur Judenfeindschaft zu bekommen, sind auch seine Positionen in diesen Schriften heranzuziehen.

Zwei theoretische Schriften Mehrings, der große Autorität innerhalb der Sozialdemokratie hatte, werden hier jedoch noch nicht genauer analysiert, sondern erst im Teil „Vertiefungen und Anmerkungen“. Es geht um die beiden Schriften „Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland“ und „Aus dem literarischen Nachlass von Karl Marx und Friedrich Engels 1841–48, Erster Band,“ in denen er zu Werken von Karl Marx neu oder erneut Stellung bezieht, darunter eben auch zu der Schrift von 1844 von Karl Marx gegen Bruno Bauers Vorstellung von der „Judenfrage“.

Es wird gezeigt, dass Mehring in seinen beiden Kommentaren (1897 bzw. 1902) zu Marx’ Schrift gegen Bruno Bauer mit der Methode „einerseits/andererseits“ vom Kampf gegen den Antisemitismus und gegen den Philosemitismus[53] auch bei der Interpretation der Schrift von Marx ausgeht und so gerade jene Fehlinterpretation befördert, die eigentlich hätte bekämpft werden müssen. Mehring malt ein Bild von der jüdischen Bevölkerung, das sich nur sehr gering von judenfeindlichen Darstellungen dieser Zeit unterscheidet. Zum Beispiel behauptet

[51] Diese wichtigen Artikel sind zu finden in: Materialien – Artikel der Zeitschrift „Die Neue Zeit“ zum Thema Judenfeindschaft 1893 bis 1914, Offenbach 2022

[52] Der Artikel hat keine Verfasserangabe. Ein Zeichen am Anfang des Artikels weist indirekt aber Mehring als Verfasser aus. Mehring hat dieses Zeichen für alle seine Artikel in der „Neuen Zeit“ verwendet.

[53] Für Mehring bedeutete der Begriff „Philosemitismus“, dass unter dem Vorwand des Schutzes der jüdischen Bevölkerung der Kapitalismus verteidigt werde. Ursprünglich wurde der Begriff von den Judenfeinden eingeführt, um Aktivist:innen gegen Judenfeindschaft als „Judenfreunde“, „Judengenossen“ oder „Judenschutztruppe“ zu beschimpfen.

Mehring ohne Klassendifferenzierung, dass „das Judentum“ als Träger der „Geldmacht“ ein „antisoziales Element“ sei.[54]

Franz Mehring: „Die bürgerliche Gesellschaft (ist) auf den Standpunkt des polnischen Schacherjuden gesunken“ (1896)

In dem 5-seitigen Artikel „Drei Prozesse“[55] von Franz Mehring (1846–1919)[56] handelt es sich um drei völlig verschiedene Gerichtsprozesse in Deutschland. In einem dieser Prozesse geht es darum, dass sich ein kleinerer Kapitalist, der im Konkurrenzkampf einem großen Kapitalisten unterlag, sich in seiner Wut wohl nicht ganz „ordnungsgemäß“ verhalten hat.[57] Dieser große Kapitalist war ein Jude mit dem Namen Becker. Das nutzte die judenfeindliche Presse für ihre Hetze. Mehring versucht sich davon abzugrenzen und schreibt:

> „Die antisemitische Presse stellt die Sachlage wie üblich auf den Kopf, wenn sie sagt, solche Dinge, wie der Geheime Kommerzienrath Becker, bringe nur ein Jude fertig. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Damit solche Dinge fertiggebracht werden können, muss der christliche Staat und die bürgerliche Gesellschaft auf den Standpunkt des polnischen Schacherjuden gesunken sein.“[58]

Diese Abgrenzung ist allerdings – ganz vorsichtig formuliert – völlig untauglich. Kriterium für die Beurteilung der Schlechtigkeit „solcher Dinge“ ist nämlich der „polnische Schacherjude“, auf dessen Stand-

---

[54] Auch hier wird angeknüpft an eine ausführliche Diskussion der Schrift von Marx in unserer Publikation „Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft. Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Jugendfeind Bruno Bauer (1844/45)“, die als Band 1 der „Analyse des Kampfes der kommunistischen Kräfte gegen Judenfeindschaft“, Offenbach 2014, erschienen ist. Jedenfalls wird klar, dass Mehring auf theoretischem Gebiet nur einen negativen Beitrag zum Kampf gegen die Judenfeindschaft geleistet hat.

[55] Mehring, Franz: Drei Prozesse, Die Neue Zeit, XIV. Jg., 2. Band (1895–1896), Nr. 35, S. 257–261

[56] Zur Biografie von Franz Mehring (1846–1919) siehe genauer in: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893)“, Offenbach 2019, S. 354

[57] Die zwei anderen von Mehring behandelten Prozesse sind im Zusammenhang mit der Judenfeindschaft nicht von Belang.

[58] Mehring, Franz: Drei Prozesse, Die Neue Zeit, XIV. Jg., 2. Band (1895–1896), Nr. 35, S. 258

punkt der „christliche Staat“ und die bürgerliche Gesellschaft „herabgesunken“ seien. Was Mehring dann über den „polnischen Schacherjuden“ schreibt, könnte ebenso in einem judenfeindlichen Hetzblatt stehen:

> „Ein polnischer Schacherjude, dem die Anfangsgründe der deutschen Grammatik unergründliche Geheimnisse sind, herrscht auf dem gesamten Gebiet der Bernsteinindustrie unumschränkter als ein orientalischer Sultan, scheffelt märchenhafte Reichtümer zusammen, ohne eine Faser seines Gehirns oder eine Muskel seiner Gebeine anzustrengen, vernichtet alle menschlichen Existenzen, die ihm auf dem Gebiet seiner Herrschaft so oder so im Wege stehen, foppt den Staat, verhöhnt die Vertreter der christlichen Regierung und erklärt, mit seinen Millionen könne er alles machen.“[59]

Eine solche judenfeindliche Darstellung hat es unserer Kenntnis nach in der „Neuen Zeit“ bis dahin noch nicht gegeben. Eine Kritik daran ist uns nicht bekannt.

Franz Mehring: Wahlniederlage der offenen Antisemitenparteien als „gänzliche Zerschmetterung des Antisemitismus“ (1910)

Mehrings dem Stil nach eher feuilletonistischer Artikel „Nationale Eigenart“[60] hat einen Wahlsieg der SPD in Zschopau-Marienberg zum Anlass. Diese Wahlen hätten „die gänzliche Zerschmetterung des Antisemitismus“ (S. 810) gebracht. Damit ist wohl die Wahlniederlage der offen antisemitischen Parteien gemeint. Von einer „gänzlichen Zerschmetterung“ der Judenfeindschaft überhaupt konnte natürlich keine Rede sein, wie Mehrings Ausführungen danach ja auch zeigen. Er weist nämlich darauf hin, dass „gleichzeitig der Kronprinz als Rektor der Königsberger Universität eine Kundgebung in antisemitischem Stile vom Stapel zu lassen für gut befunden hat“ (S. 810). Mehring nimmt dann die gegen die Sozialdemokratie gerichtete Äußerung des

[59] Mehring, Franz: Drei Prozesse, Die Neue Zeit, XIV. Jg., 2. Band (1895–1896), Nr. 35, S. 258

[60] Mehring, Franz: Nationale Eigenart, Die Neue Zeit, XXVIII. Jg., 2. Band (1909–1910), Nr. 49, S. 809–812. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

Kronprinzen aufs Korn, der die „internationalisierenden“ Bestrebungen verurteilt, welche die „gesunde völkische Eigenart“ zu verwischen drohe (S. 810).[61]

Mehring versteigt sich am Schluss dann noch zur Aussage:

> „Mag es mit der diesbezüglichen völkischen Eigenart stehen wie es will, nationale Eigenart des deutschen Volkes ist, für die Gegenwart wie für die Zukunft, die stärkste Arbeiterpartei der Welt zu besitzen, die im schroffsten Gegensatz zur Monarchie und allen monarchischen Einrichtungen steht.“ (S. 812)

Die SPD als „stärkste Arbeiterpartei der Welt“ zu bezeichnen, konnte damals als aktuelle Einschätzung noch angehen, auch wenn sich der Opportunismus in der Sozialdemokratie in Deutschland schon massiv ausgebreitet hatte und sich in Russland bereits eine starke revolutionäre Bewegung des Proletariats entwickelte. Doch dies gleich „für die Zukunft“ zu behaupten und gar zur „nationalen Eigenart des deutschen Volkes“ zu erklären, ist völlig daneben, ja deutschnationalistisch; zumal Mehring nicht einmal nur vom Proletariat in Deutschland spricht, sondern sich auf das „deutsche Volk“ bezieht, wenn er von einer „nationalen Eigenart des deutschen Volkes“ im Zusammenhang mit der „stärksten Arbeiterpartei spricht.[62]

---

[61] Völlig abwegig ist, was Mehring dem entgegnet: „Völkisch und Volkheit sind, wie schon in der freisinnigen Presse ganz richtig hervorgehoben worden ist, österreichisches Antisemitengewächs und versündigen sich an dem Geiste der deutschen Sprache ebenso wie das Wort: diesbezüglich und ähnliches Unkraut aus der gleichen Gegend.“ (S. 811) Der Begriff „völkisch“ ist mit Sicherheit keine Erfindung aus Österreich, sondern gehörte damals schon lange zur „deutschen Ideologie“ und zur Judenfeindschaft in Deutschland. Dies ausgerechnet auch noch als „Versündigung“ am „Geiste der deutschen Sprache“ zu werten, ist eine deutschnationalistische Entgleisung.

[62] Engels erklärte dagegen: „Es ist gar nicht im Interesse dieser Bewegung, dass die Arbeiter irgendeiner einzelnen Nation an ihrer Spitze marschieren“. (Engels, Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg“, 1874, MEW Band 18, S. 517). 1902 zitierte Lenin in seiner Schrift „Was tun?“ ausführlich die Passage, in der das angeführte Zitat von Engels steht (LW Band 5, S. 381–383).

b) Eduard Bernstein

Eduard Bernstein[63] (Rezension): C. Lombroso, Der Antisemitismus und die Juden im Lichte der modernen Wissenschaft (1894)[64]

Es geht in diesem Artikel um eine Besprechung des Buchs von Cesare Lombroso: „Der Antisemitismus und die Juden im Lichte der modernen Wissenschaft", das als Übersetzung 1894 in Leipzig erschienen ist.

In diesem Buch wird ein Lob auf das „Talent der Juden" mit der Behauptung kombiniert, dass sie aber selten „Charakter" hätten, was Bernstein zu Recht kritisiert. Einerseits sieht Lombroso, dass die Judenfeindschaft ein Werkzeug von Bismarck und des Zaren war. Dann aber behauptet er, die antisemitische Bewegung habe ihre „Stütze in der sozialistischen Bewegung".(S. 405)

Bernstein weist die Behauptung zurück, dass die Judenfeinde ihren Massenanhang vor allem in den Reihen der proletarischen Klasse gefunden hätten. (S. 405 und S. 407) Er kritisiert auch den Unsinn vom Zusammenhang zwischen Syphilis und Judenfeindschaft. Dazu könnten jüdische Leute nur ausrufen: „Gott schütze uns vor unseren Freunden!".(S. 406)

Bernstein kritisiert auch Folgendes: „Es ist ganz falsch zu sagen, ‚der Hass gegen den Kapitalismus fand ein legitimes Feld in der Hetze gegen jüdische Finanzgrößen'." (S. 406) Bernstein stellt klar, dass einzelne jüdische „Finanzgrößen" nur der Sack sind, auf den die Judenfeinde schlagen, um andere, „gar nicht sehr finanzkräftige Juden", zu treffen. (S. 406)

Von besonderem Interesse ist hier aber, dass Bernstein völlig korrekt darauf eingeht, wie Lombroso auf die angeblich anthropologisch

---

[63] Zur Biografie von Eduard Bernstein (1850–1932) siehe genauer in: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893), Offenbach 2019, S. 392

[64] Bernstein, Eduard (Rezension): C. Lombroso, Der Antisemitismus und die Juden im Lichte der modernen Wissenschaft (1894), Die Neue Zeit, XII. Jg. (1893–1894), 2. Bd. (1894), Nr. 39, S. 405–407. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

wichtige Debatte einsteigt, ob Juden nun Semiten oder eben keine Semiten seien, ob sie nun lange Schädel und kurze Nasen haben oder nicht (Lombroso beruft sich bei dieser Debatte auf den Anthropologen Felix Luschan). Bernstein fragt im Grunde, was das alles soll. Das sei doch alles uninteressant: „Welcher Judengegner wird sich dadurch bekehren lassen?“ (S. 407) Im Gegenteil können sich die Judenfeinde dann am „Fachsimpeln“ über „Mischlinge“ und „reine Rassen“ beteiligen – und damit gewinnen nur die rassistischen Judenfeinde.[65]

Ein letzter Punkt sei noch erwähnt. Bernstein verweist auf Lombrosos Widerlegung der Behauptung, dass sich die jüdische Bevölkerung nicht assimiliert. Dieser Punkt ist für Deutschland und für die gesamte Debatte über Assimilation ganz besonders wichtig. Bernstein stellt dazu fest:

> „… aber der Antisemitismus richtet sich gerade gegen den sich assimilierenden Juden – die Antisemiten verbreiten Petitionen, dass Juden nicht erlaubt wäre, ihren Namen zu verdeutschen, und in Russland, dem antisemitischen Ideale, ist neuerdings den Juden der Gebrauch anderer als alttestamentarische Namen untersagt worden.“ (S. 407)

Bernstein vertieft diesen Gedanken in seiner Buchbesprechung nicht. Aber er hält zumindest den gewichtigen Punkt fest, dass gerade auch der assimilierte Teil der jüdischen Bevölkerung in Deutschland immer noch und gerade deshalb Zielscheibe der Judenfeinde bleibt.

Aber dann geht Bernstein doch wieder zu der falschen, eben von Bebel und anderen vertretenen Grundposition zurück, dass Judenfeindschaft „in erster Linie sozialökonomischer Natur“ sei. (S. 406) Er schreibt:

> „Lombroso hat gewiss recht, wenn er den ausgearteten Nationalismus, die Schutzzöllnerei, sowie die Machinationen reaktionärer Gewalthaber und Priester als Faktoren des Antisemitismus in verschiedenen Ländern nennt. Alles das spielt in die Bewegung hinein, aber dasjenige, was in entwickelteren Ländern dem Antisemitismus seine Kraft verleiht, ist nicht das zeitweilige Bedürfnis der Regierungen oder intriganter Pfaffen, noch nationalistische Ideologie, sondern ist der potenzierte Konkurrenzkampf in der bürgerlichen Gesellschaft, die Überproduktion an Angehörigen der qualifizierten Berufe, kurz, ist in erster Linie sozialökonomischer Natur.“ (S. 406)

[65] Siehe genauer zu dieser Problematik im Teil 3 dieser Studie.

Bernstein folgt damit in seiner Rezension der damals in der Sozialdemokratie verbreiteten ökonomistischen Sichtweise, die Judenfeindschaft als Bestreben bestimmter Schichten zu erklären, um „eine unbequeme Konkurrenz loszuwerden oder nicht an sich herankommen zu lassen“. (S. 406)

Festhaltenswert ist noch Bernsteins Feststellung, dass die Mehrzahl der Judenfeinde einem Klasseninteresse folgt. Daher sei es „so gut wie hoffnungslos, sie überzeugen zu wollen“. (S. 406) Die Schlussfolgerung mag ja stimmen, aber die Erklärung aus sozioökonomischen Gründen bleibt hinter der Einschätzung weit zurück, dass es gerade die widerlichsten, charakterlosesten, inhuman-brutalisierten Typen sind, dass es eben die übelsten Elemente der Bevölkerung sind, die sich den Judenfeinden anschließen.[66]

[66] 1907 veröffentlichte Julius Moses das Buch „Die Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage“. In diesem über 300 Seiten umfassenden Buch befragte Moses rund 100 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (aus Politik, Kultur usw.) – darunter Judenfeinde, jüdische Persönlichkeiten und ausgesprochene Gegner der Judenfeindschaft – zum Thema Judenfeindschaft, unter anderem auch Eduard Bernstein. Bernstein erklärte auf drei Seiten, dass er „jüdische Sondervertretungen“ zwar in kapitalistisch rückständigen Ländern für richtig halte, aber eben nicht für kapitalistisch fortgeschrittene Länder. Die Gründung eines jüdischen Staates als Lösung hielt er für unrealistisch, die Perspektive sah Bernstein „in der Entnationalisierung des Judentums“. (Eduard Bernstein, Zitiert nach: Moses, Dr. Julius (Hrsg.) „Die Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage“, veranstaltet von Dr. Julius Moses, Leipzig/Berlin 1907, S. 50) Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses müsse gegeben sein, aber an dem „heute an kein religiöses Bekenntnis mehr geknüpften Sonntag“ solle nicht gerüttelt werden durch den jüdischen Ruhetag. (S. 50)

Eduard Bernstein: Warnung vor der Unterschätzung des „stillen Antisemitismus“ (1914)

Bernsteins knapp 8-seitiger Artikel „Der Schulstreit in Palästina“[67] behandelt in erster Linie Aspekte der Situation in Palästina. Anlass war ein Streit über die damals vom „Hilfsverein der deutschen Juden“ sowie von der „Alliance Israélite Universelle“ für die jüdische Bevölkerung in Palästina teils eingerichteten und unterhaltenen, teils unterstützten Schulen.

„Gerade in bestimmten Schichten der Studierten arbeitet ein stiller Antisemitismus, der sich wohl hütet, mit dem Radauantisemitismus gemeinsame Sache zu machen, aber gerade weil er sich in zivilisierten Formen äußert, diesen an Wirksamkeit noch übertrifft.“ (Bernstein, 1914)

Bernstein geht in diesem Artikel, wenn auch knapp, auf die judenfeindliche Atmosphäre in Deutschland ein. Er bestätigt im Kern die Einschätzung, dass der Radauantisemitismus zurückgegangen sei. Aber es gebe immer noch konkrete Fälle direkter Feindschaft gegen jüdische Menschen. Die Judenfeindschaft verbreite sich nunmehr als schleichendes Gift in der Gesellschaft. Bernstein bringt als Beispiel eine Pressenotiz, dass ein jüdischer Ingenieur von einer großen Firma „wegen seines Judentums zurückgewiesen“ wurde, was durchaus kein Einzelfall sei. Dann schreibt Bernstein:“

> „Gerade in bestimmten Schichten der Studierten arbeitet ein stiller Antisemitismus, der sich wohl hütet, mit dem Radauantisemitismus gemeinsame Sache zu machen, aber gerade weil er sich in zivilisierten Formen äußert, diesen an Wirksamkeit noch übertrifft. Wie stark er in Regierungskreisen und bei den höheren Verwaltungsbeamten ist, hat sich unter anderem im Reichstag bei der Beratung des Reichs- und Staatsangehörigengesetzes, bei den Debatten über die Beförderung im Heer und ähnlichen Anlässen gezeigt. Diese Dinge bleiben kein Geheimnis und wirken auf die Gemüter der davon Betroffenen und der mit ihnen Sympathisierenden lebhaft zurück.“ (S. 751 f.)

[67] Bernstein, Eduard: Der Schulstreit in Palästina (1914), Die Neue Zeit, XXXII. Jg. (1913–1914), 1. Band (1914), Nr. 20, S. 744–752. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

Bemerkenswert und auf längere Sicht bestimmt zutreffend ist die Einschätzung, dass der „stille“ Antisemitismus den Radau-antisemitismus an Wirksamkeit noch übertrifft. Das ist mit Sicherheit eine realistische Einschätzung – sie steht in der hier betrachteten Zeitspanne von 1895 bis 1914 in der „Neuen Zeit“ allein da.

Zum eigentlichen Thema des Artikels, die Schulen in Palästina, erklärte Bernstein, diese sollten auch ein Mittel sein, die hebräische Sprache in Palästina zur Geltung zu bringen. Wie dem Artikel zu entnehmen ist, ging der Streit um sehr praktische Fragen, wie die Schulen aussehen sollten, was dort gelehrt werden solle. Bernstein ging in diesem Zusammenhang auch knapp auf die Frage des Zionismus ein. Er berichtet, dass die Anhänger des Zionismus eine jüdische „Heimstätte“ in Palästina als Identitätsquelle für die jüdische Bevölkerung weltweit richten wollten:

> „Die Bestrebungen der Zionisten zielen auf Zusammenfassung der Juden aller Länder zu einem gesonderten jüdischen Volk mit eigenem Nationalempfinden. Der Jude, gleichviel welchem Lande und welcher besonderen jüdischen Religionsgemeinschaft er angehört, soll sich vor allem als Nationaljude fühlen, was nach Meinung der Zionisten nicht ausschließt, dass er auch guter deutscher, englischer, französischer usw. Patriot sein mag. Die ursprünglich propagierte Idee der Herstellung eines neuen Judenstaats in Palästina ist in absehbarer Zeit als unerreichbar anerkannt. Dafür haben die Anhänger des Zionismus auf einem allgemeinen Kongress in Basel die Formel aufgestellt: ‚Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk.‘ Wie das so bestimmte Ziel erreicht werden kann, wenn die erstrebte Heimstätte einen Umfang und eine Bedeutung haben soll, um den 11 bis 12 Millionen Juden, die es auf der Erde gibt, einen Rückhalt von irgendwelcher nennenswerten Leistungsfähigkeit zu bieten, ist aus den zionistischen Schriften, die mir vorliegen, nicht klar zu ersehen.“ (S. 745)

Ein wachsender Einfluss zionistischer Kräfte in Deutschland wird von Bernstein als Reaktion auf die zunehmende Judenfeindschaft am Vorabend des Ersten Weltkriegs eingeschätzt:

> „Und so hat denn der Zionismus trotz seines so nebelhaften, vor der ernsten Prüfung verschwimmenden Zieles auch bei uns in den Köpfen von Leuten, darunter auch Sozialisten, Eingang gefunden, bei denen man ihn zuletzt suchen sollte. Nicht das Ziel selbst besticht sie, wohl aber die Leidenschaft, mit der es von seinen Anhängern erfasst wird, seine suggestive

Kraft der Aufrüttelung, die ihm anscheinend innewohnende Fähigkeit, seinen Anhängern ein neues Selbstbewusstsein einzuflößen.“ (S. 751)

Genauer geht Bernstein darauf nicht ein.

c) Weitere Artikel

Max Zetterbaum: „Klassengegensätze bei den Juden“ (1893)[68]

Max Zetterbaums[69] Artikel „Klassengegensätze bei den Juden“ erschien in zwei Nummern der „Neuen Zeit“. Sein Artikel hat inhaltlich zwei Teile. Im Teil I geht es um „Die Juden in Westeuropa“, Der Teil II „Die Juden in Osteuropa“ ist nochmals unterteilt in „a. ältere Entwicklung“ und „b. kapitalistische Entwicklung“. Im Teil II geht es im Wesentlichen um die jüdische Bevölkerung in Polen bzw. auch in Galizien, wo die Bevölkerungsmehrheit polnisch war, wo es aber auch eine zahlreiche jüdische Bevölkerung gab. Galizien war damals Teil der österreichischen Monarchie.

In Teil I formuliert Zetterbaum seine ablehnende Position gegenüber „Anti- und Philosemiten“. Während die Antisemiten den Juden die Schuld für alles Üble auf der Welt geben würden, sähen die anderen sie als auserwähltes Volk, welches der Welt Gutes bringen würde (Nr. 28, S. 13). Gemeinsam sei ihnen die Annahme: „Juden bestimmen den Gang und das Wesen der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ (Nr. 28, S. 4)

---

[68] Zetterbaum, Max: Klassengegensätze bei den Juden (1893), Die Neue Zeit, XI. Jg. (1892–1893), 2. Bd. (1893), Nr. 28, S. 4–12 und Nr. 29, S. 36–43. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach diesen Quellen. Dies ist ein Nachtrag zum Band 2, da der Artikel ja vor 1894 erschienen ist.

[69] Max Zetterbaum (1871 Kolomyja/Galizien – 1927 Meran/Italien) war ein sozialdemokratischer jüdischer Aktivist und Autor. Er war Mitglied der PSD (Polnische Sozialdemokratische Partei in Österreich), die mit der PPS in Polen eng verbunden war (Bunzl, John: Klassenkampf in der Diaspora, Wien 1975, S.119 f.). In Kolomyja aufgewachsen, studierte Zetterbaum in Lwiw Jura und kehrte danach nach Kolomyja zurück. Dort organisierte er einen Weberstreik, bei dem jüdisch-orthodoxe Chassidim auf den Barrikaden waren und Rabbis die Streikenden zum Durchhalten ermunterten. 1892 half Zetterbaum bei der Gründung der Sozialdemokratischen Partei Polens (PPS). Zetterbaum schrieb etliche Artikel für die „Neue Zeit“. 1896 wurde er Redakteur der Jüdischen Volkszeitung, die 1896 bis 1923 in Breslau/Wrocław erschienen ist. (Siehe: https://libcom.org/library/zur-revision-des-parteiprogramms-max-zetterbaum)

Mit der Begründung, dass die Durchsetzung des Kapitalismus ja auch die jüdische Emanzipation gebracht habe, würden die von Zetterbaum so genannten „Philosemiten“ jeden Angriff auf den Kapitalismus als judenfeindlich hinstellen. Zetterbaum hält dem entgegen, dass Kapitalismus und Fortschritt nicht „für ewige Zeiten identisch“ seien. Damit würde auch vergessen gemacht, dass die jüdische Bevölkerung infolge ihrer Gleichstellung keine Ausnahmestellung mehr hätte und sich somit ganz „normal“ in die Klassen des Kapitalismus aufteile. (Nr. 28, S. 7) Zetterbaum argumentiert hier teilweise schlüssig. Doch er verharmlost damit die Judenfeindschaft, die mit der kapitalistischen Entwicklung eben nicht verschwunden ist.

Zetterbaum vertritt, dass die Antisemiten reaktionärer seien, weil sie das Mittelalter verteidigten, während die „Philosemiten“ den Kapitalismus, also eine historisch fortschrittlichere Gesellschaftsformation verteidigten (Nr. 28, S. 7). Dass es bei den damaligen Judenfeinden mehr Verbindung mit dem Mittelalter gab, ist sicherlich richtig.[70] Unbestreitbar gab es unter den sich fälschlich als „philosemitisch“ Äußernden auch eine Reihe von Kräften, die fest auf dem Boden des Kapitalismus standen und den Kampf gegen den Kapitalismus per se als judenfeindlich hinstellten. Aber dann musste das Agieren dieser scheinbaren Freunde auch konkret entlarvt werden. Auf keinen Fall durfte dies am bloßen angeblichen „philosemitischen“ Auftreten, also an ihrem Auftreten gegen Judenfeindschaft festgemacht werden.

Zetterbaum geht hier eigentlich nur auf Polen ein. In Polen habe der Adel, so Zetterbaums These, die kapitalistische Entwicklung bis ins 17. Jahrhundert hinein gewaltsam abgeschnitten. Zu seiner Herrschaft und zur Ausbeutung der unterdrückten Bevölkerung habe sich der Adel über bestimmte Mechanismen der jüdischen Bevölkerung bedient, die dafür bestimmte Zusicherungen erhalten hätte und an der Ausbeutung der nichtjüdischen Bevölkerung teilgenommen habe. Und hier folgt nun eine ganze Reihe von unhaltbaren und unakzeptablen Behauptungen über jüdische Menschen. So behauptet Zetterbaum,

[70] Tatsächlich war es dann ja auch so, dass die Nazifaschisten später zwar auch auf mittelalterliche Formen der Judenfeindschaft zurückgriffen. Ihre mörderische Judenfeindschaft diente der Weltherrschaftspolitik des deutschen Imperialismus, hatte also dem Wesen nach eine kapitalistisch-imperialistische Klassengrundlage.

diese wären unter den damaligen Umständen nicht nur „Verfolger und harte Bedrücker“ der nichtjüdischen Bevölkerung, sondern diesen gegenüber auch zu Rassisten geworden:

> „Die Juden, überall verfolgt und bedrückt, wurden in Polen, wenn auch notgedrungen, die Verfolger und harten Bedrücker des polnischen und ruthenischen Volkes.[71] […] Im Laufe der Jahrhunderte drängten den Juden die faktischen Zustände die Meinung auf, das polnische und ruthenische Volk, die Bauern, seien eine niedere, inferiore Rasse, geschaffen zu dienen und geprügelt zu werden, Wesen niederer Gattung.“ (Nr. 28, S. 9 f.)

Die Verfestigung der jüdischen religiösen Orthodoxie aber sei Rechtfertigungsideologie für wütende Ausbeutung gewesen:

> „Je wütender sie ausbeuten, desto mehr wächst bei ihnen die Orthodoxie, desto starrer klammern sie sich an den äußeren Ritus, desto intoleranter werden sie, desto abgeschlossener.“ (Nr. 28, S. 10)

Das ist nun keinesfalls bewiesen und in der Hauptsache falsch. Beim „Aufstand der Ruthenen“ im 17. Jahrhundert, von Teilen der Bevölkerung in der Ukraine gegen die polnische Herrschaft, seien dann aber auch Jüdinnen und Juden massenhaft getötet worden. (Nr. 28, S. 10)

In der weiteren Entwicklung habe sich dann verstärkt der Gegensatz zwischen jüdischen Reichen und jüdischen Armen entwickelt, der schon zur Zeit der Teilung Polens bestanden habe. Arme jüdische Menschen hätten auch schon gegen die Reichen rebelliert.

Nun zum Teil II. In der Vergangenheit sei es so gewesen, dass die gemeinsame Unterdrückung die sozialen Gegensätze zwischen jüdischer Bourgeoisie und jüdischem Proletariat überdeckt hätte. Mit zunehmender kapitalistischer Entwicklung werde der Klassengegensatz zwischen diesen immer stärker hervortreten. (Nr. 29, S. 22)

Zetterbaum bringt in diesem Abschnitt viele Informationen über das jüdische Proletariat, seine Entwicklung und Zusammensetzung sowie das enorme Elend der Arbeiter:innen dort. So gab es dort 1.000 jüdische Grubenarbeiter, die zwölf Stunden ununterbrochen tief unter der Erde arbeiten mussten. Sehr zahlreich waren auch die Arbeiterinnen. In den Kerzenfabriken gab es ausschließlich Arbeiterinnen (Nr. 29, S. 40).

---

[71] Ruthenisches Volk meint die ukrainische Bevölkerung.

Wirklich übel ist im Folgenden, wie Zetterbaum verschiedene Teile der jüdischen Bevölkerung in Polen charakterisiert. Wasser auf die Mühlen der deutschen Spießer ist Zetterbaums grob pauschalisierende Darstellung der verarmten jüdischen Bevölkerung. Teile der jüdischen „Deklassierten" in Polen würden von „Schmuggel, Diebstahl, Hehlerei, Kuppelei" leben, ja sie betrieben „einen schwunghaften Handel mit Mädchen, die sie in die Prostitutionshäuser des Orients abliefern" würden. (Nr. 29, S. 41) Außerdem sähe „die gesamte studierende jüdische Jugend Galiziens" in einer guten Mitgift „das letzte Ziel ihres Strebens und ihres Studiums" (Nr. 29, S. 37).

Aber auch was Zetterbaum über die jüdische Bourgeoisie schreibt, ist nicht aufklärerisch, sondern kann im Grunde nur den Judenfeinden als Bestätigung dienen. Zetterbaum behauptet, diese habe ein besonders übles Alleinstellungsmerkmal. Diese sei zwar mit der Bourgeoisie aller anderen Nationen in den wesentlichen Grundzügen gleich:

> „Aber eine Eigenschaft ist wahrscheinlich der jüdischen Bourgeoisie allein (? Die Red.) eigentümlich: die offene Verachtung des jüdischen Volkes, der Arbeiterklasse." (Nr. 29, S. 38)

Als Belege für seine These führt Zetterbaum an, die Bourgeoisie würde sich im Gegensatz zu dem „einfachen", „ordinären" Volk als „bessere" Klasse betrachten (Nr. 29, S. 38). Das gilt nun wahrlich für alle Bourgeoisien. Dies ausgerechnet als Kennzeichen der jüdischen Bourgeoisie hinzustellen, ist völlig falsch und spielt den Judenfeinden in die Hände. Diese These von Zetterbaum wurde immerhin von der Redaktion der „Neuen Zeit" offenbar auch in Form des von ihr eingefügten Fragezeichens in Zweifel gezogen.

Was die jüdischen Arbeiter:innen in Galizien, damals ein Teil von Österreich-Ungarn, angeht, schreibt Zetterbaum, diese hätten eine „horrende Unwissenheit", sie seien „streng orthodox" und viele von ihnen „fanatische Chassidim". (Nr. 29, S. 42) Allerdings gesteht er zu, dass sich auch dort Ansätze einer proletarischen Bewegung entwickelten.[72]

[72] Zetterbaum schreibt, dass die in die USA oder nach England ausgewanderten jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter dort vielfach klassenkämpferisch und Teil der proletarischen Bewegung wurden, so etwa 20.000 jüdische Arbeiter:innen in London, die dort immer wieder an Streiks teilnahmen. (Nr. 29, S. 43)

Doch habe die 1890 gegründete Sozialdemokratische Partei in Galizien, konkret in Lemberg, Hunderte jüdische Arbeiter:innen als Anhänger:innen (Nr. 29, S. 43).[73] Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, den Klassengegensatz zwischen den jüdischen Ausbeutern und den jüdischen Ausgebeuteten bewusst zu machen. Doppeldeutig ist allerdings wieder, wenn Zetterbaum – auch seiner völlig verfehlten Einschätzung der jüdischen Bourgeoisie noch eins draufsetzend – gleich danach über die Rolle der Sozialdemokratie in Bezug auf die proletarische Klasse schreibt:

> „Sie erhebt die armen, versklavten Geschöpfe aus den Niederungen der Verkommenheit, Verblödung und Vertierung in die lichten Höhen des freien Gedankens, stellt ihre Menschenwürde und ihre Menschenrechte her und rüstet sie mit Waffen aus, um die Herrschaft des ultrareaktionären polnischen Adels und die der jüdischen Bourgeoisie, der verlogensten und ekelhaftesten aller Bourgeoisien, zu brechen und eine schönere, bessere und gerechtere Gesellschaftsordnung anzubahnen. Dass dem so sei, dafür wird die fernere ökonomische Entwicklung sorgen." (Nr. 29, S. 43)

Offensichtlich gelingt Zetterbaum eine klare Aufgabenstellung nicht ohne eine im Kern diffamierende Darstellung des jüdischen Proletariats! Auch die Darstellung der jüdischen Bourgeoisie in solchen negativen Superlativen ist deutlich falsch.

***

Zetterbaums Artikel mit all seinen scharf zu kritisierenden Darstellungen ist im theoretischen Organ der Sozialdemokratie in Deutschland erschienen. In erster Linie geht es also darum, dass er den interessierten sozialdemokratischen Leserinnen und Lesern ein solches, die ausgebeutete und unterdrückte jüdische Bevölkerung Polens und Galiziens herabsetzendes Bild vermittelt, noch dazu verbunden mit der im Kern judenfeindlichen Behauptung, dass die jüdische Bourgeoisie die schlimmste, die „verlogenste" und „ekelhafteste" von allen Bourgeoisien sei.

[73] Zu kritisieren ist allerdings, welche Bevölkerungsgruppen Zetterbaum alles zum Proletariat zählt. Er zählt dazu umstandslos „die kleinen Krämer, die auf dem Lande wohnenden armen Juden und die Bettler" (Nr. 29, S. 28 f.)

Max Beer: „Der Talmud“ (1894)[74]

Beers[75] Artikel über den Talmud wurde in der „Neuen Zeit“ in zwei Teilen veröffentlicht. Es kann hier nicht darum gehen, mit dem Autor über Spezialfragen der Geschichte der jüdischen Religion zu streiten. Aber die Darstellung der Juden als „auserwähltes Volk“ hätte man bei einer auch nur groben Kenntnis des Talmuds dann doch anders beleuchtet.

Die Gesamteinschätzung, dass in der talmudischen Literatur lediglich „einige Perlen“ zu finden seien, kann hinterfragt werden. Aber auch das ist hier nicht das Thema. Zu widersprechen ist jedoch Beers Gesamteinschätzung:

> „Die Talmudliteratur ist – im Ganzen genommen – ein schmachvolles Denkmal schmachvoller Zeiten.“ (S. 416)

Eine solche Gesamteinschätzung sollte dann doch einer differenzierteren Darstellung Platz machen. Denn der Autor Beer musste doch um die Ausnutzung einer solcher pauschalen Einschätzung durch die Judenfeinde gewusst haben.

Völlig unakzeptabel ist, dass Beer selbst zur Bekräftigung seiner Sichtweise ausgerechnet auf August Rohling verweist, einen der ärgsten judenfeindlichen Hetzer der damaligen Zeit:

---

[74] Max Beer: Der Talmud (1894), Die Neue Zeit, XII. Jg. (1893–1894), 2. Bd. (1894), Nr. 38, S. 379–384 und Nr. 39, S. 408–416. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

[75] Max Beer (1864–1943) war ein aus einer jüdischen Familie in Galizien stammender sozialdemokratischer Aktivist, der für verschiedene Organe der damaligen deutschen Sozialdemokratie schrieb. Nachdem er wegen angeblichen Verstoßes gegen das Pressegesetz in Deutschland inhaftiert worden war, emigrierte er 1894 nach London. 1898 bis 1902 lebte er in New York, wo er als Korrespondent u. a. für die SPD-Zeitungen „Die Neue Zeit“ und den „Vorwärts“ tätig war. Max Beer ist der Verfasser des Buches „Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe“, das in den Jahren 1919 bis 1923 in fünf Bänden erstmals veröffentlicht wurde. 1925 hat Hermann Duncker in der „Internationalen Presse-Korrespondenz“ (5. Jahrgang 1925) eine kritische Rezension des Buches verfasst. 1931 erschien die 7. Auflage mit Ergänzungen von Hermann Dunker (Berlin 1931, unveränderter Nachdruck dieser Ausgabe Erlangen 1971). Von 1927 bis 1929 arbeitete Max Beer am Marx-Engels-Institut in Moskau und 1929 bis 1933 am Institut für Sozialforschung in Frankfurt. Kurz nach der Errichtung des Nazifaschismus 1933 wurden Beers Werke in Deutschland auf die Liste der zu verbrennenden Bücher gesetzt. 1934 emigrierte er nach London, wo er 1943 starb.

> „Die bekannte Broschüre ‚Der Talmudjude' von Rohling enthält zwar viele falsche und komische Übersetzungen, aber auch viel Wahres und sehr Trauriges für das Judentum." (S. 416)[76]

Nach Beers Meinung wären die gläubigen deutschen Juden gut beraten, sich öffentlich vom Talmud zu distanzieren:

> „Die deutschen Juden, die sich doch tatsächlich von den Satzungen des Talmud losgelöst haben, würden gut tun, ihre Loslösung öffentlich zu erklären. Wo jüdische Sozialisten Einfluss in jüdischen Kreisen haben, sollen sie in diesem Sinne wirken." (S. 416)

Dies im Rahmen eines solchen Artikels am Schluss als Aufgabe zu stellen, ist angesichts des nötigen Zusammenschlusses der jüdischen Menschen im Kampf gegen die Judenfeindschaft und speziell der jüdischen Arbeiter:innen und aller anderen Arbeiter:innen dann doch abwegig.

Eine ernste kritische Auseinandersetzung mit der jüdischen Religion findet nicht statt und kann so nicht stattfinden.

[76] Als kritischen Einwand gegen Rohling bringt Beer lediglich Folgendes vor: „Rohling hat nur [!!!] darin Unrecht, dass er den früheren Aufschwung, sowie die Ursachen des Niedergangs nicht angibt und dadurch die falsche und gefährliche Meinung erweckt, die gemeine Gesinnung sei eine wesentliche Eigenschaft der Juden." (S. 416)

Heinrich Cunow: „Grundzug des jüdischen Charakters, … in all und jedem … den persönlichen Vorteil zu suchen“ (1895)[77]

Cunows[78] Artikel ist eine Rezension zu Otto Freiherr v. Boeningk, „Grundzüge zur Judenfrage. Soziologisch-ökonomische Studie“, Leipzig 1894.

Cunow teilt in seiner Rezension mit, Otto Freiherr v. Boeningk untersuche die „ethnischen Verschiedenheiten der Deutschen und Juden“ (S. 823). Bedenkenlos teilt Cunow weiter mit, dass Boeningks Buch auf den „Lehren“ eines gewissen Gumplowiecz von der „ethnischen Heterogenität und dem darauf fußenden Rassenkampf“ beruhe.[79] Boeningk, so Cunow, gelange dabei zu der Einsicht,

> „… der Grundzug der deutschen Volkspsyche sei die Fides, die Treue, der Grundzug des jüdischen Charakters dagegen der ‚Utilitarismus‘, das Bestreben, in all und jedem mit Zähigkeit unter unverwandten Hinblick aufs Ziel den persönlichen Vorteil zu suchen.“ (S. 823)

Diesem antijüdischen Rassismus widerspricht Cunow nicht. Der Verfasser des rezensierten Buches wisse zwar nicht, sich von „antisemitischer Voreingenommenheit“ freizumachen, doch wird ihm sogar eine gewisse „sachliche Objektivität“ (S. 823) bescheinigt.

---

[77] Cunow, Heinrich: Rezension zu Otto Freiherr v. Boeningk, „Grundzüge zur Judenfrage, Soziologisch-ökonomische Studie“, Leipzig 1894, Die Neue Zeit (1895), XIII. Jg. (1894–1895), 1. Band (1895), Nr. 26, S. 823–824. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle. Das Buch von Otto Freiherr v. Boeningk, „Grundzüge zur Judenfrage. Soziologisch-ökonomische Studie“, Leipzig 1894, war ein extrem judenfeindliches Machwerk. Siehe dazu: Lange, Matthew, Antisemitic Elements in the Critique of Capitalism in German Culture 1850–1933, Bern 2007, S. 183 f.

[78] Heinrich Cunow (1862–1936) war ab 1898 Redakteur der „Neuen Zeit“, ab 1902 auch des „Vorwärts“. Ab 1907 war er Dozent an der Parteischule der SPD in Berlin. Im Ersten Weltkrieg trat er für die imperialistische „Vaterlandsverteidigung“ ein und rechtfertigte den militaristischen Belagerungszustand im Inneren als „Kriegssozialismus“. Im Oktober 1917 wurde er Nachfolger von Karl Kautsky als Chefredakteur der „Neuen Zeit“. 1919 wurde Cunow Abgeordneter der Nationalversammlung und von 1919 bis 1924 war er Abgeordneter des Preußischen Landtags. 1933 wurde Cunow sein Ruhegehalt entzogen, seine Schriften wurden öffentlich verbrannt. Er starb 1936 in Berlin.

[79] Der Sozialdarwinist Ludwig Gumplowicz (1838–1909) verfasste 1883 das Buch „Der Rassenkampf. Soziologische Untersuchungen“, in dem er die Geschichte und gesellschaftliche Entwicklung als „Rassenkampf“ darstellte.

Explizit stimmt Cunow dem rassistischen Judenfeind bei dessen judenfeindlichen Tiraden „gegen die philosemitischen Entstellungen“ zu (S. 823). Er pflichtet dem Judenfeind bei, die Juden hätten auch dort „im Wucher und Schacher ihren Haupterwerb gesucht“, wo es keine Ausgrenzungen gegeben habe. Antijüdische Beschränkungen hätten, so referiert Cunow zustimmend, „nur die alte Naturanlage der jüdischen Rasse weiter ausgebildet“ (S. 824). „Die alte Naturanlage der jüdischen Rasse“ – damit propagiert Cunow rassistische Judenfeindschaft im theoretischen Organ der Sozialdemokratie.

Cunow kritisiert und verurteilt am Schluss seiner Rezension nicht die Judenfeindschaft des Freiherrn v. Boeningk, sondern nur,

> „dass der Verfasser alles auf ethnische Charakterdifferenzen zurückführen will und die ökonomische Seite der Frage fast gar nicht berücksichtigt. Die antisemitische Bewegung ist keine Rassen-, sondern eine wirtschaftliche Bewegung, die nur durch ethnische und religiöse Divergenzen verschärft wird.“ (S. 824)

Judenfeindschaft wird verharmlost und verdreht als „eine wirtschaftliche Bewegung“. Derartiges stand im theoretischen Organ der damaligen Sozialdemokratie in Deutschland.

Philipp Scheidemann: Lob für den angeblich „doch demokratischen“ Judenfeind Böckel (1906)[80]

Der 5-seitige Artikel Scheidemanns[81] mit dem Titel „Wandlungen des Antisemitismus“ war ein weiterer Tiefpunkt in der „Neuen Zeit“ vor 1914 hinsichtlich der Auseinandersetzung mit der Judenfeindschaft.

---

[80] Scheidemann, Philipp: Wandlungen des Antisemitismus (1906), Die Neue Zeit, XIV. Jg. (1905–1906), Bd.2 (1906), Nr. 45, S. 632–636. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

[81] Philipp Scheidemann (1865–1939) arbeitete zunächst als Buchdrucker. 1883 trat er in die SPD ein und wurde ab 1895 hauptamtlicher Redakteur verschiedener sozialdemokratischer Zeitungen. 1903, 1907 und 1912 wurde er für die SPD in den Reichstag gewählt. 1912 wurde Scheidemann als erster Sozialdemokrat zu einem der Vizepräsidenten des Reichstages gewählt. Nach dem Tod von August Bebel übernahm er 1913 gemeinsam mit Hugo Haase den Vorsitz der SPD-Fraktion, den er bis 1918 behielt. 1914 unterstützte Scheidemann die Kriegskredite. Seit Oktober 1917 war Scheidemann neben Ebert Parteivorsitzender der sozialchauvinistischen Mehrheits-SPD. Bei der Niederschlagung der Novemberrevolution 1918/19 stand Scheidemann als erster Ministerpräsident der Weimarer Republik mit an der Spitze der Konterrevolution.

In seinen Ausführungen redet Scheidemann von der „Jämmerlichkeit“ des Antisemitismus. Aber das hat für seine Haltung nicht viel zu sagen.[82] Laut Scheidemann komme dem Antisemitismus nämlich das „Verdienst“ zu, dass es diesem wie keiner anderen Partei gelungen sei, weitere Schichten der Bevölkerung zu politisieren:

> „Nun mag man den Antisemitismus noch so hart verurteilen, ein Verdienst hat er sich dennoch erworben: er hat es verstanden, Schichten unserer Bevölkerung politisch zu interessieren, die in Bewegung zu setzen zuvor keiner anderen Partei gelungen war.“ (S. 632)

Damit nicht genug. Scheidemann behauptet nicht nur, dass es dem Antisemitismus sozusagen wider Willen gelungen sei, zur Politisierung der Bevölkerung beizutragen. Vielmehr habe der Antisemitismus selbst eine entscheidende Wandlung durchgemacht. Er sei „total verschieden“ gegenüber dem bis zur Mitte der 90er-Jahre des 19. Jahrhunderts:

> „Tatsache ist, dass der Antisemitismus in seiner Gesamtheit heute total verschieden ist von dem Antisemitismus bis zur Mitte der neunziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts. Eine Wandlung, wie sie der Antisemitismus durchgemacht hat, dürfte kaum irgendeiner anderen Partei nachzuweisen sein.“ (S. 635)

Und dann zählt Scheidemann eine ganze Reihe angeblicher „Wandlungen“ auf. Die ersten beiden Punkte lauten:

> „1. Böckel nahm in Hessen, wo man die ‚Junker‘ nur dem Namen nach kennt, den Kampf auf wider Juden und Großgrundbesitzer.
>
> 2. Ahlwardt formulierte in Preußen den Schlachtruf so: wider Juden und Junker!“ (S. 635)

Zu den „Wandlungen“ gehöre demnach, dass Böckel und Ahlwardt nicht mehr nur zum Kampf gegen die jüdische Bevölkerung, sondern

---

Nach seinem Rücktritt 1919 blieb er bis 1933 SPD-Reichstagsabgeordneter. 1933 musste Scheidemann ins Exil fliehen.

[82] Scheidemann erklärt zu Beginn seines Artikels, dass er nicht vorhabe, selbst Neues zur „Judenfrage“ zu entwickeln. Stattdessen zitiert er ausgerechnet zwei üble Passagen aus dem „instruktiven Aufsatz“ (S. 632) von Franz Mehring, den dieser der Neuveröffentlichung von Marx’ Schrift „Zur Judenfrage“ in der Nachlassausgabe 1902 vorausgeschickt hat. Auf diesen Text Mehrings gehen wir genauer im Abschnitt „Vertiefungen und Anmerkungen“ ein.

auch gegen Großgrundbesitzer und Junker aufrufen würde. An Böckels und Ahlwardts Judenfeindschaft ändert sich in Wirklichkeit nichts durch diese demagogischen Zusätze. Deren Kampfaufruf „wider Juden" bleibt unwidersprochen.

Alles in allem lobt Scheidemann den Judenfeind Böckel als den „trotz aller seiner Unsinnigkeiten doch demokratischen Böckel" (S. 633).

Mit einem derartigen Lob des Judenfeinds Böckel geht Scheidemann auf reaktionäre Weise über all das hinaus, was über Böckel in der „Neuen Zeit" an Zweifelhaftem und Falschem bis dahin gesagt worden ist.

An dieser Stelle sei ausdrücklich nochmals vermerkt, dass in der „Neuen Zeit" offensichtlich niemand gegen solche reaktionären judenfeindlichen Positionen Stellung bezogen hat.

Hermann Wendel: „Die Juden in der Provinz Posen" (1910)[83]

Wendels Artikel „Die Juden in der Provinz Posen"[84] ist unserer Kenntnis nach der einzige Artikel in der „Neuen Zeit" zwischen 1895 und 1914, der Aspekte der realen Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland behandelt, genauer gesagt im polnischen Teil Preußens, in Posen. Konkret geht es um die staatliche und gesellschaftliche Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung in der damals zum deutschen Staatsgebiet gehörenden Provinz Posen und die dadurch bedingte Abwanderung jüdischer Menschen aus diesem Gebiet in andere Teile Deutschlands, vor allem aber in andere Länder. Für die Einschätzung von Wendels Artikel ist die Kenntnis einiger

[83] Hermann Wendel (1884 in Metz/Lothringen – 1935 Saint-Cloud) war ab 1904 Mitglied der SPD. Mehring berief ihn als Redakteur in die „Leipziger Volkszeitung". Von 1910 bis 1918 war er Stadtverordneter in Frankfurt und von 1912 bis 1918 SPD-Reichstagsabgeordneter für Sachsen. 1914 stimmte Wendel den Kriegskrediten zu. Kurz nach Kriegsbeginn meldete er sich zum Kriegsdienst. 1919 war Wendel vorübergehend stellvertretender Frankfurter Polizeipräsident. 1933 floh Wendel vor den Nazis nach Frankreich. Dort war er Mitarbeiter des sozialdemokratischen Exilorgans „Neuer Vorwärts". Wendel starb 1936 im Exil in Saint-Cloud bei Paris.

[84] Hermann Wendel: Die Juden in der Provinz Posen (1910), Die Neue Zeit, XXIX. Jg. (1910–1911), 1. Band (1910), Nr. 13, S. 434–440. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

Fakten über die Lage der jüdischen Bevölkerung in der damaligen preußischen Provinz Posen von Nutzen.[85]

Treffende Anprangerung der politischen und gesellschaftlichen Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung

In einem kurzen geschichtlichen Rückblick[86] erinnert Wendel daran, dass die jüdische Bevölkerung Posens von den Lockerungen des Edikts 1812 ganz ausgenommen war:

> „Nach der Wiederkehr der Preußen sahen sich die Juden im Posenschen, die damals wohl den fünften Teil der Gesamtbevölkerung ausmachten, zurückgesetzter den je; für diesen Teil der Monarchie trat das Edikt vom 11. März 1812 nicht in Kraft: der Erwerb des staatlichen wie des städtischen Bürgerrechtes und somit erst recht der Zutritt zu den städtischen Ämtern blieb ihnen gesperrt." (S. 436)

---

[85] Seit der sogenannten „zweiten Teilung" Polens 1793, teilweise aber schon seit der „ersten Teilung" 1772, gehörte die Provinz Posen – mit Ausnahme der Jahre der Napoleonischen Kriege 1807 bis 1815 – bis 1918 zu Preußen. Diese von Preußen annektierte Provinz hatte eine nichtdeutsche Bevölkerungsmehrheit. 1843 lebten in der Provinz Posen 790.000 Polinnen und Polen und 420.000 Deutsche. Die jüdische Bevölkerung umfasste demgegenüber 80.000 Personen. 1848 fand in der Provinz Posen ein Aufstand der polnischen Bevölkerung statt, der von der preußischen Soldateska niedergemetzelt wurde.

Für die jüdische Bevölkerung wurde 1798 das Sondergesetz „Generaljudenreglement für Süd- und Neuostpreußen" geschaffen. Dieses galt nach 1815 (Wiener Kongress) weiter. Das sogenannte Preußische Emanzipationsedikt von 1812 wurde in Posen nicht umgesetzt. Die rechtliche Gleichstellung mit der übrigen jüdischen Bevölkerung erfolgte mit der Revolution von 1848, blieb aber nach deren Niederlage auf dem Papier. Die weitere Entwicklung in der Provinz Posen nach der formalrechtlichen Gleichstellung 1869/71 war für die jüdische Bevölkerung von zunehmender Diskriminierung und wirtschaftlicher Ruinierung geprägt, so dass viele einen Ausweg nur in der Abwanderung und Emigration sahen.

Genauer zur komplizierten Lage in Posen siehe: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848 bis 1893), Offenbach 2019, S. 582–591.

[86] In diesem geschichtlichen Rückblick sind auch falsche Behauptungen enthalten wie die, dass jüdische Menschen in Polen im 18. Jahrhundert „mit Wucher und Wechselreiterei" angeblich „die einzigen Vertreter der Geldwirtschaft" gewesen seien (S. 435). Mit derartigen üblen Pauschalisierungen stand Wendel in der damaligen deutschen Sozialdemokratie allerdings nicht allein da.

Wendel schreibt, dass die jüdische Bevölkerung nach dem Gesetz vom 3. Juli 1869 über die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung von der Regierung, aber auch der Mehrheit der nichtjüdischen Bevölkerung weiterhin als „Menschen zweiten Ranges“ (S. 487) behandelt wurde. Bismarcks kolonialistische Ansiedlungspolitik, welche auf die Germanisierung dieser Provinz abzielte, richtete sich primär zwar gegen die polnische Bevölkerungsmehrheit, aber auch gegen die jüdische Bevölkerung, der damit auch wirtschaftlich immer mehr zugesetzt wurde.[87] Wirtschaftlich spielte dabei das von der preußischen Staatsmacht geförderte Genossenschaftswesen eine erhebliche Rolle, welches es den im Einzelhandel tätigen jüdischen Menschen immer schwerer machte und ihnen den Boden entzog (S. 438 f.).

Die aus der Zeit von 1848 herrührenden „Rücksichtnahmen“ der preußischen Herrschenden gegenüber der jüdischen Bevölkerung wurden zunehmend fallengelassen. Schikanen und Drangsalierungen gegen jüdische Menschen wurden vom reaktionären Beamtenapparat forciert:

> „Immer mehr werden die Elemente in den umstrittenen Provinzen tonangebend, denen die Erziehung als Korpsstudent und Reserveoffizier einen verbissenen Antisemitismus in die Knochen gepaukt hat. So wird auch gesellschaftlich die Lage für die Juden in Posen und Westpreußen immer unbehaglicher und niemand kann es ihnen verargen, dass sie den Staub von Gegenden, in denen es von Tag zu Tag mittelalterlicher wird, stets häufiger von ihren Schuhen schütteln.
>
> […] mit Sporn und Peitsche kann ein schneidiges, hochfahrendes und unwissendes Beamtentum die – mit Karl Marx zu sprechen – Verpommerung von Preußisch-Polen betreiben.“ (S. 439)

Folge war, so zeigt Wendel, eine rasch zunehmende Abwanderung von jüdischen Menschen. Wendel nennt dazu konkrete Zahlen und fasst für die Zeit von 1885 bis 1905 zusammen:

> „Seit 1885 sind in 116 von 180 Städten mehr als ein Viertel der Juden und in 54 Städten mehr als die Hälfte zur Abwanderung gebracht worden.“ (S. 438)

[87] Der Aufstand der polnischen Bevölkerung in Posen 1848 und dessen brutale Niederschlagung wird im ganzen Artikel nicht erwähnt, obwohl der Artikel einen Abriss der polnischen Geschichte über diese Zeitspanne gibt.

Falsches und Problematisches

Wendel benutzt in seinem Artikel Formulierungen, die dem Vokabular der Judenfeinde entstammen und judenfeindliche Stereotype transportieren. Er behauptet:

> „Wie fast überall, wussten auch in Polen die Juden [!] den Geldhandel in ihren Händen zu konzentrieren." (S. 435)

Die Darstellung der antijüdischen Politik und Machenschaften des reaktionären Preußentums in Posen stellt Wendel in den Rahmen des „Nationalitätenkampfes in den sogenannten Ostmarken" (S. 434).[88] Die letzten beiden Absätze des Artikels lauten:

> „So schließt Abwanderung des Judentums gleichbedeutend Verschärfung des Nationalitätenkampfes ein. Aber gleichzeitig deckt sich Abwanderung des Judentums mit Stärkung des Polentums, denn wo im wirtschaftlichen Kampf zwischen Polen und Deutschen durch den Wegzug eines Juden eine Lücke entsteht, springt in der Mehrzahl der Fälle flugs ein Pole oder eine polnische Organisation ein, sie zu füllen, und die vielen Tausende von Juden, die seit Beginn der Ansiedlungspolitik Posen und Westpreußen den Rücken gekehrt haben, sind samt und sonders auf dem Verlustkonto des Deutschtums zu buchen.
>
> Derart trägt diese Politik, die seit fünfundzwanzig Jahren in erster Reihe schuld ist an der Abwanderung der Juden, ihre weltgeschichtliche Vergeltung in sich." (S. 440)

Wendel behauptet in dieser Passage, dass die jüdische Abwanderung das „Polentum" stärken und das „Verlustkonto" des „Deutschtums" erhöhen würde, weil in die entstandene Lücke „flugs ein Pole" springen würde. Diese Behauptung kann doppeldeutig verstanden werden:

---

[88] Wendel spricht in seinem Artikel auch das Problem des Verhaltens der jüdischen Bevölkerung gegenüber der polnischen Bevölkerung in den 40er-Jahren des 19. Jahrhundert an. Als der Gegensatz zwischen preußischer Regierung und polnischer Bevölkerung immer schärfer geworden sei, behauptet Wendel unterschiedslos, sei es so gewesen, dass „sich die Juden [!] bei dieser Gelegenheit auf die Seite der Regierung schlugen" (S. 487). Der problematischen Lage und dem Dilemma der jüdischen Bevölkerung in Posen damals, von der sich ein Teil tatsächlich auf die Seite der preußischen Machthaber stellte, wird Wendel mit einem solchen Nebensatz in keiner Weise gerecht. Unsere eigene Position hierzu ist formuliert in: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel Rede 1893 (1848 bis 1893), Offenbach 2019, S. 582–591.

Dahinter kann eine gewisse Freude für eine solche „gerechte Strafe“ für den deutschen Nationalismus stecken. Er könnte aber auch eine Art des deutschnationalen Bedauerns sein, dass der polnische Faktor in Posen so nun gestärkt würde.[89]

***

Zusammengefasst lässt sich festhalten: Positiv sticht in Wendels Artikel hervor, dass er wirklich Aspekte der realen judenfeindlichen Politik des reaktionären Preußentums in Posen anprangert. Dem steht allerdings gegenüber, dass Wendel sich aus dem Vokabular der Judenfeinde bedient, wie dies in Formulierungen über „die Juden“ und „den Geldhandel“ zum Ausdruck kommt.

Aufgaben hinsichtlich der nötigen Solidarität mit der vom reaktionären Preußentum bedrängten und diskriminierten oder von judenfeindlichem Terror (Stichwort Konitz 1900) verfolgten jüdischen Bevölkerung in Posen sind in Wendels Artikel keine zu finden.

[89] Direkt deutsch-nationalistisch ist es, wenn Wendel abfällig über die jiddische Sprache schreibt, dass diese ursprünglich deutsche Muttersprache von jüdischen Menschen gewesen sei, die „mit russischen und polnischen Brocken vermengt, zu einem eigentümlichen Kauderwelsch entartete“ (S. 435).

5. Ein Blick auf die „Sozialistischen Monatshefte“

Von 1895/96 bis 1933 erschienen die „Sozialistischen Monatshefte“ als Organ der offen revisionistischen Kräfte in der Sozialdemokratie in Deutschland. Darin findet sich auch eine Anzahl von Artikeln zu Fragen der Judenfeindschaft und des Kampfes dagegen.[90]

Im Zeitraum 1895 bis 1914 wurden 24 Artikel zum Thema Judenfeindschaft und anderen jüdischen Themen gefunden.[91]

---

[90] Die Zeitschrift erschien im Zeitraum 1895 bis 1914 monatlich. Das Organ war im Wesentlichen eine Abonnenten-Zeitschrift. Die Zahl der Abonnentinnen und Abonnenten lag 1896 bei 800, stieg dann um 1901 auf 2.900 und soll 1914 eine Auflagenhöhe von 5.000 gehabt haben. (Angaben hier und im Weiteren gemäß dem Vorwort von Hubert Woltering zu den digitalisierten Ausgaben der „Sozialistischen Monatshefte“ auf der Homepage der Friedrich-Ebert-Stiftung.) Die wichtigste Rolle bei der Gründung und während des gesamten Bestehens des Organs habe Joseph Bloch (1871–1936) gespielt. Bloch ist bekannt geworden durch seinen Briefwechsel mit Friedrich Engels, genauer gesagt vor allem durch Engels’ Brief an Bloch zu Fragen des historischen Materialismus. (Siehe Engels an Bloch, 21./22. September 1890, MEW Band 37, S. 462–465) Ab seinem Hervortreten als Anführer des offenen Revisionismus 1899 bis 1914 waren die „Sozialistischen Monatshefte“ für Eduard Bernstein eine wichtige publizistische Plattform. Daneben schrieben dort auch andere bereits zu dieser Zeit oder später prominent gewordene Revisionisten wie Wolfgang Heine, Eduard David, Edmund Fischer, Albert Südekum und Georg von Vollmer. Im Gründungsjahr der Zeitschrift wurde auf dem SPD-Parteitag in Breslau 1895 der Antrag abgelehnt, die „Sozialistischen Monatshefte“ als offizielles Parteiorgan anzuerkennen. Auf dem SPD-Parteitag 1902 in München fand ein entsprechender Antrag ebenfalls keine Mehrheit. Bezeichnend für den Zustand der damaligen SPD ist aber auch, dass 1909 der Antrag seitens Delegierter aus Dortmund-Hörde, die an den „Sozialistischen Monatsheften“ Mitarbeitenden aus der Partei auszuschließen, ebenfalls keine Mehrheit fand. 1914 stellten sich die „Sozialistischen Monatshefte“ auf die sozialchauvinistische Position der „Vaterlandsverteidigung“ im imperialistischen Krieg. Bernstein wandte sich während des Ersten Weltkriegs von den „Sozialistischen Monatsheften“ ab, da er eher eine „zentristische“, kautskyanische Position einnahm.

[91] In diesem Überblick können wir nicht auf alle Aspekte in diesen Artikeln eingehen. Auf einzelne Punkte wird in Fußnoten eingegangen. In zwei Artikeln, zu denen nichts weiter anzumerken ist, geht es um allgemeine Fragen zur jüdischen Geschichte und Religion. Es handelt sich um: Menzinger, Johannes: Die Geschichtsschreibung der Judenfrage, Sozialistische Monatshefte, Nr. 2/1897, S. 97–100; Maurenbrecher, Max: Die Bedeutung des Klassengegensatzes für den israelitischen Monotheismus, Sozialistische Monatshefte, Nr. 4/1909, S. 218–224. Es gibt zwei Artikel mit interessanten Hinweisen auf jüdische Kultur. Im Artikel von Adele Schreiber: „Ein Dichter des jüdischen Proletariats“ (1903) (Sozialistische Monatshefte. Nr. 6/1903, S. 449–454) würdigt die Verfasserin die „Lieder des Ghetto“ von Morris Rosenfeld, die dieser auf

Im folgenden Überblick wird auch auf einige Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ näher eingegangen.

a) Zur Judenfeindschaft in Deutschland

Auffallend ist, dass die Aufgaben des Kampfes gegen die Judenfeindschaft in Deutschland im Grunde nicht thematisiert werden. Es gibt dazu keinen einzigen Artikel, der sich hauptsächlich damit befassen würde. Vielmehr gibt es nur in einem Artikel **von Ludwig Quessel**[92] einleitende Passagen dazu.[93] Darin wird richtigerweise darauf hingewiesen, dass nach dem Rückgang des „parteipolitischen Antisemitismus“ à la Böckel der „gesellschaftliche Antisemitismus“ als „ernstlicher politischer Gegner des Judentums“ geblieben sei. Dieser trete in den Behörden etwa so in Erscheinung, „dass den Juden der Zutritt zum Beamtentum und zum Offizierskorps verweigert wird.“[94] Diesen richtigen Gesichtspunkten stehen allerdings auch sehr falsche gegenüber. Quessel glaubt nämlich, als „sehr wesentlich für das Schwinden des Antisemitismus in Deutschland“ konstatieren zu müssen, dass die Ursache dafür „die sehr niedrige Geburtenziffer der deutschen Juden“ und „drakonische Verwaltungsmaßnahmen“ gewesen seien, welche die dauernde Niederlassung jüdischer Menschen aus anderen Ländern in Deutschland unmöglich gemacht hätten.[95]

Jiddisch geschrieben hat und die auch in andere Sprachen übersetzt wurden, zum Beispiel ins Englische und Polnische, ins Russische durch Maxim Gorki. Im Artikel von Mathias Acher „Über die ostjüdische Literatur“ (1913) (Sozialistische Monatshefte, Nr. 16-17/1913, S. 991–1004) wird ein Überblick über zeitgenössische jüdische Lyrik und erzählende Dichtung aus Osteuropa und Russland gegeben, die in Deutschland und anderen Ländern in Westeuropa weitgehend unbekannt war.

[92] Ludwig Quessel (1872 Königsberg–1931 Darmstadt) wurde in eine jüdische Familie geboren. Er war gelernter Uhrmachergehilfe. 1890 wurde er Mitglied der SPD. 1907 wurde er Redakteur des SPD-nahen Organs Hessischer Volksfreund und ständiger Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte. Ab 1912 war er Abgeordneter des Reichstags. Nach der November-Revolution war er ab 1919 Abgeordneter der Nationalversammlung bzw. des Reichstags.

[93] Der Artikel Quessels handelt in der Hauptsache von der Frage des Zionismus und der jüdischen Ansiedlung in Palästina.

[94] Siehe Quessel, Ludwig: Die jüdische Neukolonisation Palästinas, Sozialistische Monatshefte, Nr. 11/1914, S.672–684, hier S. 673–674. Dieser Artikel ist allerdings vom Dezember 1914, wurde also nach Beginn des Ersten Weltkriegs veröffentlicht.

[95] Ebenda, S. 673.

b) Zur Judenfeindschaft in Russland und zu Problemen des Kampfes der organisierten jüdischen Arbeiter:innen

Die meisten Artikel handeln von der Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung in Russland und Problemen des Kampfes der jüdischen Arbeiter:innen dort.

Acht Artikel hat **Maxim Anin**[96] geschrieben, ein führender Kader der Zionistisch-sozialistischen Arbeiterpartei Russlands.[97] Aus verschiedenen Artikeln können Fakten herausgezogen werden.[98] Dabei ist allerdings ein kritischer Blick auch deshalb nötig, weil zum Beispiel Anin aus der realen Diskriminierung und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung die angebliche Unmöglichkeit von deren Gleichstellung

---

[96] Maxim Anin-Schatz bzw. -Shats (1885 Jaunjelgava/Lettland–1975 Riga) wurde in eine jüdische Familie geboren und studierte Jura im damaligen Petersburg. Er war Mitglied in der Zionistischen Sozialistischen Arbeiterpartei. Nach einer Verhaftung wurde er ins Ausland abgeschoben. Er promovierte 1910 in Bern zum Thema „Zur Nationalitätenfrage". 1912 kehrte er nach Rußland zurück. Nach der Oktoberrevolution kehrte er 1919 nach Riga zurück.

[97] Indem Autoren wie vor allem Maxim Anin viel Raum in den „Sozialistischen Monatsheften" erhalten haben, gibt es bereits ein Nahverhältnis zum Zionismus als politischer Bewegung, die auf die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina abzielte. Direkt um den Zionismus geht es aber nur in dem Artikel von Sergej Njewsorow „Der Zionismus" aus dem Jahr 1897. Kurz nach Theodor Herzls Hervortreten nimmt dieser allerdings nicht in eindeutiger Weise zum Projekt des Aufbaus eines jüdischen Staates in Palästina Stellung. Siehe Njewsorow, Sergej: Der Zionismus, Sozialistische Monatshefte, Nr. 12/1897, S. 645–651.

[98] So enthält der Artikel von Ladislaus Gumplowicz „Das russische Regime in Litauen und der internationale Kongress in Amsterdam" aus dem Jahr 1904 einige Fakten über die Vertreibung jüdischer Menschen aus russischen Gebieten nach Litauen, wo sie zwangsweise in sogenannten Ansiedlungsrayons leben mussten (Gumplowicz, Ladislaus: Das russische Regime in Litauen und der internationale Congress von Amsterdam, Sozialistische Monatshefte, Nr. 8/1904, S. 646–653). Der Artikel von Maxim Anin „Die Organisation der jüdischen Wanderung" (Sozialistische Monatshefte, Nr. 19–20/1909) enthält einige Fakten über die jüdische Emigration aus Russland, über den Zusammenhang dieser Emigration mit den Pogromen in Russland sowie über Aspekte des Lebens jüdischer Immigrantinnen und Immigranten in den USA und anderen Immigrationsländern. Anin behandelt auch die Frage einer „Kolonisation eines unbebauten Territoriums" (S. 1253) und beruft sich dabei auch auf eine Äußerung Bebels von der Möglichkeit einer „zivilisatorischen Kolonisation" (S. 1253), worauf an anderer Stelle einzugehen ist. Wo dies sein sollte oder sein könnte, lässt Anin aber offen. Palästina wird von ihm nicht genannt. (Anin, Maxim: Die Organisation der jüdischen Wanderung, Sozialistische Monatshefte, Nr. 19-20/1909, S. 1248–1254)

schlussfolgert und als Lösung nur die Auswanderung im Sinne des Zionismus sieht.[99] Maxim Anin polemisiert in einem Artikel mit im Einzelnen durchaus treffenden Argumenten gegen das Konzept der „Assimilierung“ als Perspektive der jüdischen Bevölkerung in Russland. Anin äußerte etwa: „Nur den jüdischen Sozialisten wird allerorts und unaufhörlich der nationale Selbstmord gepredigt.“[100] In Anins Artikel gibt es auch berechtigte kritische Äußerungen zu problematischen Aspekten des Kampfs von Marx gegen den Judenfeind Bruno Bauer, ohne damit ein wirkliches Verständnis der Stärken und Probleme von Marx’ Position damals voranzubringen.[101]

Die im Kern reformistische Forderung einer „nationalen kulturellen Autonomie“ im Allgemeinen und für die jüdische Bevölkerung in Russland oder auch Österreich im Besonderen wird von **Markus Ratner[102]** unterstützt, einem führenden Kader der Sozialistischen Jüdischen Arbeiterpartei Russlands.[103] Dieser kritisiert dabei auch Otto

---

[99] Anin behauptet, dass auch politische Gleichberechtigung die unnormale Lage der jüdischen Bevölkerung nicht ändern könne, denn diese sei eine „exterritoriale Nation, dazu noch mit ungesundem sozialökonomischem Unterbau“, der unaufhebbar „auf der gesamten industriellen Entwicklung beruhen“ würde. Deshalb käme als Lösung nur die Auswanderung im Sinne des Zionismus infrage (siehe Anin, Maxim: Probleme des jüdischen Arbeiterlebens (Sozialistische Monatshefte, Nr. 4/1909, S. 231–235); siehe auch Anin, Maxim: Ist die Assimilation der Juden möglich? (Sozialistische Monatshefte, Nr. 10/1908, S. 614–619)

[100] Anin, Maxim: Was will die jüdische Sektion in der sozialistischen Internationale?, Sozialistische Monatshefte, Nr. 6/1911, S. 396–401, hier S. 397

[101] Genauer siehe: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft – Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45), Offenbach 2013.

[102] Markus Ratner bzw. Mark Borisowitsch Ratner (1871 Kiev–1917 Jassy/Rumänien) wurde in eine jüdische Familie geboren und kam als Schüler zur sozialistischen Bewegung in Russland. Er wurde wegen seiner politischen Aktivitäten verhaftet und musste einige Jahre im Exil leben. Wegen seiner Beteiligung an der Revolution 1905 musste er Ruland verlassen. Ratner war Gründungsmitglied der SERP und lebte bis kurz vor seinem Tod 1917 in der Schweiz bzw. Österreich.

[103] Die Sozialistische Jüdische Arbeiterpartei Russlands (SERP, auch Sejmisten genannt) wurde im April 1906 gegründet. Führende Gründungsmitglieder waren Chaim Schitlowsky, Markus Ratner und Moische Zilberfarb. 1906 hatte die Partei ungefähr 15.000 Mitglieder. Mitglieder der Partei nahmen Teil an Kämpfen und Streiks der Jahre 1906 und 1907, u. a. in Jekaterinoslaw und Rostow. 1907 schloss sie sich der

Bauers Verweigerung einer solchen Autonomie für die jüdische Bevölkerung in Österreich. Durchaus treffend weist Ratner allerdings Kautskys verfehlte Charakterisierung des „Judentums" als „Kaste zurück. Ratner schreibt:

> „… niemand kam bisher auf den ungeheuerlichen Gedanken, das nach Millionen zählende jüdische Volk mit einer indischen Kaste zu vergleichen. Ein Volk, das die extremen Pole des Reichtums und der schlimmsten Armut, des geistigen Glanzes und der Dürftigkeit umfasst; ein Volk, das an sozialer Differenzierung und Klassengliederung so reich ist; ein Volk, in dessen Reihen ein heißer Kampf zwischen Kapital und Arbeit, Bourgeoisie und Proletariat gekämpft wird; ein Volk dessen gesamtes unterdrücktes inneres Dasein das lebende Bild einer endlosen Bewegung durch Jahrhunderte, Länder und Völker darstellt; ein solches lebendig tätiges Volk wird urplötzlich auf dem geheimnisvollen Weg einer erfinderischen menschlichen Logik einer Kaste gleichgestellt, die ihrer Natur nach etwas Formloses, Stabiles und Unbewegliches ist. Das heißt wirklich Missbrauch mit Analogien treiben."[104]

Das ist eine berechtigte und im Kern zutreffende Kritik, auch an Kautskys „Analogie"-Methode. Ratners pauschal-unbestimmte Bezeichnung der jüdischen Bevölkerung als „ein Volk" ist allerdings fragwürdig. Ob Ratners Kennzeichnung der Kasten in Indien als „etwas Formloses, Stabiles und Unbewegliches" zutreffend ist, sei dahingestellt und ist hier nicht das Thema.

Besonders zu erwähnen ist der Artikel von **Eduard Bernstein**: „Fragen der Taktik in Russland" (1906).[105] Dies ist der einzige Beitrag von Bernstein in dem Organ bis 1914, der sich teilweise mit jüdischen Themen befasst. Bernstein setzt sich darin vor allem mit Fragen der Revolution in Russland auseinander, dies auch im Vergleich zur bürgerlich-demokratischen Revolution 1848 in Deutschland. Insbesondere

---

Partei der Sozialrevolutionäre Russlands an und wurde so Mitglied der Zweiten Internationale.

[104] Ratner, Markus: Die nationale Autonomie und das jüdische Proletariat, Sozialistische Monatshefte, Nr. 21/1911, S. 1341

[105] Bernstein, Eduard: Fragen der Taktik in Russland, Sozialistische Monatshefte, 12/1906, S. 208–217. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

geht Bernstein auch auf die große Rolle der jüdischen Proletarier:innen in der Revolution ein:

> „Welch große Rolle das jüdische Element in der russischen Revolution gespielt hat und noch spielt, ist bekannt. In einem Lande, wo das Judentum in ganzen Gebieten nicht nur auch Proletarier, sondern geradezu die Proletarier stellt, und wo diese jüdischen Proletarier doppelt, als Juden und als Proletarier, entrechtet und ausgebeutet sind, kann es gar nicht anders sein, als dass sie und diejenigen, die mit ihnen fühlen, ein besonders aktives Element in der Revolution bilden.“ (S. 213)

Besonders hebt Bernstein auch die Rolle des „Bund“ in der revolutionären Bewegung Russlands hervor. Allerdings tendiert Bernstein – ohne dass eine genaue Festlegung im Artikel erfolgt – zur menschewistischen Einstellung, wenn er über das liberale Bürgertum schreibt, dass „dessen Beihilfe die Revolution braucht“ (S. 215). Auch sein Räsonieren darüber, ob der Aufstand richtig gewesen sei, wenn es doch an Waffen gefehlt habe, geht in diese Richtung (S. 214 f.).

6. Clara Zetkin in der Zeitschrift „Gleichheit“ (1896)

1896 nahm Clara Zetkin[106] am Internationalen Sozialistischen Kongress der Zweiten Internationale in London teil. Bei dieser Gelegenheit hielt sie auch eine Rede vor den gewerkschaftlich organisierten jüdischen Schneider:innen und Konfektionsarbeiter:innen im Londoner East End.[107] Diese setzten sich überwiegend aus jüdischen Geflüchteten aus Russland und Polen zusammen. Darüber schreibt sie nach ihrer Rückkehr in der von ihr geleiteten sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „Gleichheit“.[108] Begeistert berichtet Clara Zetkin über die Existenz und den Kampf des organisierten jüdischen Proletariats in England:

---

[106] Clara Zetkin (1857 Wiederau/Sachsen–1933 Moskau) war eine führende Genossin der damaligen Sozialdemokratie. Wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gehörte sie zu den Linken in der SPD, die den offenen Revisionismus von Bernstein sowie auch den „zentristischen“ Opportunismus von Kautsky bekämpften. Sie war aktiv an der Vorbereitung des Gründungskongresses der II. Internationale 1889 beteiligt. Nach deren Gründung wurde sie Leiterin des ersten internationalen Frauensekretariats. Auf dem Kopenhagener Kongress der II. Internationale 1910 brachte Clara Zetkin den Vorschlag ein, alljährlich einen internationalen Kampftag der Frauen durchzuführen. Sie gehörte zu den Gründungsmitgliedern der KPD 1919.

[107] Die Wellen judenfeindlicher Pogrome im zaristischen Russland ab 1881 lösten eine Massenemigration jüdischer Arbeiter:innen nach Argentinien, Westeuropa und in die Vereinigten Staaten aus. In deren Folge entwickelte sich besonders in England und den USA eine eigenständige jüdische proletarische Bewegung. So stieg die jüdische Bevölkerung in Großbritannien von etwa 60.000 im Jahr 1880 auf 300.000 im Jahr 1914.. (Beth Hatefutsoth, The Nahum Goldmann Museum of Jewish Diaspora Tel Aviv, Museum der Arbeit Hamburg (Hrsg.) Arbeiter und Revolutionäre, die jüdische Arbeiterbewegung, Hamburg 1998, S. 77)

[108] Die „Gleichheit – Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“ war das zentrale Organ der Sozialdemokratie in Deutschland für die Genossinnen in der SPD sowie für die propagandistische, politische und ideologische Arbeit unter den Arbeiterinnen. Als Vorläuferorgan der „Gleichheit“ erschien 1891 zunächst auf Initiative und unter Leitung von Emma Ihrer „Die Arbeiterin“. Als Fortsetzerin erschien ab Ende 1891 bereits die „Gleichheit“. Deren Leiterin war von Anfang an Clara Zetkin. Diese blieb sie bis 1917, als sie vom SPD-Vorstand abgesetzt wurde. Die „Gleichheit“ erschien vierzehntägig. Im Jahr 1901 hatte die Zeitschrift eine Auflage von 4.000 Exemplaren, diese stieg bis auf 125.000 im Jahr 1914 an. (Braukmann, Stephanie: Die „jüdische Frage“ in der sozialistischen Frauenbewegung 1890–1914, Frankfurt 2007, S. 31 ff.)

„Im Laufe der letzten zehn Jahre hat sich in England – wie auch in den Vereinigten Staaten – eine kräftige, sozialistische, jüdische Arbeiterbewegung entwickelt. In London, Leeds, Manchester sind Gewerkschaften der jüdischen Schneider, Näherinnen, Bügler etc. entstanden. Sie haben eine gute Mitgliedschaft, entfalten eine sehr rührige Agitation und erfreuen sich eines großen und stetig wachsenden Einflusses. [...] Zu Tausenden und Tausenden stehen heute die in England lebenden jüdischen Arbeiter überzeugt und begeistert im sozialistischen Lager."[109]

An ihrer Solidarität lässt Clara Zetkin keinen Zweifel. Allerdings lässt sie sich nach ihrem Besuch in London in ihrem Bericht zu unhaltbaren, einseitigen und oberflächlichen Äußerungen über die jüdischen Proletarier:innen im Londoner East End verleiten. In der „Gleichheit" schreibt Clara Zetkin:

„Der Sozialismus hat sich in ihren Kreisen als ein Kulturfaktor ersten Ranges erwiesen. Um seinen Einfluss voll würdigen zu können, muss man die rückständige Entwicklung der Leute kennen, an die er herantrat, und das rückständige Milieu, dem sie entstammen. […] Die Masse ist erstarrt, versteinert in äußerlichen Religionspraktiken und in einem fanatischen, gedankenlosen Dogmenglauben. Die regsameren Intelligenzen sind talmudistischen Spintisierereien und Spielereien ergeben."[110]

An anderer Stelle heißt es:

„Die in England einwandernden Juden waren durchaus Kinder ihres Milieus, sie teilten die Rückständigkeit und Engherzigkeit, die Vorurteile ihrer Brüder und Schwestern in Osteuropa. Der Sozialismus hat sie erzogen, er hat eine vollständige Revolution in ihrem geistigen und moralischen Leben bewirkt. […] Unter der sozialistischen jüdischen Arbeiterschaft ist keine Spur mehr vorhanden vom Dünkel des ‚auserwählten Volkes', das stolz ist wegen seines Glaubens, wegen seiner Rasse verfolgt zu werden, das Hass mit Hass, Verachtung mit Verachtung vergilt. Da fühlt der Einzelne sich nicht als Jude, sondern als leidender und kämpfender Proletarier …"[111]

---

[109] Gleichheit, 6. Jg., Nr. 18/1896, S. 142 f. Zitiert nach: Braukmann, Stephanie: Die „jüdische Frage" in der sozialistischen Frauenbewegung 1890–1914, Frankfurt 2007, S. 258 f.

[110] Ebenda, S. 259 f.

[111] Gleichheit, 6. Jg., Nr. 18/1896, S. 143. Zitiert nach: Wawrzyn, Heidemarie: Vaterland statt Menschenrecht – Formen der Judenfeindschaft in den Frauenbewegungen des Deutschen Kaiserreiches, Marburg 1999, S. 198

Sich jüdisch zu fühlen, sich als kämpfender Proletarier oder kämpfende Proletarierin zu fühlen – das schließt sich für Clara Zetkin hier faktisch aus. Sie weist in ihrem Artikel durchaus auch darauf hin, dass es jüdische Gewerkschaften waren, in denen sich die Immigrierten organisierten und dass die sozialistische politische Agitation in Jiddisch gehalten wurde. Doch durch diese Sicht – entweder jüdisch oder sozialistisch-proletarisch – missachtet sie, dass dieser Prozess jüdisch-proletarischer Selbstorganisation auch die Entwicklung einer spezifisch jüdisch-sozialistischen politischen Kultur war. Da Clara Zetkin dies nicht sieht, ist für sie die sozialistische Perspektive für jüdische Proletarier:innen gleichbedeutend mit deren Assimilierung.

Diese Widersprüchlichkeit einer solidarischen Grundposition und einer dieser widersprechenden Position in Bezug auf die jüdische Bevölkerung zeigt sich auch in Clara Zetkins Einschätzung der Pogrome in Russland und in anderen Ländern Osteuropas. Selbstverständlich verurteilt sie diese ganz entschieden. Doch sie lässt in ihre Darstellung nicht akzeptable Behauptungen einfließen. Die Immigrierten seien

> „fast ausschließlich Einwanderer aus Russland und Polen, welche von Haus und Herd vertrieben wurden durch die wilden Ausbrüche barbarischen Glaubens- und Rassenhasses, gepaart mit dem Zorn über das verhängnisvolle Treiben des jüdischen Schenkwirts und Wucherers [sic!], der von der wirtschaftlichen Existenz des Bauern und Handwerkers vernichtet, was der Zusammenbruch der alten Naturalwirtschaft, der Misswuchs und die Hungersnot, die gouvernementalen Bedrückungen und Steuerlasten und die Gaunereien der Beamten noch nicht vernichtet haben. Als Vertriebene oder Geflüchtete kamen sie nach London, Schiffbrüchige, welche soziale Stürme an den Strand der Themse verschlugen.“[112]

Dieser Einschub „über das verhängnisvolle Treiben des jüdischen Schenkwirts und Wucherers“ ist völlig abwegig und suggeriert, dass es sozusagen auch einen angeblich „berechtigten“ Zorn gegen die jüdischen Immigranten gegeben habe.

Bleibt festzuhalten: Politisch stand Clara Zetkin fest auf der Position

---

[112] Gleichheit, 6. Jg., Nr. 18/1896, S. 142. Zitiert nach: Braukmann, Stephanie: Die „jüdische Frage“ in der sozialistischen Frauenbewegung 1890–1914, Frankfurt 2007, S. 261

unbedingter Solidarität mit der jüdischen sozialistischen Bewegung in England. Es war wichtig, diese in der „Gleichheit“ proletarisch-internationalistisch zu propagieren. Ihre Schilderung jüdischer Lebensverhältnisse im Londoner East End ist aber nicht frei von antijüdischen Vorurteilen über die als nur reaktionär dargestellte jüdische Kultur. Dazu kommen falsche Behauptungen über die Rolle von Teilen der jüdischen Bevölkerung in Russland als angebliche Vernichter bäuerlicher Existenzen, was angeblich zum Teil die Pogrome erklären würde. Und das war grundfalsch.

II. Politisch-propagandistischer Kampf

Überblick

In diesem umfangreichsten Teil dieses Bands geht es darum, die sehr unterschiedlichen politisch-propagandistischen Möglichkeiten der Sozialdemokratie der Reihe nach zu untersuchen und auch auf diesem Gebiet Richtiges und Falsches deutlich voneinander zu trennen.

Auf der Suche nach einem inneren Zusammenhang oder einem gemeinsamen Nenner stellte sich heraus, dass – abgesehen von der allgemeinen Tatsache, dass es viel Richtiges, aber oft auch durchsetzt mit Falschem, und viel Falsches gab – keine Systematik zu erkennen ist. Es mag möglicherweise etwas übertrieben sein, aber der Eindruck entsteht, dass jeder so ziemlich alles sagen und schreiben konnte, wenn nur allgemein erklärt und geklärt wurde, dass all dies dem Kampf gegen die Judenfeindschaft dienen soll. Wirklich auf den Prüfstand gestellt, welche Denkfiguren nun brauchbar, richtig oder eben falsch oder gar völlig falsch sind, wurden diese Ansichten nicht. So entsteht auch bei dem Versuch eines einleitenden Überblicks immer das Problem, dass es sich weitgehend um eine Aneinanderreihung verschiedener Unterthemen handelt, bei denen der innere Zusammenhang nicht darzustellen ist, weil ein solcher nicht zu erkennen ist.

Allerdings lässt sich bei dieser Diagnose schon feststellen, dass die Sozialdemokratie in Deutschland den Herausforderungen der Judenfeindschaft – insgesamt und auf lange Sicht gesehen – nicht wirklich gewachsen war, obgleich der gute Wille einem Teil der führenden Köpfe der Sozialdemokratie und ihrer Mitglieder, gegen Judenfeindschaft vorzugehen, sicherlich nicht abgestritten werden kann.

1. Durchaus in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde, insbesondere auch in der Presse der jüdischen Gemeinden, was auf den öffentlichen **Parteitagen der SPD,** deren gesamter Verlauf mit allen Diskussionsreden protokollarisch festgehalten wurde, an meist sehr kurzen obskuren Bemerkungen und Gehässigkeiten passiert ist. Auch auf den Parteitagen gab es angesichts der allgemeinen politischen Linie der SPD gegen Judenfeindschaft eine klare Verurteilung der Judenfeindschaft in Russland und im „Deutschen Reich", insbesondere in Posen, sowie Stellungnahmen gegen die Versuche, jüdische Einwan-

derung zu unterbinden, und gegen das Schikanieren jüdischer Studierender, insbesondere aus Russland. Aber es zeigt sich, dass durchaus auch innerhalb der SPD gegen jüdische Mitglieder die merkwürdigsten, ja ekelhaften, meist in Form von angeblichen „Witzen" gekleidete Bemerkungen vorkamen. Dabei taten sich insbesondere revisionistische Abgeordnete wie Wolfgang Heine und Richard Fischer hervor – und vorrangiges Ziel war meist Rosa Luxemburg. Da war dann die Rede vom „Erbteil ihrer Rasse" auf dem Lübecker Parteitag 1901, aber auch der spießerhafte Dummspruch, man habe nichts gegen Juden, „aber wenn jemand als Gast zu uns kommt und uns in die Suppe spuckt, so werden wir uns das nicht gefallen lassen". Es werden weitere Bemerkungen dokumentiert, etwa wenn Bernstein wegen angeblicher „Stammeseigenschaften" angegriffen wird und Ähnliches. Auch August Bebel war nicht ganz frei von der Versuchung, durch antijüdische Anspielungen die Heiterkeit des Parteitags hervorzurufen, etwa wenn er gegen die preußischen Junker gerichtet polemisiert, sie würden sich dem ansonsten von ihnen missachteten Judentum unter misslichen pekuniären Umständen durchaus zuwenden, da es dort „die größten Goldfischlein gibt", wenn sie jüdische Frauen zur Heirat suchen. Die einsetzende „Heiterkeit", die protokolliert wurde, macht die Sache nicht besser, sondern schlimmer.

Nichtsdestotrotz zeigt eine Durchsicht aller Parteitage, dass wenn es um Judenfeindschaft im politischen Rahmen des Deutschen Reichs und in anderen Ländern ging, klar und eindeutig gegen Judenfeindschaft Stellung genommen wurde.

2. Eine besondere Bedeutung für die gesamte politische Situation im Deutschen Reich hatten die im Kern ausgezeichneten **Reden im Reichstag** der Abgeordneten der SPD, aber eben auch die politische Positionierung im **„Vorwärts",** dem Zentralorgan der SPD**.**

Als den Reden im Reichstag übergeordnet sind drei vom Parteivorstand der SPD herausgegebene **Handbücher für sozialdemokratische Wähler** (1893–1898, 1898–1903 sowie 1907–1911) zu betrachten, die jeweils eine Wahlperiode von fünf Jahren umfassten. Hier ist vor allem Kritik dringend angebracht. In ihnen wird zwar zunächst davon ausgegangen, dass der Antisemitismus reaktionär ist. Ein paar Absätze weiter wird der Antisemitismus aber dann doch so dargestellt, wie in vielen Artikeln und Stellungnahmen der Sozialdemokratie,

nämlich in dem Sinne, als würde er der Sozialdemokratie letztendlich nützen.

Weiter wird, immanent argumentierend, eine angebliche „Inkonsequenz" der Judenfeinde angeprangert, die sich vermeintlich in den Dienst jüdischer Journalisten gestellt hätten, und es wird das antijüdische Stereotyp von der Vorherrschaft „der Juden" als Geld- und Handelsmacht verwendet.

Extrem falsch ist dann auch eine Polemik gegen die christlichen Armenier, die noch schlimmer seien als die christlichen Griechen und „die Juden", aber angeblich – es ist kaum zu glauben – in den Schatten gestellt würden durch die „neugewonnenen gelben schlitzäugigen ‚Brüder', die Chinesen".

Diese Positionen finden sich im „Handbuch" für die Jahre 1893 bis 1898 sowie in dem für die Jahre 1898 bis 1903, wo in Letzterem lediglich die rassistische Passage gegen „die Chinesen" gestrichen wurde.

Die **Reichstagsreden** der sozialdemokratischen Abgeordneten, die chronologisch analysiert werden, enthalten solche Passagen nicht.

Trotz einiger Bemerkungen von Bebel, der die jüdische Bevölkerung als „Rasse" oder gar als „Klasse" bezeichnete sowie der Verwendung der unsäglichen Metapher über „die Juden", die nach den Fleischtöpfen Ägyptens schrien, oder dem alten Fehler, dass angeblich schlechte Eigenschaften der jüdischen Bevölkerung von der Verfolgung durch die Christen herrühre, sind folgende positive Positionen hervorstechend:

Wilhelm Liebknecht stellte 1894 noch einmal grundsätzlich fest, dass die Ausbeutung des Kleinbürgertums nicht durch die jüdische Bevölkerung, sondern durch den Kapitalismus geschieht. Er verteidigt die jüdischen Religionsrituale und wendet sich mit deutlichen Worten gegen das angeblich tierliebende Verbot des Schächtens.

Auch gegen den Antrag der Judenfeinde, jüdische Einwanderung zu unterbinden, wurde im Reichstag 1895 klar polemisiert, auch wenn es in der diesbezüglichen Rede von **Ewald Vogtherr** ein gewisses Zurückweichen vor den Behauptungen der Judenfeinde gab, was ebenfalls dokumentiert wird.

Überzeugend wird immer wieder gegen die Pogrome in Russland Stellung genommen. Die Bedeutung der Religionsfreiheit für die religiöse Betätigung der jüdischen Bevölkerung wurde wiederholt bekräftigt. Hervorzuheben ist auch als rhetorischer Höhepunkt einer Rede von **August Bebel** im Jahr 1902, der einem judenfeindlichen Abgeordneten, der pseudochristlich argumentierte, entgegnete, dass Jesus nun wahrlich ein jüdischer Mensch gewesen sei. Öfters wird klar und deutlich die faktische gesellschaftliche Benachteiligung von jüdischen Personen angeprangert, insbesondere bei der Vergabe von Ämtern im Staatsapparat.

Der Abgeordnete **Arthur Stadthagen**[113] nahm 1901 vehement und klar gegen die Ritualmordlüge im Zusammenhang mit den antijüdischen Überfällen in Konitz Stellung. Und noch 1912 hat sich der Abgeordnete **Georg Ledebour**[114] gegen die Verbreitung judenfeindlicher Hetze im Reichstag grundsätzlich, aber auch völlig berechtigt sehr persönlich ausgesprochen, weil ein Abgeordneter von einem liberalen Blatt als „Jerusalemer Blatt“ gesprochen habe.

---

[113] Arthur Stadthagen (1857–1917), der in eine jüdische Familie geboren wurde, trat 1884 oder 1887 der SPD bei. 1889 wurde er zum Berliner Stadtverordneten gewählt und blieb es bis zu seinem Tode. Bis 1897 war Stadthagen der einzige Jurist in der Reichstagsfraktion der SPD. Er galt als Experte für Arbeits- und Sozialrecht. Nach dem Ausschluss aus dem Anwaltsstand war Stadthagen seit 1893 beim „Vorwärts“ tätig. Stadthagen stimmte seit Dezember 1915 offen im Reichstag gegen die Kriegskredite der Reichsregierung. Im März 1916 wurde er mit weiteren Kriegsgegnern aus der Reichstagsfraktion der SPD ausgeschlossen und gründete mit Hugo Haase und anderen die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“, aus der mit seiner Beteiligung im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) hervorging. Stadthagen lehrte seit 1906 an der Parteischule der SPD in Berlin Arbeitsrecht. Er nahm an allen wichtigen Parteitagen und an zahlreichen internationalen Konferenzen der Sozialdemokratie teil. Mit Rosa Luxemburg verband ihn eine persönliche Freundschaft und eine lebhafte briefliche Korrespondenz.

[114] Georg Ledebour (1850–1947) trat 1891 in die SPD ein und war bis 1900 zunächst in der Redaktion des „Vorwärts“ und dann der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden tätig. Von 1900 bis 1918 gehörte er dem Reichstag an. Seit 1913 gehörte er dem Fraktionsvorstand der SPD an. Während des Ersten Weltkriegs nahm Ledebour an den Konferenzen in Zimmerwald und Stockholm teil. Ledebour schloss sich 1916 der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft um Hugo Haase an und war 1917 Gründungsmitglied der USPD. Er unterstützte den Spartacusaufstand 1919, war dann aber gegen den Zusammenschluss der USPD mit der KPD.

Insgesamt ist also eine sehr positive Bilanz der Reden von SPD-Abgeordneten im Reichstag, die Judenfeindschaft betreffend, zu ziehen.

3. Als Komplexer stellte sich jedoch die Situation bei der Analyse des **„Vorwärts“** heraus**.**

Absolut unverständlich ist, warum auf der Titelseite des Zentralorgans der SPD über sechs Monate ein fürchterlicher, judenfeindlicher Roman abgedruckt wurde, und warum ein kurzer Abschnitt, der als Parodie auf die Bibel daherkommen möchte, in der Beilage des „Vorwärts“ zum Abdruck kam, der nicht nur jüdische Menschen als angeblich „geldgierig“ hinstellt, sondern auch der Ritualmordlüge Vorschub leistet.

Zu den unangenehmen, falschen Positionierungen gehört auch die Verbreitung der Behauptung, dass trotz der Judenpogrome in Russland angeblich das „westeuropäische Bankjudentum“ den Zarismus aushalten würde. In unverzeihlicher Weise wird auch im „Vorwärts“ 1907 absolut unkritisch über eine Tagung des Bundes Deutscher Landwirte berichtet. Und ebenfalls 1907 wird in merkwürdigen Wendungen behauptet, dass die „Freisinnigen“ von der Börse – in diesem Kontext ist gemeint: „von Juden“ – finanziert worden wären und deshalb umso absurder ist der Vorwurf einer Koalition der „Freisinnigen“ mit Antisemiten. Im Jahr 1914, so ist abschließend kritisch in diesem Abschnitt festzuhalten, wird im Zentralorgan der SPD allerdings auch entgegen der realen Lage behauptet: „Der Antisemitismus ist tot und abgetan.“

Aber diese groben Fehler waren nicht der Haupttenor im „Vorwärts“. Das Zentralorgan der SPD hat eindeutig, ähnlich wie die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag, die staatliche Diskriminierung von jüdischer Bevölkerung, die Entrechtung der jüdischen Studierenden aus Russland im Deutschen Reich und die antijüdischen Pogrome in Russland, aber auch die Diskriminierung der jüdischen Menschen vor Gericht und in der Armee angeprangert. Auch gegen den Versuch, das jüdischen Religionsvorschriften entsprechende Schächten von Tieren zu verbieten, wurde deutlich Stellung bezogen. Besonders hervorzuheben ist, dass auch gegen die Judenfeindschaft in der Zentrumspartei, aber auch in Artikeln der „Kreuzzeitung“ eindeutige Stellungnahmen erfolgten. Mit Abscheu wurde mehrfach über die Ritualmordlüge in Konitz berichtet, auch wenn kritisch anzumerken ist, dass die

Einschätzung im „Vorwärts“, dass diese Hetze „keinen Erfolg“ gehabt habe, doch als allzu positiv zu bewerten ist.

Deutliche Worte wurden im „Vorwärts“ auch gefunden, wenn jüdische Sozialdemokraten als „Judenlümmel“ und Ähnliches beschimpft wurden.

Trotz notwendiger Kritiken zeigt sich, insgesamt gesehen, dass judenfeindliche Praxis von der Redaktion des Zentralorgans eindeutig angeprangert wurde.

4. Eingeschoben haben wir dann einen gesonderten Teil, bei dem es eigentlich um ein politisches Ereignis in Frankreich geht, die **sogenannte Dreyfus-Affäre,** in der ein jüdischer Offizier aus judenfeindlichen Motiven denunziert, angeklagt und verurteilt wurde.

Angesichts der Dreyfus-Affäre in Frankreich kam es zu recht unterschiedlichen Reaktionen in der Sozialdemokratie in Deutschland, die die Unsicherheit und Unklarheit auf theoretischem Gebiet in Hinblick auf den Kampf gegen die Judenfeindschaft widerspiegeln, weshalb die Reaktionen auf die Dreyfus-Affäre in die Analyse einzubeziehen sind.

5. Der Blick auf die politische Propaganda der SPD (wobei im Übrigen eine Fülle von lokal erscheinenden sozialdemokratischen Zeitung ausklammert werden) wäre unvollständig, wenn nicht die auflagenstärkste Zeitschrift, **„Der wahre Jacob“,** ebenfalls unter die Lupe genommen worden wäre.

Hier setzte sich im Grunde fort, was schon in der Periode davor von uns analysiert wurde: Gute und treffende Brandmarkung der Judenfeinde mit Texten und Karikaturen und gleichzeitig Beiträge, die auch in judenfeindlichen Zeitungen hätten Platz finden könnten.[115]

Der mörderische Judenfeind Graf Pückler und die Judenfeindschaft der Junker werden zu Recht und gekonnt angeprangert, die Ritualmordlüge wird bekämpft und es werden auch Textbeiträge gegen Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung im Mittelalter und in Russland aktuell veröffentlicht. Am eindrucksvollsten ist möglicherweise eine

[115] Siehe dazu auch den Abschnitt „Widerspiegelung der Judenfeindschaft in der Zeitschrift ‚Der wahre Jacob‘“, in: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893), Offenbach 2019, S. 446-456.

Karikatur 1914, die zeigt, wie eine christlich-germanische Organisation einen jüdischen Jungen unter dem Gelächter gleichaltriger Jungen mit dem Ruf „Juden raus!“ aus einer Organisation ausschließt.

Aber leider wird auch, sei es aus Überzeugung, sei es mit der Absicht, populär zu sein (oder eben wegen einer Mischung aus beidem), an eine ganze Fülle judenfeindlicher Stereotype dieser Zeit angeknüpft und diese werden publizistisch eingesetzt. In aller Kürze:

Angeblich würden jüdische Leute versuchen, selbst aus einem Pogrom unlauter Entschädigungen herauszuschlagen.

Es gibt auch neu aufgekommene Stereotype, mit denen jüdische Menschen und Warenhäuser in eins gesetzt und jüdische Leute in judenfeindlichen Karikaturen als Kapitalisten und Bankiers dargestellt werden.

Karikaturen gegen Rothschild, aber auch über die Figur des Shylock, der als Synonym für einen grausamen jüdischen Wucherer benutzt wurde, fehlen nicht. Karikaturen, die jüdische Menschen als Betrüger oder sogar sexistische Verbrecher und Anbeter des Goldenen Kalbs darstellen, hantieren zeichnerisch mit klassischen Judenklischees.

Es fehlt auch nicht der Versuch, Judenfeinde als inkonsequent darzustellen, weil sie doch von jüdischen Leuten Geld nehmen und mit ihnen Geschäfte machen würden.

Daneben gibt es auch die sicherlich kritisch gemeinte Darstellung von judenfeindlichen Äußerungen, die aber nicht kommentiert oder widerlegt werden, wenn etwa einem Grafen Pückler, um ihn zu entlarven, eine Fülle judenfeindlicher „Witze“ in den Mund gelegt werden.

In einer anderen Zeitschrift mit Karikaturen, der „Süddeutschen Postille“, auf die in einer Anmerkung kurz eingegangen wird, gibt es zudem Versuche, sich über die jiddische Sprache lustig zu machen, sie zu imitieren und ins Lächerliche zu ziehen.

1. Die Parteitage der SPD 1894 bis 1913

Der Kampf gegen die Judenfeindschaft spielte von 1894 bis 1913 auf keinem Parteitag eine wichtige Rolle. Es gab dazu nie einen eigenen Tagesordnungspunkt. Das Grundsätzliche am Kampf gegen die Judenfeindschaft war durch die Bebel-Rede und die Resolution auf dem Parteitag 1893 in Köln sozusagen „erledigt".[116]

Zunächst muss hervorgehoben werden, dass es auf den Parteitagen der Sozialdemokratie eindeutige Positionen gegen Judenfeindschaft und Stellungnahmen gegen die Judenfeinde gab.

- Wiederholt wurde die Religionsfreiheit verteidigt und jegliche Benachteiligung wegen einer Religionszugehörigkeit abgelehnt.
- Besonders Karl Liebknecht entlarvte und verurteilte die Diskriminierung „ostjüdischer" Menschen, insbesondere jüdischer Studierender aus Russland.
- Ohne Frage wurden auch die Pogrome im zaristischen Russland verurteilt.
- Die Zusammenarbeit der deutschen Polizei mit dem zaristischen Russland wurde angeprangert.
- Judenfeindliche Anträge im Reichstag, etwa gegen die Schächtung, wurden auch im Rahmen von Parteitagen abgelehnt und es wurde die Freiheit der Religionsausübung betont.
- Wiederholt wurde die Verweigerung von Aufstiegsmöglichkeiten für jüdische Männer im deutschen Militär als Diskriminierung verurteilt.

[116] Die ersten legalen Parteitage fanden 1890 nach dem Fall der „Sozialistengesetzte" in Halle und 1891 in Erfurt (Verabschiedung des „Erfurter Programms") statt. 1892 auf dem Parteitag in Berlin gab es zwar schon eine Resolution gegen Judenfeindschaft, die aber dort nicht diskutiert wurde. Es folgt die Rede Bebels 1893 auf dem Parteitag in Köln. Nur der Vollständigkeit halber: Während der „Sozialistengesetze" fanden Parteitage im Ausland statt: 1880 Schloss Wyden (Schweiz), 1883 in Kopenhagen (Dänemark) und 1887 in St. Gallen (Schweiz).

Auf dieser politischen Ebene war die Sozialdemokratie in Deutschland eindeutig auf demokratischen Grundpositionen, auch wenn zwischendurch falsche Positionen vertreten wurden und kein Widerspruch dazu formuliert wurde.

Es folgt ein kurzer, thematisch geordneter Überblick anhand der Parteitagsprotokolle der SPD.

a) Stärken

Kein Bündnis mit Judenfeinden bei Stichwahlen

Ausdrücklich wurde auf dem Parteitag 1902[117] hervorgehoben, dass es auch bei Stichwahlen keinerlei Bündnisse mit Judenfeinden bei Wahlen geben wird (1902, S. 236)[118]

Klare Position gegen die judenfeindliche Forderung nach einem Verbot der Schächtung und für Religionsfreiheit

Auf dem Parteitag 1899 in Hannover wurde gegen die Forderung eines Schächtverbots Stellung bezogen. Sehr deutlich wird im parlamentarischen Bericht klargestellt, dass

> „wir uns gegen das von den Antisemiten beantragte Verbot des rituellen Schächtens aussprachen. Solange nicht nachgewiesen wird, dass das Schächten eine Tierquälerei ist, halten wir uns nicht für berechtigt, den Juden die Erfüllung einer Vorschrift ihrer Religion zu verbieten." (1899, S. 42)

Weiter heißt es:

> „Dies ist die gleiche Stellung, die unsere Partei seit jeher allen Religionen gegenüber eingenommen hat, und der zu Folge wir auch in diesem Jahr

[117] Im Folgenden wird zitiert aus: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1894 bis 1914. In den Quellen wird immer nur Jahr und Seitenzahl angegeben.

[118] Dieses Thema war mit dem Parteitagsbeschluss offenbar nicht erledigt. Die „Allgemeine Zeitung des Judentums" berichtete fünf Jahre später: „Es ist natürlich, dass die Antisemiten überall, wo sie mit Sozialdemokraten in die Stichwahl kommen, Sieger bleiben werden. Schon heute fordert die nationalliberale Partei in Kassel dringend auf, alle Stimmen dem antisemitischen Amtsrichter Lattmann zu geben. Im Gegensatze hierzu erklärt der Vorstand der sozialdemokratischen Partei, dass Antisemiten nirgends und unter keinen Umstanden gewählt werden dürfen." (AZJ, Nr. 5/1907, S. 50)

> wieder wie in allen früheren Jahren für die Aufhebung des Jesuitengesetzes gestimmt haben. Der Staat soll sich nicht in solche religiösen Angelegenheiten mischen, die seine Interessen nicht berühren; und er soll keinen Menschen um seines Glaubens willen zurücksetzen." (1899, S. 42)

Auf dem Parteitag 1911 gab es auch einen knappen, aber klaren Widerspruch (wie aus der SPD-Reichstagsfraktion berichtet wurde) zu einem Tierschutz-Gesetz, bei dem es um das Schlachten von Tieren ging. Das Gesetz wurde so verändert, dass nicht „aus antisemitischen Gründen den orthodoxen Juden das Schächten" (1911, S. 97) verwehrt werden kann.[119]

Gegen die Diskriminierung jüdischer Soldaten

Berichtet wird auch aus dem Reichstag, dass der Kriegsminister „gutmütig sein Bedauern" darüber kundtat, „dass die Beförderung jüdischer Soldaten zu Offizieren am antisemitischen Geiste des Offizierskorps scheitere" (1911, S. 110). Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Georg Schöpflin erklärte im Zusammenhang mit Misshandlungen von Soldaten, dass die SPD ihr Agitationsmaterial einstellen könnte, wenn die benannten Übel abgestellt würden.[120]

Dennoch: Gegen die Diskriminierung jüdischer Soldaten im Heer wurde deutlich Stellung bezogen (1913, S. 108) und dagegen die For-

[119] Auf dem Parteitag 1902 in München wurde bereits klargestellt, dass es falsch sei, den Kampf gegen das Zentrum als Kampf gegen die katholische Religion zu führen. Es wurde ausdrücklich auf die Freiheit der Religionsausübung hingewiesen, auf die Trennung von Kirche und Staat, auf die Religionsfreiheit für alle, „ob sie nun Lutheraner, Katholiken oder Juden sein" (1902, S. 74), aber auch auf das Recht für Nichtkirchengläubige. In diesem Rahmen ist auch die Ablehnung der Diskriminierung von Jesuiten indirekt von Bedeutung: „Trotzdem die Jesuiten ein Faktor sind, der uns in stärkster Feindschaft gegenübersteht, werde uns das nicht abhalten, den Fall dieses Monstrums von Gesetz weiter zu betreiben." (1912, S. 148)

[120] Weiter heißt es wörtlich: „Dahin gehört auch die verfassungswidrige Behandlung der Juden bei Justiz und bei Militär, während den jugendlichen Adelssprossen ein reiches Rebekkchen [!] oft das Wappen vergolden muss." (1911, S. 110) Diese Art von Polemik ist schlicht kontraproduktiv. Es ist ein weiteres Beispiel dafür, wie in einem Satz zunächst Richtiges behauptet, dann aber auf primitive Weise gegen Adelige polemisiert wird, weil sie sich um reiche jüdische Frauen bemühen würden oder Ähnliches.

derung erhoben, „dass kein Angehöriger des Heeres wegen seiner religiösen oder seiner politischen Überzeugung irgendwelche Zurücksetzung erfährt“ (1913, S. 110, siehe auch S. 158).

Gegen Judenfeindschaft in Russland

Auf dem Parteitag in Magdeburg 1910 hat Karl Liebknecht im Zusammenhang mit der Repression in Russland auf die Judenverfolgungen hingewiesen, „die in der neuesten Zeit in Russland wieder ganz besonders bösartige Dimensionen angenommen haben“ (1910, S. 402).

Für Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung in Rumänien

Hinsichtlich der Lage in Rumänien wird gefordert, die rumänische Regierung müsse „gezwungen werden, endlich den Art. 44 des Berliner Vertrags von 1878 zu respektieren und den jüdischen Landesangehörigen die Gleichberechtigung zu geben“ (1913, S. 106).

Gegen wüste judenfeindliche Rede im Reichstag

Berichtet wurde, dass in den Reichstagssitzungen 165 und 166 vom 19. Juni 1913 der sozialdemokratische Abgeordnete Schöpflin auf „eine wüste judenfeindliche Rede eines der wenigen Antisemiten im Reichstag“ mit „einigen kräftigen Sätzen“ geantwortet habe. (1913, S. 160)

b) Schwächen und Fehler

Faktische Übernahme der Klischees der Judenfeinde: „schmähliche Praktiken jüdischen Wucherkapitals“

Auf die folgende Position muss kritisch hingewiesen werden: Der Berichterstatter Bruno Schoenlank berichtet 1894 auf dem Parteitag ohne jede Distanzierung, dass eine offensichtlich als Autorität anerkannte Person namens Löll über die Zustände in Baden berichtet habe, dass die Kleinbauernschaft aufs äußerste verschuldet sei, „ausgeliefert der Willkür des Grundbesitzes und den schmählichen Praktiken jüdischen Wucherkapitals“ (1894, S. 139). Und Schoenlank fährt in eigenen Worten fort:

> „Das erklärt den Antisemitismus. Die erste Emeute des Bauerntums richtet sich gegen das Kapital in seinen jüdischen Repräsentanten.“ (1894, S. 139)

Um sich angesichts dieser die Judenfeinde faktisch unterstützenden Positionen nicht ganz auf deren Stufe zu stellen, schiebt er nach, dass

die „Hintermänner“ dieser Wucherer „sehr respektable Christen unter sich haben“ (1894, S. 139). Nun, auch wenn es in gewisser Weise im Rahmen der Fehler der Rede Bebels 1893 bleibt, muss dennoch festgehalten werden, dass ein Kampf gegen die Ideologie der Judenfeindschaft hier nicht sichtbar wird.

Gegen Zöllner und „Pharisäer“

Kritikwürdig ist sicher auch folgender Vorgang: Der Bericht über die Debatten im Reichstag 1911 hinsichtlich der Frage der Zölle wird mit einer Überschrift versehen, die bei diesem Thema keinen Sinn ergibt. Die Überschrift lautet: „Gegen die Zöllner und Pharisäer“ (1911, S. 133). In den Ausführungen dazu wird mit keinem Wort auf den Begriff Pharisäer eingegangen. Es wird lediglich nationalistisch angeprangert, dass die Zölle nichts „zum Schutz der nationalen Arbeit“ (1911, S. 134) beitragen.

Judenfeindliche „Witze“ und Bemerkungen

Georg Ledebour meldete sich auf dem Parteitag 1902 in der Diskussion über den Bericht der Frauenkonferenz zu Wort, um zu der Frage Stellung zu beziehen, welche Auswirkungen der Einsatz der Staatsmacht gegen Versammlungen sozialdemokratischer Frauen in Preußen hat und was das für deren Agitation bedeutet. Die Absicht Ledebours ist berechtigt, die Ausführung verheerend:

> „Die berühmte Rede des Freiherrn von Hammerstein hat den preußischen Staat auf diejenige Kulturhöhe erhoben, die bei den alten Juden schon vor 2000 Jahren bestand. (Große Heiterkeit) Das Hammerstein’sche Segment entspricht genau dem Synagogen-Recht, wo auch die Frauen ihr besonderes ‚Segment‘ hatten. (Heiterkeit)“. (1902, S. 306)

Um die reaktionären Ansichten des preußischen Innenministers von Hammerstein zu entlarven, kommt Ledebour ausgerechnet auf die „alten Juden vor 2000 Jahren“ zu sprechen und stellt dabei einen Vergleich des frauenfeindlichen Vorhabens von Hammerstein an mit der vor allem im orthodoxen Judentum vorgeschriebenen Trennung von Männern und Frauen in der Synagoge. Ein solcher „Witz“ kommt beim Parteitag offensichtlich gut an und wird mit „Heiterkeit“, ja mit „Großer Heiterkeit“ quittiert.

Die wichtigste Debatte auf dem Münchner Parteitag 1902 war die über das Parteiorgan „Neue Zeit“. Der Delegierte Carl Ulrich meldete sich

in dieser Debatte mit der folgenden Kritik, insbesondere Richtung „Neue Zeit“, zu Wort:

> „Lasst doch eure talmudistische Wortklauberei sein. (Zurufe: Das geht auf Bernstein.) Es fällt mir gar nicht ein, Bernstein oder Kautsky herauszustreichen, sie haben es beide nötig, einen Teil von ihrer Empfindlichkeit abzustreifen.“ (1902, S. 143 f.) [121]

Der „Zuruf“ aus dem Publikum: „Das geht auf Bernstein!“ ist interessant. Und warum nicht auf Kautsky, den Chefredakteur der „Neuen Zeit“? Weil der Zurufer offensichtlich „Talmudismus“ mit „Judentum“ verbindet: also geht es „auf Bernstein“. Dass Ulrich sich danach Bernstein und Kautsky gleichermaßen vornimmt, kann es an dieser Stelle auch nicht mehr retten. Die judenfeindliche Anspielung hat bereits ihre Wirkung getan.

In einer Rede auf dem Parteitag in Jena sagt Bebel am 17.9.1905 Folgendes:

> „Wo soll denn sonst das herrschende Junkertum seine standesgemäße Existenz hernehmen, wenn nicht aus den kolossalen Agrarzöllen und den sonstigen ihm zu Liebe getroffenen Einrichtungen des Staates. Mit der Bourgeoisie kann es an Reichtum und Einkommen nicht mehr konkurrieren, so muss es sich die Goldfischlein aus der Bourgeoisie – zumal aus dem sonst verfluchten Judentum, wo es die größten Goldfischlein gibt (Heiterkeit) – holen, um seine alten Wappen zu vergolden.“[122]

Mit „Goldfischlein“ meint Bebel reiche Frauen, die von den Junkern geheiratet werden, um an ihr Geld zu kommen. Das Niveau dieser Stelle ist auf dem Niveau einer Klatschspalte einer bürgerlichen Zeitung und es wird zusätzlich noch das antijüdische Stereotyp von den „besonders reichen Juden“ transportiert. Und es ist bestimmt kein Zufall, dass das Protokoll „Heiterkeit“ gerade an der Stelle feststellt, wo es um die angeblichen jüdischen reichen Frauen geht, was ein Teil – wie groß auch immer – des Parteitags offenbar witzig fand, ohne dass eine Gegenrede verzeichnet worden wäre.

---

[121] Siehe auch „Vorwärts“, Nr. 217/1902, 17.9.1902, 2. Beilage, S. 3

[122] Bebel, August: Ausgewählte Reden und Schriften, Band 7/2, München 1997, S. 818

Zustimmung von Judenfeinden zu Protest gegen Einschränkung der Versammlungsfreiheit

Auf dem Parteitag 1896 (Gotha) gab es eine merkwürdige, im Berichtston vorgetragene Bemerkung. Im parlamentarischen Bericht wird erwähnt, dass der Protest der Sozialdemokraten gegen die unerträgliche Einschränkung der Versammlungsfreiheit auch bei anderen Abgeordneten Zustimmung gefunden habe:

> „Diese Darlegungen, die auch von polnischer, antisemitischer und selbst von freisinniger Seite ergänzt wurden, machten diesmal einen tieferen Eindruck wie früher." (1896, S. 48)

Eine solche Darstellung mag stimmen, ist aber offensichtlich gegenüber den Judenfeinden distanzlos gewesen.

Gegen Antisemiten, aber nicht wegen deren Judenfeindschaft

Die häufigsten Bemerkungen, über die auf den Parteitagen berichtet wurden, richten sich in einem Kontext, der nichts direkt mit Judenfeindschaft zu tun hat, gegen judenfeindliche Reichstagsabgeordnete. Wobei dies auch nicht auf allen Parteitagen thematisiert wurde.

Zum ersten Mal war dies auf dem Hamburger Parteitag 1897 der Fall. Im parlamentarischen Bericht wurde im Kontext der Anträge im Reichstag zum Achtstundentag Folgendes erwähnt:

> „Die Antisemiten waren in einer schlimmen Lage. Als Gegner des Großkapitals gönnen sie diesem eine Einschränkung seiner Ausbeutungsfreiheit; als Erwählte des kleinen Mannes fürchten sie die Rückwirkung auf das Kleingewerbe, das sooft nur von maßloser Arbeitszeit lebt. Herr Bindewald wie Herr Förster zappeln sich an diesem Widerspruch ab, um natürlich am Ende sich gegen die den gesetzlichen Maximalarbeitstag zu wenden." (1897, S. 41)

Hier geht es um ein Grundproblem: Soll man mit Judenfeinden über drittrangige Fragen streiten? Und wenn sie mal in einer drittrangigen Frage recht haben? Soll man das dann positiv hervorheben? Selbstverständlich nicht! Mag sein, dass eine Nebenbemerkung auch bei einer drittrangingen Frage passieren kann, wenn ansonsten der Hauptakzent auf die Zurückweisung der Judenfeindschaft gelegt wird. Aber auf dieser schiefen Ebene ist es sehr rutschig. Die Judenfeinde können dann massiv auf solche drittrangigen Fragen einsteigen und vom Kern, der Judenfeindschaft, wird abgelenkt. Ein weiteres Beispiel ist die Debatte über eine Bäckerei-Verordnung. Hierzu heißt es:

> „Die jämmerliche Abhängigkeit der Antisemiten von beschränktestem, störrischstem Spießbürgertum spiegelt sich besonders in der Rede des Abgeordneten Vielhaben von der Partei der ‚Deutsch-Sozialen Reform' wider." (1897, S. 49)

Auf dem Parteitag 1898 in Stuttgart war die Judenfeindschaft kein Thema, lediglich en passant wurde zweimal auf Antisemiten eingegangen. Zum einen, weil die „Freisinnigen" bei einer Stichwahl von Judenfeinden unterstützt wurden (1898, S. 21), und zum anderen, weil bei Konflikten in der SPD Braunschweig in einer Veranstaltung ein Teil der SPDler von Judenfeinden unterstützt worden sei – ein undurchsichtiger Vorgang (1898, S. 101).

Auf dem Parteitag 1900 in Mainz geht es im parlamentarischen Bericht nicht um Fragen der Judenfeindschaft, sondern es wird lediglich an zwei Stellen auf Antisemitenparteien hingewiesen. „Konservative Agrarier und Antisemiten" hätten im Zusammenhang mit einer Agrarfrage einen gemeinsamen Antrag gestellt (Siehe 1900, S. 61). Auch dass es bei einer Veränderung des Strafgesetzbuches „zwischen den klerikal-konservativ-antisemitischen Parteien" eine Zusammenarbeit gab (1900, S. 65).

Auf dem Parteitag 1907 in Essen wird lediglich an einer Stelle über eine Blockbildung der verschiedensten reaktionären Parteien mit den „wütendsten Antisemiten" (1907, S. 318) im Reichstag berichtet.

Auf dem Parteitag 1909 in Leipzig geht es wiederum um eine Blockbildung. Im Bericht des Parteivorstandes wird die Lage der Reichstagswahl beschrieben und festgestellt: „Konservative, Zentrum, Polen und Antisemiten sind in erster Linie Agrarier." (1909, S. 13)

Auf dem Parteitag 1911 in Jena wird kurz im Zusammenhang mit den Nachwahlen im August 1910 berichtet, dass die Sozialdemokraten zwei Mandate dazugewonnen und das Zentrum, die Konservativen und die Antisemiten je ein Mandat verloren haben. In Gießen hätten die Freisinnigen bei einer Stichwahl gegen den Willen der Parteiführung das Mandat einem Judenfeind zugeschanzt. Auch die Nationalliberalen hätten in verschiedenen Fällen bei der Stichwahl für die Judenfeinde gestimmt. (Siehe 1911, S. 26)

Eine weitere unklare Bemerkung im Kontext einer „Bäckereiverordnung" sei noch festgehalten. 1890 hatte Bebel eine Broschüre über die unerträgliche Lage der Gesellen im Bäckereigewerbe veröffentlicht.

Im Kontext der Debatte über die Lage im Bäckereiwesen wurde auch die alte Broschüre von Bebel erwähnt. Es heißt dann in dem Bericht der Reichstagsfraktion: „Die Erwähnung der Verdienste der Bebel'schen Broschüre lockte den antisemitischen Bäckermeister Rieseberg zu einem Angriff auf Bebel heraus." (1911, S. 138) Dabei ging es aber nicht um Judenfeindschaft, sondern offensichtlich um die Lage in den Bäckereien.

Es gibt auch im Referat von Bebel über die Reichstagswahlen eine nicht weiter ausgeführte Passage über die sogenannten Mittelstandspolitiker. Bebel erklärt: „Diese Mittelstandspolitiker, diese Antisemiten, sind auch diejenigen, die sich bei jeder Gelegenheit als Retter des Mittelstands aufspielen, und alsdann alle Militär-, Flotten- und Kolonialvorlagen, mag die daraus erwachsende Belastung noch so groß sein, unbesehen hinnehmen." (1911, S. 381) Anders gesagt: Die Judenfeinde werden hier von Bebel nicht angeprangert, weil sie judenfeindlich sind, sondern weil sie den Militarismus unterstützen, was sicherlich berechtigt ist, aber mit dem Kampf gegen Judenfeindschaft selbst nichts direkt zu tun hat.

Der Parteitag 1912 in Chemnitz hat lediglich im Bericht über den Stand der Arbeit der Reichstagsfraktion kurz von einem Stimmenblock der Antisemiten, der Zentrumspartei sowie des Bundes der Landwirte gesprochen. (Siehe 1912, S. 369)

Auf dem Parteitag 1913 in Jena ist in einem Bericht über eine Wahlprüfung vermerkt worden, dass der judenfeindliche Abgeordnete Bruhn im Zusammenhang mit einer Wahlbeeinflussung durch Polizeibeamte gewählt worden ist und daher die SPD seine Wahl für Ungültigkeit erklären lassen wollte, was aber von der Mehrheit im Reichstag abgelehnt wurde. Ein inhaltlicher Zusammenhang zu Judenfeindschaft wird nicht hergestellt. (Siehe 1913, S. 77 f.)

* * *

Trotz notwendiger Kritik an Fehlern und Merkwürdigkeiten in der Argumentation wird bei der Analyse der Parteitage der SPD doch deutlich, dass gegen die Judenfeinde (besser als gegen Judenfeindschaft) auf einigen Gebieten klar Stellung bezogen wurde. Das soll ausdrücklich festgehalten werden.

c) Judenfeindliche Klischees im innerparteilichen Kampf

Wichtiger als der Hinweis auf einige Schwächen und Fehler in den Parteitagsberichten ist im Kontext der Beurteilung des Kampfs der SPD gegen Judenfeindschaft die Verwendung von judenfeindlichen Klischees im innerparteilichen Kampf, die ja auch außerhalb der SPD, etwa von jüdischen Organisationen, durchaus zur Kenntnis genommen und kritisiert wurden. Darauf soll nachfolgend eingegangen werden.

Judenfeindschaft der Revisionsten gegen Rosa Luxemburg und Parvus

Rosa Luxemburg kämpfte auf dem Parteitag 1898 gegen den Reformismus und gegen Revisionisten und wurde rasch zu deren, wie man so sagt, „Feindin Nummer 1". Übel war hier die Anspielung des Revisionisten Wolfgang Heine, er und Bebel würden – wohl von Rosa Luxemburg – „nach allen Regeln des hergebrachten Ritus geschächtet werden" (1898, S. 107), eine subtile, bösartige Anspielung auf den jüdischen Ritus und die jüdische Herkunft von Rosa Luxemburg.

Auf dem Parteitag 1901 in Lübeck erneuerte der Revisionist Wolfgang Heine seine bösartigen Ausfälle gegen Rosa Luxemburg. Weitere Revisionisten reihten sich ein und griffen auch Parvus judenfeindlich an. Ohne hier tiefer darauf einzugehen, ob überhaupt und was Rosa Luxemburg in welchem Zusammenhang gesagt hat, soll dies hier kurz dargestellt werden.

Zuerst wartete der Revisionist Ignaz Auer mit einer so nebenbei in „humoristischem" Ton hingeworfenen Bemerkung gegen Parvus auf:

> „… alle können nicht aus Rawitsch stammen (Stürmische Heiterkeit)". (1901, S. 169)

Parvus, der „Jude aus Rawitsch", diese Anspielung hat jeder verstanden.[123]

Dann beschimpfte der Revisionist Richard Fischer Rosa Luxemburg, indem er ihr vorwarf, dass sie sich angeblich „im Ausdruck vergrif-

[123] Clara Zetkin kam 1925 in ihrem Nachruf auf Parvus auf die sogenannte „Parvusdebatte" des Lübecker Parteitags der SPD zurück, in dem sie Auers Bemerkung erwähnt, die „einen antisemitischen Beigeschmack" hatte. (Zetkin, Clara: Helphand Parvus, in: Die Kommunistische Internationale, Heft 1, Januar 1925, S. 76–91)

fen“ habe bei ihrer Kritik an Anton Fendrich, einem SPD-Abgeordneten im Badischen Landtag, „mit der ganzen Kraft der Rabulisterei, wie sie vielleicht Erbteil ihrer Rasse ist.“ (1901, S. 193) „Rabulisterei“, „Erbteil ihrer Rasse“ – es war wohl kaum möglich, dass die Delegierten des Parteitags diese judenfeindlichen Schlagworte überhören konnten.

Dann erklärte der Revisionist Wolfgang Heine gegen Rosa Luxemburg:

> „Ebenso wenig halte ich es für angemessen, dass die Luxemburg ohne jeden Anlass von den hier anwesenden Berichterstattern als von Schmocken gesprochen hat. Nun, der Vater der Schmoke war ein polnischer Jude, und ich wüsste nicht, welche Ursachen die Luxemburg hat, diesen Ausdruck zu gebrauchen.“ (1901, S. 195)

Wolfgang Heine führte im selben Redebeitrag weiter aus:

> „Unser Internationalismus bedeutet, dass jede Nation die andere achtet, und ich habe keine Missachtung gegen die russischen und polnischen Juden, aber wenn jemand als Gast zu uns kommt und uns in die Suppe spuckt, so werden wir uns das nicht gefallen lassen und werden mit aller Energie, wenn auch mit der uns angeborenen Höflichkeit, dagegen Protest erheben (Zubeil ruft: Sie waren ja selbst Antisemit, sie waren Vorsitzender des antisemitischen Vereins deutscher Studenten.) Der diesen Zuruf macht, war derselbe Herr, der sich vorhin erlaubte, Pfui zu rufen. Daraus, dass ich einmal Antisemit gewesen bin, habe ich nie ein Hehl gemacht, das hat jeder gewusst.“ (1901, S. 195)

Gegen diese Angriffe gab es berechtigte Empörung. Clara Zetkin ergriff das Wort und erklärte:

> „Nun ist von verschiedenen Seiten recht eindringlich die Nationalität der Genossin Luxemburg und des Genossen Parvus betont worden. Unter uns sind beide nicht als Russen und Juden, sondern als Parteigenossen.“ (1901, S. 202)

Ausgangspunkt für Ignaz Auers judenfeindliche Bemerkung Richtung Rosa Luxemburg auf dem Parteitag 1901 war die Diskussion über den Ausschluss des Sozialdemokraten Kasprzak aus einer polnischen Organisation, deren Details hier nichts zur Sache beitragen, außer dass Rosa Luxemburg sich nicht für ihn eingesetzt hat, was offenbar Auer zu der folgenden Bemerkung herausforderte, auf ihre jüdische Herkunft anspielend:

> „Irre ich nicht, so ist Rosa Luxemburg aus irgendeiner beliebigen landsmännischen Organisation auch mal ausgeschlossen worden. Auf dem Züricher internationalen Kongress soll darüber geredet worden sein. Wenn nun aus diesem Grunde irgendwo die Behauptung aufgestellt wird, die Rosa sei nicht ganz koscher (Große Heiterkeit), so beweist das doch nichts. Es beweist das doch höchstens, wie unmöglich es ist, auf Grund derartiger vager Anschuldigungen gegen Genossen in der Weise vorzugehen, wie wir gegen Kasprzak vorgehen sollten.“ (1901, S. 157)

Dass Auer die Schilderung einer alten Geschichte damit verbindet, um Rosa Luxemburgs Positionierung in der Angelegenheit Kasprzak dadurch auszuhebeln, dass er diese also genauso wenig beweiskräftig bezeichnet wie die Behauptung, wegen dieser alten Geschichte sei „die Rosa nicht ganz koscher“, ist verwerflich, weil Auer damit ein antijüdisches Ressentiment antriggert, das auch sofort durch das Parteitagspublikum bestätigt wird: „Große Heiterkeit“.

Auf dem Parteitag 1903 in Dresden ging es um die Frage, wo die SPD Grenzen zieht, wenn es um die Mitgliedschaft in der Partei geht. Selbst der frühere Judenfeind Wolfgang Heine, der sich 1901 gegen Rosa Luxemburg judenfeindlich geäußert hatte, meint nun festhalten zu müssen, dass er gegen die Aufnahme von Judenfeinden in die Sozialdemokratie ist. (Siehe 1903, S. 233) Es ging darum, dass führende Revisionisten in der Sozialdemokratie zunehmend angefangen haben, in anderen Zeitungen, die nicht der SPD zugeordnet sind (und auch nicht die „Sozialistischen Monatshefte“ waren), zu publizieren, und zwar unter der Flagge der „Freiheit der Kritik“. Wolfgang Heine, der weit rechts in der Sozialdemokratie eingeordnet werden muss, erklärt zu dieser Losung:

> „Das soll nach meiner Meinung nicht etwa heißen, dass einer zu uns kommen könnte, der Agrarier oder Konservativer oder Antisemit ist und sich bloß Sozialdemokrat nennt und dass wir ihn dann als Genossen respektieren sollten. Das meine ich nicht …“ (1903, S. 233)

Der Zwischenruf „Das wäre ja noch schöner“ liegt auf der Zunge, aber dieser Punkt wurde nicht weiter besprochen. Anders gesagt, eine Aufnahme eines aktiven offiziellen Judenfeinds wurde allgemein als absurd angesehen.

Judenfeindliche „Witze“ über den Namen Cohn

Auf dem Parteitag 1912 in Chemnitz gab es eine etwas unklare Beschwerde des Parteitagsdelegierten Cohn, der sich über einen blöden Witz über seinen Namen wohl mit Recht beschwerte, aber der Vorgang ist nicht ganz aufzuklären. (Siehe 1912, S. 343) Cohn führt dazu aus:

> „Über die Art und Weise wie er sich mit meiner Person beschäftigt hat, wundere ich mich nicht. Mir war ja das, was er über diesen Punkt sagen würde und womit er die lebhafte Heiterkeit des Parteitags erregt hat, nicht gerade neu. Wenn man allmählich über die 40 gekommen ist, dann kennt man alle Witze die sich irgendwie über meinen Namen oder über andere Namen machen lassen. Die Witze sind mir auch deshalb bekannt gewesen, weil ich sie alle schon einmal gelesen habe in einem Schriftstück, das mir von der Reichstagskanzlei zugegangen ist. Das war die Protestschrift der Fortschrittler gegen meine Wahl. Da ist Scheidemann allerdings ein merkwürdiges Unglück passiert, denn alles, was dort als einseitige Parteibehauptung steht, das setzt uns Scheidemann als Tatsachen vor.“ (1912, S. 342 f.)

Scheidemann antwortet:

> „Es ist mir durchaus nicht eingefallen, über seinen Namen Witze zu machen. Sollte durch einige Wendungen dieser Anschein erweckt worden sein, so erinnere ich Sie an die Tatsache, dass ich von den mehr als 29 Jahren, die ich jetzt in der Partei bin, beinahe 20 Jahre lang im Spezialkampf gegen den Antisemitismus gestanden habe. Meine Tätigkeit, besonders in Hessen, sollte mich davor schützen, dass man mir antisemitische Neigung unterstellt. Cohn hat in sehr geschickter Weise die Dinge zu verschieben verstanden.“ (1912, S.357)

Scheidemann hat eine lange Geschichte über die Haltung der Judenfeinde im Wahlkreis Nordhausen zu Cohn erzählt: „auf der einen Seite stand der Antisemit, der Judenfresser, auf der anderen Seite Dr. Cohn“ (1912, S. 333).

Die Losung der Antisemiten wäre gewesen: „Gegen Juden und Sozialdemokraten“, aber nach einigem Hin und Her wäre nach der Hauptwahl „die Parole ‚Mit Gott für Cohn und Vaterland, ohne Cohn kein Fahnenband‘ (erneut stürmische Heiterkeit)“ (1912, S. 333). Cohn wies diese Version energisch zurück.

Karl Liebknechts Zurückweisung judenfeindlicher Andeutungen gegen Karl Radek

Anzumerken ist zum Parteitag 1913 in Jena, dass auch in der schwierigen Debatte über den Ausschluss von Karl Radek aus der polnischen Sozialdemokratie und seine Aufnahme in die Sozialdemokratie in Deutschland Karl Liebknecht das Gespür hatte, dass es doch um mehr geht als um eine rein technische oder auch organisatorische Frage. Karl Liebknecht erklärte sicher nicht zufällig:

> „Müller hat das Gespenst eines ewigen polnischen Juden an die Wand gemalt (Heiterkeit), der durch die ganze sozialistische Internationale streift und überall die Aufnahme zu erzielen sucht." (1913, S. 541 f.)

Bei der im Protokoll vermerkten – ausgesprochen nervenden – „Heiterkeit" bei solchen Ausführungen, insbesondere wenn es um Anspielungen auf antijüdische Klischees geht, stellt sich die Frage, worüber denn nun eigentlich gelacht wird. Denn für Karl Liebknecht hatte die Situation in der polnischen Partei, aus der Karl Radek ausgeschlossen wurde, durchaus etwas mit Judenfeindschaft zu tun.

Diese Beispiele, die sicher ergänzt werden können, zeigen, dass es durchaus möglich war, mit judenfeindlichen Bemerkungen zwar einerseits berechtigte Empörung, anderseits aber auch merkwürdige „Heiterkeit" zu erzeugen und zu „punkten". Tiefgehender kann das Problem an dieser Stelle nicht behandelt werde.[124]

***

Ohne Frage zeigt sich bei der Analyse der Parteitage der SPD, die immerhin auch richtungsweisende Beiträge für den Kampf im Reichstag enthielten, dass politisch die Judenfeindschaft in Deutschland bekämpft wurde, dass die Pogrome in Russland angeprangert und verurteilt wurden und Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung bekundet wurde.

Es wird aber nicht verwundern, dass auch in den Parteitagsberichten die Fehler zu kritisieren sind, die sich auch in anderen Publikationen der Sozialdemokratie finden, etwa von „jüdischem Kapital" zu reden

[124] Die Durchsicht weiterer sozialdemokratischer Zeitungen und Zeitschriften in der Zeitspanne von 1894 bis 1913, insbesondere auch Polemiken gegen Rosa Luxemburg, könnten das hier Aufgezeigte sicher ergänzen und vertiefen.

oder auch mit judenfeindlichen Anspielungen Humor zu provozieren, der kein Humor ist, sowie die Antisemiten in drittrangigen Fragen zu „entlarven“ und dabei deren judenfeindlichen Charakter auszuklammern.

Besonders abstoßend sind die doch immer wieder in den innerparteilichen Auseinandersetzungen der SPD eingewobenen judenfeindlichen Anspielungen, die deutlich zeigen, gerade auch weil sie nicht scharf genug zurückgewiesen wurden, dass es eine untergründig wabernde Indifferenz gegenüber der Judenfeindschaft durchaus gab, insbesondere wenn sie sich auf nicht-politischem Gebiet äußerte.

Die Schwäche der Sozialdemokratie, die Ideologie der Judenfeinde nicht nach allen Regeln der Kunst auseinanderzunehmen und zu bekämpfen, zeigte sich eben auch auf den Parteitagen.

2. Zum Kampf gegen Judenfeindschaft im Zentralorgan der Sozialdemokratie und die Reden im Reichstag

a) Zum Kampf gegen Judenfeindschaft im „Vorwärts“

Der „Vorwärts“ war das Zentralorgan der Sozialdemokratie in Deutschland in der hier untersuchten Zeitspanne. Das Zentralorgan der Partei war ein wichtiges Instrument für die politische Propaganda der Sozialdemokratie. Die Auflagen des Zentralorgans variierten stark. [125] Die Auflage allein spiegelt nicht wider, wie viele Menschen sich tatsächlich mit dem Zentralorgan beschäftigt haben.

„Man hat der Sozialdemokratie schon oft vorgeworfen, sie sei verjudet; … Es ist unser vornehmstes Ziel, für die Befreiung der ganzen Menschheit zu schaffen und zu wirken, und wir zählen es mit zu unseren Aufgaben, auch für unsere in ihrer bürgerlichen Gleichberechtigung bedrohten jüdischen Mitbürger einzutreten. Wenn wir deshalb als verjudet gelten, betrachten wir diese Bezeichnung als einen Ehrentitel.“
(„Schwäbisches Tagblatt“, 1898) Zeitung der Sozialdemokratie)

[125] 1912 hatte der „Vorwärts“ eine Auflage von 165.000 Exemplaren und damit die höchste Auflage vor 1914. Neben dem „Vorwärts“ gab es zahlreiche sozialdemokratische Tages- und Wochenzeitungen, die in der vorliegenden Studie nicht analysiert werden konnten. Zum Beispiel das „Schwäbische Tagblatt“, das Organ der württembergischen Sozialdemokratie, das 1898 über die Judenfeindschaft der bürgerlichen Parteien und die staatlichen Schikanen gegen jüdische Viehhändler berichtete. Dazu heißt es, die klassenmäßige Differenzierung der jüdischen Bevölkerung ausblendend, dass man fast einen „harten Zwang“ der Judenfeindschaft herbeiwünsche, um „den Juden“ die Augen zu öffnen: „Es ist beinahe unbegreiflich, wie die Juden den sozialdemokratischen Bestrebungen gleichgültig, ja sogar feindlich gegenüberstehen können. Wenn wir betrachten, wie sämtliche bürgerliche Parteien mehr oder weniger antisemitisch angehaucht sind, von den waschechten Rassenantisemiten bis zu den den Antisemitismus im Stillen begünstigenden Nationalliberalen, wenn wir sehen, wie selbst die bürgerlich freisinnigen und demokratischen Parteien nicht wagen, offen und ehrlich gegen den Antisemitismus aufzutreten, so möchten wir beinahe wünschen, es möchte noch schlimmer kommen, damit den Juden endlich durch den harten Zwang der Verhältnisse die Augen geöffnet und sie mit Gewalt in das Lager der Partei, welche keinen Antisemitismus kennt, nämlich zur Sozialdemokratie, gedrängt werden.“ (Zitiert nach: Allgemeine Zeitung des Judentums, Nr. 29/1898, S. 338 f.) Eine solche Äußerung ist nicht nur unsensibel, sondern sie muss gänzlich zurückgewiesen werden. Als sehr positiv zu vermerken ist aber die Argumentation des „Schwäbischen

Exemplare wurden weitergegeben und eine Ausgabe erreichte so eine Vielzahl von Leserinnen und Lesern.

Im Folgenden soll ein Überblick über Schwächen und Stärken des Kampfs gegen Judenfeindschaft im Zentralorgan der Sozialdemokratie gegeben werden. [126] Die Schwächen dieses Kampfes werden nur kurz skizziert, wenn sie im Kern die Fehler der Rede Bebels 1903 und der Artikel der „Neuen Zeit" wiederholen. Sind es neu auftauchende Fehler, werden diese etwas genauer betrachtet.

Die Stärken werden ausführlicher dargestellt, und zwar dann, wenn es sich um besonders treffende oder in der Rede Bebels und in den Artikeln der „Neuen Zeit" nicht vorkommende Positionen handelt.

Wir werden unsere Analyse, vor allem um Wiederholungen zu vermeiden, thematisch gliedern. [127]

Tagblatts", wenn der Vorwurf der vermeintlichen „Verjudung" der Sozialdemokratie als ein „Ehrentitel" angenommen wird: „Man hat der Sozialdemokratie schon oft vorgeworfen, sie sei verjudet; möge man uns diesen Vorwurf ruhig machen; wir sind stark genug, ihn hinnehmen zu können, ohne Schaden dabei zu leiden. Es ist unser vornehmstes Ziel, für die Befreiung der ganzen Menschheit zu schaffen und zu wirken, und wir zählen es mit zu unseren Aufgaben, auch für unsere in ihrer bürgerlichen Gleichberechtigung bedrohten jüdischen Mitbürger einzutreten. Wenn wir deshalb als verjudet gelten, betrachten wir diese Bezeichnung als einen Ehrentitel." Zitiert nach: „Allgemeine Zeitung des Judentums", Nr. 29/1898, S. 338 f.

[126] Die Artikel im „Vorwärts" können bis auf wenige Ausnahmen nicht namentlich zugeordnet werden.

[127] Für diese Analyse haben wir insbesondere das Buch von Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzung der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978, herangezogen, in dem sehr ausführlich der Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft im Zentralorgan der Sozialdemokratie untersucht wird. Die Ausgaben des „Vorwärts" wurden zudem nach Stichworten durchsucht und danach stichprobenartig durchgesehen. (Online zu finden unter: http://fes.imageware.de/fes/web/)

Stärken im Zentralorgan

Gegen staatliche Diskriminierung

Staatliche Diskriminierung von Jüdinnen und Juden wird im „Vorwärts“ aufgedeckt und angeprangert. So etwa eine Verwaltungsmaßnahme des preußischen Innenministeriums gegen die **Einwanderung jüdischer Geflüchteter.** Der „Vorwärts“ druckte am 16.3.1905 die Verordnung des preußischen Innenministeriums vom 26. Februar 1905 ab und kommentierte die darin enthaltene zynische Argumentation:

> „Die Gesundheit der russischen Auswanderer wird durch das Wunder eines ordnungsgemäßen Passes, einer Schifffahrtskarte und genügender Barmittel so sehr über jeden Verdacht erhoben, dass eine Kontrolle nicht mehr nötig ist … Schaffe Dir einen ordnungsgemäßen Pass und tue Geld in Deinen Beutel, so bist Du für die preußische Regierung gesund; so Du aber aus Russland ohne formgerechte Papiere geflüchtet bist, so giltst Du für seuchenverdächtig …“[128]

Nahezu alle jüdischen Geflüchteten aus Russland hatten keine gültigen Papiere, waren damit „seuchenverdächtig“ und wurden an der Einreise ins Deutsche Reich gehindert.

Die „Jüdische Rundschau“ berichtete unter Berufung auf den „Vorwärts“ über eine Protestkundgebung von Fotografengehilfen gegen Ausweisungen und die dort verabschiedete Resolution: „Die Versammelten betrachten die Ausweisung als einen brutalen Verstoß gegen jegliche Menschlichkeit.“[129]

Im „Vorwärts“ vom 10.10.1913 wird auf der Seite 2 im Artikel „Zur Ausländerhetze an den deutschen Hochschulen“ Stellung bezogen gegen einen judenfeindlichen Artikel der reaktionären „Deutschen Tageszeitung“ (D. Z.) [130], in dem gefordert wurde, dass die jüdischen Studierenden, die aus Russland nach Deutschland geflüchtet waren, von deutschen Hochschulen ausgeschlossen werden sollen.

Die bereits an den Universitäten in Sachsen und in München verfolgte Praxis, geflüchtete jüdische Studierende aus Russland nur dann zu immatrikulieren, wenn sie ein Jahr in Russland selbst studiert hatten (was

[128] Vorwärts, 16.3.1905

[129] JR, Nr. 22/1906, S. 329

[130] Die „Deutsche Tageszeitung“ ist von 1894 bis 1934 landesweit erschienen.

jüdischen Menschen faktisch verwehrt wurde), sollte auch in Preußen übernommen werden, was den Ausschluss aller jüdischen Studierenden aus Russland an den Universitäten Preußens zur Folge gehabt hätte. Der „Vorwärts" entlarvte dies zu Recht als „planmäßigen Feldzug gegen die russisch-jüdischen Studierenden":

> „… zudem zeigen die Ausführungen die Maßnahmen zum ‚Schutz' der deutschen Hochschule in ihrer wahren Gestalt als den Beginn eines planmäßigen Feldzuges gegen die russisch-jüdischen Studierenden, unter der Fahne des Antisemitismus und der religiösen Unduldsamkeit."[131]

Der „Vorwärts" prangerte auch die Lage der jüdischen Bevölkerung in Russland an und machte klar, dass die judenfeindlichen Kräfte in Deutschland die besonders reaktionäre „Judengesetzgebung" Russlands in Deutschland durchsetzen wollen:

> „Immerhin, diese Judengesetzgebung, die ein Sechsmillionenvolk in dem ‚Ansiedlungsrayon' zusammenpfercht, es der elementaren Bürgerrechte beraubt und dem allmählichen Untergang preisgibt, soll, so will es die ‚D. Z.'…, in Zukunft auch für Preußen gelten. Deshalb verlangen sie nichts weniger *als die Ausdehnung der russischen Einschränkungen gegen die jüdischen Studierenden auch auf die deutschen Hochschulen!*"[132] (H. i. O.)

Der „Vorwärts" berichtete auch über **Diskriminierung von Jüdinnen und Juden vor Gericht und in der Armee.**[133]

Er prangerte insbesondere auch Misshandlungen jüdischer Soldaten an.[134] Die Militärzeitschrift „Auf Vorposten" lehne als Offiziere orthodoxe jüdische Bewerber unter dem Vorwand ab, im Offizierskorps sei die Durchführung jüdisch-religiöser Vorschriften nicht möglich, und liberale jüdische Bewerber unter dem Vorwand, sie würden durch die Preisgabe ihres Glaubens nicht die Voraussetzungen für ein „durch Gottesfurcht ausgezeichnetes Offizierskorps" erfüllen.[135]

---

[131] Vorwärts, 10.10.1913

[132] Ebenda

[133] Vorwärts, 15.2.1910, Weitere ähnliche Berichte sind zu finden in: Vorwärts, 10.7.1910, 18.12.1907, 24.5.1913

[134] Vorwärts, 18.12.1907

[135] Vorwärts, 24.5.1913

Als 1910 ein jüdischer Klempnergeselle auf dem Weg zu einer neuen Anstellung in der Schweiz in Heidelberg aufgrund einer Verwechslung mit einem gesuchten Betrüger gleichen Namens verhaftet wurde, konnte der Klempner zwar seine Unschuld beweisen, wurde aber durch einen judenfeindlichen Amtsrichter 9 Tage lang festgehalten und verlor dadurch seine neue Arbeitsstelle. Der Richter hatte seine Entscheidung damit erklärt, „dass die Zeugnisse wahrscheinlich gefälscht seien, die Juden wollen nicht gern arbeiten". Der „Vorwärts" prangerte diesen „empörenden Fall eines richterlichen Missgriffs" an.[136]

Gegen judenfeindliche Positionen in reaktionären Zeitungen und Parteien

Im März 1911 wurde in Kiew ein Prozess basierend auf der Ritualmordlüge inszeniert. Menachem Mendel Beilis wurde angeklagt, einen christlichen Jungen angeblich „rituell" ermordet zu haben. Dies diente dem Zarismus dazu, seine judenfeindliche Hetze zu verschärfen.

Die „Kreuz-Zeitung", ein Organ der preußischen Junker, verbreitete in einer ihrer Ausgaben, dass es „sehr wohl denkbar" sei, dass der angebliche „Ritualmord" von dem jüdischen Angeklagten begangen worden sei. Dies entlarvte der „Vorwärts" zu Recht:

> „Damit stellt der Leitartikler der Kreuz-Zeitung, wenn er auch die allgemeine Anschuldigung gegen das jüdische Volk oder die jüdische Glaubenslehre verwirft, sich durchaus auf den Boden der Anklageschrift, die den Juden Beilis des Mordes aus religiösem Fanatismus beschuldigt. Vergleicht man damit, was selbst die russische konservative Presse vom Schlage des Kijewjan über den Prozess und das angebliche Beweismaterial gegen Beilis geschrieben hat, so kommt man zu dem Schluss, dass das Niveau des führenden preußischen Junkerorgans sich nur noch mit der ausgesprochenen russischen Pogrompresse messen kann."[137]

Der „Vorwärts" nahm auch gegen die Vertuschung der Judenfeindschaft der Zentrumspartei durch die klerikale Presse Stellung und hielt in der Ausgabe vom 9.10.1906 grundsätzlich fest:

---

[136] Vorwärts, 15.2.1910

[137] Vorwärts, 16.10.1913

„Der Antisemitismus [ist] im Zentrum verbreiteter, als die klerikale Presse aus Rücksicht auf den Anzeigenteil ihrer Blätter zugeben will."[138]

Ein weiteres Beispiel: Die „Augsburger Neue Zeitung", ein Organ des Zentrums, hatte, so der „Vorwärts", eine Rede Rosa Luxemburgs nicht sachlich kritisiert, sondern mit judenfeindlichen Anschuldigungen attackiert. Die Rede war vom „zersetzenden Judentum" und speziell die russisch-jüdischen Geflüchteten wurden als „Schmarotzer" diffamiert, worauf die Jüdische Gemeinde Augsburgs mit einem finanziellen Boykott der Zeitung reagierte.[139]

Unter der Überschrift „Hep Hep!" deckte der „Vorwärts" in einer Glosse auf, dass der „Koblenzer Volksfreund", ein Organ der Zentrumspartei, mit einem „Spottvers" zum Boykott jüdischer Kaufleute aufgerufen hatte, indem er den Vers veröffentlichte:

„Ob Moses, Abraham; Meyer oder Stern,
Von Juden halte ich mich immer fern."[140]

Der „Vorwärts" kommentierte:

„Jetzt…schlägt es [das Zentrum] auf die Juden los".[141]

In einem kurzen Artikel „Ein Zentrumsblatt über die russische Revolution" kritisierte der „Vorwärts" die Berichterstattung eines weiteren Blatts des Zentrums, der „Trierischen Landeszeitung", in dem die „ganze russische Volksbewegung als „ein Werk von Juden" hingestellt wurde. Weiter heißt es:

„Die Verelendung der Bauern – das Werk jüdischer Wucherer; die Unzufriedenheit der Bevölkerung – das Werk jüdischer Hetzer; die Greueltaten der schwarzen Banden – die Schuld jüdischer Revolutionäre und so fort."[142]

Dagegen bekundete der „Vorwärts" seine Solidarität mit den jüdischen Kämpfer:innen in Russland:

„Nichts von den Sünden und Verbrechen des Zarismus, nichts von den Leiden der Masse, nichts von Mitgefühl für die Kämpfer um Gerechtigkeit und Freiheit – nur blöder und gemeiner Hass gegen die Männer und

[138] Vorwärts, 9.10.1906
[139] Vorwärts, 16.9.1910
[140] Vorwärts, 6.1.1912
[141] Ebenda
[142] Vorwärts, 9.10.1906

Frauen, die zwar keinen Taufschein aufweisen können, doch aber genügend Mut und Rechtssinn haben, um ihr Leben für die Sache der Freiheit und Wahrheit in die Schanze zu schlagen.“[143]

Berichte über judenfeindliche Pogrome in Russland

Der „Vorwärts“ berichtete in mehreren Artikeln über Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung in Russland. So zum Beispiel am 11.5.1905 mit dem Artikel „Russische Judenhetzen“ über das Pogrom in Schitomir und den Zarismus als den eigentlichen Urheber.

„Der Zarismus wendet systematisch die Judenhetze an, um die gegen ihn angesammelte Empörung abzulenken. Selbst die offiziellen Telegramme lassen erkennen, dass die Behörden die Metzeleien direkt begünstigen, die ja wohl auch von ihnen angestiftet sind.“[144]

Anlässlich des Beilis-Prozesses in Kiew stellte der „Vorwärts“ zu Recht heraus, dass sich die Ritualmordlüge in Russland gegen die ganze jüdische Bevölkerung richtet und sie mit Mord bedroht:

„Jetzt erhebt man in Kiew Blutanklage gegen das ganze jüdische Volk, um dem Blutdurst und der moralischen Verwilderung neue Nahrung zu geben, und eine Rechtfertigung zu finden für ein System der Politik, das auf nationalistischer Verhetzung aufbaut.“[145]

Gegen judenfeindliche Angriffe auf Mitglieder der Sozialdemokratie

Der „Vorwärts“ hat judenfeindliche Angriffe auf Repräsentanten der SPD veröffentlicht und als schändlich zurückgewiesen. So wurde etwa der bekannte Berliner Sozialdemokrat Arthur Stadthagen, der aus einer jüdischen Familie stammte, auf einer Wahlversammlung von „konservativen Ortsgrößen“ als „Jude“ und „Judenlümmel“ beschimpft, was der „Vorwärts“ am 15.5.1912 anprangerte.[146] Als dem jüdischen Sozialdemokraten Rosenfeld auf einer Agitationsreise Saal und Nachtquartier verweigert wurden, machte dies der „Vorwärts“ vom 1.2.1912 öffentlich.[147]

---

[143] Ebenda

[144] Vorwärts, 11.5.1905, Weitere Berichte sind zu finden in: Vorwärts, 12.5.1905, 4.6.1905, 20.4.1905, 17.7.1906

[145] Vorwärts, 13.10.1913

[146] Vorwärts, 15.5.1912

[147] Vorwärts, 1.2.1912

Gegen judenfeindliche Angriffe auf das Schächten und gegen die Ritualmordlüge

Gegen das von Judenfeinden als sinnlose und besonders grausame Tierquälerei dargestellte Schächten wandte sich der „Vorwärts“ vom 8.4.1910 in einem Artikel mit dem Titel „Rituelles Schächten Tierquälerei?“ aus Anlass einer Gerichtsverhandlung und schilderte sachlich jüdisch-orthodoxe Vorschriften und ihre praktischen Ausführungen. Es heißt im „Vorwärts“ dazu, dass schon allein deshalb Grausamkeit ausgeschlossen sei, weil es die jüdische Religion selbst verbiete, „ein Tier nur anzuschneiden und dann sich zu Tode quälen zu lassen“.[148]

Als in Konitz (Westpreußen) im März 1900 die Ritualmordlüge massiv verbreitet wurde und pogromartige judenfeindliche Aktionen auslöste, brachte der „Vorwärts“ das erste Mal am 20.3.1900 eine Meldung mit einer deutlichen Zurückweisung der Ritualmordlüge[149] und setzte dann die Berichterstattung über diese Ereignisse bis in den Mai fort.

Am 1.4.1900 entlarvte der „Vorwärts“ judenfeindliche Hetze in der „Staatsbürger-Zeitung“, in der von „jüdischen Blutmorden“ in Konitz und anderswo und der „Macht des Judentums“ die Rede war, die vom „deutschen Volk“ gebrochen werden müsse.

Weiter wurden in diesem Blatt in einem judenfeindlichen Gedicht „die Juden“ als Mörder beschimpft. Der „Vorwärts“ brandmarkte dieses „Gedicht“ als „bestialisch“ und machte klar, wer solche Gedichte verfasst, der schreckt auch vor Mord nicht zurück:

> „Diese Verse sind so bestialisch, dass ihr Verfasser der – Mörder selbst sein könnte. Man sollte auf den ‚Dichter‘ fahnden; man findet da vielleicht eine Spur!“[150]

Unter der Überschrift „Mittelalter um 1900“ berichtete der „Vorwärts“ am 12.5.1900 über die Angriffe der Judenfeinde gegen die jüdische Bevölkerung von Konitz. Wiedergegeben wird der Bericht eines jüdischen Menschen aus Hammerstein über judenfeindliche Angriffe Anfang Mai 1900, in dem es heißt

---

[148] Vorwärts, 8.4.1910
[149] Vorwärts, 20.3.1900
[150] Vorwärts, 1.4.1900

„… dass die Häuser der jüdischen Einwohner am Ort wie verwüstet aussehen; auch nicht eine einzige Familie sei von den Verheerungen verschont geblieben, welche die Masse, aufgeregt in Folge der Konitzer Affäre und der damit betriebenen Agitation, angerichtet hätte.

… mit *Messern und Äxten*, so heißt es weiter, drang eine Bande bei vorher geschlagenen Massen ein und zertrümmerte alles, was an Möbeln in der Wohnung vorhanden war. In der ***Synagoge*** seien nicht allein sämtliche Fenster, sondern auch Kronleuchter und Bänke zertrümmert." (H. i. O.)[151]

Hier wird klar, dass es bei den judenfeindlichen Angriffen im Zusammenhang mit der Ritualmordlüge in Konitz auch pogromartige Überfälle gab, die von Judenfeinden geschürt und ausgelöst wurden.

Die Ritualmordlüge wird als antijüdischer „Aberglaube" gekennzeichnet und an deren verbrecherische Tradition bei der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung bis in der Gegenwart erinnert:

„Wie ekliges Gewürm kriechen die Ausgeburten des unsinnigsten Aberglaubens, der dunkelsten Instinkte der Menschheit aus ihren Löchern hervor. Das Blutmärchen geht wieder um …

Zuerst tauchte die Ritualmordlegende bei der Judenaustreibung aus Frankreich im XII. Jahrhundert auf, um namentlich im XIV. und XV. Jahrhundert als Vorspiel zu den großen Judenverfolgungen in Deutschland zu dienen. Die Juden wurden eingekerkert, gefoltert und in großer Anzahl hingerichtet …

Noch bis in die jüngste Zeit spukt der Irrwahn des Blutaberglaubens in den Köpfen dunkler Fanatiker, und noch 1900 sah Deutschland sich, anlässlich der Konitzer Mordaffäre, der Schmach einer künstlich genährten Ritualmordhetze, die glücklicherweise keinen Erfolg hatte, ausgesetzt …"[152]

Dass die Ritualmordlüge in Konitz „keinen Erfolg hatte", ist sicherlich falsch, auch wenn diese judenfeindliche Kampagne in den großen Städten keine Massenbewegung entfachen konnte. Denn es gab ja über Monate eine judenfeindliche Stimmung in Konitz und der näheren und weiteren Umgebung, die sich auch gegen jüdische Menschen, ihre Wohnhäuser, Geschäfte und die Synagoge richtete, die niedergebrannt wurde, wie der „Vorwärts" im Mai 1900 selbst aufgezeigt hatte.

---

[151] Vorwärts, 12.5.1900

[152] Vorwärts, Nr. 298, 13.10.1913

Grundlegende Fehler und Schwächen

Abdruck des judenfeindlichen Romans „Der Jude“ von Carl Spindler

1894 druckte der „Vorwärts“ den judenfeindlichen Roman „Der Jude“ von Carl Spindler[153] ab, den dieser 1827 veröffentlich hatte. Am 28.3.1894 wurde mit dem Abdruck als Fortsetzungsserie begonnen, der letzte Teil erschien am 30.9.1894. Alle Teile des abgedruckten Romans erschienen jeweils auf der Titelseite des „Vorwärts“.

Die Redaktion des „Vorwärts“ charakterisiert den Roman am 31.3.1894, ebenfalls auf der Titelseite des „Vorwärts“, folgendermaßen:

> „In diesem Roman, einem der besten Werke unserer deutschen Romanliteratur, werden in spannender Form die Zustände Deutschlands zu Anfang des 15. Jahrhunderts behandelt – der schmähliche Verrat an Hus, die Judenverfolgungen, die Raubritterwirtschaft …“[154]

Auch wenn wirklich in einigen Passagen des Romans auf Verfolgungen der jüdischen Bevölkerung eingegangen wird, ändert das nichts an den grundsätzlich judenfeindlichen Passagen dieses Romans. Hier soll keine genaue Analyse vorgenommen werden. Einige Beispiele genügen, um zu zeigen, dass ein Abdruck dieses Romans ganz falsch war.

In dem Roman werden typische judenfeindliche Stereotype über jüdische Menschen verbreitet. Ein jüdischer Mensch namens Zodick wird als „Riesenmann an Blutgier und Rachsucht“ bezeichnet, der von Diebstahl bis Mord fast alle Verbrechen begeht. Er wird als getaufter Jude dargestellt, der „schlimmer als ein Verbrecher“ sei.[155] Mit der Beschreibung des jüdischen Menschen Ben David werden rassistische judenfeindliche Vorurteile transportiert. Er wird mit Hakennase, schwarzen Locken, stechenden Augen und wulstigen Lippen in ty-

---

[153] Carl Spindler (1796–1855) war ein deutscher Schriftsteller, der unzählige Romane und auch Theaterstücke verfasst hat. Zwischen 1830 und 1860 waren seine Romane weit verbreitet. Der ursprünglich 1827 erschienene mehrbändige Roman „Der Jude“ wurde 1934 in zwei Bänden währen der Nazi-Zeit erneut aufgelegt. Sogar 2013, 2017 und 2020 wurde der Roman in unterschiedlichen Verlagen nachgedruckt.

[154] Vorwärts, 31.3.1894

[155] Vorwärts, 11.8.1894, 30.8.1894

pisch judenfeindlicher Manier geschildert. Über „die Juden“ insgesamt werden judenfeindliche Lügen und Klischees verbreitet, wie „Neugierde“ sei „den Juden angeboren“, es ist die Rede vom „jüdischen Eigennutz“ und von der „Hinterlist“ der jüdischen Bevölkerung.[156]

Und als eine Stimme, die quasi die judenfeindlichen Vorstellungen auf den Punkt bringt, wird die Äußerung eines christlichen Mönchs angeführt, der in kolonialrassistischer Manier behauptet, Juden „seien weit verabscheuungswürdiger als die schwarzen Heiden in Afrika“.[157]

Diesen zutiefst judenfeindlichen Roman druckte die Redaktion des „Vorwärts“ 1894 ein halbes Jahr lang in nahezu jeder Ausgabe ab. Unglaublich, aber wahr.

Extrem judenfeindlicher Artikel „Auszug der Kinder Israels“

Im „Vorwärts“ vom 1.1.1897 findet sich in der Beilage eine Glosse mit der Überschrift „Auszug der Kinder Israels. Exodus 12, Vers 35–38“. In diesem kurzen Artikel, der wohl als Parodie auf die Bibel daherkommen möchte, sind eine Fülle von judenfeindlichen Anspielungen und Formulierungen zu finden.

Zunächst wird behauptet, dass die Juden, die aus Ägypten auszogen, von den Ägyptern „silberne und goldene Geräte“ „entwandten“, also gestohlen hätten. Juden als „Diebe“ – dieses antijüdische Stereotyp wird hier bedient. Dann wird behauptet, dass Moses dem Volk der Israeliten die Versicherung gegeben habe, dass die „Börse der Produkte“ ihnen auch künftig enorme Gewinne („siebzigfache Frucht“) verschaffe. Bei dieser enormen Profitspanne muss das Wort „Wucher“ nicht unbedingt fallen, um beim Leser eine Assoziation zwischen Juden, Börse und Wucher zu erzeugen. Zudem wird im judenfeindlichen Jargon davon gesprochen, dass dieser Profit dem „auserwählten Volke“ „zu eigen kommen“ werde.

Am Schluss kommt der „Vorwärts“ auf einen „Fremdling bei Israel“ zu sprechen und das Schicksal, das ihm drohe. Wörtlich heißt es:

---

[156] Vorwärts 12.7.1894, 11.8.1894, 30.8.1894, 28.9.1894

[157] Vorwärts, 28.7.1894

> „So aber ein Fremdling bei Israel wohne aus dem Lande der Agrar-Ägypter, dem solle es beschneiden alles was männlich ist oder ihn ausschlachten […] und sein Blut zum Opfer bringen […], so da bereitet unter den Linden vielerlei der köstlichsten Gerichte zum Preise aller auserwählten Priester des Gottes Mammon.“[158]

Dieser „Fremdling“ wird nicht nur „beschnitten“, sondern er wird auch noch „ausgeschlachtet“. Die Analogie zur Ritualmordlüge, wonach angeblich Juden für das Pessachfest Christenkinder schächten, um ihr Blut in Matzen zu verbacken, ist offenkundig. Wer immer mit den „auserwählten Priestern“ genau gemeint ist, es sind in jedem Fall Juden, die ihrem vermeintlichen Gott „Mammon“ huldigen.

Dieser Artikel, der im Zentralorgan der SPD erschienen ist, leistet der Ritualmordlüge Vorschub, stellt Juden und Jüdinnen als räuberisch und geldgierig dar, die angeblich nur dem „Mammon“ frönen. Das ist judenfeindliche Hetze und könnte auch in einem Antisemitenblatt gestanden haben.

Das „von dem westeuropäischen Bankjudentum ausgehaltene Zarenregime“

Der „Vorwärts“ berichtete im Mai 1905 in dem Artikel „Russische Judenhetzen“ über das Pogrom in Schitomir und entlarvt darin ausgezeichnet die Lügen des Zarismus über dieses Pogrom.

Doch es findet sich darin auch die folgende Charakterisierung der finanziellen Abhängigkeit des Zarismus als das

> „von dem westeuropäischen Bankjudentum ausgehaltene Zarenregime“.[159]

Hier werden in extremer Weise antijüdische Vorurteile bedient. Das Wort vom „Bankjudentum“ ist Teil des Vokabulars der Judenfeinde, ebenso wie die Lüge, dass dieses den Zarismus sozusagen „am Leben hält“. Diese knüpft daran an, dass Bankiers wie Rothschild auch Geschäfte mit dem zaristischen Russland machten. Der Zarismus war jedoch vor allem von den europäischen imperialistischen Großmächten abhängig.

---

[158] Vorwärts, 1.1.1897

[159] Vorwärts, 11.5.1905. Weitere Berichte sind zu finden in: Vorwärts, 12.5.1905, 4.6.1905, 20.4.1906, 17.7.1906.

Fehlende Zurückweisung eines judenfeindlichen Leserbriefs

In der sozialdemokratischen Zeitung „Volksblatt für Anhalt“ wurde ein judenfeindlicher Leserbrief kommentarlos abgedruckt. Das bürgerliche „Berliner Tageblatt“ beschuldigte daraufhin die Sozialdemokratie der Judenfeindschaft. In dem Leserbrief ist unter anderem davon die Rede, dass es gut gewesen wäre, wenn „die Semiten jenseits des Jordan“ geblieben wären.

Daraufhin reagierte der „Vorwärts“. Er druckte am 23.11.1906 Teile des judenfeindlichen Leserbriefs sowie die Stellungnahme der Redaktion des „Volksblatts für Anhalt“ ab. Der „Vorwärts“ kritisierte den kommentarlosen Abdruck des Leserbriefs als „zum mindesten eine grobe Unterlassungssünde“, jedoch nicht die Stellungnahme der Redaktion.

In der Stellungnahme der Redaktion des „Volksblatts für Anhalt“ wird die Judenfeindschaft des Leserbriefs zwar allgemein verurteilt, dann heißt es aber, dass ein Grund für den Abdruck des judenfeindlichen Leserbriefs war, zu zeigen,

> „wie das Auftreten eines Cohn auf die antisemitischen Instinkte aufreizend wirkte.“[160]

Hier wird behauptet, dass Handlungen eines jüdischen Menschen (es ist unklar wer „Cohn“ war) sozusagen die „antisemitischen Instinkte“ verstärken würden. Wahr ist aber: Für die Verstärkung der Judenfeindschaft bei den Anhängern der Judenfeinde ist keineswegs das Verhalten von Juden verantwortlich, sondern die Schuld dafür liegt bei der Verschärfung der judenfeindlichen Hetze durch die Judenfeinde.

Ein missglückter Versuch, gegen Judenfeindschaft bei den „Freisinnigen“ anzukämpfen

Bei der Wahlen 1907 hatte die Freisinnige Partei nach der Auflösung des Reichstags mit einer Antisemitenpartei eine Koalition gebildet. Dies prangerte das jüdische Organ „Generalanzeiger für die Interessen des gesamten Judentums“ an. Der „Vorwärts“ kommentierte dies am 12.2.1907 wie folgt:

> „Wir begreifen den Schmerz des jüdischen Organs. Die Börse hat den Freisinnigen ihre Geldbeutel zur Verfügung gestellt und zum Dank dafür

[160] Vorwärts, 23.11.1906

wählen die Freisinnigen Antisemiten. Das ist eine bittere Enttäuschung.“[161]

Der Versuch, die Enttäuschung der jüdischen Zeitung zu erklären, stellt judenfeindliche Vorstellungen in den Raum. Wenn auch nicht direkt ausgesprochen, so wird doch durch die Formulierung nahegelegt, dass „die Börse“ in „jüdischer Hand“ sei und die Freisinnigen finanziert habe. Hier wird das judenfeindliche Klischee von der „jüdischen Börse“ nicht bekämpft, sondern eher noch gefördert.

Positiver Bericht über den judenfeindlichen „Bund deutscher Landwirte“

Im „Vorwärts“ vom 12.2.1907 ist der Artikel „Die Tagung der Landbündler“ zu finden. Es wird darin ziemlich ausführlich über eine Tagung des Bundes deutscher Landwirte (BdL) berichtet. Darin ist kein Wort von der dort vorherrschenden Judenfeindschaft zu finden. Stattdessen ist völlig unkritisch in Bezug auf den BdL die Rede von „einer sehr intensiven und planmäßigen vierzehnjährigen Arbeit, von der auch wir Sozialdemokraten sehr vieles lernen können“. [162]

Falsche Einschätzung: „Der Antisemitismus ist tot und abgetan“

Unter der Rubrik „Politische Übersicht“ wurde im „Vorwärts“ vom 30.3.1914 auf der Seite 2 folgende Einschätzung vertreten:

„Der Antisemitismus ist tot und abgetan. Die wild aufschäumenden Wogen, die die Bewegung gegen das Judentum einst warf, haben sich längst geglättet. Die Flut hat sich verlaufen. Wer heute noch glaubt, mit dem Antisemitismus Geschäfte zu machen, der täuscht sich.“[163]

Sicherlich gab es im März 1914 keine starken explizit judenfeindlichen Parteien wie Ende des 19. Jahrhunderts, die sich selbst „Antisemiten“ nannten. Jedoch gab es nach wie vor eine „Bewegung gegen das Judentum“. Es war so, dass Judenfeindschaft von den konservativen Parteien, von diversen Berufsverbänden sowie militaristischen Organisationen verbreitet wurde, in den eigenen Reihen und in der Öffentlichkeit. Parteien und Organisationen des deutschen Imperialismus hatten Judenfeindschaft zu einem ihrer Kampfmittel gemacht,

[161] Vorwärts, 12.2.1907
[162] Vorwärts, 12.2.1907
[163] Vorwärts, 30.3.1914

auch wenn sie dieses Kampfmittel zu dieser Zeit noch nicht massiv einsetzten. Davon ist in dem Artikel des „Vorwärts“ nichts zu lesen. Der Antisemitismus im Sinne von Judenfeindschaft war also keinesfalls „tot“, sondern seine Formen hatten sich gewandelt; er war inzwischen in der „Mitte der Gesellschaft“ verankert, was seine Gefährlichkeit sogar noch erhöhte. Deshalb ist die Einschätzung falsch, dass es angeblich nicht mehr möglich gewesen wäre, mit dem „Antisemitismus Geschäfte zu machen“.

Der „Vorwärts“ beschreibt dann als „Beleg“ für seine These vom angeblich toten Antisemitismus den Fall einer reaktionären Figur namens Rudolf Lebius, der sich aufgrund seines Scheiterns als Judenfeind angeblich zum „Philosemiten“ gewandelt habe. Lebius habe sich dann „mit einem Stab jüdischer Mitarbeiter umgeben“. Im Verlauf des Artikels versteigt sich der „Vorwärts“ zu folgender, frei erfundener Aussage:

> „Das Alte stürzt: Wo einst Ahlwardt und Dr. Stoecker ihr *„Juden raus!“* ertönen ließen, halten jetzt Cohn und Dr. Nathanson ihren Einzug.“[164] (H. i. O.)

Der „Vorwärts“ behauptet in diesem Artikel, dass 1914 in Deutschland eine Situation bestanden hätte, wonach „der Antisemitismus tot und abgetan“ und stattdessen ein sogenannter „Philosemitismus“ angesagt gewesen sei und jüdische Menschen, anstatt verfolgt und diskriminiert zu werden, „Mitarbeiter“ auch bei ehemaligen Judenfeinden werden würden. Eine solche Darstellung der Realität war und ist absurd. Judenfeindschaft war auch 1914 in der Realität vorhanden, zwar nicht mehr in der Form von pogromartigen Aktionen, aber es gab staatliche Judenfeindschaft und es gab judenfeindliche Propaganda und judenfeindliche Aktionen, deren massive Steigerung noch bevorstand.

Der hier zitierte Artikel des „Vorwärts“ ist im Kontext eines nötigen Kampfs gegen die Judenfeindschaft einer der übelsten vor dem Ersten Weltkrieg.

---

[164] Vorwärts, 30.3.1914

b) Zum Kampf gegen Judenfeindschaft im Reichstag

Ein Teil des Kampfs der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft fand auch innerhalb des Reichstags und bei den Kampagnen zu den Reichstagswahlen statt. Es galt, den Judenfeinden und judenfeindlicher Propaganda auch im Reichstag und bei den Wahlkämpfen entschieden entgegenzutreten.[165]

Zu den „Handbüchern für sozialdemokratische Wähler"

Um einen Überblick über die Arbeit der Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag zu erhalten, um den Wählern und Wählerinnen zu ermöglichen, diese Arbeit zu überprüfen, hat die Sozialdemokratie Sammelbände mit Tätigkeitsberichten veröffentlicht. Die hier uns interessierende Zeitspanne umfasst das jeweilige „Handbuch für sozialdemokratische Wähler" der Wahlperioden 1893–1898, 1898–1903 sowie 1907–1911. Diese Handbücher wurden vom Parteivorstand der SPD herausgegeben. Zuerst war immer das Erfurter Programm abgedruckt und danach eine Einleitung, die die wichtigsten Aspekte der Tätigkeit im Reichstag zusammenfasste.

Zentrale Themen waren vor allem der Kampf gegen den Kolonialismus, gegen Militarismus, für allgemeines und gleiches Wahlrecht sowie für Rechte des Proletariats, aber auch gegen Diskriminierung der polnischen Minderheit. Dem Kampf gegen Judenfeindschaft wurde kein eigenständiges Kapitel gewidmet, jedoch wurden die antisemitischen Parteien charakterisiert und in diesem Zusammenhang wurde auch zur Judenfeindschaft Stellung bezogen.

Die „Handbücher" wurden von jüdischen Aktivisten registriert und auch kritisiert. Diese Kritiken haben wir in den „Vertiefungen und An-

[165] Unberücksichtigt in der vorliegenden Studie ist der Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in den Landtagen. Auch hier gab es wohl Richtiges und Falsches. Ein positives Beispiel ist die Zurückweisung des judenfeindlichen Klischees vom „jüdischen Ausbeuter" seitens des SPD-Abgeordneten Sebitz, der auf eine judenfeindliche Rede im Bayerischen Landtag reagierte und erklärte: „Ich muss diese Ausführungen bedauern und gegen die Beschimpfungen der Juden, wie sie hier gefallen sind, im Namen unserer Partei mit aller Entschiedenheit protestieren." (AZJ, Nr. 5/1910, S. 51, 1. Februar 1910)

merkungen“ im Teil „Kritik jüdischer Aktivisten an der Sozialdemokratie“ analysiert. Sie überschneidet sich an einigen Punkten mit den nachfolgend vorgestellten Kritiken.

Richtiges und Falsches: Der Antisemitismus ist seinem Wesen nach reaktionär und die angebliche „Inkonsequenz“ der Judenfeinde

Im Handbuch von 1898 wird in dem Abschnitt „Antisemiten“ auf drei Seiten Stellung bezogen zu den antisemitischen Parteien im Reichstag.[166] Dort heißt es zunächst völlig richtig:

> „Seinem Wesen nach ist der Antisemitismus reaktionär …“[167]

Aber ein paar Sätze weiter:

> „Die Antisemiten sind die inkonsequentesten Politiker, die es gibt.“ (S. 26)

Die Begründung: weil „sie sich während der Dauer des Reichstags für gute Bezahlung in den Dienst jüdischer Journalisten stellten“. Denn: „Geld stinkt nicht, auch wenn es von Juden kommt.“ (S. 26) Dass der Kampf gegen die Judenfeinde mit dieser Methode nicht wirklich tiefgehend geführt werden kann, liegt auf der Hand. Anstatt judenfeindliche Parolen wie „Kauft nicht bei Juden!“ offensiv zu bekämpfen, wird versucht, den Judenfeinden „Inkonsequenz“ zu unterstellen. Die Methode, judenfeindliche Personen als Personen mit schlechten Charakterzügen anzugreifen, kann im Einzelfall, sozusagen als Fußnote, mal einen Sinn haben, ist aber in der Regel eher nicht zielführend, weil es nun wirklich in erster Linie nicht um einzelne Personen geht und erst recht nicht darum, aus inkonsequenten Judenfeinden konsequente Judenfeinde zu machen.

Angebliche „Vorherrschaft der Juden“ als „Geldmacht“

Als nächstes wird dann „die Präponderanz der Juden als Geld- und Handelsmacht“ behauptet. Hier wird das judenfeindliche Vorurteil

---

[166] Im „Handbuch 1898“ (S. 17 ff.) und im „Handbuch 1903“ (S. 399 ff.) ist jeweils im Abschnitt „Die Parteien des Reichstags“ – außer bei den „Antisemiten“ – Judenfeindschaft weder im Hinblick auf die Konservativen noch auf den Bund der Landwirte oder auf das Zentrum und die Nationalliberalen ein Thema. Dies gilt auch für das „Handbuch 1911“.

[167] Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1893–98. Herausgegeben vom Sozialdemokratischen Parteivorstand, Berlin 1898, S. 25 f. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

von der „Vorherrschaft der Juden“ bedient (Präponderanz bedeutet Vorherrschaft), und zwar als „Geldmacht“ und „Handelsmacht“. Jedoch macht der Parteivorstand eine Einschränkung. Diese „Vorherrschaft“ wurzele angeblich „nicht in ihrer Rasseneigenschaft, obgleich sie unleugbar meist ein großes Talent für diese Art von Geschäften haben“. Sondern es liege an „der sozialen Organisation unserer Gesellschaft“ und der „vielhundertjährigen Unterdrückung der Juden“, was dazu führte, dass „diese Eigenschaften noch künstlich bei ihnen entwickelt wurden“. (S. 26)

Dieses „obgleich“ steht für die faule Taktik des Zurückweichens, teilweise den Judenfeinden recht zu geben, noch dazu an einem Punkt, der seitens der Judenfeinde frei erfunden ist, wie die Behauptung von der angeblichen „Vorherrschaft der Juden“ als „Geldmacht“ und „Handelsmacht“. Hier wird weiterhin das falsche Dohm’sche „Argument“ benutzt, dass „die Juden“ ja nicht selbst schuld seien an ihren angeblichen „negativen Eigenschaften“, sondern der Kapitalismus und die Verfolgung durch die christliche Mehrheitsgesellschaft.

Rassistische Vorurteile

Ein Satz später werden dann Vorurteile gegen andere Bevölkerungsgruppen geschürt, gegen „die christlichen Griechen“ und „die christlichen Armenier“, die angeblich „Griechen und Juden“ übertreffen! Dann werden in rassistischer Manier „die Chinesen“ beschrieben:

> „Aber alle Drei werden in den Schatten gestellt durch die Schlauheit und Geschäftsgewandtheit unserer neugewonnenen gelben schlitzäugigen ‚Brüder‘ – die Chinesen.“ (S. 26)

Das ist offener Rassismus! Der Grundfehler des ganzen Absatzes ist nicht, dass auf die Ausbeutung durch Christen verwiesen wird. Der Grundfehler ist hier, dass von den christlichen deutschen Ausbeutern abgelenkt und auf griechische und armenische Christen in einer pauschalierenden und nationalistischen Weise hingewiesen wird. Die Passage über „Chinesen“ ist so unsäglich, dass sich ein Kommentar im Grunde erübrigt.

Weder geistreich noch witzig

Es heißt dann weiter: „Die gefährlichsten Antisemiten sind also die Sozialdemokraten.“ (S. 27) Das soll wohl geistreich-witzig sein.

Der Gedanke, der durch diese völlig falsche und absurde Formulierung klargemacht werden soll, ist, dass die Sozialdemokratie eben gegen den Kapitalismus insgesamt kämpft. Den Antisemiten wird jetzt, im Gegensatz zu ein paar Absätzen zuvor, wo der Antisemitismus noch zu Recht „seinem Wesen nach als reaktionär" eingeschätzt worden ist, doch was „Positives" abgewonnen, so dass die Sozialdemokraten sich selbst als „Antisemiten" bezeichnen können. Hier wird also nicht nur die Judenfeindschaft als hilfreich für die Sozialdemokratie hingestellt, wie in vielen Artikeln und Stellungnahmen der Sozialdemokratie, sondern im Wettkampf mit den Judenfeinden werden die Sozialdemokraten sozusagen „im Scherz" und ironisch zu den für den Kapitalismus „gefährlichsten Antisemiten" erklärt. Nur das ist überhaupt nicht witzig.

Die Einerseits-andererseits-Methode: Gegen Rothschild und Bleichröder und das Herausstellen der fortschrittlichen Rolle von Teilen der jüdischen Bevölkerung

Nachdem der Parteivorstand zuvor schon auf angebliche „schlechte Eigenschaften" der jüdischen Bevölkerung insgesamt eingegangen ist, geht es jetzt um die damals bekanntesten jüdischen Reaktionäre. Es heißt: „Stellt Herrn von Rothschild oder Herrn von Bleichröder vor die Wahl, einen Liebermann von Sonnenberg oder einen sozialdemokratischen Führer zu wählen und er wählt den Ersteren." (S. 27) Das ist einer jener Sätze, die nichts zur Aufklärung beitragen. Im Gegenteil. Er unterstellt ohne jeden Beleg eine Unterstützung von Rothschild für judenfeindliche Hetze. Hier werden ausgerechnet Rothschild und Bleichröder, also zwei jüdische Kapitalisten bzw. Reaktionäre, erwähnt, um eine Banalität herauszustellen: ein Reaktionär, ein Kapitalist wählt nicht die Sozialdemokratie. Aber das hat eben nichts damit zu tun, ob er jüdisch oder christlich ist.

Weiter werden dann nach dem Motto „alles hat sein zwei Seiten" als Schlusspunkt die fortschrittlichen Teile der jüdischen Bevölkerung in der Geschichte und aktuell herausgestellt, als „die andere Seite":

> „Auf der anderen Seite gebietet die Gerechtigkeit hervorzuheben, dass die Juden alle Zeit prozentual eine große Zahl Männer gestellt haben und noch stellen, die als Leuchten der Wissenschaft, als Kämpfer für die

> Wohlfahrt und die Befreiung des Menschengeschlechts aus Unwissenheit, Ausbeutung und Unterdrückung das Hervorragendste leisteten und leisten.“ (S. 27) [168]

Im Gegensatz zu den judenfeindlichen Positionen gegen „die Juden“ ein paar Absätze zuvor, betont der Parteivorstand jetzt, dass alle jüdische Menschen „geldgierig“ o.ä. seien. Mit dieser Einerseits-andererseits- oder „Ja, aber …“-Methode verbleibt der Parteivorstand jedoch im Fahrwasser judenfeindlicher Vorurteile, denn seine Position von „den Juden“ als „Geldmacht“ wird ja damit nicht korrigiert.

***

Im „Handbuch“ von 1911, das über den Zeitabschnitt von 1907 bis 1911 berichtet, gibt es lediglich noch eine Randbemerkung zu den Antisemiten im Reichstag. Sie „sind heute in allen politischen Fragen nur Anhängsel der konservativen Partei, ohne jedes selbständige Leben“.[169] Diese Einschätzung war sicherlich weitgehend zutreffend.

[168] Im Handbuch von 1903, das den Zeitabschnitt von 1898 bis 1903 behandelt, wird derselbe Text, der hier analysiert wird, auf Seite 350 bis 352 wiederholt (Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1898–1903. Herausgegeben vom Sozialdemokratischen Parteivorstand, Berlin 1903). Allerdings wurde der Satz gegen „die Chinesen“ gestrichen.

[169] Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1907–1911. Herausgegeben vom Sozialdemokratischen Parteivorstand, Berlin 1911, S. 715

Ein chronologischer Durchgang durch die Wortprotokolle der Reichstagsdebatten: Abgeordnete der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft

Einen besseren Eindruck als die „Handbücher für sozialdemokratische Wähler" geben die Wortprotokolle der Reichstagsdebatten, in denen sowohl die judenfeindlichen Abgeordneten als auch die bürgerlichen Gegner der judenfeindlichen Parteien und die Redner der Sozialdemokratie zu Wort kommen. Hier sind gute Stellungnahmen der Sozialdemokratie gegen die Judenfeinde zu finden, es werden aber auch die bereits bekannten Schwächen und Probleme deutlich.[170]

Ein Teil dieser Debatten wurde auch seitens der Sozialdemokratie sehr persönlich geführt. Da ging es dann darum, ob der Abgeordnete X oder Y in der Sitzung A oder B dies oder jenes gesagt habe oder auch, in welche üblen Machenschaften dieser oder jene Abgeordnete verwi-

[170] Die Auswahl der hier besprochenen Auszüge aus Reden im Reichstag haben wir folgendermaßen getroffen: Erstens wurden die Schriften von August Bebel im Hinblick auf die dort abgedruckten Reden im Reichstag ausgewertet, zweitens haben wir die Reichstagsprotokolle von 1894 bis 1914 nach Stichworten durchsucht. Bei dem Stichwort „Jude" wurden über 200 Stellen gefunden, wo antisemitische Redner (aus antisemitischen Parteien, aber auch aus Reihen der Konservativen und Liberalen Partei) judenfeindliche Vorurteile und Lügen verbreiteten. Daraus wird klar, wie weit verbreitet judenfeindliche Propaganda im Reichstag in dieser Zeitspanne war. Es geht hier um christliche Judenfeindschaft, um Judenfeindschaft gepaart mit deutschem Nationalismus, um rassistische Judenfeindschaft, um Judenfeindschaft mit der Lüge von der angeblichen „Geldmacht der Juden" und um Angriffe gegen die Sozialdemokratie als „Juden" oder „Judenknechte".

Um diesen Kampf der Sozialdemokratie einschätzen zu können, stützen wir uns auch auf die „Allgemeine Zeitung des Judentums" (AZJ), auf die Zeitung des C.V. „Im deutschen Reich" (IdR), auf die „Jüdische Rundschau" (JR) sowie auf die „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" (MAV).

In der AZJ heißt es auch, dass die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht gegen alle judenfeindlichen Äußerungen protestiert hätten. In einer Sitzung des Reichstags im Januar 1910 sagte zum Beispiel ein judenfeindlicher Redner: „Ich bitte, dass der Staatssekretär an der alten Praxis festhält, dass Juden nicht Reichsgerichtsräte werden dürfen." Das wurde laut AZJ von der Sozialdemokratie nicht kritisiert (AZJ, Nr. 4/1910, S. 38). In den Protokollen des Reichstags ist tatsächlich keine Kritik zu finden, ja nicht einmal ein Zwischenruf, es wurde lediglich notiert: „Lachen von links" (Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, 21. Sitzung, 20.1.1910, Berlin 1910, S. 726).

ckelt sei. Das alles wurde von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nicht ausgespart, so dass oft auch ein etwas unübersichtliches Klein-Klein entstanden ist.

Die verschiedenen Stellungnahmen von sozialdemokratischen Abgeordneten werden in chronologischer Reihenfolge behandelt.

Wilhelm Liebknechts grundsätzliche Stellungnahme vom Dezember 1894

Wilhelm Liebknecht nahm in der Sitzung vom 12.12.1894 grundsätzlich Stellung gegen den Kapitalismus und machte klar, dass an allem Elend in Deutschland keinesfalls „die Juden" Schuld haben, sondern dass der Kapitalismus die Ursache dafür ist:

> „Was in Deutschland tatsächlich herrscht, was in allen modernen Kulturländern herrscht, das ist der Kapitalismus, das ist das System des Großkapitals und des Großbetriebes, welches in England schon seit länger als einem Jahrhundert herrscht, und welches in Deutschland seit der Mitte dieses Jahrhunderts zur Herrschaft gelangt ist. Dieses System ist es, das alle die Zustände und Erscheinungen, die Sie auf politischem und sozialem Gebiet erschrecken, herbeigeführt hat. […] Der Kapitalismus hat den Notstand erzeugt; der Kapitalismus ist es, der die Not in der Landwirtschaft, soweit sie wirklich vorhanden ist, hervorgerufen hat, der Kapitalismus ist es, der die Not in der Industrie hervorgerufen hat, der Kapitalismus ist es aber auch, der die Arbeitslosigkeit erzeugt hat; ***der Kapitalismus ist es, der die kleinen Existenzen vernichtet; diesen redet man zwar vor: es sind die Juden, die euch zu Grund richten – nein, es ist der Kapitalismus,*** und wie ich früher schon hier darlegte, in dem kapitalistisch entwickeltsten Lande, in England ist der Kleinbauernstand, sowie der Kleinbürgerstand, der Handwerkerstand schon längst nicht bloß zu Grunde gerichtet, sondern vernichtet – und das ohne Zutun von Juden. Es liegt das in der Natur des Kapitalismus; und ohne den Kapitalismus ins Herz zu treffen, können Sie diese Zustände nicht ändern. (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1895, 4. Sitzung, 12.12.1894, S. 73, H. d. V.)

Ewald Vogtherr: Debatte über das Verbot jüdischer Einwanderung (1895)

Im Februar 1895 brachten Judenfeinde einen Antrag in den Reichstag ein, der das Verbot jüdischer Einwanderung enthielt. Im Reichstag gab es daraufhin am 27.2.1895 eine große Debatte. Daran beteiligte sich

jedoch unseres Wissens weder Liebknecht noch Bebel, sondern der sozialdemokratische Abgeordnete Vogtherr.[171]

Vogtherr beginnt seine Rede damit, dass er die These vom „unlauteren Wettbewerb“, den zu 90 Prozent jüdische Menschen betreiben würden, als eine Erfindung der Judenfeinde entlarvt. Ebenso stellt er klar, dass Zahlen über das angebliche jüdische „Verbrechertum“, die die Judenfeinde verbreiten, nichts als Lügen sind. (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1895, S. 1151) Allerdings macht Vogtherr dann ein Zugeständnis, wenn er einräumt, dass jüdische Menschen mehr als nichtjüdische Menschen „unlauteren Wettbewerb“ betreiben würden. (Ebenda, S. 1148)

Dahinter steht, dass Vogtherr ganz allgemein „zugibt“, dass es auch unter den Juden „Missstände und Ärgernisse“ gibt. Dass das so ist, komme von der „Unterdrückung“ der Juden durch die Christen in der Vergangenheit, so Vogtherr. Insbesondere ein spezifischer „Geschäftssinn“ sei bei den Juden dadurch „ausgebildet“ worden, was aber den Juden „unter allen Umständen zur Entschuldigung dienen“ müsse. Das ist die bekannte falsche Dohm’sche „Argumentation“, wonach die Juden zwar schlechte Eigenschaften hätten, diese aber durch die Unterdrückung durch die Christen ausgebildet worden seien. (Ebenda, S. 1149)

Vogtherr spricht sich für die „unbedingte Gleichberechtigung der Juden“ in Deutschland aus und macht klar, dass diese durch Anträge gegen jüdische Einwanderung beseitigt werden soll. (Ebenda)

Gegen die Judenfeinde, die den Antrag gegen jüdische Einwanderung gestellt hatten, verwendet Vogtherr das falsche Argument, dass diese

[171] Ewald Vogtherr (1859–1923) trat 1888 der SPD bei. Dem Deutschen Reichstag gehörte Vogtherr erstmals von 1893 bis 1898 als Abgeordneter des Wahlkreises Berlin an. Außerdem war er von 1890 bis 1899 Stadtverordneter in Berlin und von 1901 bis 1906 in Stettin. Im Jahr 1912 wurde er erneut Reichstagsmitglied als Abgeordneter des Wahlkreises Stettin. Wegen seiner politischen Ansichten wurde Vogtherr mehrfach zu Gefängnisstrafen verurteilt, zuletzt zu sechs Monaten wegen Majestätsbeleidigung. Von Anfang an war Vogtherr Kritiker der Kriegspolitik der SPD. Er nahm 1915 an der Zimmerwalder Konferenz teil.. Im Jahr 1916 schloss er sich im Reichstag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und 1917 der USPD an. Ab 1920 war er wieder Reichstagsabgeordneter und von November 1922 bis Februar 1923 Justizminister in Braunschweig.

angeblich „inkonsequent“ seien. Denn sie würden sich ja auch „der Juden“ bedienen, wenn es ihnen in den Kram passe. Als Beispiel führt er Posen an, wo Konservative so vorgegangen seien, um gegen das „Polentum“ anzukämpfen. (Ebenda)

Vogtherr stellt dann aber richtig fest, dass die Konservative Partei die „Judenfrage“ erneut aufrollt, um einen Sündenbock zu finden, um von „anderen Verhältnissen“ abzulenken, besonders von dem Elend der Ausgebeuteten in der Landwirtschaft. (Ebenda)

Zum Schluss macht Vogtherr deutlich, dass diese oder ähnliche Anträge gegen die jüdische Einwanderung „Erscheinungen des Antisemitismus“ sind.

August Bebel: Gegen Pogrome in Russland und für Solidarität mit den in den Westen geflüchteten Juden und Jüdinnen (1895)

In einer Rede im Reichstag vom 11.12.1895 prangert Bebel die Pogrome und Verfolgungen der jüdischen Bevölkerung in Russland an und erwähnt auch die brutalen Verfolgungen der jüdischen Bevölkerung im christlichen Europa, wozu auch das Gebiet des späteren Deutschen Reichs gehört:

> „Dass nun die Juden in besonderem Maße nach dem Westen gekommen sind, das hat seine sehr natürlichen Gründe. Meine Herren, Sie wissen, dass in Russland in den verschiedensten Distrikten, in denen hauptsächlich Juden wohnen, furchtbare Judenverfolgungen ausgebrochen sind, die in Bezug auf ihre Brutalität und Grausamkeit genau denen entsprechen, die wir vor vier bis sechs Jahrhunderten auch in Deutschland und im ganzen übrigen Europa durchzukosten gehabt haben … Es ist nun selbstverständlich, dass diese jüdischen Männer, Frauen, Familien, um ihr Leben und ihr Eigentum zu retten, in ihrer Verzweiflung die Flucht nach dem Westen ergriffen haben …“[172]

August Bebel: Gegen judenfeindliche Diskriminierung in der Armee (1898)

Neben der verweigerten Offizierslaufbahn war die Ausgrenzung jüdischer Militärärzte ein Thema. In der Armee des entstehenden deutschen Imperialismus waren jüdische Armeeangehörige dem deutschen Nationalismus und deutsch-nationalen Korpsgeist mit systematischen

[172] August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Band 8/1, München 1997, S. 33 f.). Bebels Rede wurde auch in der Jüdischen Rundschau (Nr. 18/1906, S. 257) abgedruckt.

Demütigungen und körperlichen Misshandlungen ausgesetzt. Zahlreiche sozialdemokratische Abgeordnete nahmen dagegen im Reichstag Stellung.[173]

Bebel meldete sich in mehreren Sitzungen zu Wort. Der Mangel an Assistenzärzten im Militär sei darauf zurückzuführen, dass jüdische Ärzte nicht als Assistenzärzte herangezogen werden.[174] In einer weiteren Sitzung erklärte er zur Besoldung:

> „Die Gehälter der Militärärzte sind sehr niedrig, zumal sie eine Privatpraxis sich kaum erwerben können, da der Ärztestand ohnehin stark überfüllt ist. Es gibt in den großen Städten fast ein Ärzteproletariat. Die Stellen der Militärärzte sind daher durchaus nicht begehrt, und es ist auch eine große Zahl derselben unbesetzt, besonders, weil bei der Besetzung ein gewisser Antisemitismus herrscht. Man will keine jüdischen Ärzte annehmen … Man gewinnt den Eindruck, als ob jüdische Ärzte systematisch der Armee ferngehalten werden. Ausdrückliche Bestimmungen werden weder beim Militär noch bei der Justiz noch bei der Verwaltung vorhanden sein, dass Juden nicht angenommen werden; ebenso wenig besteht eine Bestimmung, dass ein übergangener Offizier seinen Abschied nehmen soll. Tatsächlich richten sich aber die Offiziere nach dieser Regel.“[175]

Wilhelm Liebknecht: Gegen das Verbot des Schächtens (1899)

Wilhelm Liebknecht stellte sich in einer kurzen Rede im April 1899 gegen einen Antrag der Judenfeinde, das Schächten von Tieren nach den Ritualen der jüdischen Religion zu verbieten.[176]

Liebknecht entlarvt in seiner Rede, dass die Judenfeinde ihren Antrag angeblich gestellt haben, weil sie gegen „Tierquälerei“ seien, in Wirklichkeit aber für die „Menschenquälerei“ eintreten:

> „Diese Partei [der Antisemiten, A.d.V.] hat den Vorschlägen zugejubelt, welche für die Einführung der Prügelstrafe erfolgt sind. Von dieser Partei sind die Judenhetzen ausgegangen, welche wahrhaftig Menschenquälerei der schmachvollsten Art gewesen sind.“ (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1903, 71. Sitzung, 25.4.1899, S. 1925)

---

[173] AZJ, Nr. 8/1898, S. 87

[174] AZJ, Nr. 8/1898, S. 87

[175] August Bebel. Zitiert nach: AZJ, Nr. 9/1898, S. 98 f.

[176] Siehe auch: AZJ, Nr. 17/1899, S. 194

Liebknecht verteidigt dann das Schächten gegen das Geschrei, das die Antisemiten-Partei mit dem Vorwurf der „Tierquälerei“ erhoben, mit Gutachten von angesehenen Wissenschaftlern wie Rudolf Virchow, die belegen, dass Schächten eine Art des Schlachtens ist, das so ausgelegt ist, dass es die Tiere gerade nicht quälen soll. (Ebenda, S. 1926)

Liebknecht macht klar, dass die Judenfeinde diesen Antrag gestellt haben, um „die Juden zu quälen“ und „Hass gegen die Juden zu organisieren“ (Ebenda).

Liebknecht beantragt dann, auf diesen judenfeindlichen Antrag nicht weiter einzugehen und ihn abzulehnen.

Die Sozialdemokratie lehnte auch weitere Anträge der Antisemiten-Partei für ein Verbot des Schächtens ab. In einer Sitzung der Justizkommission des Reichstags 1910 stimmten die Freisinnigen „mit dem Zentrum, den Polen und den Sozialdemokraten gegen Konservative und Nationalliberale für die Anträge“, in denen das rituelle Schlachten durch Schächten nicht als Tierquälerei anzusehen sei (Siehe AZJ, Nr. 10/1910, S. 100 f.). Im Leitartikel „Die Schächtfrage vor dem Reichstag“ (A. Schweriner) in der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ von Anfang 1911 wird berichtet: Der Zentrumsabgeordnete Gröber begründete den Antrag seiner Fraktion, landesrechtliche Bestimmungen, das Schächten zu verbieten, selbst für unzulässig zu erklären und zu verbieten. Nach Gegenrede der Judenfeinde wurde abgestimmt: Konservative und Antisemiten sind gegen, Zentrum, Fortschrittspartei und Sozialdemokratie sind für den Antrag. Damit ist der Antrag von Gröber angenommen. (AZJ, Nr. 3/1911, S. 25 f.)

Arthur Stadthagen: Gegen die Ritualmordlüge (1901)

Stadthagentrat in der Sitzung vom 7.2.1901 vehement gegen die Ritualmordlüge auf, die auch im Reichstag von antisemitischen Rednern wie Max Liebermann von Sonnenberg im Zusammenhang mit den judenfeindlichen Aktionen in Konitz verbreitet wurden.

Er macht klar, dass die Rede vom Ritualmord nichts als eine Lüge ist, ein „Märchen“, erfunden, um vor allem weniger gebildete christliche Schichten gegen Juden aufzuhetzen. (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1901, 43. Sitzung, 7.2.1901, S. 1188 f.) Stadthagen stellt heraus, dass die Judenfeinde, die diese Lügen verbreiten, genau wissen, was sie tun:

„[…] die größte Frechheit gerade aus Anlass dieses Konitzer Mordes ist die, dass leider Leute, die nach ihrem Stande, nach ihrer Bildung wissen oder wissen müssen, dass sie ein blödsinniges Märchen verbreiten, wenn sie von Ritualmord reden, trotzdem nicht nur die Frechheit, sondern auch die Gewissenlosigkeit haben, zu verhindern, dass der wahre Mörder entdeckt wird, indem sie mit diesem Märchen weiter und immer weiter Hausieren gehen. Die einzige Antwort eines anständigen Menschen für diese Art und Weise des Vorgehens ist die Verachtung!“ (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1901, 43. Sitzung, 7.2.1901, S. 1189)

Judenfeinde sind Lügner und sie müssen verachtet werden – das ist das Resümee von Stadthagen.

August Bebel: Für Religionsfreiheit aller Religionen – Religion und Atheismus als Privatsache (1902)

In einer Rede vor dem Reichstag am 5.5.1902 setzte sich Bebel für die „möglichst volle und freie Religionsausübung“ ein. (August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Band 7/1, München 1997, S. 209)

Weiter führt Bebel aus:

„Meine Herren, man kann doch billigerweise nicht mehr verlangen, als dass jeder, der eine bestimmte religiöse Überzeugung hat, die möglichste Freiheit besitze, diese in den ihm genehmen Formen betätigen zu können. Das geschieht, wenn wir der Religionsfreiheit die möglichste Uneingeschränktheit, den religiösen Gesellschaften die Möglichkeit geben, sich in den Formen zu vereinigen und ihren religiösen Übungen nachzukommen, unter denen sie das für das zweckmäßigste erachten …“ (August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Band 7/1, München 1997, S. 212)

Und:

„Wir wollen das Gebiet der Religion und die Gebiete der staatlichen Einrichtungen scharf voneinander trennen, weil wir wollen – und es gibt auch bürgerliche Staaten, in denen diese Auffassung durch Gesetz zum Ausdruck gekommen ist, z. B. die Vereinigten Staaten von Nordamerika –, dass jeder nach seiner Façon selig werden kann, ohne dass der Staat sich in die religiösen Angelegenheiten einzumischen hat, ohne dass auf diejenigen mit Hilfe des Staates und seiner Einrichtungen ein Zwang ausgeübt wird, die keine oder eine von den herrschenden Anschauungen abweichende religiöse Überzeugung haben.“ (Ebenda, S. 214)

Bebel führt aus, dass es darum geht, möglichst vollständige Religionsfreiheit durchzusetzen, für alle Religionen, also auch für die jüdische Religion. Dies beinhaltet die Freiheit der Religionsausübung nach dem Willen der jeweiligen religiösen Gemeinschaft. Bebel fordert klar die Trennung von Staat und Religion, setzt sich gegen staatliche Unterdrückung von Religionen ein, die nicht herrschende Religion sind (wie das ja auch bei der jüdischen Religion in Deutschland der Fall ist), und betont damit, dass Religion Privatsache ist. Bebel fordert zudem auch die Freiheit, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören und fordert, dass die atheistische Einstellung ebenso Privatsache ist wie die Religionszugehörigkeit.[177]

August Bebel: Gegen Judenfeinde im Reichstag (1902)

1902 hielt der deutschkonservative Abgeordneten Ludwig von Massow eine antijüdische Hetzrede im Reichstag. Bebel antwortete auf die Angriffe des Judenfeindes folgendermaßen:

> „Der Abgeordnete v. Massow ist neulich auf einer antisemitischen Mähre angeritten gekommen, und der Erfolg war eine ungeheure Heiterkeit. (Heiterkeit.) Wenn er Lust habe, mit der Sozialdemokratie anzubinden, so hätte er mehr Geschmack haben müssen, als mit den Grafen Pückler konkurrieren zu wollen. (Sehr gut! Heiterkeit.) Das imponiert uns nicht. Er hat eine schlechte Probe des Bildungsniveaus eines Preußischen Junkers gegeben. (Beifall.) Die Zeiten sind vorüber, wo das Junkertum allein ausschlaggebend war, und weil das nicht mehr der Fall ist, daher der große Ärger bei Herrn v. Massow und seinen Freunden. Er hat weiter gesagt, es wäre sehr zu bedauern, dass das Rote Meer nicht bei Zeiten die Klappe zugemacht hätte. Abgesehen von der Geschmacklosigkeit der Redensart, mache ich ihn auf Folgendes aufmerksam. Herr v. Massow und seine Freunde sind Repräsentanten des Christentums. Christus war ein Jude, er stammte aus dem Stamme Davids, und die Juden waren das auserwählte Volk. Wären sie im Roten Meer ertrunken, dann hätte es keinen Christus und somit auch kein Christentum gegeben, und da das Christentum Träger der Kultur sein soll, auch keine Kultur, und Herr v.

[177] In diesem Zusammen soll nicht unerwähnt bleiben, dass Judenfeinde 1897 einen Gesetzentwurf zur Einführung der „christlichen Eidesformel“ einbrachten („Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“ und „So wahr mir Gott helfe.“) in den Reichstag ein, der am 2. April 1897 mit der Mehrheit von Antisemiten, Konservativen und Zentrum angenommen wurde. Die SPD hatte den Entwurf abgelehnt, ebenso die Freisinnige Volkspartei. (IdR, Nr. 6/1897, S. 287)

> Massow, würde also, wie seine Vorfahren, als Heide in den preußischen Urwäldern hausen und Auerochsen jagen. (Große Heiterkeit.)“ (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1902, 130. Sitzung, 30.1.1902, S. 3775, siehe auch: AZJ, Nr. 6/1902, S. 62 f.)

Bebel schafft es hier, sich in gelungener Form über diesen Judenfeind lustig zu machen und ihn ohne Zugeständnisse zu bekämpfen.

Ende 1902 veranstalteten die Judenfeinde eine „regelrechte Judenhetze“, weil die sozialdemokratischen Abgeordneten Singer und Stadthagen gegen den Zolltarif Stellung nahmen.[178] Stadthagen wurde von dem Judenfeind Liebermann von Sonnenberg als „frecher Jude“ beschimpft. Im Reichstag ergriff Bebel das Wort gegen die Angriffe auf Emanuel Wurm[179] und Arthur Stadthagen:

> „Aus allen Seiten des Hauses sind böse Ausdrücke in dieser erregten Debatte gefallen. Aus der Mitte der Antisemiten aber sind Ausdrücke gegen meine Parteigenossen Wurm und Stadthagen gefallen, wie sie stärker und niedriger in diesem Hause noch nicht erlebt worden sind.“[180]

August Bebels Metapher von den „Fleischtöpfen“ (1903)

In einer Reichstagsrede vom 22.1.1903 sagte Bebel Folgendes: „Sie haben das Sozialistengesetz über uns verhängt. Herr v. Kardorff hat gestern wieder danach geschrien wie einst die Juden nach den Fleischtöpfen Ägyptens. (Heiterkeit)“ (August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Band 7/1, München 1997, S. 334) Diese Metapher dient oft genug auch Judenfeinden dazu, Juden als „egoistisch“ darzustellen, die nur an ihr eigenes „Wohlergehen“ denken würden. Diese von Bebel hier benutzte Metapher ausgerechnet auch im Zusammenhang mit

---

[178] AZJ, Nr. 47/1902, S. 554. Mit diesem gegen die Stimmen der SPD verabschiedeten Gesetz wurden Einfuhrzölle auf Agrar- und einige Industrieprodukte massiv erhöht. Die Verteuerung der Lebensmittel führte zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung.

[179] Emmanuel Wurm (1857 Breslau–1920 Berlin) wurde in eine jüdische Familie geboren und studierte Chemie. Ab 1890 arbeitete er als Redakteur des sozialdemokratischen „Volkswille“ in Hannover. 1902 wechselte er zur „Neuen Zeit“. Wurm war ab von 1890 bis zu seinem Tod (unterbrochen von 1907 bis 1912) Reichstagsabgeordneter. 1917 schloss er sich 1917 der USPD an.

[180] AZJ, Nr. 50/1902, S. 591

dem Sozialistengesetz zu benutzen, ist doppelt falsch. Denn „die Juden“ werden mit einem Anhänger des Sozialistengesetzes auf eine Stufe gestellt. Die „Heiterkeit“ zeigt, dass Bebel wohl „Erfolg“ mit seinem als Witz gemeinten Ausspruch hatte.[181]

Eduard Bernstein: Gegen Judenfeindschaft in Rumänien und zur Verantwortung der deutschen Regierung (1903)

Bernstein hielt 1903 eine Rede über die elende Lage der Juden in Rumänien. Bernstein sagte:

> „Ein schmählicher Wortbruch wird täglich begangen und mit ungeheurer Grausamkeit werden die Juden dort behandelt. Unter sechs Millionen Rumänen befinden sich 370.000 Juden, in der Mehrzahl echte Proletarier, Arbeiter und Handwerker. […] Europa sieht diesen Zuständen müßig zu und duldet das. […] Leider war Deutschland viel öfter beteiligt bei der Niederhaltung als bei der Befreiung der Völker! Deutschland ist ein Unterzeichner des Berliner Vertrages, Deutschland ist mitverantwortlich für die rumänischen Zustände.[182]“ (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1903, 288. Sitzung, 20.3.1903, S. 8754 ff., siehe auch: AZJ, Nr. 13/1903, S. 146 f.: Die Woche. Berlin, 23. März)

---

[181] Der Vorsitzende des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, Dr. Theodor Barth, bemerkte 1907 leider ohne weitere Quellen: „Abgeordneter Dr. Eickhoff bemerkt, dass nicht nur unter Freisinnigen, sondern auch unter den Sozialdemokraten Antisemitismus herrsche. Täglich fast müsse er sich im Reichstage gegen antisemitische Invektiven, die aus den Reihen der Sozialdemokraten kommen, wehren. Noch heute habe ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der einen Berliner Wahlkreis vertrete, eine antisemitische Beschimpfung ausgestoßen.“ (AZJ, Nr. 10/1907, Der Gemeindebote, Berlin, 4. März, S. 2) Wie weit verbreitet solche Bemerkungen bei sozialdemokratischen Abgeordneten waren und welcher Art, ist kaum überprüfbar. Es erscheint plausibel, da ohne Belege gearbeitet wird, dass hier dann doch übertrieben und pauschaliert wurde, und Barth war sicherlich kein Freund der Sozialdemokratie.

[182] Es handelt sich dabei um einen Vertrag, der 1878 nach dem Ende des russisch-türkischen Kriegs 1877 abgeschlossen wurde. Er regelte u.a. die staatliche Unabhängigkeit von Serbien, Montenegro, Bulgarien und Rumänien in Verbindung mit Gebietsabtretungen seitens des Osmanischen Reiches. Dieser Vertrag wurde von den beteiligten dominierenden Mächten Deutschland, England und Russland ausgehandelt und geprägt.

August Bebel: Gegen Judenfeinde im Reichstag – gegen staatliche Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung (1904)

In einer Rede vor dem Reichstag am 9.3.1904 ging Bebel ausführlich auf eine Rede des Judenfeinds Adolf Stoecker ein. Er kritisierte Stoeckers Haltung zum Militarismus, seine Position zur Religion und zur sogenannten „Königstreue“ und seine Verleumdungen anlässlich des SPD-Parteitags in Dresden und von Bebels Buch „Die Frau und der Sozialismus“. Auf diesen Teil der Rede soll hier nicht genauer eingegangen werden. Bebel kritisierte aber auch explizit die Judenfeindschaft Stoeckers.

Bebel leitet seine Kritik damit ein, dass er klarstellt, dass Stoecker sich zum Verteidiger „des wütendsten Hasses nicht nur gegen seine sozialistischen Landsleute, sondern auch gegen die Juden aufgeworfen hat“ (August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Band 7/2, München 1997, S. 614).

Bebel schildert einen Zuruf während der Rede Stoeckers und dessen Antwort, wobei dieser Wortwechsel wie folgt ablief: „Was wollen sie denn? Christus war selbst ein Jude –, da rief Herr Stoecker emphatisch; nein, das ist er nicht. Christus ist der Menschen Sohn.“ (Ebenda, S. 615) Bebel macht klar, dass es eine Lüge ist, wenn Stoecker behauptet, Jesus wäre kein Jude gewesen. Diesen Blödsinn entlarvt Bebel kurz und das Fazit lautet: „Also alles, was Sie über die Juden gesagt haben, beruht auf historischer Unwahrheit und historischer Fälschung.“ (Ebenda)

Bebel packt den christlichen Judenfeind bei seinem eigenen Anspruch, da er ja die Geschichte Jesu, wie sie in der Bibel steht, kennen müsse und als Pfarrer am Sonntag korrekt von der Kanzel predigen sollte, wenn er ein „guter Christ“ sein wolle. Deshalb sei es, so Bebel, „umso verwerflicher und umso verächtlicher“, wenn Stoecker seinen „wüsten Judenhass in der Weise wie geschehen“ verbreite. (Ebenda)

Zum Schluss prangert Bebel die staatliche Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung an, der ja eigentlich die gleichen Rechte wie allen anderen Bürgern im Deutschen Reich zustehen würden:

> „Bis zu diesem Augenblick sind auch die Juden, ob es Ihnen recht ist oder nicht, gleichberechtigte Bürger gleich Ihnen im Deutschen Reich. Die Gesetze sind für sie bestimmt wie für uns alle. Wenn trotzdem die Juden von den bürgerlichen Rechten ausgeschlossen werden, wie es z. B.

tatsächlich in der Armee der Fall ist, dann ist das eine Ungerechtigkeit, welche dieser christliche Staat gegen diese Klasse oder Rasse betätigt.“ (Ebenda, S. 615)

Bebels Position ist richtig und wichtig – bis auf die letzten Wörter. Denn beides ist falsch, die jüdische Bevölkerung in Deutschland ist weder eine „Klasse“ noch eine „Rasse“.

Für Solidarität mit den nach Deutschland geflüchteten Juden und Jüdinnen (1905/1906)

Nachdem der judenfeindliche Abgeordnete Otto Böckler 1905 im Reichstag verkündet hatte, „wenn die 100.000 Juden ihren Wohnsitz ins Auslande verlegen würden, so würde das niemand bedauern“, ergriff der sozialdemokratische Abgeordnete Georg Ledebour das Wort und erklärte:

„Solche Bemerkungen mag Herr Böckler aus seiner Tätigkeit in der Ritualmordbewegung in Konitz gewöhnt sein, von dort hat er sie wohl mitgebracht. Hier gehören sie auch hin.“[183]

1906 gab es eine Debatte über die „Ausweisung russischer Staatsangehöriger“ im Reichstag. Bebel kritisierte die geplante Ausweisung.[184]

Für die gleichen bürgerlichen Rechte, unabhängig von der Religionszugehörigkeit (1910)

Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ berichtete – leider ohne das genaue Datum zu nennen – über eine Reichstagssitzung in Februar 1910, in der ein sozialdemokratischer Abgeordneter für gleiche bürgerliche Rechte mit der Forderung eintrat,

„dass aus der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft keine Beeinträchtigung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten abgeleitet werden darf.“[185]

Georg Ledebour: Gegen judenfeindliche Reden (1912)

1912 hielt Reinhard Mumm als neu gewählter Abgeordneter der antisemitischen „Wirtschaftlichen Vereinigung“ im Reichstag eine Rede gegen den Einfluss jüdischer Verleger und für die Verbannung „eines

[183] AZJ, Nr. 11/1905, S.123
[184] IdR, Nr. 5/1906. S. 341
[185] AZJ, Nr. 8/1910, S. 86

gewissen Organs der Jerusalemer Straße“ aus Bahnhöfen der Reichsbahn. Der Sozialdemokrat Ledebour trat gegen den Judenfeind auf, machte ihn gekonnt lächerlich und stellte ihn als Denunzianten bloß:

> „Herr Mumm machte auf mich den erfreulichen Eindruck wie ein Posaunenengel, der am Tage des Jüngsten Gerichts mit seinem Instrument die armen Sünder in die ewige Verdammnis hineinbläst. (Heiterkeit). Ich freue mich, dass ich endlich einmal den Genuss gehabt habe, eine derartige Produktion zu erleben. Sowohl ich wie meine Parteifreunde würden nun über die Bußpredigt des Herrn Abgeordneten Mumm vielleicht zerknirscht sein, wenn nicht leider der Inhalt seiner Rede zum Teil in einem recht peinlichen Gegensatz zu der moralischen Salbung geraten wäre, von denen das Gedröhn seiner Worte triefte. Ich will mich nur mit diesen Entgleisungen beschäftigen, da ich im Übrigen den Herrn Abgeordneten Mumm und seine Leistungen ruhig der Heiterkeit des Hauses überlassen kann. Herr Abgeordneter Mumm hat es erstens für angebracht gehalten, eine liberale Zeitung, die vermutlich ihm in seiner Tätigkeit unbequem geworden war, bei den Behörden zu denunzieren. Er fordert die Behörden auf, dieses Blatt, das er im *Tone der antisemitischen Agitatoren* das ‚Jerusalemer Blatt‘ nannte, von den Bahnhöfen zu verbannen. Er arbeitet also darauf hin, einen politischen Gegner durch Aufhetzung der Behörden materiell zu schädigen. Ich will nicht sagen, dass er damit Erfolg haben wird. Ich vermute im Gegenteil, dass das ‚Jerusalemer Blatt‘ davon nur Vorteil haben wird. Aber das lag nicht in seiner Absicht; in seiner Absicht lag es, die Behörden aufzuhetzen, diesem Blatte künftig die Bahnhöfe zu versperren. Das ist eine Denunziation, und zwar eine Denunziation, die bisher unter allen anständigen Politikern als etwas sehr Schäbiges angesehen wurde. Im Volksmunde hat man dafür einen außerordentlich derben Vers geprägt, den ich in parlamentarischer Form in die Worte umdichten möchte:
>
> Überall im ganzen Land gilt als minder achtbare Persönlichkeit der Denunziant. (Heiterkeit.)
>
> Das wäre das eine, worüber ich mit dem Moralprediger, Herrn Abgeordneten Mumm, abzurechnen hatte.“ (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1912, 8. Sitzung, 17.2.1912, S. 88, H. i. O. Siehe auch AZJ, Nr. 9/1912, S. 105)

Gegen judenfeindliche Diskriminierung in der Armee (1913)

Anlässlich der neuen „Heeresvorlage“ zur Militarisierung 1913 zitieren die „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ aus dem Protokoll der Budgetkommission das Statement eines sozialdemokratischen Abgeordneten:

> „Ein sozialdemokratischer Abgeordneter sagt: Dagegen, dass das Offizierskorps sich erlauben dürfe, fortgesetzt und bewusst sich über Bestimmungen der Verfassung hinwegzusetzen, dadurch dass es Juden nicht zu Offizieren avancieren lasse, müsse der Reichstag sich mit aller Entschiedenheit wenden. Er sei der Meinung, dass dieses Verfahren des Offizierskorps von der Militärverwaltung bis zur höchsten Spitze gestützt werde.“[186]

Bei einer Beratung der „Wehrvorlage“ im Reichstag 1913 stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, die Beförderung in der Armee nur von der persönlichen Tüchtigkeit abhängig zu machen und auf die gesellschaftliche Stellung oder Zugehörigkeit einer Religionsgemeinschaft oder politischen Partei keine Rücksicht zu nehmen. Bernstein trat gegen judenfeindliche Beleidigungen in der Armee auf.[187]

***

Der Blick auf das Verhalten der SPD im Reichstag zeigt, dass neben den ausgezeichneten Positionen sich auch wieder, sei es in falschen Metaphern, sei es in Zugeständnissen, sei es durch arg primitive Witze und Personalisierungen, grobe Fehler aufzeigen lassen, die im Kern gegenüber sonstigen sozialdemokratischen falschen Positionen nichts Neues bieten.

Sehr gute Positionen der Sozialdemokraten im Reichstag:

1. Die Kennzeichnung des Antisemitismus als „seinem Wesen nach reaktionär“ (in den „Handbüchern“ der SPD für die sozialdemokratischen Wähler).

2. Das Eintreten von Bebel und Vogtherr für die jüdischen Geflüchteten aus Osteuropa, die nach Deutschland auswanderten.

---

[186] MAV, Nr. 9/1913, S. 66 f.

[187] MAV, Nr. 14/1913, S. 107 f. und MAV, Nr. 15/16, S. 124 ff.

3. Die Klarstellung Bebels zur Religion sowie seine richtige Polemik gegen jene, die behaupteten, dass Jesus angeblich kein Jude sei.

4. Richtigerweise wurde auch polemisiert und angeprangert, dass trotz aller Rechtsgleichheit jüdische Menschen immer noch benachteiligt werden.

5. Besonders hervorgehoben werden muss auch die Rede von Wilhelm Liebknecht, der sehr deutlich herausstellte, dass es der Kapitalismus ist, der die schrecklichen gesellschaftlichen Zustände schafft, und nicht „die Juden".

6. Auch wenn es ein Nebenschauplatz zu sein scheint, war es richtig und wichtig, gegen das Verbot des Schächtens aufzutreten, wie Wilhelm Liebknecht dies tat.

7. Ohne Einschränkung positiv war das Auftreten von Stadthagen 1901 gegen die Ritualmordlügen im Zusammenhang mit Konitz, ebenso wie Bernsteins Anprangerung der judenfeindlichen Aktionen in Rumänien.

8. Ebenfalls als sehr gut kann die Rede von Ledebour gegen die angebliche Vorherrschaft der Juden in der Presse und gegen das Denunziantentum der Judenfeinde hervorgehoben werden.

Negativ dagegen muss vermerkt werden:

1. Der Unsinn von der Inkonsequenz der Judenfeinde, die angeblich für jüdische Journalisten arbeiteten, das faule Zugeständnis an eine angebliche „Vorherrschaft der Juden als Handels- und Geldmacht"

2. Die Bezeichnung „der Juden" als „Klasse" oder „Rasse" sowie das Gerede von irgendwelchen „Rasseeigenschaften".

3. Die unerträglichen Bemerkungen gegen chinesische Menschen und die nationalistische Argumentation gegen „christliche Armenier" und „christliche Griechen" (in den „Handbüchern" für sozialdemokratische Wähler).

4. Die unsägliche Metapher von „den Juden", die nach den „Fleischtöpfen Ägyptens" schrien, bei Bebel.

5. Das alte falsche Argument, angeblich schlechte Eigenschaften, die fälschlich konstatiert werden, kämen von der „Verfolgung der Juden durch die Christen" (Vogtherr).

Es zeigt sich also auch hier, dass politisch die Abgeordneten der SPD im Reichstag klar gegen Judenfeinde Stellung nahmen. Aber neben sehr klaren und richtigen Positionen in der Argumentation lagen sie jedoch oft – sei es, um witzig und populär sein zu wollen, sei es, um durch Zugeständnisse irgendjemand zu überzeugen oder dass sie aufgrund eigener falscher Überzeugung unverantwortliche Zugeständnisse machen – daneben und verbreiteten falsche Positionen.

3. Die Auseinandersetzung um die Dreyfus-Affäre in der Sozialdemokratie in Deutschland

Einleitung

Die judenfeindliche Dreyfus-Affäre war insofern von besonderer Bedeutung, weil sie die Behauptung praktisch wiederlegte, dass eine vom Staat initiierte massenhafte judenfeindliche Hetzkampagne, vervielfacht durch eine judenfeindliche bürgerliche Presse und judenfeindliche Aufmärsche auf den Straßen, nur in extrem rückständigen Ländern wie etwa Russland zu beobachten sei. Es zeigte sich, dass auch in einem hochindustrialisierten Land wie Frankreich, das schon 100 Jahre zuvor die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung proklamiert hatte, Judenfeindschaft massiv verbreitet werden konnte. Das hat seine Ursache darin, dass der Imperialismus ohne Skrupel auch auf uralte, mittelalterliche und auf modern frisierte reaktionäre Theorien und reaktionäre Versatzstücke von Ideologien vergangener Jahrhunderte zurückgreift. Dazu gehört Aberglaube aller Art und gerade auch die Judenfeindschaft.

Die Judenfeindschaft in Frankreich wurde mehr oder minder schlagartig zu einem erstrangigen Thema, als der Hauptmann Alfred Dreyfus verhaftet und fälschlich beschuldigt wurde. Es gab eine gewaltige Gegenbewegung, und nicht nur die sozialistische Bewegung in Frankreich, sondern auch Persönlichkeiten der Sozialdemokratie in Deutschland wurden mit der Frage der Schuld oder Unschuld von Dreyfus und der Bedeutung der Judenfeindschaft konfrontiert, wobei richtige wie auch falsche Positionen eingenommen wurden.[188]

Schwerwiegend ist dabei, dass von der Sozialdemokratie die Besonderheiten der Dreyfus-Affäre in einem kapitalistischen, hochindustrialisierten Land, ohne oder weitgehend ohne gravierende feudale Überreste, nicht theoretisch durchleuchtet wurden.

[188] Im nachfolgenden Abschnitt geht es in erster Linie darum, die Position innerhalb der Sozialdemokratie in Deutschland zu dokumentieren und zu analysieren, während Einzelheiten der Dreyfus-Affäre in Frankreich im Teil „Vertiefungen und Anmerkungen“ behandelt werden.

Gezeigt werden wird, dass allen voran Bebel sich klar gegen die Judenfeindschaft ausgesprochen hat und den Kampf für die Rehabilitierung von Dreyfus eindeutig unterstützt hat, wie auch Karl Liebknecht, Paul Singer und Rosa Luxemburg. Als Klassenstandpunkt war klar, dass sich der proletarische Klassenkampf für den Sozialismus eindeutig auch gegen jede Verletzung demokratischer Rechte richten und gegen eine solche ankämpfen muss. Aber das war nicht die einheitliche Meinung.

Gerade Franz Mehring, der das Unrecht gegen Dreyfus nicht abgestritten hat, bagatellisierte das Problem bis hin zur These, dass im Grunde das Proletariat sich in solche Fragen nicht einzumischen habe. Das wären Fragen der herrschenden Klasse. Ein ganz besonderes Problem aber war, dass der hochangesehene Wilhelm Liebknecht kurz vor seinem Tod eine völlig falsche Position bezog und aufgrund einer deutschnationalen Propaganda gegen Frankreich sogar meinte behaupten zu können, dass Dreyfus sicherlich schuldig wäre und Ähnliches. Zudem haben Wilhelm Liebknecht und Mehring Vorurteile der Judenfeinde übernommen und versucht zu erklären, dass Judenfeindschaft durch das Verhalten von Juden selbst erzeugt werden würde.

Nachfolgend werden die richtigen und falschen Positionierungen genauer nachgezeichnet.

a) Worum ging es bei der sogenannten Dreyfus-Affäre?

Vordergründig war die Dreyfus-Affäre ein Spionagefall. Tatsächlich war es eine militaristische, nationalistische und judenfeindliche Kampagne vor dem Hintergrund einer zunehmend kämpferischen Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter in Frankreich[189], die für mehrere Jahre das öffentliche Leben in Frankreich prägen sollte und dazu beitrug, Frankreich in eine tiefe politische Krise zu versetzen.[190] Die so-

[189] Bruhat, Jean: L'affaire Dreyfus et le socialisme français, Mai 1934, Archives Communistes MLM, S. 4

[190] Lenin ging später auf die Dreyfus-Affäre nicht genauer ein. Er hat aber „Dreyfus-Affäre" verschiedentlich als Synonym benutzt, um reaktionäre Machenschaften bildlich anzuklagen. So schrieb er etwa 1919 im Artikel „Zabern", dass die Dreyfus-Affäre seinerzeit gezeigt habe, dass es „eine brutale, zu jeder Art von Untat, Barbarei, Gewalt, Verbrechen fähige Militärclique in Frankreich nicht weniger gibt als in irgendeinem anderen Land" (Lenin, W. I.: Zabern, 1919, LW Band 19, S. 509) gebe.

genannte Dreyfus-Affäre war auch eine bisher nicht gekannte Pressekampagne im In- und Ausland. Innerimperialistische Widersprüche wurden mit großer Heuchelei ausgetragen. Frankreich spielte die nationalistische Karte gegenüber dem deutschen Kaiserreich, das zaristische Russland warf Frankreich Barbarei vor und insbesondere der deutsche Imperialismus schlug einen heuchlerischen Ton der Entrüstung an, um mit Anti-Frankreich-Hetze deutschen Chauvinismus zu fördern. Doch der Reihe nach.

Im September 1894 kam der französische Nachrichtendienst in den Besitz eines aus der deutschen Botschaft entwendeten Schriftstücks, welches Informationen über Truppenaufstellungen, Artilleriebewaffnung usw. enthielt, die aus dem Dunstkreis des französischen Generalstabs stammen mussten. Als „Verräter“ wurde der Hauptmann und Generalstabsanwärter Alfred Dreyfus ausgemacht. Dreyfus stammte ursprünglich aus einer Textilfabrikantenfamilie aus dem Elsass. Sein deutsch klingender Name und seine jüdische Herkunft passten in das

---

An anderer Stelle betonte Lenin die Bedeutung politischer Krisen für die sozialistische Revolution: „Die sozialistische Revolution kann nicht nur aus einem großen Streik oder einer Straßendemonstration oder einem Hungeraufstand, einer Militärempörung oder einer Meuterei in den Kolonien, sondern aus einer beliebigen politischen Krise, wie der Dreyfus-Affäre … oder ähnlichem mehr aufflammen.“ (Lenin, W. I.: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, 1919, LW Band 22, S. 147.

In eine andere Richtung geht eine Rede Lenins vor dem VII. Gesamtrussischen Sowjetkongress 1919. Lenin zog Parallelen zu der reaktionär-medialen Kampagne gegen Dreyfus und der reaktionär-medialen Kampagne 1919 gegen Sowjetrussland. „Es sieht so aus, als ob in Frankreich eine zweite Dreyfus-Affäre beginnt, und zwar eine viel größere.“ Lenin fährt dann jedoch fort: „Damals kämpfte die bürgerliche Intelligenz gegen die klerikale und militaristische Reaktion, und die Arbeiterklasse konnte das damals gar nicht als ihre eigene Sache betrachten, damals waren nicht die objektiven Bedingungen, war keine so tiefgehende revolutionäre Stimmung vorhanden wie heute.“ (Lenin, W. I.: VII. Gesamtrussischen Sowjetkongress, 1919, LW Band 30, S. 207) Lenin, der hier ein wenig überzieht, da doch Teile des Proletariats in Frankreich klar gegen die judenfeindliche Hetze aufgetreten waren, geht es aber um etwas anderes. Lenin konstatierte eine Unreife der proletarischen Bewegung in Frankreich zum Zeitpunkt der Dreyfus-Affäre, die sich zu wenig eingeschaltet habe, was bei einer tiefergehenden „revolutionären Stimmung“ sich jedoch geändert hätte. Lenin kommt es hier also darauf an, die Unterschiede zur Lage 1919 verglichen mit der Zeit der sogenannten Dreyfus-Affäre hervorzuheben.

französisch-nationalistische und judenfeindliche Muster des „Landesverräters“.

Durch gefälschte Beweise und Gutachten wurde Dreyfus im Dezember 1895 der Spionage für das Deutsche Reich für schuldig befunden. Unter dem Applaus reaktionärer Armeeangehöriger und dem johlenden Beifall ziviler Zuschauer, die „Zum Tode, zum Tode!“ skandierten, wurde er im Januar 1896 öffentlich degradiert und nach Französisch-Guyana deportiert.

Es entwickelte sich eine Massenbewegung zur Freilassung und Rehabilitierung von Dreyfus. Diese sogenannten Dreyfusards waren keine einheitliche, durch und durch fortschrittliche Bewegung.

Da war zum einen die Person Dreyfus: Er kam aus einer wohlhabenden Familie, die in Textilfabriken Ausbeutung betrieb. Er war französischer Nationalist und war als Elsässer bewusst in die französische Armee eingetreten, um gegen die völkerrechtswidrige Annexion des Elsass durch das deutsche Kaiserreich im Krieg 1870/71 die „Schmach Frankreichs“ wiedergutzumachen. Er war auf dem Weg, in der französischen Armee Karriere zu machen und Anwärter auf die Berufung in den Generalstab.

Da waren zum anderen diejenigen, die sich mit Dreyfus solidarisierten: Der rechte „Figaro“, Prominente aus Wissenschaft und Literatur (Émile Duclaux, Émile Zola etc.), reformistische bis offen reaktionäre Politiker (Georges Clemençeau, Leon Blum, aber auch der Vizepräsident des Senats August Scheurer-Kestner oder der notorische republikanische Senator und Anti-Kommune-Hetzer Ludovic Trarieux), Angehörige des Militärs, die das Ansehen der Armee und Frankreichs retten wollten (Georges Picquart, Ferdinand Forzinetti etc.) usw., wobei sich die Zusammensetzung der Solidaritätsbewegung mit Dreyfus sich im Verlauf der Kampagne öfters auch änderte.[191]

Keine einfache Aufgabe für die fortschrittlich-sozialdemokratischen Kräfte, sich im Kampf gegen Judenfeindschaft mit Dreyfus zu solida-

[191] Siehe genauer den Teil „Vertiefung: Zur Dreyfus-Affäre“, insbesondere „Der Kampf in Frankreich“ im vorliegenden Buch.

risieren, ohne Imagepflege für antikommunistische Dreyfusards zu betreiben und ohne Zugeständnisse an den französischen Nationalismus zu machen.

b) Stellungnahmen der Sozialdemokratie aus Deutschland (Bebel, Luxemburg, Singer, Kautsky, Mehring, W. Liebknecht)

Von Vertretern der Sozialdemokratie in Deutschland gab es nur wenige eigene Stellungnahmen zur Dreyfus-Affäre. Einige Artikel von Korrespondenten aus Paris wurden in der „Neuen Zeit" und in den „Sozialistischen Monatsheften" abgedruckt. Bebels Position wurde allerdings im Zentralorgan „Vorwärts" veröffentlicht.[192]

Eindeutige Unterstützung der Dreyfusards durch August Bebel und Veröffentlichung seiner Positionen im „Vorwärts"

Eine französische sozialistische Zeitung („La Petite République") hatte zu Dreyfus eine internationale Umfrage gestartet.

> „Erste Frage: Kann das sozialistische Proletariat, ohne gegen das Prinzip des Klassenkampfes zu verstoßen, an den Streitigkeiten der verschiedenen Bourgeois-Parteien teilnehmen, sei es um die politische Freiheit zu retten, sei es, wie in der Affäre Dreyfus, um die Menschlichkeit zu verteidigen?"[193]

Als Reaktion auf die Umfrage der „Petite République" schickte Bebel einen Brief an die Redaktion des „Vorwärts", der eine erste kurze Antwort auf die Umfrage darstellte und am 18.8.1899 veröffentlicht wurde:

---

[192] Drei Artikel thematisieren die „Affäre Dreyfus" in Frankreich in den „Sozialistischen Monatsheften". Der Artikel von Ghiveca Ralier, „Der Fall Dreyfus (1898), schildert zunächst wichtige Fakten, spricht sich deutlich für eine Parteinahme für Dreyfus aus, macht aber auch darauf aufmerksam, dass in den Reihen der Unterstützer von Dreyfus auch Kräfte seien, denen zu misstrauen sei, da sie „nicht dasselbe Ziel haben". (Ralier, Ghiveca: Der Fall Dreyfus, Sozialistische Monatshefte. Nr. 9/1898, S. 393–405) Eine Art dokumentierenden Überblick über die unterschiedlichen, teils konträren Positionen verschiedener Teile der linken Bewegung in Frankreich, insbesondere auch in der Sozialdemokratie, zur „Affäre Dreyfus" gibt ein Sozialist aus Frankreich, dessen eigene Position allerdings nicht wirklich auszumachen ist. (Séverac, Jean-Baptiste: Der Fall Dreyfus und die französischen Sozialisten, Sozialistische Monatshefte, Nr. 7/1899, S. 349–353). Der Artikel von Julius Meier-Graefe: Zum Ausgang der Dreyfus-Affäre (Sozialistische Monatshefte, Nr. 7/1899, S. 792–797) ist indiskutabel schlecht.

[193] Siehe Vorwärts, Nr. 223, 23.9.1899

„… ich freue mich aufrichtig über Ihre Haltung in der Dreyfus-Affäre. Sie haben die übergroße Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland auf Ihrer Seite. Ich glaube nicht, dass sich in unserer Partei, neben [Wilhelm, A.d.V.] Liebknecht, drei Personen finden, die nicht mit Ihnen einverstanden wären.“[194]

Dann wurde eine ausführliche Antwort von Bebel an die Redaktion der „Petite République“ im „Vorwärts“ am 17. September 1899 auf der Titelseite abgedruckt.[195] Bebel stellt sich wiederum eindeutig auf die Seite der Dreyfusards:

„Gewiss, wir sind eine proletarische Partei, welche Klassenpolitik treiben muss, aber die Sozialdemokratie ist gleichzeitig die Partei aller Opfer des Unglücks und der Unterdrückung, denn sie kämpft für die Freiheit und die Gerechtigkeit … Wo immer Ungerechtigkeit und Missbrauch der Gewalt sich zeigt, muss die Sozialdemokratie zum Kampfe bereit sein. Dazu ist sie nicht nur durch ihr Programm gezwungen, sondern auch durch rein taktische Erwägungen; denn ein solches Eintreten für das Recht und die Gerechtigkeit kann zahlreiche Gegner neutral machen und sogar für die Partei gewinnen.

So musste jeder Sozialist von dem Augenblick an, in welchem man die Gewissheit hatte, dass Dreyfus unschuldig verurteilt war, schon einfach vom rein menschlichen Standpunkt aus für die Revision des Prozesses eintreten. Als aber durch eine Verkettung der verschiedensten Umstände der Prozess Dreyfus ein Ereignis ersten Ranges wurde, hinter welchem große und mächtige Parteien ihre gegen das Volk gerichteten Pläne verbargen, die auf nichts Geringeres abzielten als den Sturz der republikanischen Verfassung, da war es für die sozialistische Partei eine Pflicht, für Dreyfus mit allen Mitteln und allen Kräften, über die sie verfügte, in

---

[194] Im „Vorwärts“ vom 23.9.1899 wurde eine Antwort des niederländischen Sozialdemokraten Van Kol abgedruckt. Dort heißt es als Antwort auf die erste Frage: „Das sozialistische Proletariat könnte nicht wirksam den Klassenkampf führen, wenn es nicht verstände, die bedrohte Freiheit zu retten und – wie in der Affaire Dreyfus – die beleidigte Menschheit zu verteidigen. Es muss ungeteilt und jederzeit der wachsame Hüter der Demokratie, der glühende Streiter für Recht und Wahrheit sein …“

[195] Allerdings ist die Authentizität des Textes unklar, weil Bebel am 21.9.1899 im „Vorwärts“ mitteilte, dass „durch die Übersetzung ins Französische und die Rückübersetzung ins Deutsche der ursprüngliche Inhalt an einer Anzahl Stellen ungenau und unklar geworden“ sei. Bebel hat jedoch nicht geklärt, um welche Änderungen es sich dabei handelt.

ihrer Eigenschaft als Partei einzutreten. Trotz Dreyfus wurde seine Sache die Sache der Gerechtigkeit und der bürgerlichen Freiheit. […]

Hätte sich der Fall Dreyfus mit allen seinen Folgen anstatt in Frankreich in Deutschland ereignet, so wäre zugunsten Dreyfus zweifellos die Gesamtheit der Sozialdemokratie in Deutschland, mit Liebknecht an der Spitze, eingetreten." (Vorwärts, 17.9.1899)

Bebel stellt richtig heraus, dass Kämpfe gegen Ungerechtigkeit, also demokratische Kämpfe, nicht nur nötig sind, weil sie gerecht sind und es dadurch möglich ist, neue Kräfte zu gewinnen, sondern auch weil sie der Sozialdemokratie ermöglichen, einen Teil ihrer Gegner zu neutralisieren.

Bebel deutet an, dass Wilhelm Liebknecht, wenn es einen „Fall Dreyfus" in Deutschland gegeben hätte, auf der richtigen Seite gestanden hätte. Bebel versucht Liebknecht damit eine Tür zu öffnen, seine falsche Haltung zu überdenken, ohne ihn jedoch öffentlich direkt zu kritisieren.[196]

Eindeutige Haltung von Rosa Luxemburg

Rosa Luxemburg verfolgte die Ereignisse und veröffentlichte von Juli bis September 1898 eine Reihe von kurzen Artikeln in der „Sächsischen Arbeiterzeitung".[197] Sie solidarisierte sich darin mit Dreyfus.

[196] Siehe dazu den Abschnitt „Richtige Aspekte bei grundfalschen Schlussfolgerungen bei Wilhelm Liebknecht".

[197] Die folgenden namentlich nicht gekennzeichneten Artikel aus der „Sächsischen Arbeiterzeitung" unter der Rubrik „Aus Frankreich" von 1898 werden Rosa Luxemburg zugeschrieben: 23. Juli, 26. Juli, 27. Juli, 28. Juli, 30. Juli, 4. August, 9. August, 18. August, 13. September, 14. September, 18. September. Einige dieser Artikel sind auch abgedruckt in Luxemburg, Rosa: Le Socialisme en France 1898–1912, Paris 1971, S. 50 –61. Siehe Wistrich, Robert S.: Revolutionary Jews from Marx to Trotsky, London 1976, S. 87.

Luxemburg unterstützte die Kampagne von Jean Jaurès[198] für die Rehabilitierung von Dreyfus. Sie hob Jaurès' „energische Kampagne gegen die klerikal-militärische Oligarchie" und seinen Kampf gegen den „nationalistischen Virus" der Drumonts[199] und Rocheforts hervor.[200]

Luxemburg beteiligte sich auch an der internationalen Umfrage und nahm wie folgt Stellung:

> „Das Prinzip des Klassenkampfs kann nicht nur die aktive Intervention des Proletariats in alle politischen Auseinandersetzungen von einer bestimmten Bedeutung, die sich innerhalb der Bourgoisieklasse ereignen, verhindern, sondern erfordert im Gegenteil eine solche Intervention …
>
> Deshalb muss insbesondere in der Dreyfus-Affäre die Intervention des Proletariats überhaupt nicht gerechtfertigt werden – weder vom allgemeinen Standpunkt innerbürgerlicher Auseinandersetzungen, noch vom Standpunkt der Interessen der Menschlichkeit. Denn im Fall Dreyfus werden vier soziale Faktoren deutlich, die ihn zu einer Frage des Klassenkampfs machen: Militarismus, Chauvinismus-Nationalismus, Antisemitismus und Klerikalismus. Diese direkten Feinde des sozialistischen Proletariats bekämpfen wir in der allgemeinen Agitation mit Wort und Feder auf Grundlage unserer Prinzipien und unserer allgemeinen Strate-

---

[198] Jean Jaurès (1859 bis 31. Juli 1914) war ein französischer Historiker und Politiker. Von 1893 bis 1914 war Jaurès mit vierjähriger Unterbrechung Abgeordneter in der Nationalversammlung. 1902 gehörte Jaurès zu den Mitgründern der Französischen Sozialistischen Partei. 1905 wurde Jaurès Präsident der Vereinigung sozialistischer Gruppen in der „Französischen Sektion der Arbeiter-Internationale". Jaurès war Reformist, was zum Kampf mit dem revolutionären marxistischen Flügel in der „Französischen Sektion der Arbeiter-Internationale"führte. Jaurès wurde am 31. Juli 1914, unmittelbar vor Beginn des Ersten Weltkriegs, von einem französischen Nationalisten ermordet.

[199] Édouard Adolphe Drumont (1844–1917) war ein judenfeindlicher Schriftsteller und Journalist. Bekanntheit erlangte er erstmals 1886 mit seinem zweibändigen Machwerk „La France juive", in dem er auf 1.200 Seiten Judenhetze betrieb. Bis 1945 erlebte dieses Machwerk 200 Auflagen. 1892 gründete er die Zeitschrift „La Libre Parole", die den Untertitel „Frankreich den Franzosen" trug.

[200] „Sächsische Arbeiterzeitung" vom 28. Juli 1898. Siehe Wistrich, Robert S.: Revolutionary Jews from Marx to Trotsky, London 1976, S. 87, Endnote 57.

gie. Wie unverständlich wäre es daher, diese Feinde nicht dort zu bekämpfen, wo es darum geht, sie nicht abstrakt, sondern im praktischen lebendigen Tageskampf zu entlarven.“[201]

Luxemburgs Haltung war eindeutig: Die proletarische Bewegung muss eingreifen, der Kampf muss gegen Nationalismus, Militarismus und Judenfeindschaft geführt werden.

Zur Haltung zu den bürgerlichen Kräften innerhalb der Bewegung der Dreyfusards schrieb sie:

„Die Haltung der Sozialistischen Partei muss sich also so grundsätzlich unterscheiden von den bürgerlichen Dreyfusards, damit man gar keinen Grund hat, von einer Unterstützung der bürgerlich-revisionistischen Welt durch die Sozialisten zu sprechen …“[202]

Sehr wichtig ist auch, dass Rosa Luxemburg die Bedeutung eigener praktischer Erfahrung des Proletariats im Tageskampf für die Schaffung proletarischen Bewusstseins hervorhebt:

„Die eigentlich politische Bedeutung der Dreyfus-Affäre für das Proletariat besteht in erster Linie darin, dass diese Affäre die Möglichkeit bietet, aus einer großen, das ganze Land umtreibenden politischen Bewegung das Ziel des Klassenkampfes zu machen und dadurch innerhalb kurzer Zeit sozialistisches Bewusstsein zu verbreiten, das man in den langen Jahren abstrakter Propaganda unserer Prinzipien nicht hätte entwickeln können.“ [203]

---

[201] Luxemburg, Rosa, Cahiers de la Quinzaine, Nr. 11, 5.3.1900, S. 76 f. www.gallica.bn.fr/ark:/12148/bpt6,6740519t/ft78.double, eigene Übersetzung aus dem Französischen.

[202] Luxemburg, Rosa, Cahiers de la Quinzaine, Nr. 11, 5.3.1900, S. 78, www.gallica.bn.fr/ark:/12148/bpt6,6740519t/ft78.double, eigene Übersetzung aus dem Französischen.

[203] Luxemburg, Rosa, Cahiers de la Quinzaine, Nr. 11, 5.3.1900, S. 79, www.gallica.bn.fr/ark:/12148/bpt6,6740519t/ft78.double, eigene Übersetzung aus dem Französischen. Allerdings muss hier auch auf den Artikel „Die sozialistische Krise in Frankreich“, der in der „Neuen Zeit“, XIX. Jg. (1900–1901), 1. Bd., in fünf Teilen veröffentlicht wurde, kurz eingegangen werden. In diesem Artikel behandelt Luxemburg auch die Lage in Frankreich und die Dreyfus-Affäre. Dort spricht sie über das in Frankreich, „dem Lande des Kleingewerbes und des Finanzjudentums, naturgemäß stark entwickelte antisemitische Kleinbürgertum, das, der Agitation gegen die ‚Dreyfusards‘ wie jeder reaktionären Strömung zugänglich, für die nationalistische Demagogie den günstigsten Boden abgab …“. (Luxemburg, Rosa: „Die sozialistische Krise in Frankreich“, Gesammelte Werke, Band 1, Halbband 1/2, Berlin 1974,

Eindeutige Haltung von Paul Singer

Auch Paul Singer antwortete auf die internationale Umfrage ausgesprochen klar und eindeutig. Er schrieb:

> „Eure Fragen vom 29. August bieten mir die Möglichkeit, meine tiefe Sympathie auszudrücken für Eure energische und mutige Haltung in der Dreyfus-Affäre für den Sieg der Wahrheit und der Gerechtigkeit, eine Haltung, die nun von Erfolg gekrönt wurde. Ich glaube, dass die politisch und ökonomisch organisierte Arbeiterklasse, die das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, in jeder Bewegung intervenieren muss, die Fälle von Unterdrückung oder Ungerechtigkeit verhindern und das ist in völliger Übereinstimmung mit den Prinzipien des Klassenkampfs.
>
> Wir müssen auch jegliche Initiative mit dem Ziel der Menschlichkeit und Freiheit unterstützen, ohne uns zu fragen, woher diese Initiative kommt.
>
> Es versteht sich von selbst, dass wir die Verpflichtung haben, die bürgerliche Partei nur solange zu unterstützen, wie sie die Propagierung unser politischen und wirtschaftlichen Ideen nicht behindert und unter der Bedingung, dass wir unserem Prinzip des Klassenkampfs vollkommen treu bleiben."[204]

Hier muss besonders hervorgehoben werden, dass Singer – wie später Lenin in „Was tun?" – verstanden und propagiert hat, dass die Unterstützung aller Kämpfe, die „Unterdrückung und Ungerechtigkeit" verhindern wollen, dem Prinzip des Klassenkampfes nicht widersprechen, dass aber Kompromisse dort ihre Grenze haben, wo die Propagierung der Prinzipien des Klassenkampfes behindert wird.

Richtige Position von Karl Kautsky

Auch Kautsky antwortete auf die Umfrage im Kern richtig:

> „Ich kann mir keine verhängnisvollere Haltung für eine kämpfende Klasse denken, als in einer Krisis neutral zu verharren, die eine ganze Nation ausfüllen; ich kann mir keine vernichtendere Haltung für eine Partei sozialer Wiedergeburt denken, als Gleichgültigkeit in einer

S. 17 f.) Es zeigt sich, dass sich auch bei Rosa Luxemburg die in der Sozialdemokratie verankerte absurde Vorstellung eines sogenannten „Finanzjudentums" wiederfindet.

[204] Paul Singer, Cahiers de la Quinzaine, 20.3. 1900, S. 67 f. www.archive.org/stream/s1chaiersdelaqui05pg#page/n148/mode/1up, eigene Übersetzung aus dem Französischen.

> Rechtsfrage zu bleiben, keinen Fehler, der unverzeihlicher wäre, als Unschlüssigkeit gegenüber der Soldateska. Ich wünsche ihrem edlen Werk den vollen Erfolg und drücke ihn freundschaftlich die Hand.“[205]

Franz Mehrings grundfalsche Position: Judenfeindschaft entstehe angeblich duch das Verhalten „reicher Juden“ und sei „antikapitalistisch“

Im September 1899 veröffentlichte Franz Mehring in der „Neuen Zeit“ den Artikel „Der verkrüppelte Dreyfushandel“.[206] Unmittelbarer Anlass war anscheinend die zweite Verurteilung von Dreyfus in Rennes 1899.

Mehring stellt zunächst richtig heraus, dass es gut sei, dass diese „feige und nichtswürdige Form sogenannter Rechtsprechung an den Pranger“ gestellt wurde. (S. 801)

Aus Mehrings Sicht fand in Frankreich ein Kampf des „feudal-klerikal-militaristischen Frankreich“ gegen das „bürgerlich-republikanische Frankreich“ statt und es sei im Interesse der proletarischen Klasse, dass das „bürgerlich-republikanische Frankreich“ siege. (S. 802) „Neutralität“ sei unmöglich. (S. 803)

Mehring warf das tatsächlich schwierige Problem auf, wo durch die Unterstützung der Dreyfusards die Grenze überschritten wird zur Unterstützung der bürgerlich-kapitalistischen Republik:

> „Schwierig wurde die sozialdemokratische Stellung nur dadurch, dass es nicht immer leicht war, die Grenze zu finden, bis zu der man in der Verteidigung der bürgerlichen Republik gegen ihre noch viel schlimmeren Todfeinde gemeinsam mit der Bourgeoisie gehen konnte.“ (S. 803)

Die bürgerliche Presse, die Dreyfus unterstützte, sah Mehring zu Recht kritisch. Dann aber kippt Mehrings ganze Argumentation.

Sein Tonfall und sein Vokabular, von Dreyfus als einem „reichen, mit dem kapitalistischen Klüngel versippten Juden“ zu schreiben, ist jedoch vollkommen inakzeptabel und die ganze Passage ist eine Aufforderung an die proletarische Klasse, sich herauszuhalten – entgegen

---

[205] Kautsky, Karl: Jaurès’ Taktik und die Sozialdemokratie in Deutschland, in: „Vorwärts“ , 26.7.1899, S. 3, 1. Spalte, hier zitiert nach: Jacobs, Jack: Sozialisten und die „jüdische Frage“ nach Marx, Mainz 1994, S. 26, Fußnote 44.

[206] Franz Mehring: Der verkrüppelte Dreyfushandel, Die Neue Zeit, XVII. Jg., 2. Band (1899), S. 801–804. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

seiner Position, dass das Proletariat nicht „neutral“ bleiben könne. Juristisch sei das Urteil „unzweifelhaft verächtlich“, politisch jedoch nicht „sehr verhängnisvoll“:

> „Die kapitalistisch-liberale Presse zeigt damit, dass es ihr in dem Dreyfushandel, so unsäglich breit sie ihn getreten hat, nicht um Ehren- oder Rechts- oder politische Interessensfragen, sondern einzig und allein darum zu tun war, ob einem reichen, mit dem kapitalistischen Klüngel versippten Juden auch einmal ausnahmsweise passieren darf, was so oder so vielen armen Teufeln sozusagen alltäglich in der kapitalistischen Gesellschaft passiert, ohne dass ein Hahn danach kräht. Mit diesem verkrüppelten Dreyfushandel hat die Arbeiterklasse natürlich nie etwas zu tun gehabt. Und so verächtlich das Urteil von Rennes vom juristischen Standpunkt aus unzweifelhaft ist, so ist es unter dem politischen Gesichtspunkt doch nicht gerade sehr verhängnisvoll …“ (S. 804)

Und genau das ist falsch, da es eben sehr wohl Sache des Proletariats ist, gegen alle Formen des antidemokratischen Unrechts anzukämpfen.

Mehring geht auch auf die Frage ein, woher denn die massive judenfeindliche Bewegung, der Mehring „blinde Voreingenommenheit“ attestiert, nun ausgerechnet in Frankreich kommt. Mehring schreibt in widerlich „verständnisvollem“ Ton, Ursache und Wirkung verdrehend, es sei klar

> „dass diese blinde Voreingenommenheit nicht dem gleichgültigen Hauptmann Dreyfus, sondern dem reichen Juden Dreyfus gilt, der mit dem kapitalistischen Klüngel eng versippt ist. Und dann ist die Folgerung unabweisbar: Wie muss es dieser Klüngel getrieben haben, um einen Hass gegen sich wachzurufen, der völlig blind und taub macht.“ (S. 802)

Es ist die alte grundfalsche Behauptung, die innerhalb der Sozialdemokratie verbreitet war, dass Judenfeindschaft auch aufgrund des Verhaltens von „reichen Juden“ entstehe und angeblich „antikapitalistisch“ sei.

Mehring sieht nicht, dass Judenfeindschaft in Frankreich durch die Propaganda der herrschende Klasse und ihrer Lakaien solch ein Ausmaß angenommen hat, dass Judenfeindschaft keineswegs „antikapitalistisch“ ist, sondern sich gegen die gesamte jüdische Bevölkerung richtet, nur reaktionär ist und als Instrument im Klassenkampf durch die herrschende Klasse genutzt wird.

Richtige Aspekte bei grundfalschen Schlussfolgerungen bei Wilhelm Liebknecht

Zu Wort meldete sich 1899 – wenige Monate vor seinem Tod – auch Wilhelm Liebknecht. Dieser hatte sich schon 1874 als einer der ersten führenden Sozialdemokraten in Deutschland mit teilweise richtigen, teilweise falschen Argumenten mit dem Thema Judenfeindschaft auseinandergesetzt und sich seitdem im Reichstag, in Artikeln, auf Versammlungen und Demonstrationen gegen Judenfeindschaft gewandt.[207]

1899 publizierte er in der „Fackel“[208] des Wiener Publizisten und Satirikers Karl Kraus[209] eine dreiteilige Artikelserie mit dem Titel

---

[207] Siehe Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848 bis 1893), Offenbach 2019, S. 318. Der Antikommunist Edmund Silberner widmet Wilhelm Liebknecht in „Sozialisten zur Judenfrage“ einen eigenen, im Kern positiv schildernden Abschnitt. Er schreibt: „Ein eigener Abschnitt über Liebknecht wäre hier unnötig, hätte dieser nicht im Zusammenhang mit der Dreyfus-Affäre Anlass zu Gerüchten gegeben, dass er ein Antisemit sei … Waren diese Vorwürfe berechtigt? […] An Liebknechts Erklärungen ist nichts Ungewöhnliches, bis auf das Datum: 1899. Zu Beginn der Affäre war fast jedermann von Dreyfus' Schuld überzeugt, einschließlich Zola, Jaurès und Clemenceau. Aber nur zu Beginn, nicht im Jahre 1899! Liebknechts Aufsätze, geschrieben im Herbst eben dieses Jahres, sind von einer unbeschreiblichen Naivität, enthalten aber kein Wort, das einen Beigeschmack von Antisemitismus enthielte.“ (Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962, S. 208 f.)

[208] „Die Fackel“ erschien von 1899 bis 1936. Sie war konzipiert als politisch-satirische Zeitschrift ohne parteipolitische Bindung. Von Anfang an stammten die Beiträge, Zeitungsschauen und Leserbrief-Antworten vor allem von Karl Kraus, aber in den ersten Jahren erschienen auch Beiträge anderer Autoren, darunter Erich Mühsam, Oskar Wilde, Franz Wedekind, Else Lasker-Schüler. Aber auch der Rassist und Judenfeind Houston Stewart Chamberlain konnte nach der Veröffentlichung seines rassistisch-judenfeindlichen Machwerks „Die Grundlagen des 21. Jahrhunderts“ darin Beiträge lancieren (etwa „Der voraussetzungslose Mommsen“: Die Fackel, Nr. 87, November 1901).

[209] Karl Kraus (1874 in Jičín – 1936 in Wien) hatte in Wien Jura studiert und verkehrte mit Anhängern des „Jung-Wien“, die sich um Hermann Bahr gruppiert hatten. 1899 gründete er die Zeitschrift „Die Fackel“, in der er Korruption und Missstände auf satirische Art anprangerte und Beiträge von Gastautoren publizierte. 1911 trennte sich Kraus von bisherigen Gastautoren der „Fackel“ und versah die Zeitschrift mit dem Zusatz „Sämtliche Beiträge von Karl Kraus“.

„Nachträgliches zur ‚Affäre'".[210] Kraus hatte sich bereits in vorherigen Ausgaben der neu gegründeten „Fackel" sporadisch zur Dreyfus-Affäre geäußert[211] und bat nun Liebknecht um eine Stellungnahme. Dieser hatte mit einer Äußerung aus respektablen Gründen bis zur Begnadigung von Dreyfus im September 1899 gewartet:

> „Und dem Gesindel, das in Frankreich und außerhalb Frankreichs nach der Verurteilung ‚des Juden' lechzte, wollte ich keinen Triumph bereiten."[212]

Zu diesem Zeitpunkt (im Oktober 1899) hatte sich in Frankreich und international – anders als zu Beginn des Justizskandals – nahezu einhellig die Einsicht durchgesetzt, dass es sich um eine Fälschung durch den französischen Staat handelte. Nicht so bei Wilhelm Liebknecht.

Liebknecht arbeitete in der Artikelserie einige wichtige und teilweise richtige Aspekte heraus, die häufig aber verwoben waren mit falschen Begründungen oder Schlussfolgerungen, auf die im Folgenden eingegangen werden soll.

Einschätzung der Dreyfusards

Wilhelm Liebknecht hob hervor, dass die Bewegung der Dreyfusards nicht nur aus fortschrittlichen und linken Unterstützern bestand, Antikommunisten und Reaktionäre jedoch aufgrund der Schwäche der linken Kräfte nicht hinausbefördert werden konnten:

> „Nicht dass ich damit sagen wollte, auf der anderen Seite sei bloß reines, sauberes Volk gewesen. Es roch zum Teil sehr stark nach Panama,[213] und

---

[210] Die Fackel, Nr. 18/1899 vom September, Nr. 19/1899 Anfang Oktober und Nr. 21/1899. Im Dezember 1899 publizierte Karl Kraus die drei Artikel in Broschürenform als Sonderdruck.

[211] Die Dreyfus-Affäre und allerlei Details zum Prozess und zu den Dreyfusards und Anti-Dreyfusards waren in der „Fackel" Thema. Die „Fackel" nahm jedoch weniger die Judenhetze aufs Korn, sondern eher das sogenannte „Dreyfusmartyrium" (siehe etwa Die Fackel, Nr. 6/1899) oder die Frage, „ob das dogmatische Interesse der Jüdisch-Klerikalen […] nicht am Ende größeres Unheil bewirken könnte als aller Antisemitismus" (Die Fackel, Nr. 7/1899). Eine solche naiv und „unschuldig" daherkommende Frage war jedoch in Wirklichkeit eine bewusst in die falsche Richtung zielende rethorische Frage.

[212] Liebknecht, Wilhelm: Nachträgliches zur „Affäre", Die Fackel, Nr. 18/1899, S. 1363

[213] „Panama" war durch die Hetze der Judenfeinde in Frankreich ein Codewort für die Korrumpiertheit jüdischer Finanziers geworden, was Liebknecht hier nicht klarstellt.

> der Sozialistenhetzer Trarieux, der manchen gewiss unschuldigen Arbeiter ins Gefängnis gebracht hat, und der Sozialistenschlächter Gallifet, der in der blutigen Maiwoche 1871, lächelnd, die Zigarette im Munde, die Proletarier: Männer, Frauen, Kinder, dutzend- und hundertweise über den Haufen schießen ließ.“ [214]

Der berechtigte Hass Wilhelm Liebknechts auf die Antikommunisten und Unterdrücker der Arbeiter:innen, die in dieser Bewegung mitmischten und damit ihr Image aufpolieren wollten, führte dazu, dass er sich dazu verstieg, die ganze Bewegung der Dreyfusards über einen Kamm zu scheren. Er stellte diese in eine Reihe mit durch und durch reaktionären Bewegungen wie „den Rattenfänger-Kreuzzügen der Kinder, den Springprozessionen der Sanct Veitsbrüder und den Massenwanderungen der tanzenden Derwische“.[215]

Gegen Heuchelei und deutsch-nationalistischen Franzosenhass in Deutschland

Wilhelm Liebknecht klagt zu Recht die Heuchelei der bürgerlichen Presse im außerfranzösischen Ausland an, die Nationalismus schürt und „über die Schäden daheim einen Schleier verbreitet“:

> „Charity begins at home. Menschenliebe beginnt im eigenen Haus, das sagt das englische Sprichwort. Und nicht bloß die Menschenliebe, auch die Gerechtigkeit und andere Tugenden beginnen daheim. Die Presse freier Länder unterscheidet sich von der Presse unfreier Länder dadurch, dass sie die Schäden daheim aufdeckt und sich mit denen des Auslands erst in zweiter Linie beschäftigt, während die Presse unfreier Länder über die Schäden daheim einen Schleier verbreitet, die des Auslands dagegen mit der Lupe und dem Vergrößerungsglas betrachtet.“[216]

Liebknecht weist vor allem die antifranzösische Heuchelei und die deutsch-nationalistischen doppelten Standards zurück: „Dann berührte mich sehr unangenehm das blöde Geschimpfe auf Frankreich,

---

[214] Liebknecht, Wilhelm: Nachträgliches zur „Affäre“, Die Fackel, Nr. 21/1899, S. 1541

[215] Ebenda

[216] Liebknecht, Wilhelm: Nachträgliches zur „Affäre“, Die Fackel, Nr. 21/1899, S. 1425

die Franzosen und alles Französische. Wozu dieser Appell an den gemeinsten Chauvinismus?“[217] – „Das Geschimpfe auf die ‚Fälscherbande‘, ‚Verbrecher‘, ‚verkommenen Franzosen‘, das an die wütenden Orgien des 1870/71er Kriegsfanatismus erinnerte“[218]. Und er untermauert dies wie folgt:

> „Insbesondere die deutsche Presse hat arg gesündigt. Und liberale oder gar demokratische Zeitungen haben eine ‚Franzosenfresserei‘ inszeniert, die unsere verbohrten Junker und Polizeipatrioten mit Neid erfüllen mussten.“[219]

> „Das Hässlichste, das Abstoßendste jedoch in der ‚Affäre‘ und der ‚Affären‘-mache ist die innerliche Unwahrheit, die verlogene Scheinheiligkeit dieser Entrüstungskomödie, dieser verlogensten aller Entrüstungskomödien. Und das ging ganz besonders von der ‚Campagne‘ aus, wie sie in Deutschland geführt worden ist.“[220]

So weit, so gut. Aber das war leider nicht der Kern von Liebknechts Ausführungen.

Grundfalsche Position: Judenfeindschaft sei durch den Kampf der Dreyfusards verstärkt worden

Die Judenfeindschaft, das sah Liebknecht richtig, wurde seit der Dreyfus-Affäre verschärft. Jedoch statt klarzumachen, dass dies das Ergebnis der judenfeindlichen Aufhetzung des französischen Staats und der reaktionären Presse ist, macht er die „Campagne“ der Dreyfusards dafür verantwortlich:

> „Die antisemitische Bewegung war in Frankreich 1894 sehr schwach – ihre Träger galten als lächerliche Personen. Seitdem ist sie etwas stärker geworden, aber wesentlich infolge der ‚Campagne‘.“[221]

Ähnliches wiederholt Liebknecht an anderer Stelle, er habe im „Gespräch mit Befürwortern der Dreyfus-Sache“ unter vier Augen geäußert, die „Leiter der ‚Campagne‘ verdienten Stockschläge für den

---

[217] Liebknecht, Wilhelm: Nachträgliches zur „Affäre“, Die Fackel, Nr. 18/1899, S. 1370

[218] Ebenda, S. 1371

[219] Ebenda

[220] Liebknecht, Wilhelm: Nachträgliches zur „Affäre“, Die Fackel, Nr. 21/1899, S. 1533

[221] Liebknecht, Wilhelm: Nachträgliches zur „Affäre“, Die Fackel, Nr. 18/1899, S. 1365

Schaden, den sie ihrer eigenen Sache zufügten, und für den Vorschub, den sie den Antisemiten und Reaktionären aller Art leisteten.“ („Die Fackel“, Nr. 18/1899, S. 1371)

Liebknecht schreibt weiter:

> „Es war ein kolossaler Missgriff, die Sache des Judentums mit der Sache des Dreyfus eins zu erklären. Ist das Judentum schuldig, wenn ein Jude ein Verbrechen begangen hat? Kein vernünftiger Mensch in Frankreich und außerhalb Frankreichs hatte daran gedacht, die Juden für Dreyfus verantwortlich zu machen.“[222]

Liebknecht nimmt hier eine sehr naive Position ein, wenn er es ablehnt, die Dreyfus-Affäre im Kontext der Judenfeindschaft zu sehen. Denn es war ja der französische Staat und die reaktionäre Presse, die Judenfeindschaft durch eine massive Hetze verstärkt haben.

Unschuldsvermutung beim bürgerlichen Staat

In weiten Teilen der Artikelserie geht Liebknecht auf Verfahrensfragen des Prozesses ein, erläutert, was er für wahrscheinlich hält, welchen Eindruck die Haltung von Dreyfus auf seinen Verteidiger gemacht habe usw.[223] Gleich auf der ersten Seite des ersten Artikels erklärt er: „Ich glaube nicht an die Unschuld des französischen Hauptmanns Dreyfus.“[224] Dabei stützt er sich auf Organe der bürgerlichen Presse in Frankreich und Deutschland.[225] Dem bürgerlichen Staat,

---

[222] Liebknecht, Wilhelm: Nachträgliches zur „Affäre“, Die Fackel, Nr. 19/1899, S. 1426

[223] Dreyfus akzeptierte 1899 eine Begnadigung. Liebknecht kommentiert dies wie folgt: „Wären das Bewusstsein seiner Unschuld und das Streben, sie an den Tag zu bringen, in Dreyfus so stark, wie behauptet wird, so hätte er meines Erachtens nicht so handeln können, wie er gehandelt hat. Jedenfalls war seine Sehnsucht, aus dem Gefängnis zu kommen, größer als die Sehnsucht, seine Unschuld zu beweisen …“ (Die Fackel, Nr. 19/1899, S.1420) Auch über Zola macht er sich auf eine Art und Weise lustig, die nicht nachvollziehbar ist: „… wahrhaftig, der tapfere Zola, der vor seinem Prozess so kühn nach London davongelaufen und dort ein Jahr lang todesmutig im Mauseloch versteckt gewesen ist, war *nicht* der Mann, der die Republik gerettet hätte.“ (Die Fackel, Nr. 19/1899, S.1433, H. i. O.)

[224] Liebknecht, Wilhelm: Nachträgliches zur „Affäre“, Die Fackel, Nr. 18/1899, S.1363

[225] Liebknecht nennt die französische „Temps“, die „Kreuzzeitung“ und die „Vossische Zeitung“. (Die Fackel, Nr.18/1899, S. 1369)

dem Militär und der Justiz traut Liebknecht einen Justizbetrug aus judenfeindlichen Motiven nicht zu! Liebknecht schreibt, dass

> „der französische Generalstab wissentlich einen Schuldlosen verurteilt. Eine geradezu monströse Abgeschmacktheit. […] Und dass aus bloßem Judenhass der Jude Dreyfus auf die Teufelsinsel geschickt worden war, ist eine Annahme, die jeder Psychologie und allem guten Menschenverstand ins Gesicht schlägt."[226]

Ähnlich erklärt Liebknecht an anderer Stelle, er würde jemanden, der ihm erzähle, ein jüdischer Offizier in Deutschland, der unschuldig ist, würde der Spionage für Frankreich schuldig befunden, bloß weil er Jude ist, „für verrückt halten". Die Annahme eines „kriegsrichterlichen Ritualmords" hält er für widersinnig und widernatürlich.[227] Einen solchen moralischen „Kodex" traut er anscheinend selbst prominenten extremen Judenfeinden wie Boeckel oder Ahlwardt nicht zu:

> „Mich wird niemand der Sympathie für die Antisemiten verdächtig halten, allein eine so hohe Meinung ich von dem Judenhass der Herren Liebermann von Sonnenberg, Boeckel, Ahlwardt und Genossen auch haben mag, das würde ich ihnen doch nie zutrauen, dass sie, auf der Richterbank sitzend, einen Juden bloß deshalb, weil er ein Jude ist, eines todeswürdigen Verbrechens für schuldig erklären und auf die ‚trockene Guillotine' schicken würden."[228]

Die „Macht der Juden" in der Presse

Liebknecht greift in seinen Artikeln zur Dreyfus-Affäre auch zu Schlagwörtern der judenfeindlichen Bewegung und schreibt von einem internationales „Syndikat" der jüdischen Presse:

> „Mache und Reklame. Reklame und Mache. Nie war eine gleich reklamehafte Mache, nie eine auf gleich gigantischem Fuß. Es war teils ein stramm aufgeführtes Konzert, teils eine wohleingeübte Katzenmusik – beides mit einem Dirigenten, dem sämtliche Mitwirkende auf den Wink folgten. Eine Bewegung des Taktstocks, und in Paris, London, Berlin, Wien, New York, überall das gleiche Singen, Blasen, Pfeifen, Zischen,

[226] Liebknecht, Wilhelm: Nachträgliches zur „Affäre", Die Fackel, Nr. 18/1899, S. 1365
[227] Ebenda, S. 1366
[228] Ebenda, S. 1365

> Quieken, Brüllen. Und da wundert man sich noch, dass der Glaube an ein ‚Syndikat' entstanden ist!"[229]

Oder er bemüht das Codewort „Panama", um den Grund für die Verstärkung der Judenfeindschaft beim Verhalten von Juden zu suchen:

> „Weit mehr Wasser auf die Mühle des Antisemitismus hatte die Beteiligung von Juden an dem Panama-Schwindel geliefert."[230]

Laut Liebknecht werde also Judenfeindschaft durch Juden befördert.

Reaktionen auf Liebknechts Stellungnahme

In Frankreich erhielt Wilhelm Liebknecht Applaus von nationalistischer Seite. Positiv über seine Artikelserie äußerte sich die judenfeindliche „Libre Parole" Drumonts (5.12.1899) und die reaktionär-monarchistische „Action Française" (1.12.1899)[231], die, wie Karl Kraus berichtete, Liebknechts Artikelserie auf Französisch in mehr als 100.000 Exemplaren verbreitete. Weniger auflagenstarke Blätter wie die judenfeindliche „Libre Parole" druckten große Auszüge der Artikelserie ab.

Von Vertretern der sozialistischen Parteien wurde Wilhelm Liebknechts Stellungnahme kritisiert. Gerault-Richard schrieb in der „Petite Republique" vom 11. Dezember 1899, dass Liebknecht zwar behaupte, weder Antisemit noch Militarist zu sein, zumindest aber hier „wie ein Militarist und Antisemit spricht und schreibt".[232]

Auf dem 16. Kongress der Parti Ouvrier Français im Dezember 1899 berichtete Jean Jaurès über die internationale Umfrage der „La Petite République". Als Liebknechts Name genannt wurde, kam es zu einem Zwischenfall. „A bas Liebknecht!" (Nieder mit Liebknecht!), rief der Delegierte Émile Joindy. Er wurde auf die Tribüne gerufen, um seinen

---

[229] Liebknecht, Wilhelm: Nachträgliches zur „Affäre", Die Fackel, Nr. 19/1899, S. 1421

[230] Liebknecht, Wilhelm: Nachträgliches zur „Affäre", Die Fackel, Nr. 19/1899, S. 1426

[231] Siehe Silberner, Edmund, Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962, S. 211

[232] Congrès général des organisations socialistes françaises tenu à Paris du 3 au 8 decembre 1899. Compte rendu sténographique officiel, Paris 1900, S. 178. Zitiert nach: Silberner, Edmund, Sozialisten zur Judenfrage, S. 211

Zwischenruf zu rechtfertigen. Mit großer Mehrheit wurde dann Joindys Verweis vom Kongress zugestimmt und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sangen die „Internationale“.[233]

In Deutschland gab es keine direkte öffentliche Kritik eines führenden Vertreters der Sozialdemokratie an Wilhelm Liebknechts Artikelserie in der „Fackel“. Allerdings wurde sie auch nicht nachgedruckt oder verbreitet. Man sah eher peinlich berührt darüber hinweg.[234] In diesem Zusammenhang soll der Vollständigkeit halber noch erwähnt werden, dass Liebknecht eher trickreich und Verwirrung stiftend auf die internationale Umfrage von Jean Jaurès geantwortet hat mit Verweis auf einen Brief, der damals nicht öffentlich vorlag.[235] Kurz nach diesen Stellungnahmen starb Wilhelm Liebknecht im August 1900 mit 74 Jahren. Erst drei Jahre nach seinem Tod wurde Wilhelm Liebknechts Artikel zur Dreyfus-Affäre auf dem Parteitag der SPD in Dresden 1903 thematisiert.[236]

---

[233] „L’Affaire Liebknecht“, Cahiers de la Quinzaine, Nr. 1, 5.1.1900, S. 50 f. Um es den Leserinnen und Leser zu ermöglichen, sich selbst ein Bild zu machen, wurde Liebknechts Artikelserie aus der „Fackel“ im Anhang auf Französisch abgedruckt. www.archive.org/stream/s1chaiersdelaquinz1pg#page/n55/mode/1up

[234] August Bebel schrieb in einem Brief an Karl Kautsky 1899: „Der Alte hat sich mit seinen Erklärungen arg blamiert; je älter er wird, desto widerspruchsvoller wird er; er kann einem leidtun.“ (August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky, hrsg. von Karl Kautsky Jr., Assen 1971, S. 116)

[235] Liebknecht schrieb als Antwort auf die internationale Umfrage: „Die Antwort auf Ihre Fragen steht in meinem Brief an den Kongress von Epernay (gemeint ist der17. Kongress der Parti Ouvrier Français im August 1899, A. d. V.). Ich bitte Sie, mich zu entschuldigen, die Begründung zu wiederholen, die ich in diesem Brief, der an die Öffentlichkeit gerichtet war, bereits gegeben habe.“ (Cahiers de la Quinzaine, 5.3.1900, S. 38, eigene Übersetzung aus dem Französischen. www.archive.org/stream/s1chaiersdelaqui05pg#page/n4/mode/1up

In den „Cahiers de la Quinzaine“, Nr. 8, 20.4.1900, S. 27 f. wird Liebknechts Brief an den Kongress abgedruckt. Liebknecht geht darin aber nicht auf die Dreyfus-Affäre ein. www.archive.org/stream/s1chaiersdelaqui05pg#page/27/mode/1up

[236] Der SPD-Delegierte aus dem revisionistischen Lager Heinrich Braun weist darauf hin, dass der Artikel „der französischen Partei damals und noch auf Jahre hinaus ganz außerordentliche Schwierigkeiten bereitete“ (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der SPD. Abgehalten zu Dresden 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S.164). Kautsky bezeichnete auf dem Dresdner Parteitag Liebknechts Artikel zwar als Fehler, bagatellisierte diesen aber eher und bezeichnet ihn als „Entgleisung“ (ebenda,

Zusammenfassung

In Frankreich hatte sich im Zusammenhang mit der Dreyfus-Affäre eine Massenbewegung gegen Judenfeindschaft gebildet, die es so in Deutschland nicht gab.[237]

In Deutschland hatten sich unter anderem August Bebel, Paul Singer, Rosa Luxemburg und Eleanor Marx[238] für einen demokratischen Kampf gegen Judenfeindschaft, Nationalismus und Militarismus eingesetzt. Singer, Bebel und Luxemburg hatten auch eigene Kriterien erarbeitet, wie in der Solidaritätsbewegung die proletarische Klasse ihren revolutionären Standpunkt in einem solchen demokratischen

---

S. 175). Victor Adler von der Sozialdemokratie Österreichs, der als Gast auf dem Parteitag anwesend war, bezeichnete Liebknechts Artikel zu Dreyfus als „unangenehm" (ebenda, S. 188), versuchte aber auch, die Sache herunterzuspielen.

[237] Die kommunistischen Kräfte in Frankreich arbeiteten 1934 selbstkritisch die Fehler der Sozialisten in der Dreyfus-Affäre heraus. Insbesondere kritisierten sie die Kapitulation vor der Herausforderung, den Kampf gegen das Unrecht der Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung „mit eigenen Parolen des Proletariats" zu führen: „Im Januar 1898 einigten sich die Sozialisten von Millerand bis Guesdes über Jaurès darauf, nicht einzugreifen … Keiner der Unterzeichner sagte: ‚Lasst uns in die Schlacht ziehen! Aber lasst uns mit weit ausgebreiteter Fahne in die Schlacht ziehen mit unseren eigenen Parolen des Proletariats! Lasst uns den Skandal nutzen, um die werktätigen Massen gegen das Regime selbst aufzubringen!" (Bruhat, Jean: L'affaire Dreyfus e le socialisme français, Mai 1934, Archives Communistes MLM, S. 4)

[238] Von London aus schrieb Eleanor Marx in einem Artikel im „Hamburger Echo" am 20. Januar 1898: „Das ist ein Justizskandal! Das ist Antisemitismus übelster Sorte." Zitiert nach: Weisweiler, Eva, Lady Liberty, das Leben der jüngsten Marx-Tochter Eleanor, Hamburg 2018, S. 364, Fußnote 65. Einige Monate später drückte sie kurz vor ihrem Tod 1898 ihre Empörung über die Dreyfus-Affäre und ihre Begeisterung für das mutige Auftreten von Zola aus. Anlässlich ihres Todes schrieb Eduard Bernstein in der „Neuen Zeit" in dem Nachruf „Eleanor Marx": „Ein bemerkenswerter Charakterzug von Eleanor Marx war ihre starke Sympathie mit den Juden. Häufig betonte sie ihre jüdische Herkunft: ‚I am a Jewess' – wie oft habe ich sie das mit Stolz von der Tribüne herab der Menge zurufen hören, sie, die weder jüdisch religiös war, noch mit den offiziellen Vertretern des Judentums in irgendwelchem Verkehr stand. Mit umso größerer Sympathie fühlte sie sich zu den jüdischen Proletariern des East End hingezogen. Aber ihre Gegnerschaft gegen jede Art von Antisemitismus erschöpfte sich nicht damit. Wo der Jude als Jude unterdrückt war, da ließ sie sich nicht durch das tief in ihrer Seele ausgeprägte proletarische Klassengefühl beirren, da erwärmte sie sich für den Unterdrückten ohne Rücksicht auf Klassenstellung. So beim Prozess Dreyfus, bzw. Zola. Über das mutige Auftreten Zolas drückte sie sich noch zuletzt in Briefen in begeisterten Worten aus." (Bernstein, Eduard: Eleanor Marx, Die Neue Zeit, XVI. Jg., 2. Band, Nr. 30, 13. April 1898, S. 122.)

Kampf verteidigen muss. Bebels solidarische Position wurde auch im „Vorwärts“ abgedruckt.

Wilhelm Liebknecht hatte in seiner Stellungnahme zwar einzelne Aspekte richtig betont – insbesondere die Heuchelei der Bourgeoisie und der bürgerlichen Presse in Deutschland, ihren deutschen Nationalismus und Franzosenhass, aber auch die Problematisierung bürgerlicher und antikommunistischer Kräfte in der Bewegung der Dreyfus-Unterstützer. In ihrer Wirkung wurde seine Stellungnahme aber zu Recht als Entsolidarisierung und Distanzierung von der Bewegung gegen den judenfeindlichen Justizskandal und als Beschönigung des reaktionären Staatsapparats aufgefasst. Liebknechts Position, dass die proletarische Klasse mit diesem Streit innerhalb der Bourgeoisie nichts zu schaffen haben könne, war ein falsch verstandener „Arbeiterstandpunkt“. Liebknecht übernahm zudem judenfeindliche Lügen über die angebliche „Macht der Juden“ eines internationalen „Syndikats“ in der Presse. Liebknecht erklärte zudem fälschlicherweise mit dem Verweis auf den „Panama-Skandal“ das Verhalten von Juden selbst als Grund für Judenfeindschaft oder die Zunahme von Judenfeindschaft.

Im Gegensatz zu Wilhelm Liebknechts Stellungnahme überrascht Franz Mehrings Artikel nicht so sehr. Mehring hat Fehler aus früheren Stellungnahmen wieder aufgegriffen, insbesondere die Behauptung, dass Judenfeindschaft aus dem Hass gegen „reiche Juden“ entstehe und deshalb eine „antikapitalistische“ Komponente habe. Die Aufforderung an die proletarische Klasse, sich aus der Bewegung gegen die Dreyfus-Affäre herauszuhalten, da dies lediglich Auseinandersetzungen innerhalb der Bourgeoisie seien, führte er ebenso fort. Zudem propagierte Liebknecht die falsche Auffassung, dass Judenfeindschaft angeblich durch das Verhalten „reicher Juden“ entstehe und angeblich „antikapitalistisch“ sei.

Klar wird aus der Analyse der Ereignisse und der Stellungnahmen anlässlich der Dreyfus-Affäre in Frankreich: Die Judenfeindschaft „erledigt“ sich nicht mit der Industrialisierung und der kapitalistischen Entwicklung. Das Gegenteil ist der Fall.

4. Die Zeitschrift „Der wahre Jacob“

Im Folgenden soll nach einer Durchsicht aller Ausgaben der Zeitschrift „Der wahre Jacob“ der Jahrgänge von 1894 bis 1914 die Haltung zur Judenfeindschaft analysiert werden.[239] Um es vorwegzunehmen: Artikel über die Judenfeindschaft, über judenfeindliche Parteien und Karikaturen und Witze über Juden waren eindeutig nicht das Hauptanliegen dieser sozialdemokratisch orientierten Zeitschrift. Sie richtete sich vor allem gegen Bismarck, die Militarisierung, das Preußentum, aber auch gegen die Politik des Kolonialismus. Jedoch sind bei allen Themen auch falsche Positionen zu finden, insbesondere wenn es um den Kolonialrassismus geht.

„Der wahre Jacob“ hatte 1905 eine Auflage von 193.000 Exemplaren, im Jahr 1910 von 286.000 und im Jahr 1914 waren es 366.000.[240] Es war die auflagenstärkste Publikation der Sozialdemokratie in Deutschland. „Der wahre Jacob“ hatte also ein großes Gewicht in der Publikationstätigkeit der Sozialdemokratie.

a) Entlarvung von Judenfeindschaft

Gegen die judenfeindliche Parole „Juden raus!“

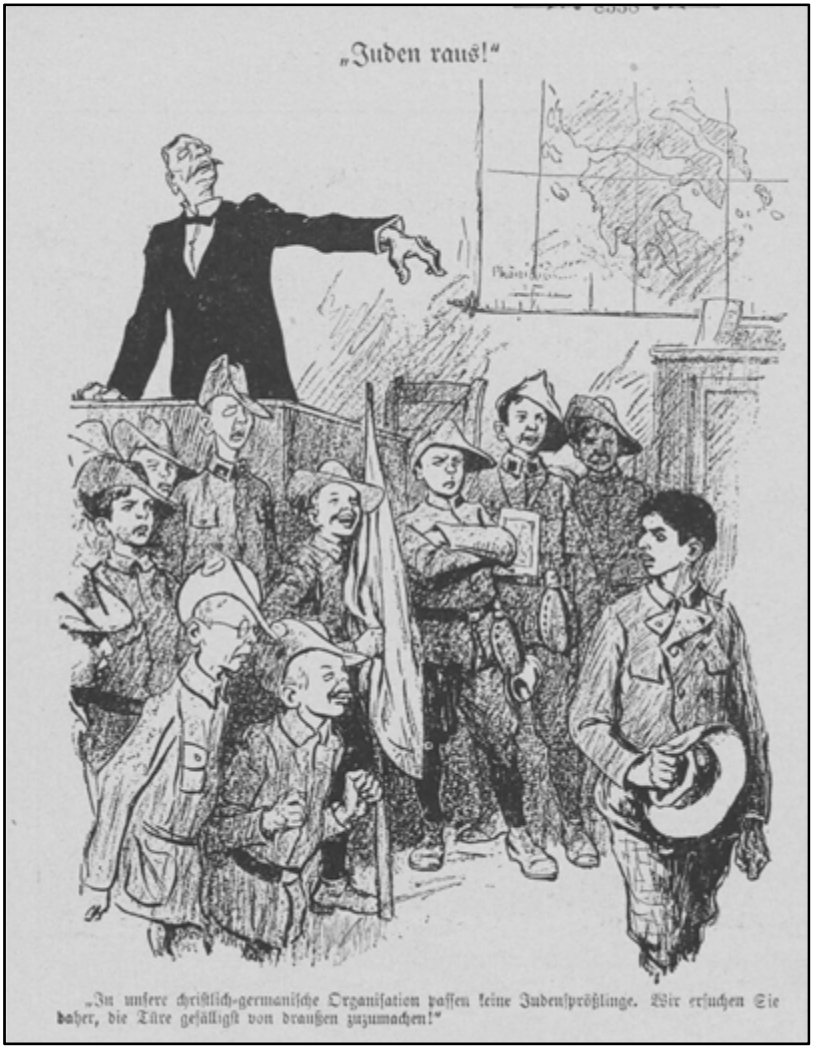
Die judenfeindliche Parole „Juden raus!“ wird in einer Karikatur von 1914 entlarvt. Ein Judenfeind wirft einen jüdischen Jungen aus einer „christlich-germanischen Organisation“, vermutlich eine Pfadfindergruppe, mit folgenden Worten: „In unserer christlich-germanischen Organisation passen keine Judensprösslinge. Wir ersuchen Sie daher, die Türe gefälligst von draußen zuzumachen!“ Und die anderen Jungen freuen sich in ekelhaft überheblicher Manier. Der Judenfeind beschimpft den jüdischen Jugendlichen als „Judensprössling“ und unter-

[239] Sämtliche Ausgaben des „Wahren Jacob“ sind digital zu finden unter: https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/wj. Es gibt eine Volltextsuche, mit der in den einzelnen Exemplaren nach Stichwörtern gesucht werden kann. Die Ausgaben des „Wahren Jacob“ wurden zudem nach Stichworten durchsucht und stichpunktartig durchgesehen.

[240] Siehe Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich, Bonn 1978, S. 274

streicht damit, dass „christlich-germanisch“ und „jüdisch“ ein unüberbrückbarer Gegensatz im Weltbild der Judenfeinde ist. (Beilage zum „Wahren Jacob“ (WJ), Nr. 726, 16. Mai 1914, S. 8338)

So oder so ähnlich hat wohl die Realität für jüdische Jugendliche in ganz Deutschland zu dieser Zeit ausgesehen. Der Karikatur gelingt es, den Blick auf diese menschenverachtende Atmosphäre zu richten.



Gegen bestimmte Judenfeinde

In einigen Ausgaben des „Wahren Jacob“ werden bestimmte Judenfeinde treffend als Lügner charakterisiert. Zum Beispiel Karl Lueger, der bekannte judenfeindliche Wiener Bürgermeister:

„A: Die Wiener Antisemiten sind wohl recht glücklich, dass Lueger Bürgermeister werden darf?
B: Ach nein, sie werden schon passenden Ersatz finden, sie haben ja noch ***Lügler*** genug.“ (WJ, 1895, Nr. 244, S. 2070, H. i. O.)

Oder Adolf Stoecker, evangelischer Pfarrer, Hofprediger und judenfeindlicher Politiker:

„A: Welcher Unterschied ist zwischen Stoecker und einem Druiden?
B: Ein Druide ist zugleich *Priester* und *Wahr-Sager,* – Stoecker ist wohl Priester, aber kein *Wahr-Sager.“* (WJ, 1895, Nr. 245, S. 2077, H. i. O.)

Gegen die Judenfeindschaft der Junker

In einem Gedicht von 1903 wird die Judenfeindschaft der Junker zur Zeit der antijüdischen sogenannten Kreuzzüge benannt:

„Ein Edelster […]
In Kreuzzugstagen soll es schon Frechmöpse gegeben haben.
Ein frommes tapferes Rittergeschlecht – Sie stahlen wie die Raben.
Doch zogen sie nicht ins heilige Land. Sie hockten derweil an der Elbe.
Und plünderten jüdische Krämer aus – Das war so ziemlich dasselbe.“ (WJ, 1903, Nr. 435, S. 3992)

Damit wird die Aufmerksamkeit darauf gerichtet, dass die Judenfeindschaft der Junker auf dem Gebiet, das später das Deutsche Reich wurde, eine sehr lange Tradition hat.

Gegen die Judenfeindschaft von Graf Pückler

Gegen den extremen Judenfeind Graf Pückler richtet sich ein Gedicht aus dem Jahre 1906:

„Graf Pückler […]
Noch ist Pückler nicht vernichtet. Wiederkommen wird der Graf.
Zittert, Juden! Heult, ihr Fremden! Schlüpft in eure Leichenhemden!
Würgen wird er euch im Schlaf. Mit den Gardegrenadieren
Wird Graf Pückler massakrieren. Was da Levy heißt und Cohn.
„Auf die Bajonette spießt sie! Schlagt sie nieder und erschießt sie!
Keinem Gnade und Pardon!“ Was in Köpenick geschehen.
Ließ den neuen Plan entstehen, Pücklers Judenmetzelplan:
„Brauch nicht feige Zivilisten! Hol mir einfach die Gardisten!
Ziehe Uniform mal an!“ (WJ, 1906, Nr. 531, S. 5247)

Walter Graf Pückler war der berühmteste Radauantisemit seiner Zeit, der sich als Nachfolger von Ahlwardt sah. Sehr zu Recht wird in dem Gedicht eine doppelte Gefahr aufgezeigt: Pückler war auch nach etlichen verlorenen Gerichtsprozessen keineswegs geschlagen und es musste deutlich ausgesprochen werden, dass Judenfeinde wie Pückler auch den Plan verfolgten, die jüdische Bevölkerung mithilfe bewaffneter Pogromisten zu ermorden.

Gegen Pogrome in Russland 1906 und gegen Pogrome im Mittelalter auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reiches

Das Gedicht „Pogrom" von 1906 richtet sich gegen die judenfeindlichen Pogrome in Russland und stellt dabei die besondere Rolle der christlichen Kirchen heraus, wenn es darum ging, den Hass und die Feindschaft gegen die jüdische Bevölkerung zu schüren. Im 3. Vers wird auch auf die Pogrome auf dem Gebiet, das später zum Deutschen Reich gehörte, eingegangen. Es wird nicht an deutlichen Worten gespart, um ins Bewusstsein zu rücken, dass judenfeindliche Pogrome keineswegs nur eine Angelegenheit im Russland des Jahres 1906 sind, sondern dass auch die jüdische Bevölkerung in „unseren Städten" über Jahrhunderte „in Christi Namen" massakriert wurde:

„Pogrom
Ein Angstschrei, Waffenklirren. Ein Fanal:
Die Judenhäuser brennen! Gierigen Blicks
Wälzt sich die Meute durch der Gassen Zahl –
Voran der Pope mit dem Kruzifix …
Der Meuchelmörder und die Klerisei,
Sie spielten immer in der Menschheit Dramen
Das Brüderpaar. Bei jeder Schurkerei
Fand man sie Hand in Hand – ‚in Christi Namen' …
Wir wissen's längst. Durch unsere Städte auch
Zog dieses Bluthauchs dumpfer, schwüler Duft
Vom Folterbett. Der Scheiterhaufen Rauch
Verpestete jahrhundertlang die Luft …"
(WJ, 1906, Nr. 523, S. 5124)

Kampf gegen die Ritualmordlüge in Deutschland

1913 wird in einem ganzseitigen Artikel der von der erzreaktionären „Kreuzzeitung“ verbreiteten Ritualmordlüge der Kampf angesagt. Der „Wahre Jacob“ macht mithilfe einer fiktiven Geschichte klar, dass die Kindermörder nicht im Judentum zu finden sind. Denn wer sich wirklich auf die Suche nach den „Kinderleichen“ macht, der wird die Spur bei „echt christlichen Großindustriellen“ finden. Es sind die Kapitalisten, die Kinderarbeit betreiben und den Müttern und Vätern nicht genügend Lohn zahlen, weshalb die Kinder der ausgebeuteten Arbeiter und Arbeiterinnen an Hunger und Krankheiten „elend zu Grunde gehen mussten“:

> „Auf der Suche nach Ritualmorden
>
> Im Kampf für die Wahrheit ist die Kreuzzeitung nie erlahmt. So war es ihr auch jetzt eine schöne Pflicht, der Welt klar zu beweisen, dass das Judentum wirklich die scheußlichen Ritualmordverbrechen begeht, die ihm nachgesagt werden.
>
> Ein bedeutender Forscher und Gelehrter wurde mit den Nachforschungen beauftragt. Doch trotz eifrigen Studiums aller einschlägiger Literatur wollte es dem Gelehrten anfangs nicht gelingen, eine Spur zu entdecken.
>
> Da, als der Forscher eines Tages über die Lösung seiner Aufgabe nachsinnend seines Weges ging, begegnete er einem armseligen Leichenzug.
>
> Es waren Kinderleichen, die zu Grabe gefahren wurden. Auf seine Frage, woran die armen Kinder gestorben seien, wurde ihm geantwortet, dass ihnen von einem brutalen Ungeheuer das Blut aus dem Leibe gesogen und sie daher an Blutarmut zu Grunde gegangen seien. Mit Feuereifer verfolgte er die Spur weiter und hatte bald den Namen und Aufenthalt des Täters entdeckt.
>
> Er suchte ihn unverzüglich auf – und da sah er, dass er keinen Juden vor sich hatte, sondern einen echt christlichen Großindustriellen, der Hunderte von Frauen und Mädchen in seinem Betrieb beschäftigte, und dass die Kinder, deren Leichen er gesehen hatte, infolge der Ausbeutung ihrer Mütter die Pflege entbehren und daher elend zu Grunde gehen mussten.“ (WJ, 1913, Nr. 714. S. 8149)

Gegen die Ritualmordlüge in Kiew 1913

In einem Gedicht wird die Methode der Judenfeinde bei der Verbreitung der Ritualmordlüge auf sarkastische Weise treffend entlarvt. Konkreter Anlass war der Prozess in Kiew 1913 gegen Menachem

Mendel Beilis, der des Mordes an einem christlichen Jungen beschuldigt wurde. Am Ende des Prozesses konnte die Verteidigung alle „Beweise“ der Anklage als Lügen entlarven und Menachem Beilis musste freigesprochen werden, was die Judenfeinde offenbar am meisten aufbrachte. Im Gedicht heißt es:

„Russisch-orthodoxer Stoßseufzer zum Kiewer Prozess.
Wenn ein Jude ein Christenkind schlachtet, so ist
das schon an sich verwerflich. Noch verwerflicher
ist es, wenn er vor Gericht noch obendrein leugnet,
die Tat begangen zu haben. Am verwerflichsten aber
ist es, wenn er gar noch den schlüssigen Beweis
liefert, dass er sie wirklich nicht begangen hat.
Da hört denn doch alles auf!“ (WJ, 1913, Nr. 712, S. 8106)

Leider gab es nicht nur gut gelungene Karikaturen und in Versen oder Prosa klar formulierte richtige Positionen. In nicht wenigen Fällen ist dies nicht gelungen oder sogar gänzlich misslungen.

Zur Methode der Wiedergabe judenfeindlicher Positionen bekannter Judenfeinde, ohne sie ausdrücklich zu entlarven

Der „Wahre Jacob“ benutzte in sehr vielen Ausgaben eine ganz bestimmte Taktik und Methode, um Judenfeinde zu entlarven. Es wurden fiktive Reden verfasst oder Szenen von Gerichtsverhandlungen geschrieben, in denen Judenfeinde Positionen von sich geben, die sie tatsächlich auch im realen Leben vertreten haben. Jedoch werden diese judenfeindlichen Positionen nicht kommentiert und bekämpft. Sehr häufig kam diese Methode der „Selbstentlarvung“ gegen den Judenfeind Graf Pückler zur Anwendung.[241]

Ein Beispiel:

„Graf Pückler vor Gericht.
(Stenographische Aufnahme.) […]
Graf Pückler: Lassen Sie den [den Staatsanwalt, A. d. V.] in einer Talmudschule vor kleinen Itzigls vortragen oder in einer Judensynagoge. Meine Ohren können das nicht anhören. Geben Sie den Wisch mal her.
[…]

[241] Beispiele dafür, wie Graf Pückler auf diese Weise bloßgestellt werden soll, sind in den Jahren 1900 bis 1907 im „Wahren Jacob“ Dutzende zu finden, hingegen keine zu den Judenfeinden Adolf Stoecker oder Max Liebermann von Sonnenberg.

Graf Pückler: Erst weisen Sie mir nach, dass Ihre Mutter nicht Sarah geheißen hat. Freilich erkennt man das schon an Ihrer Schädelbildung und an Ihrem semitischen Haarwuchs." (WJ, 1902, Nr. 418, S. 158)[242]

Das Motiv, Graf Pückler als einen der übelsten Hetzer gegen das Judentum zu bekämpfen, war völlig richtig. Positiv ist auch, dass Judenfeindschaft überhaupt ein häufiges Thema im „Wahren Jacob" war. Die Methode der Überzeichnung judenfeindlicher Lügen, um sie dadurch zu entlarven, kann – richtig angewandt und in einem angemessenen Kontext – in Einzelfällen eine legitime Methode im Kampf gegen Judenfeindschaft sein. Jedoch darf sie keinesfalls zur Hauptmethode werden. Denn judenfeindliche Stereotype wie ein angeblich unerträgliches Jiddisch oder rassistische Vorstellungen über die „Schädelbildung" oder einen „semitischen Haarwuchs" waren in Deutschland tief verwurzelte judenfeindliche Klischees, die durch bloße Wiederholung nicht ihre Wirkung verlieren, geschweige denn verschwinden. Dazu sind eine ausdrückliche Entlarvung und ein offensiver Kampf nötig.

b) Falsche und üble Positionen

Zur Schilderung eines Pogroms aufgrund der Ritualmordlüge: Diffamierung der Opfer von Pogromen!

In einem ganzseitigen Artikel mit dem Titel „Ein Ritualmord" wird im Jahr 1900 die Entstehung eines Pogroms in Deutschland aufgrund der Ritualmordlüge im Kern zunächst korrekt geschildert. Doch in den Dialogen und in der Schilderung des Verhaltens eines jüdischen Ehepaars, das sich den judenfeindlichen Angriffen ausgesetzt sieht, wird zu einer Wortwahl gegriffen, die nicht die Angreifer entlarvt und bekämpft, sondern die Reaktion der Angegriffenen mit judenfeindlichen Stereotypen schildert. Im Ergebnis führt dies zu einer Verkehrung des Opfer-Täter-Verhältnisses, wodurch die satirische Absicht völlig verfehlt wird.

Folgende Dialoge zwischen Salomon und seiner Frau Sahra werden in die Schilderung des Angriffs auf Haus und Leben der beiden eingebaut: „‚Lass se schmeißen, Sarah.' beruhigte Salomon seine erschro-

[242] Ähnlich in: WJ, 1902, S. 206 f., WJ, 1912, S. 348, WJ, 1914, S. 126

ckene Frau … Hast du zerbrochene Krüge, Teller? – Stell se ans Fenster.“ Die Gemeinde ersetzt nach dem Pogrom den Schaden des jüdischen Ehepaars, also auch die eh schon kaputten Krüge und Teller. Am Schluss sagt Salomon dann noch schmunzelnd zu seiner Frau: „Sarah, warum hast de dir nich ’n Loch in ’n Kopp schmeißen lassen – sie hättens gut bezahlt!“ (WJ, 1900, Nr. 365, S. 3295)

Transportiert wird mit diesen Dialogen, dass Juden in jeder Lage vor allem an ihren Vorteil denken[243] und sogar zum Betrug greifen würden. Ein judenfeindliches Stereotyp, das hier auf die Spitze getrieben wird, indem ein solch tadelnswertes Verhalten selbst während eines Pogroms unterstellt wird! Eine derartige Position ist ansonsten nicht in Publikationen der Sozialdemokratie zu finden.

„Jude“ als Synonym für „Warenhaus“

In einer Karikatur wird ein Kopf mit der typischen, von Judenfeinden benutzten Hakennase und entsprechenden Gesichtszügen gezeigt, der an einer Feder in einem Behältnis befestigt ist, versehen mit dem Untertitel „Warenhaus“. Ein deutscher Michel will diesem „Warenhaus“ beikommen, indem er es mit einem Hammer traktiert auf dem „Warenhaussteuer“ steht. Jedoch springt der Kopf immer wieder hoch, egal wie fest der deutsche Michel auch zuschlägt. Stattdessen wird durch die Schläge eine Gruppe mit dem Namen „Kleinhandel u. Gewerbetreibende“ mit dem Hammer niedergeschlagen. (Faksimile Nr. 1, WJ, 1900, Nr. 366, S. 3299)

Richtig ist sicherlich, dass eine solche „Warenhaussteuer“ vor allem Kleinhändler getroffen hat. Bei dieser Darstellung sticht jedoch hervor, dass nicht nur zur judenfeindlichen Zeichnung gegriffen wird, sondern dass „Jude“ und „Warenhaus“ als Synonym verwendet wird. Wobei es zudem so herauskommt, als seien jüdische Menschen in ihren Warenhäusern unangreifbar, sozusagen immun.

Das ist ein neues judenfeindliches Element, das hier im „Wahren Jacob“ zum Einsatz kommt und kritisiert werden muss.

[243] Dieses Stereotyp ist auch in anderen Ausgaben des „Wahren Jacob“ zu finden. Zum Beispiel schafft es ein Rabbiner in einer Synagoge, die während seiner Predigt Eingeschlafenen dadurch wieder wach zu bekommen, indem er ruft: „Einhunderttausend Mark, zweihunderttausend Mark“ (WJ, 1894, Nr. 214, S. 1791).

(Nr. 1, WJ, 1900, Nr. 366, S. 3299)

Vor allem in der Weimarer Republik haben dann die Nazis die judenfeindliche Lüge massiv verbreitet, dass „die Juden“ als Wucherer die Kauf- und Warenhäuser beherrschen würden.

„Jude“ als Synonym für Kapitalist

In einer ganzseitigen Karikatur in einer Ausgabe des „Wahren Jacob“ aus dem Jahr 1899 gibt es drei Figuren, die als „Das Unternehmertum“ bezeichnet werden. Darunter ist eine judenfeindlich gezeichnete Figur, die als „Jude“ erkannt werden soll. Diese Figur raubt mit den beiden anderen den deutschen Michel aus, indem sie ihm seinen Geldsack stehlen und ihn dann auch noch verprügeln. Die Karikatur hat die Unterzeile: „Wie Michel um sein Erspartes kommt.“[244] Hier wird die judenfeindliche Vorstellung bedient, dass jüdische Menschen besonders üble Kapitalisten seien, die auch vor Diebstahl und Gewalt gegen den „kleinen Mann“ nicht zurückschrecken. (Faksimile Nr. 3, WJ, 1899, Nr. 340, S. 3042)

„Jude“ als Synonym für Bankier

In einer Karikatur von 1901 wird durch die Art der Zeichnung ein jüdischer Mensch als „Bankier“ präsentiert, der zusammen mit einem „Agrarier“ den deutschen Michel, das heißt den „kleinen Mann“ bedroht. Hier kommt das judenfeindliche Stereotyp zum Einsatz, dass die Banken von „Juden“ beherrscht und eine Bedrohung für „Deutsche“ darstellen würden. (Faksimile Nr. 2, WJ, 1901, Nr. 377, S. 3411)

Rothschild bestiehlt „Europa“

Auf der Titelseite des „Wahren Jacob“ vom Juni 1895 wird in einer Karikatur Rotschild mit typisch judenfeindlicher Hakennase gezeichnet, der „Europa“, die als Frau dargestellt ist, etwas aus ihrer Handtasche stiehlt. Die Bildunterschrift lautet: „Konzessionierte internationale Taschendiebe“. (Faksimile Nr. 4, WJ, 1895, Nr. 231, S. 1)[245]

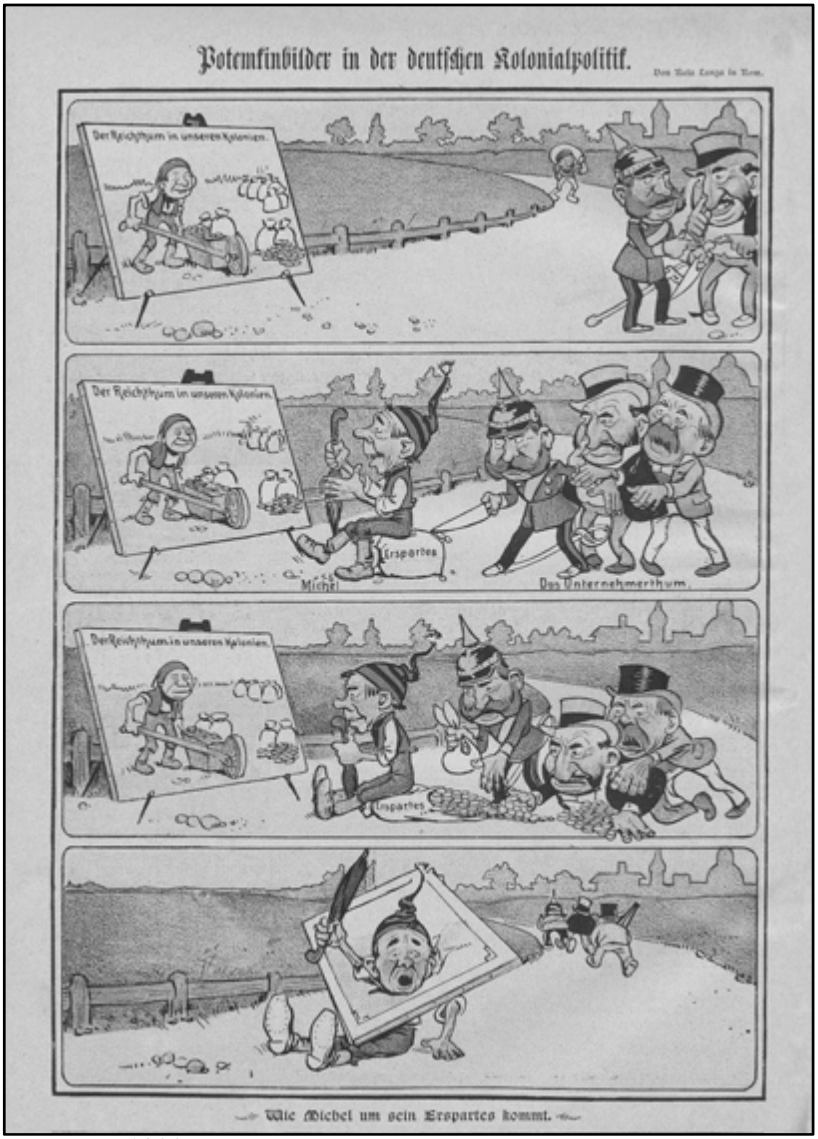
---

[244] Dieser Michel sitzt vor einem Gemälde, auf dem steht: „Der Reichtum in unseren Kolonien“. Diese Andeutung soll hier nicht weiter besprochen werden, da dies nichts an der judenfeindlichen Darstellung der Karikatur ändert.

[245] Ähnlich auch WJ, 1896, Nr. 265, S. 201

Deutſchland.
Michel zwiſchen Scylla und Charybdis.

(Nr. 2, WJ, 1901, Nr. 377, S. 3411)



(Nr. 3, WJ, 1899, Nr. 340, S. 3042)

(Nr. 4, WJ, 1895, Nr. 231, S. 1)

Das ist schlicht und einfach die Wiederholung eines judenfeindlichen Stereotyps, festgemacht an einer einzigen jüdischen Person mit dem bekannten Namen Rothschild: „Juden als Diebe“, die Europa ausrauben. Verbrämt wird dieses judenfeindliche Vorurteil mit einer Kritik am sogenannten Petroleumring sowie an dem Kapitalisten Rockefeller, der Europa ebenfalls bestiehlt.[246]

Judenfeindliche Shylock-Karikatur

Eine Karikatur in einer Ausgabe aus dem Jahr 1899 zeigt eine Figur, die den jüdischen Geldverleiher Shylock aus Shakespeares Stück „Der Kaufmann von Venedig“ darstellen soll (Faksimile Nr. 5, WJ, 1899, Nr. 338, S. 125). Er ist mit einem Messer bewaffnet und ist dabei, sich sein „Stück Fleisch“ aus einer Frau herauszuschneiden, auf der „Austria“ geschrieben steht. Das wird durch die Zeile klar, die Shylock zitiert: „Ich steh hier auf meinem Schein!“ Das bedeutet, er besteht auf seinem Recht. Ein Mann, der ein Buch mit der Aufschrift „Sozialdemokratie“ in der Hand hält, will Shylock an seiner Tat hindern.

Shylock wird mit einer Hakennase und einer Physiognomie dargestellt, wie sie Judenfeinde benutzen. Shylock war, unabhängig von der Debatte über diese Figur im Shakespeares Stück, Ende des 19. Jahrhunderts eine Metapher für einen grausamen jüdischen Wucherer, der inhuman auf sein Recht pocht.

Anstatt den Kampf dagegen aufzunehmen, wird ein Kampf der Sozialdemokratie gegen „jüdische Wucherer“ wie Shylock propagiert.[247]

Juden als „Betrüger“

In einer ganzseitigen Karikatur von 1899 wird eine Geschichte dargestellt, wie ein Schneider einen Kunden mithilfe seines Sohnes betrügt. Der Sohn wirft Schnupftabak in die Höhe, als der Kunde gerade einen Rock zur Anprobe angezogen hatte. Der Schneider wusste, dass der Rock zu eng ist und platzen wird, wenn der Kunde nießen muss.

---

[246] In ähnlicher Weise werden Rothschild und Bleichröder, ein Berater Bismarcks, in einer anderen Ausgabe karikiert. Siehe WJ, 1896, Nr. 265, S. 204

[247] Zu Shylock siehe unsere Position in: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848 bis 1893), Offenbach 2019, S. 576.

(Nr. 5, WJ, 1899, Nr. 338, S. 125)

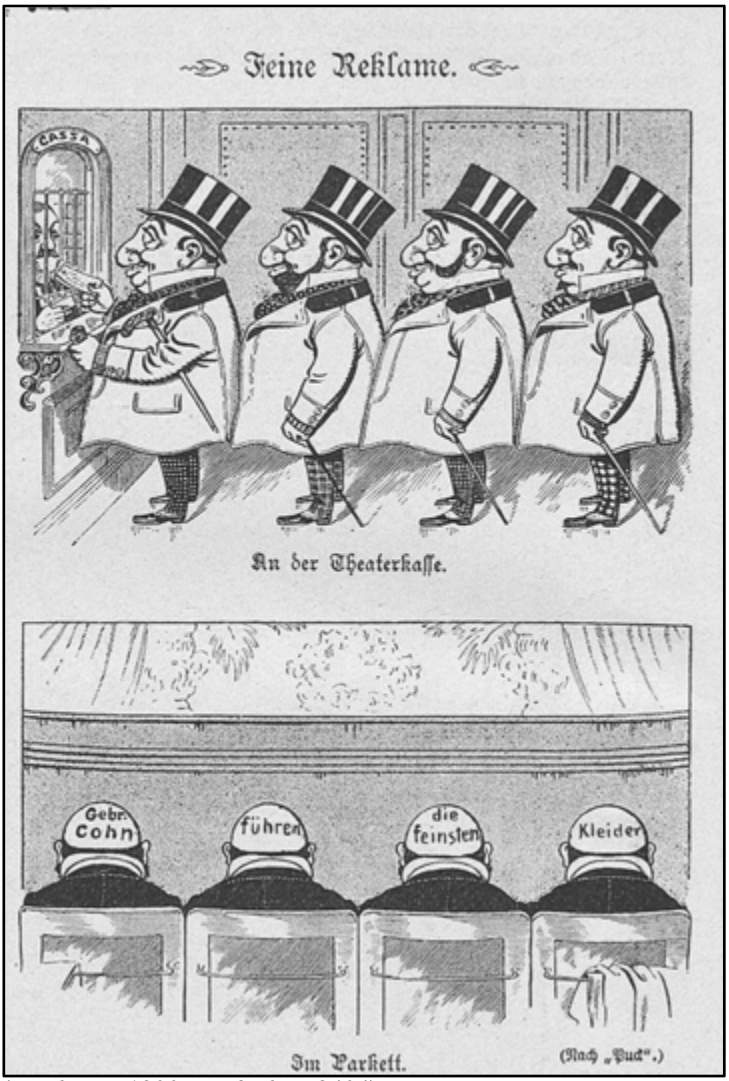
Als dies eingetreten ist, droht der Schneider dem Kunden mit der Polizei und fordert 20 Dollar für den kaputten Rock. Der Kunde zahlt den Betrag und geht, ohne etwas gekauft zu haben.

Nach gelungenem Betrug feiern Schneider und Sohn grinsend ihren Coup. Abschließende Bemerkung des Schneiders: „Nun, Moritzsche, was sagste zu deinem Vater seinen Geschäftche?" Judenfeindlich wird das Ganze, weil der Schneider in typisch judenfeindlicher Weise als „Jude" gezeichnet wird. Zusätzlich wird sprachlich dass Jiddische imitiert.[248]

Hier wird das judenfeindliche Stereotyp bedient, dass jüdische Menschen nicht nur betrügen, sondern dies auch ihren Kindern beibringen würden. (Faksimile Nr. 7, WJ, 1899, Nr. 341, S. 3058)[249]

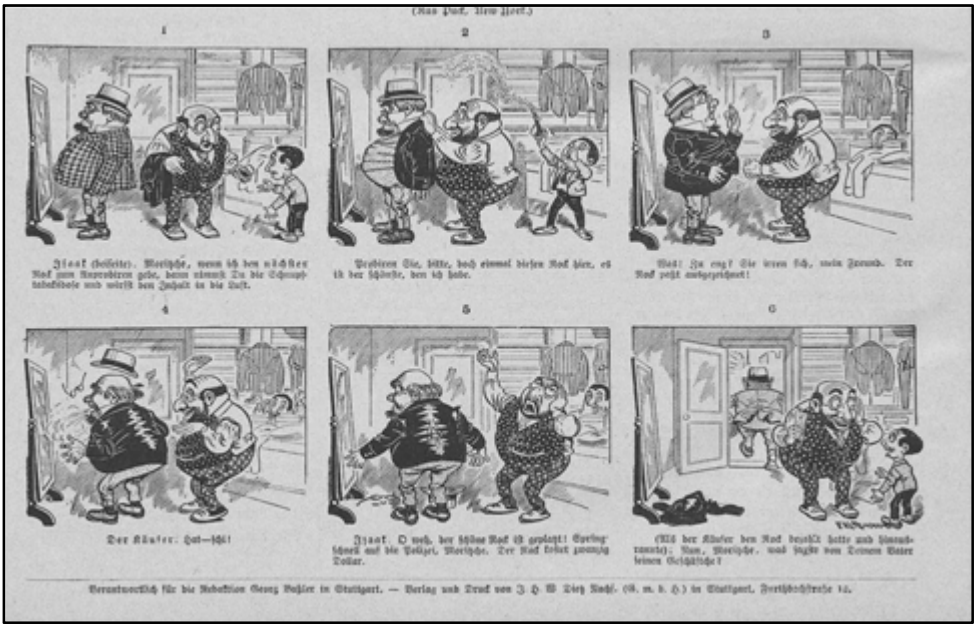
[248] Siehe dazu auch WJ, 1898, Nr. 319, S. 2836

[249] Eine weitere judenfeindliche Karikatur wurde in WJ, 1900, Nr. 376 auf S. 3404 abgebildet. Dort wird sich über die angebliche jüdische Physiognomie mit Hakennase



(Nr. 6, WJ, 1900, Nr. 376, S. 3404)

in unerträglicher Weise lustig gemacht sowie über jüdische Kopfbedeckungen, die die Brüder Cohn im Theater als Werbung benutzen. (Faksimile Nr. 6)



(Nr. 7, WJ, 1899, Nr. 341, S. 3058)

In einem Gedicht ist es ein sogenannter „Pferdejude“, der einen Bauern übers Ohr hauen will:

> „Die Zuchthausvorlage ‚verteilt Sonne und
> Wind gleichmäßig zwischen Unternehmern und
> Arbeitern‘, schreibt die Scharfmacherpresse. Ja
> wohl, wie jener Pferdejude, der zum Bauer sagte:
> ‚Eine Stunde reite ich und du gehst und die
> andere Stunde gehst du und ich reite.‘“
> (WJ, 1899, Nr. 339, S. 3033)[250]

Juden als sexistische Verbrecher und Anbeter des Goldenen Kalbs

Mit der Überschrift „Das golden Kalb“ wird 1899 in einer ganzseitigen Karikatur in Anspielung auf das „Alte Testament“ ein „goldenes Kalb“ abgebildet. Für Judenfeinde ist dies ein Symbol dafür, dass „die Juden“ Gold und Geld anbeten würden. Um diese Figur herum sind viele Menschen gezeichnet, unter anderem auch ein Mann, der eine

[250] Siehe auch WJ, 1902, Nr. 411, S. 94 und WJ, 1908, Nr. 415, S. 129

junge Frau sexuell angreift. Das Gesicht dieses Mannes ist im Stil der Judenfeinde als „jüdisch“ und eklig grinsend dargestellt. In einem daneben abgebildeten Gedicht wird beschrieben, dass „Aron“ und „Jacobs Töchter“ um dieses Kalb herumtanzen. Der judenfeindliche Stereotyp, dass die Götter der Juden Gold und Geld seien, wird verknüpft mit der judenfeindlichen Vorstellung, dass sie auch junge Frauen sexuell angreifen würden. (Faksimile Nr. 8, WJ, 1899, Nr. 349, S. 3133) Solche oder ähnliche Karikaturen sind später im „Stürmer“ zu finden!

(Nr. 8, WJ, 1899, Nr. 349, S. 3133)

Zur Wiedergabe eines Zitats von Heinrich Heine

In einer ganzseitigen Karikatur aus dem Jahr 1895 mit dem Titel „Zank ums Heine-Denkmal“ geht es um die Auseinandersetzung um ein Denkmal für Heinrich Heine. Klar wird, dass es darum einen Kampf gibt: reaktionäre (christliche) Kräfte wollen es stürzen, andere wollen, dass es bleibt. Die Pro-Heine-Kräfte werden mit der Zeichnung eines Menschen dargestellt, der unter Anknüpfung an judenfeindliche Karikaturen eindeutig als jüdisch erkannt werden soll und der gegen einen Gegner im Vordergrund kämpft.

Es war wohl ziemlich sicher so, dass sich zu dieser Zeit vor allem jüdische Menschen für das Heine-Denkmal eingesetzt haben. Der Kampf um das Heine-Denkmal war jedoch ein politischer Kampf gegen die Reaktion,[251] in dem die Sozialdemokratie klar auf der Seite von Heine hätte stehen müssen – das war keinesfalls eine Sache der jüdischen Bevölkerung allein oder in erster Linie.

In der Karikatur sitzt Heine im Himmel zusammen mit einer Frau, die wohl einen Engel darstellen soll. Diese Frau hält eine Fahne in der Hand, auf der Folgendes steht:

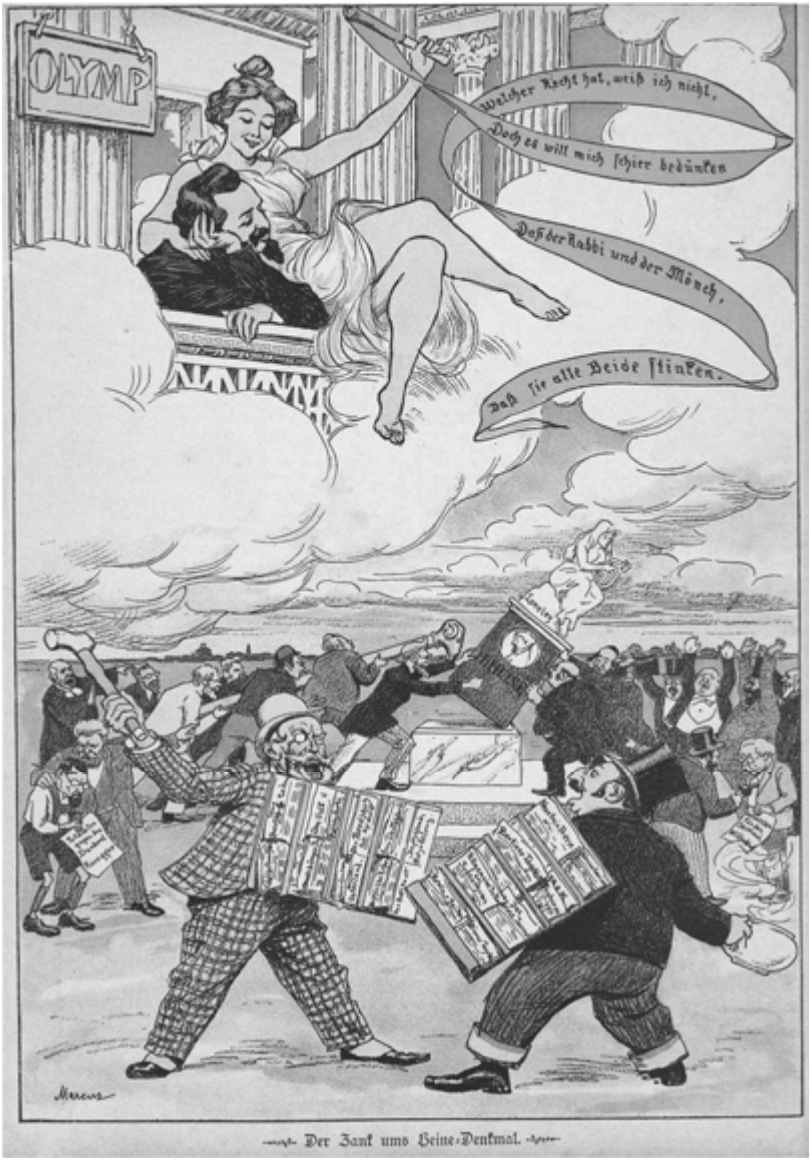
„Welcher Recht hat, weiß ich nicht
Doch es will mich schier bedünken
Dass der Rabbi und der Mönch,
Dass sie alle beide stinken“
(Faksimile Nr. 9, WJ, 1895, Nr. 237, S. 164)[252]

Um zu verstehen, was dieser Vers von Heine aussagen soll, was nicht und welches Problem damit verbunden ist, muss etwas ausgeholt werden.

In seinem 1851 veröffentlichten Gedichtband „Romanzero“ geht Heine auf die christliche und die jüdische Religion in einem Gedicht ein. Er schildert dort einen Streit zwischen jüdischen Rabbis und christlichen Mönchen. Es geht darum, welches die bessere Religion sei, die jüdische oder die christliche. Heines Schilderung des Streits macht klar, dass die christlichen Mönche vor allem die jüdischen Menschen und die jüdische Religion beschimpfen und nahezu alle judenfeindlichen Vorurteile des Christentums mobilisieren, um die jüdische Religion und die jüdische Bevölkerung zu diffamieren.

[251] Siehe dazu im Teil 1 den Abschnitt „Adolf Bartels und sein judenfeindliches Machwerk „Rassen – sechzehn Aufsätze zur nationalen Weltanschauung“.

[252] In anderen Ausgaben gibt es zwar Artikel zu Heinrich Heine, jedoch wird dort nicht auf seinen Kampf gegen Judenfeindschaft eingegangen. Siehe WJ, 1895, Nr. 222 und Nr. 238.



Der Zank ums Heine-Denkmal.

(Nr. 9, Nr.89, WJ, 1895, Nr. 237, S. 164)

Heine positioniert sich bis hierhin ziemlich klar auf der Seite der jüdischen Bevölkerung und der jüdischen Religion und gegen die christlichen Judenfeinde. Dieser Teil ist ein gelungener Beitrag im Kampf gegen die christliche Judenfeindschaft. Dann schreibt Heine als Atheist diesen letzten Vers.

Mit diesem wird deutlich, dass Heine großen Wert darauf legte, nicht als jüdisch-religiös zu gelten. Aus einer atheistisch, aufklärerischen Grundposition heraus machte er in durchaus treffender Weise klar, dass die theologischen Streitigkeiten der Mönche mit den Rabbis absurd sind und beide hinsichtlich ihrer „Argumente" für ihre Religion unrecht haben. Und dennoch ist hier ein Problem, das Heine, an anderer Stelle selbst erkannt hat.[253]

Die Problematik, eine Religionskritik sozusagen gleichgewichtig gegen die jüdische und die christliche Religion in einer Atmosphäre der Judenfeindlichkeit vorzubringen – auch wenn diese Judenfeindlichkeit zuvor angegriffen wurde –, war Heine hier offenbar nicht bewusst. Der springende Punkt war, dass das Christentum seit 1.500 Jahren unterdrückerische Staatsreligion geworden war, während die jüdische Religion nun wahrlich mehr der „Seufzer der bedrängten Kreatur", die Religion einer verfolgten Minderheit war. Wenn also rein theoretisch die Kritik an der Religion selbstverständlich alle Religionen umfasst und umfassen muss, so ist praktisch und politisch eine Differenzierung nötig. Dabei ist die Frage entscheidend, ob und inwiefern eine bestimmte Religion staatstragend ist und in welchem Umfang sie zur Unterdrückung der Menschen beiträgt.

In diesem Zusammenhang ist dieser Vers von Heine zu verstehen und zu erläutern. Was macht der „Wahre Jacob" daraus? Er stellt den Vers in den Zusammenhang des Kampfes um das Heine-Denkmal und es kommt so heraus, als hätten beide Seiten Unrecht. Welche inhaltlichen Argumente die Pro-Heine-Kräfte vorgebracht haben, bleibt völlig unklar. Und so bleibt stehen, dass sie halt Unrecht haben, weil sie Juden sind …

---

[253] Siehe hierzu: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel Rede 1893 (1848 bis 1893), Offenbach 2019, S. 213 f.

Der Versuch, an Heines Positionen zur Judenfeindschaft anzuknüpfen, ist jedoch nicht gelungen und dient nicht der Aufklärung gegen Judenfeindschaft. Im Gegenteil.

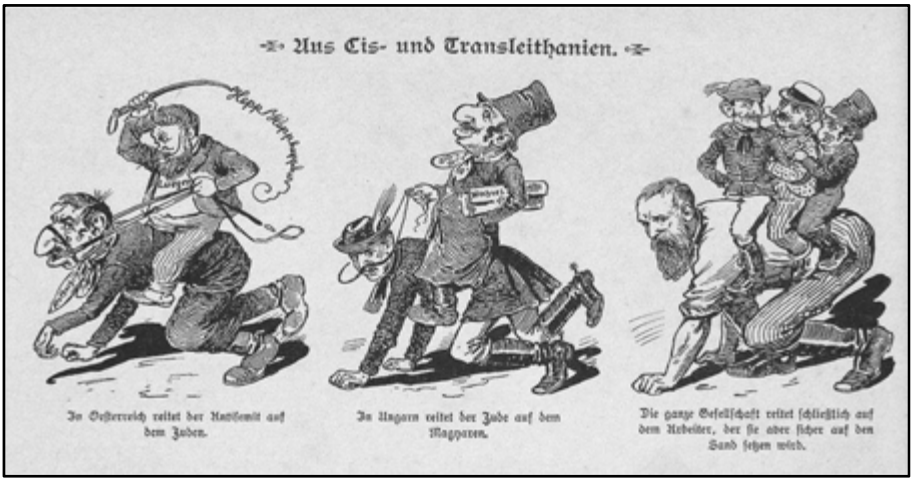
Gegen Judenfeindschaft und „Judenherrschaft"

Es gibt eine Karikatur im „Wahren Jacob", bestehend aus drei Zeichnungen, in denen es jeweils um Judenfeindschaft und jüdische Menschen in Österreich-Ungarn geht. (Faksimile Nr. 10, WJ, 1895, Nr. 233, S. 1331) Allen drei Zeichnungen ist gemeinsam, dass sie einen jüdischen Menschen von der Physiognomie her mit Hakennase und wulstigen Lippen im Stile judenfeindlicher Karikaturen darstellen.

Auf der ersten Zeichnung reitet der österreichische Judenfeind Karl Lueger mit einer Peitsche bewaffnet auf einem jüdischen Menschen, der einen Schal anhat, auf dem „Rothschild" steht. Die Peitsche enthält den Schriftzug „Hep-Hep". Der Untertitel der Zeichnung lautet: „In Österreich reitet der Antisemit auf dem Juden". Hier wird versucht darzustellen, dass es in Österreich Judenfeinde gibt, die auch mit Gewalt gegen jüdische Menschen vorgehen. Die Personalisierung auf „Rothschild" ebenso wie die Formulierung von „dem Juden" sind Zugeständnisse an die Judenfeinde.

Auf der zweiten Zeichnung reitet ein „Jude" auf einem Mann und hat einen Beutel unter dem Arm geklemmt, auf dem „Wechsel" steht. Der Untertitel der Zeichnung lautet: „In Ungarn reitet der Jude auf dem Magyaren". Hier wird suggeriert, dass in Ungarn sozusagen eine „Judenherrschaft" bestehe und angeblich „der Jude" als Wucherer („Wechsel") „den Magyaren" unterdrücke.

Auf der dritten Zeichnung reiten drei Männer auf einem Arbeiter. Einer der Männer ist wiederum als „Jude" gekennzeichnet, die anderen sollen wohl einen ungarischen und einen österreichischen Ausbeuter darstellen, was aber nicht wirklich klar ist. Der Untertitel dieser Zeichnung lautet: „Die ganze Gesellschaft reitet schließlich auf dem Arbeiter, der sie aber sicher auf den Sand setzen wird". Hier wird propagiert, dass das Proletariat mit der ganzen kapitalistischen Gesellschaft fertig werden wird. Judenfeinde, die auch vom Proletariat bekämpft werden müssen, existieren in der dritten Zeichnung nicht. Es wird sogar suggeriert, dass der Kampf gegen den Kapitalismus auch ein Kampf gegen „den Juden" sein muss, der ja auch auf dem Arbeiter „reitet".



(Nr. 10, WJ, 1895, Nr. 233, S. 1331)

Zur Methode der Entlarvung der Judenfeinde als „inkonsequent“

Zwei Gedichte sind im Jahr 1896 im „Wahren Jacob“ zu finden, in denen versucht wird, die Judenfeinde mit der Methode zu entlarven, dass sie als Judenfeinde ja gar nicht „konsequent“ seien, sondern sich immer dann mit jüdischen Menschen „einlassen“ würden, wenn sie daraus einen Vorteil ziehen können. Im ersten Gedicht heißt es:

„Antisemitisches
Erster Antisemit: Höre einmal, Du predigst immer: ‚Kauft nicht bei Juden‘, und doch sehe ich Dich fortwährend in jüdischen Geschäften aus- und eingehen!
Zweiter Antisemit: Wer sagt, dass ich dort kaufe?
Erster Antisemit: Was tust Du dann dort?
Zweiter Antisemit: Ich pumpe.“ (WJ, 1896, Nr. 257, S. 2201)

Auch im zweiten Gedicht ist die Vorgehensweise ähnlich:

„Kluge Taktik
A. : Die Antisemiten wünschen, alle Juden sollen nach Jerusalem auswandern.
B. : Und das ‚jüdische Kapital‘?
A.: Das sollen sie den Antisemiten borgen.“
(WJ, 1896, Nr. 264, S. 2265)

Dass der Kampf gegen die Judenfeinde mit dieser Methode nicht wirklich tiefgehend geführt werden kann, liegt auf der Hand.

Anstatt die judenfeindliche Parole „Kauft nicht bei Juden!“ offensiv zu bekämpfen, wird versucht, den Judenfeinden „Inkonsequenz“ zu unterstellen: Statt zu kaufen, pumpen sie! Anstatt die judenfeindliche Parole „Raus mit den Juden!“ offensiv zu bekämpfen, wird versucht, den Judenfeinden „Inkonsequenz“ zu unterstellen: „Jüdisches Kapital“ verachten die Antisemiten nicht!

***

Die bisherige Analyse der Positionen der Sozialdemokratie zur Judenfeindschaft in Deutschland hat in gewisser Weise schon zu der Erwartung geführt, dass sich Höhen und Tiefen abwechseln werden, dass wirklich guten Positionen extrem schlechte folgen, ja oft in einem Artikel, in einem Absatz, ja in einem Satz beides gleichzeitig vorkommt.

Aber das, was sich durch die Analyse der Satirezeitschrift: „Der wahre Jacob“ herauskristallisiert hat, hat eine – gerade wegen der großen Auflage und der emotionalen Wirkung von Karikaturen – schwer genau zu fassende andere Qualität. Es ist unbestritten, dass sich die Zeitschrift in ihrer Grundausrichtung, auch in Hinblick auf die Satire, gegen Judenfeindschaft gerichtet hat, ja gegen die Reaktion insgesamt eingestellt war. Aber umso erschreckender ist es dann, wenn festgestellt werden muss, auf welch niedrigem Niveau (im Grunde häufig auf dem der Judenfeinde) und in welcher Häufigkeit fürchterliche Karikaturen, angeblich lustige Geschichten und Satire im judenfeindlichen Stil veröffentlicht wurden.

III. Der Kampf von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Überblick

Die Situation in der SPD Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts war in vielerlei Hinsicht und auf verschiedenen Gebieten immer stärker von falschen und revisionistischen Ansichten gekennzeichnet. Es ist kein Zufall, dass die späteren Gründungsmitglieder der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, auch schon in der Sozialdemokratie (oft gemeinsam mit Clara Zetkin) inhaltlich am klarsten Position bezogen haben. Das gilt für den Kampf gegen den deutschen Nationalismus und besonders für den Kampf gegen die Judenfeindschaft

Karl Liebknecht nutzte seine Möglichkeit als Rechtsanwalt, kämpfte gegen das Damoklesschwert der Ausweisung gerade auch von jüdischen Menschen, die eingewandert waren oder in Deutschland studierten. Er entlarvte auch die Phrase vom „missbrauchten Gastrecht“ sehr entschieden, war ein Kenner der Repression im zaristischen Russland, die er immer wieder einschließlich der Judenverfolgung anprangerte und stellte sehr deutlich heraus, dass der sogenannte Studentenstreik 1913 eine judenfeindliche Grundlage hatte und einer judenfeindlichen Hetzkampagne diente.

Der Vorwurf, Rosa Luxemburg hätte sich um die Schmerzen der jüdischen Bevölkerung nicht gekümmert und hätte dafür kein Herz gehabt (diesen Vorwurf erhebt der Antikommunist Edmund Silberner), wird klar zurückgewiesen. Denn ihr ging es darum, dass sie mit allen Verfolgten und Unterdrückten dieses Erdballs mitfühlt und mitleidet und gegen deren Unterdrückung kämpft. Es ist sicher wahr, dass Rosa Luxemburg, gerade weil sie ständig mit judenfeindlichen Stereotypen auf ihre Person bezogen konfrontiert wurde, sei es in Polen, sei es dann auch in Deutschland, nicht auf jede judenfeindliche Äußerung reagierte, sondern die „Berührung“ durchaus gemieden hat. Dennoch hat sie sich vehement gegen die Anfeindungen auf dem Lübecker Parteitag 1901 gewehrt (durch Wolfgang Heine) und sehr deutlich gegen Judenpogrome in Russland Stellung genommen. In einer auch in Deutsch erschienenen Broschüre wurde von ihr das ganze System des

„Teile und Herrsche“ und der Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung und anderen Nationalitäten angeprangert. Vorgestellt wird auch Rosa Luxemburgs Stellungnahme zu der Schrift von Karl Marx 1844 gegen den Judenfeind Bruno Bauer, obwohl diese damals nur auf Polnisch erschienen ist und in Deutschland nicht bekannt war. Wegen ihrer großen Bedeutung gehen wir hier darauf ein.

So zeigt sich denn, dass die Kommunistin Rosa Luxemburg und der Kommunist Karl Liebknecht sehr wohl mit klaren Positionen vorbildlich gegen die Judenfeindschaft angekämpft haben.

1. Karl Liebknecht

Die Durchsicht von Karl Liebknechts „Gesammelte Reden und Schriften“ ergab, dass sich seine Auseinandersetzung mit der Judenfeindschaft in Deutschland vorwiegend auf russische Studenten, genauer: auf russisch-jüdische Studenten bezogen hat. Die entsprechenden Passagen werden hier knapp vorgestellt und teilweise zitiert.

Ein anderer Aspekt ist, dass Liebknecht bei der Einschätzung der Lage in Russland auch wertvolles Material über die Unterdrückung im zaristischen Russland zusammengetragen hat. Auch dieses wird in unserer weiteren Arbeit über die Frage der Judenfeindschaft in Russland verwendet werden.

a) „Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!“

So wurde ein Redebeitrag von Karl Liebknecht auf dem Parteitag der SPD in Essen 1907 betitelt, in dem er auf die „Misere der Einwanderer in Deutschland und insbesondere ihre Abhängigkeit von der Polizei“ eingeht.[254] Liebknecht verweist darin auf den Stuttgarter Kongress der II. Internationale (August 1907) und die dortige Resolution zur Ausweisungsfrage, die als Minimumprogramm fordert:

> „[…] die Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt im Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen. [...]

[254] Siehe Liebknecht, Karl: Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!, 1907, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1960, S. 72

> Die Kongressresolution fordert also die völlige Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern auch in Bezug auf das Recht zum Aufenthalt im Inlande. Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!“[255]

Das ist sozusagen die programmatische Grundlage auch für die weiteren Stellungnahmen von Karl Liebknecht, wobei schon klar ist, dass es nicht um Fragen der Nationalität alleine geht, auch wenn der Begriff „Rasse“ – wie mehrfach erwähnt – unpassend und falsch ist.

Karl Liebknecht verteidigte als Rechtsanwalt russische Sozialdemokraten, die in Deutschland verfolgt wurden. Russischer Geheimdienst, russische Spitzel und die deutsche Polizei arbeiteten bei der Verfolgung zusammen. Liebknecht nutzte seine Möglichkeiten sowohl in Prozessen als auch im Reichstag, um die Unterstützung der preußischen Regierung für die zaristische Regierung anzuprangern. Denn an den Händen dieser Regierung klebe das Blut nicht nur der Bauern, sondern auch „der Arbeiter, der jüdischen Bevölkerung“ und vieler anderer Menschen.[256]

b) Gegen die Phrase „Gastrecht missbraucht“

Die „Dresdner Volkszeitung“ vom 11. Juni 1909 berichtete über solch einen Prozess und die Empörung Liebknechts darüber, dass der Staatsanwalt erklärte: „Die Angeklagten müssen besonders hart bestraft werden, weil sie das *Gastrecht* missbraucht haben.“[257] Liebknecht konnte in diesem Prozess nachweisen, dass die Polizei mit gefälschten Übersetzungen gearbeitet hat.

---

[255] Liebknecht, Karl: Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!, 1907, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1960, S. 73

[256] Liebknecht, Karl: Der Königsberger Prozess, 1904, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1958, S. 68

[257] Zitiert nach: Liebknecht, Karl: „Zum Prozess gegen russische Sozialdemokraten in Dresden“, 1909, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1960, S. 269, H. i. O. „Gastrecht missbraucht“, das erinnert an Sahra Wagenknechts (Partei Die Linke) üble Äußerung: „Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht dann eben auch verwirkt.“ (Wagenknecht auf der Pressekonferenz am 12.1.2016 bei „phoenix“)

c) Gegen die Judenverfolgung in Russland

Karl Liebknecht begründete auf dem Parteitag der SPD in Magdeburg 1910 den Antrag gegen die „neuen niederträchtigen Judenverfolgungen", gegen die „verbrecherische Verschwörung gegen die finnische Freiheit und Selbstständigkeit" und dass der Zar „als gefeierter Gast den deutschen Boden hat betreten dürfen".[258] Liebknecht weist in seiner Rede zu diesem Antrag knapp auf „die Judenverfolgungen, die in der neuesten Zeit in Russland wieder ganz besonders bösartige Dimensionen angenommen haben", hin und auf die Gräuel der Konterrevolution.[259]

Karl Liebknecht sollte für die fünfte Kommission des Internationalen Sozialistenkongresses im August 1914 in Wien, der dann nicht stattfand, einen Bericht über die russischen Gefängnisse verfassen. Dieser Bericht ist schriftlich überliefert.

Zunächst stellt er dem politischen Kontext her: verstärkte zaristische Hetze gegen Finnland, Strafexpedition der Konterrevolution, Standgerichte, Justizskandale usw. und geht dann auf die Lage der jüdischen Bevölkerung ein:

> „Gesteigert wurde die Entrechtung jener bejammernswürdigen russischen Parias, der Juden, deren Bewegungsfreiheit durch tägliche schikanösere Verordnungen eingeschnürt ist, die unaufhörlich von halboffiziellen Pogromen bedroht sind, gegen die systematisch der wüste Ritualmordwahn entfesselt wird und die man in hellen Scharen aus ihrem Vaterland vertreibt."[260]

Liebknecht fordert dazu auf, die öffentliche Meinung aufzuklären, verstärkt umfassende Protestbewegungen zu initiieren, auch Geldmittel für Nahrung, Kleidung, Bücher und Zeitschriften zu sammeln, sowie dafür zu kämpfen, „dass die Auslieferungsverträge mit Russland gekündigt" werden und „den russischen Flüchtlingen das umfassendste Asylrecht gewährt" wird.[261]

---

[258] Liebknecht, Karl, Gegen zaristische und borussische Reaktion, 1910, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. III, Berlin 1960, S. 490

[259] Ebenda, S. 493

[260] Liebknecht, Karl: Die russischen Gefängnisgreuel, 1914, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VII, Berlin 1974, S. 424 f.

[261] Ebenda, S. 434

d) Gegen judenfeindliche Studentenstreiks 1913

In einer Rede im preußischen Abgeordnetenhaus vom 4. April 1913 berichtete Karl Liebknecht über einen Studentenstreik, der ausgesprochen reaktionär und judenfeindlich war und sich auf fast sämtliche Städte Deutschlands ausgedehnt hatte. Es ging um Zulassungsbeschränkungen für ausländische Studierende, insbesondere für jüdisch-russische Studierende. Das war das reaktionäre Ziel des Streiks und die Regierung gab weitgehend nach. Karl Liebknecht stellt dazu fest:

> „Dieser reaktionäre, aus chauvinistischen, ausländerhetzerischen Gesichtspunkten heraus zustande gekommene Streik hat [...] die Sympathie der Regierung gefunden."[262]

Die neue Regelung zur Zulassung an Universitäten richtete sich eindeutig vor allem gegen die jüdischen Studierenden aus dem zaristischen Russland.

> „Wenn zur Voraussetzung ihrer Zulassung auf einer deutschen Universität gemacht wird, dass sie vorher ein Jahr lang in Russland studiert haben sollen, so wissen wir doch, dass der Zustrom russischer Juden nach den deutschen Universitäten ja gerade dadurch hervorgerufen wird, dass sie an russischen Universitäten überhaupt nicht ankommen. Wie sollen sie dann nachweisen, dass sie ein Jahr lang auf einer russischen Universität studiert haben! Diese Bedingungen setzen heißt also nichts weiter, als eine starre Barriere gegen die Zulassung der russischen Juden überhaupt errichten."[263]

Karl Liebknecht hatte ausgeführt, dass es sich bei den ausländischen Studierenden zu einem „großen Teil um russische Juden" handelt.

> „Die ganze Bewegung, von der ich spreche, richtet sich gegen die russischen Juden, das darf offen ausgesprochen werden. [...] Es ist also eine reaktionäre, antisemitische Bewegung, die sich zwar gegen die Fremden im Allgemeinen aber in erster Linie gegen die Juden richtet."[264]

Und dieses Vorgehen der reaktionären, judenfeindlichen Studenten, erläuterte Karl Liebknecht,

---

[262] Liebknecht, Karl: „Gegen Chauvinismus und Antisemitismus an deutschen Universitäten", 1913, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VI, Berlin 1974, S. 169
[263] Ebenda, S. 193 f.
[264] Ebenda, S. 171 f.

„[…] gegen die ausländischen Studenten ist umso betrübender, als die russischjüdischen Studenten ja hier in Deutschland nur allzu leicht misshandelt werden können. Sie unterliegen in Deutschland einer beschämenden Polizeiaufsicht und der fortgesetzten Ausweisungsgefahr."[265]

e) Religionsbekenntnis unerheblich für die Kriminalstatistik

Im preußischen Abgeordnetenhaus im Februar 1914 sprach Karl Liebknecht über Kriminalstatistik und wies nach, dass die Katholiken nach diesen Statistiken den größten Anteil an der Kriminalität hätten. Liebknecht sagte das nicht, um Katholiken anzuklagen, sondern um die „relative Unerheblichkeit des Religionsbekenntnisses" an diesem Beispiel zu demonstrieren.[266]

Diese richtige These von Karl Liebknecht ist umso wichtiger, da in der Sozialdemokratie viel zu oft auch immanent auf solche Statistiken eingegangen wurde.

f) Gegen die Hetzkampagne gegen russisch-jüdische Studierende

Zur Verteidigung der russischen Studierenden prangerte Karl Liebknecht an (wie die „Bremer Bürger-Zeitung" vom 23. September 1904 berichtete), dass ein deutscher Reichskanzler

„an die allerniedrigsten Instinkte der Antisemiten und Konservativen appelliert und anständige Menschen, die als Studenten in Deutschland, dem Land der Dichter und Denker, Wissen und Ausbildung suchten, als Schnorrer und Verschwörer kennzeichnete."[267]

In einer Rede im preußischen Abgeordnetenhaus sprach Liebknecht noch einmal über den Numerus clausus an den Universitäten, der sich „nicht allgemein auf die Ausländer, sondern speziell auf die russischen Studenten"[268] bezieht und erklärte weiter:

---

[265] Ebenda, S. 172

[266] Liebknecht, Karl: Gegen Dunkelmännergeist und Klassenjustiz, 1914, Gesammelte Reden und Schriften. Bd. VII, Berlin 1974, S. 51

[267] Liebknecht, Karl: „Lehren des Königsberger Prozesses", 1904, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1958, S. 77

[268] Liebknecht, Karl: „Gegen den Missbrauch der Wissenschaft", 1914, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VII, Berlin 1974, S. 199 f., H. i. O.

„Das ist mit einem gewissen Zynismus auch offen zugegeben worden. Man spricht von der slawischen Invasion und sucht sich dagegen zu wenden. [...] Die Hatz gegen die Ausländer ist ausgegangen von einigen Universitäten, an denen die Ausländer fast keine Rolle spielen, wo das Eindringen von einigen jüdischen Russen dem Antisemitismus und allen den reaktionären Instinkten, die in solchen Borussenseelen zu schlummern pflegen, zur Belebung verholfen hat. [...] Der Grund, der die große Zahl jüdischer russischer Studenten aus Russland nach Deutschland treibt, ist, dass sie in Russland zum Studium gar nicht zugelassen werden. [...] Von diesen Studenten zu fordern, dass sie erst in Russland studieren, ehe man sie in Deutschland zulässt, heißt sie einfach überhaupt vom Studium in Deutschland ausschließen."[269]

Liebknecht verwies auch auf die skandalöse Mitwirkung etwa des Sohns des russischen Generalkonsulats bei der Bespitzelung und Hetze und auf das Zusammenspiel mit den deutschen Behörden. Er führte weiter aus:

„Wir können nicht daran zweifeln, dass die Abneigung gegen die ausländischen, speziell die russischen Studenten ihren Grund zum Teil darin hat, dass man in diesen Studenten politisch missliebige Elemente sieht, abgesehen natürlich von dem Antisemitismus, der hierbei mitspielt. Dass das ein wesentlicher Gesichtspunkt ist, beweisen uns die immer wieder auftauchenden politischen Maßregelungen gegen die russischen Studenten, das beweist uns die längst notorische enge Solidarität zwischen unserer politischen Polizei und den Universitäten gegenüber den russischen Studenten. Es ist bekannt, dass an den deutschen Universitäten kein russischer Student aufgenommen wird, der nicht ein polizeiliches Führungszeugnis aus seiner Heimat bringt, ein Zeugnis, das sich speziell auch über seine politische Führung auslassen muss. Wir wissen, wie sich unsere Universitätsbehörden nicht schämen, mit den russischen Konsulaten zur Ermittlung der politischen Führung der russischen Studenten in Verbindung zu treten."[270]

---

[269] Liebknecht, Karl: „Gegen den Missbrauch der Wissenschaft, 1914, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VII, Berlin 1974, S. 200

[270] Ebenda, S. 202. Die „Allgemeine Zeitung des Judentums" berichtete in der Nr. 19/1914 (S. 218 f.) positiv über eine Rede von Karl Liebknecht bei der Beratung des Kulturetats im preußischen Abgeordnetenhaus und zitiert folgende Passage aus seiner Rede: „Der Numerus clausus der preußischen Universitäten richtet sich in Wirklichkeit gegen die russischen Studenten und ist eine reaktionäre Erscheinung gehässigster und kulturwidrigster Art, die aus antisemitischem Geiste geboren ist und

Kurz: Karl Liebknecht stand politisch in der ersten Reihe im Kampf gegen Judenfeindschaft.

2. Rosa Luxemburg

Rosa Luxemburg war zeit ihres politischen Lebens Zielscheibe der Anfeindungen der Judenhasser. Als sie im September 1913 in Frankfurt am Main in Versammlungen Reden gegen den sich abzeichnenden imperialistischen Krieg hielt und die in Frankfurt stationierten Soldaten aufrief, im Kriegsfall den Schießbefehl zu verweigern, wurde sie Anfang 1914 wegen „Aufwiegelung zum Ungehorsam gegen die Obrigkeit" zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Anzeige hatte der Judenfeind Henrici[271] gestellt.

In den von Rosa Luxemburg auf Deutsch veröffentlichten Schriften ist keine speziell zum Kampf gegen die Judenfeindschaft bekannt. Doch enthalten einige dieser Schriften Ausführungen dazu.

Ein bösartiger Angriff von Edmund Silberner in seinem Buch „Kommunisten zur Judenfrage" (1983)[272] zeigt, wie tiefgehend Rosa Luxemburgs Verständnis für Verbrechen der europäischen Staaten in anderen Ländern war. Silberner nimmt einen Brief von Rosa Luxemburg als Aufhänger für seinen Angriff.

In einem Brief an Mathilde Wurm vom 16. Februar 1917 aus dem Gefängnis heraus kritisierte Rosa Luxemburg ihre Briefpartnerin, sie solle was Gutes lesen und

> „nicht solchen Kitsch, wie den ‚Spinoza-Roman', den du mir schicktest. Was willst Du mit den speziellen Judenschmerzen?"[273]

---

sich gegen politisch unliebsame ausländische Studenten richtet." (Karl Liebknecht, Zitiert nach: AZJ, Nr. 19/1914, S. 218 f.)

[271] Ossietzky, Carl: Der Prozess des Herrn Henrici. In „Das freie Volk. Demokratischen Wochenblatt", Berlin, 28. Februar 1914. Zitiert nach: MAV, Nr. 13/1914, S. 112

[272] Siehe zu diesem Buch: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893), Offenbach 2019, S. 626ff.

[273] Luxemburg, Rosa: Briefe an Freunde, hrsg. von Benedikt Kautsky, Frankfurt/M. 1976, 1. Auflage 1950, S. 41

Nun, es gab in diesem Zeitraum eigentlich nur einen einzigen solchen Roman, nämlich den von Erwin Guido Kolbenheyer. Das Buch heißt „Amor Dei" – Ein Spinoza-Roman" und erschien 1909 in München/Leipzig. Er spielt zu Lebzeiten von Spinoza in den jüdischen Gassen, der „Judenbuurt" in Amsterdam und schildert auch die fürchterliche Wohnsituation und die heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der jüdischen Bevölkerung in Hinblick auf religiöse Fragen und eben die Verfolgung von Spinoza. Rosa Luxemburg hat sich von diesem kitschigen Roman, dessen Autor übrigens in der Nazi-Zeit hoch geehrt wurde, zu Recht abgestoßen gefühlt. Sie hat sich möglicherweise auch geärgert, dass ihre Freundin, nur weil es ein jüdisches Thema ist, ihr einen so schlechten Roman schickt – vielleicht auch aus dem Grund, weil Mathilde Wurm dachte, für eine Jüdin sei dieser Roman besonders wichtig. Genau dagegen wehrte sich Rosa Luxemburg und bemerkte, dass ihr „die armen Opfer der Gummiplantagen in Putumayo", die Menschen „in Afrika, mit deren Körper die Europäer Fangball spielen, ebenso nahe" sei. Und Luxemburg erinnerte an die Massenmorde und Massaker der deutschen Imperialisten in der Kalahari. Sie zitiert „Und das Röcheln der Sterbenden, der Wahnsinnsschrei der Verdursteten verhallten in der erhabenen Stille der Unendlichkeit."[274]

Rosa Luxemburg fährt im Anschluss daran direkt fort:

> „O diese ‚erhabene Stille der Unendlichkeit', in der so viele Schreie *ungehört* verhallen, sie klingt in mir so stark, dass ich keinen Sonderwinkel im Herzen für das Getto habe: ich fühle mich in der ganzen Welt zu Hause, wo es Wolken und Vögel und Menschentränen gibt."[275]

Aus dieser eindeutig humanistischen Grundposition nun zu schließen, dass Rosa Luxemburg sich nicht für jüdische Schmerzen interessiert hätte, weil sie die „speziellen Judenschmerzen" ablehnte, ist schon eine dreiste Verdrehung. Die von ihr gewählte Formulierung „ebenso nah" kann eigentlich nicht missverstanden werden.

Wegen dieses Briefes beschuldigt Edmund Silberner aus doch eher antikommunistischen Motiven Rosa Luxemburg der „Gefühlskälte

---

[274] Ebenda, S, 41

[275] Luxemburg, Rosa: Briefe an Freunde, hrsg. von Benedikt Kautsky, Frankfurt/M. 1976, zuerst 1950, S. 41, H. i. O.

den Juden gegenüber“.[276] Ein absurder Vorwurf, der durch die Fülle der von Silberner selbst zitierten Passagen von Rosa Luxemburg, die sich gegen die Judenfeinde richten, noch abwegiger wird und anhand der deutschsprachigen Publikationen klar widerlegt werden kann.[277]

a) Ironische Zurückweisung eines judenfeindlichen Angriffs

In einer direkt judenfeindlichen Zeitung mit dem Namen „Deutsche Wacht“ erschien ein Artikel gegen Rosa Luxemburg – diesem „jüdischen Frauenzimmer“ –, die angeblich einen Artikel gegen einen antisemitischen Parteitag geschrieben haben soll. Rosa Luxemburg antwortete 1898 in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, dass der Artikel nicht von ihr sei, sondern von einem „gut christlichen Kollegen“, und erklärte dann:

> „Ich persönlich vermied bis jetzt, eigenhändig die antisemitische Presse anzufassen, weil ich bei dieser Berührung stets eine eigenartige Empfindung habe, die mich die Worte Gottfried Kellers paraphrasieren lässt:
>
> Hui, wie das krabbelt, wie das kriecht, / Hui, wie das infernalisch riecht, / Nun fahre hin, du liebe Ruh’ / Geh, Grete mach das Fenster zu, / Es sind die – Antisemiten.“[278]

Jedenfalls hielt sich Rosa Luxemburg bis auf einzelne Zurückweisungen von judenfeindlichen Attacken gegen sie als Person weitgehend – auch in der nachfolgenden Zeitspanne – an die von ihr selbst aufgestellte Ekelgrenze und beteiligte sich selbst nicht direkt am Kampf gegen judenfeindliche Organisationen oder judenfeindliche Denkfiguren in Deutschland.[279]

---

[276] Silberner, Edmund: Kommunisten zur Judenfrage, Opladen 1983, S. 70

[277] Dass Edmund Silberner zudem meint, in seinem Buch von Rosa Luxemburg „mit ihrem typisch jüdischen Gesicht“ (ebenda, S. 59) sprechen zu müssen, ist in einer Studie über Judenfeindschaft und auch sonst keine Kleinigkeit. Rosa Luxemburg hätte eine solche Bemerkung, egal von wem, sicherlich nicht witzig gefunden.

[278] Luxemburg, Rosa: „Entgegnung“, 1898, Gesammelte Werke, Band 1, 1. HB, Berlin 1974, S. 256. Im Original „Der Jesuitenzug von 1843“ heißt es am Ende: „Sie kommen – die Jesuiten“.

[279] Rosa Luxemburg leitete einen Artikel in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ wie folgt ein: „‚Wenn es schlecht geht, ruft man den Juden‘, sagt ein polnisches Sprichwort.“ (Luxemburg, Rosa, „Aus Posen“, 1898, Gesammelte Werke, Band 1, 1. HB, Berlin 1974, S. 222). Der Zusammenhang ist unklar. Es geht wohl darum, dass eine

b) Programmatisch zur Gleichberechtigung auf allen Gebieten angesichts der zaristischen Spaltungspolitik und der zaristischen Hetze

Im Rahmen von Veröffentlichungen der „Sozialdemokratischen Bibliothek“ erschien die Schrift von Rosa Luxemburg: „Was wollen wir? – Kommentar zum Programm der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens“, Warschau 1906, auch in deutscher Sprache. Dieses Programm fordert, schreibt Rosa Luxemburg,

> „2. die Gleichberechtigung aller Nationalitäten, die das russische Reich bewohnen; Zusicherung der Freiheit ihrer kulturellen Entwicklung: Nationalschule und Freiheit im Gebrauch der Muttersprache; Landesselbstverwaltung, das heißt Autonomie für Polen.“[280]

Rosa Luxemburg kommentiert diesen Programmpunkt wie folgt:

> „Eines der ältesten Mittel der Herrschaft des Despotismus im Russischen Reich bestand darin, systematisch Hass zu säen und Kämpfe zwischen den verschiedenen vom Zarismus unterworfenen Nationalitäten zu provozieren. Ganze Jahrhunderte hindurch verfolgte der Zarismus mit Hilfe verschiedener Ausnahmegesetze, seiner knechtischen Beamten und käuflichen Schreiberlinge alle fremden Nationalitäten: Polen, Litauer, Juden, Finnen, Ruthenen. Durch ein ganzes System von Ausnahmegesetzen wurde versucht, das geistige Leben und die Kultur, das heißt Sprache, Literatur und Kunst, der dem Zarismus ntertanen Nationalitäten zu vernichten. Um nationalen Hass zu säen, organisierte das Zarenregime sogar mit Hilfe der Polizei Raub und Mord, hetzte den Abschaum der Gesellschaft gegen die Juden im Süden Russlands, in Polen und in Litauen, gegen die Armenier im Kaukasus. Die Regierung der Knute bemühte sich durch die Entfachung des brudermörderischen Kampfes zwischen verschiedenen Gruppen der ihr untertanen Bevölkerung die Aufmerksamkeit und den Hass des gequälten Volkes von sich abzulenken,

---

nationalistische Partei in Posen nach einer Wahlschlappe sich bemühte, nun verstärkt judenfeindlich, aber freundlich getarnt, auf das Proletariat in Posen einzuwirken.

[280] Zitiert nach: Luxemburg, Rosa: „Was wollen wir?“, 1906, Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1974, S. 54. Rosa Luxemburg vertritt – wie hier zitiert – den Programmpunkt „Gleichberechtigung aller Nationalitäten“. Sie lehnt aber das Recht auf staatliche Lostrennung ab. Lenin hat diese falsche Position ausführlich kritisiert in seiner Schrift „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ (1914, LW Band 20, S. 395–461)

damit sie umso ruhiger über die Menschen aller Nationalitäten herrschen kann. […]

Ebenso waren Zeitungen und Bücher, die dem werktätigen Volk feindlich gesinnt waren, Unwissenheit und Demoralisation verbreiteten, Hass gegen die Polen säten, gegen die Juden hetzten, niemals verboten.“[281]

Rosa Luxemburg fordert die Gleichheit aller Konfessionen, der Griechisch-Orthodoxen, der Katholiken, der Protestanten und der Juden. Sie hob hervor, dass die Regierung „sich in Religionsangelegenheiten überhaupt nicht“ einmischen soll, denn: „Die Konfession ist dann eine *Privatangelegenheit* der Menschen.“[282]

c) Rosa Luxemburg zur Marx' Schrift gegen den Judenfeind Bruno Bauer von 1844

Rosa Luxemburg stellt in einer Schrift 1910 fest, wie sich Fragen zur Judenfeindschaft vom Standpunkt des Proletariats wirklich stellen, und sagt, es

„ist die jüdische Frage einerseits eine Frage von Rassenhass als Ausdruck gesellschaftlicher Reaktion, die im gewissen Maße unzertrennlich mit allen Gesellschaften verbunden ist und auf Klassenantagonismus beruht, eine Frage von Hass, der in den demokratischen bürgerlichen Staaten ausbrechen kann.“[283] (S. 72)

Judenhetzer sind nicht nur ein Phänomen im rückschrittlichen Russland, sondern waren eben auch in Deutschland (Stoecker, Graf Pückler usw.) anzutreffen. Und Judenfeindschaft hat, wie Rosa Luxemburg ganz richtig festhält, mit dem Klassenantagonismus, mit dem „kapitalistischen System“ zu tun:

„Um die öffentliche Aufmerksamkeit abzulenken von den politischen Konflikten, von den Klassen- und politischen Antagonismen, holte die Konterrevolution Rassenhass und Rassenantagonismen, holt sie Antisemitismus hervor.“ (S. 73)

---

[281] Luxemburg, Rosa: Was wollen wir?, 1906, Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1974, S. 54 f. und S. 68

[282] Ebenda, S. 70, H. i. O.

[283] Ab hier wird zitiert nach: Luxemburg, Rosa: Diskussion, in: Mlot (Der Hammer), Nr. 14, 5.11.1910, Warschau, zitiert nach: Politt, Holger (Hrsg.): Rosa Luxemburg: Nach dem Pogrom – Texte über Antisemitismus 1910/11, Potsdam 2014, S. 72.

Andererseits, so Rosa Luxemburg weiter, geht es eben auch um eine von vielen Fragen des demokratischen Kampfes um „bürgerliche Gleichberechtigung“. Und sie fährt fort:

> „Das bewusste Proletariat weiß, dass der Ausbruch des Antisemitismus in unserem Land lediglich ein neues Glied in der Kette der konterrevolutionären Schande der polnischen Bourgeoisie ist“.“ (S. 73)

Wie in Deutschland, so wurde auch in Polen versucht, aus der Schrift von Karl Marx gegen den Judenfeind Bruno Bauer aus dem Jahre 1844 Honig zu saugen. Rosa Luxemburg weist im zweiten zentralen Gedankengang dieses Artikels darauf hin, dass die Identifizierung von Kapitalismus und jüdischer Bevölkerung von Marx angesichts der Realität geradezu als absurd angeprangert wurde und es für das Proletariat insofern gar keine antikapitalistische jüdische Frage gibt, wie es auch keine Frage der „gelben Gefahr“ von chinesischer Seite oder Ähnliches gibt. Anders gesagt: Nicht „die Juden“ sind das Problem!

Rosa Luxemburg stellte in ihrem auf Polnisch erschienenen Aufsatz „Diskussion“ von 1910 ohne Wenn und Aber fest: Es geht bei Marx nicht um jüdische Menschen, wenn er von „Judentum“ spricht. (S. 69)

Es handelt sich hier um eine der vielleicht besten und klarsten Positionierungen innerhalb der Sozialdemokratie zu der Schrift von Karl Marx 1844 gegen Bruno Bauer, aber auch zum Kampf gegen Judenfeinde verschiedenster Färbung im Allgemeinen.

Rosa Luxemburg gibt darin auch eine gedrängte Darlegung der Marx-Schrift „Zur Judenfrage“ und macht eine entscheidende Hinzufügung zur Verwendung des Begriffs „Judentum“, nämlich „das, was gewöhnlich als ‚Judentum‘ bezeichnet wird“:

> „Tatsächlich hatte Karl Marx in seiner Auseinandersetzung mit den Hegelianern Bauer und Feuerbach 1843 zum ersten Mal die jüdische Frage aus der religiösen und rassischen Sphäre auf den gesellschaftlichen Boden gestellt, indem er zeigte, dass das, was gewöhnlich als ‚Judentum‘ aufgefasst und verfolgt wird, nichts anderes ist als der Geist von Schacher und Tauschhandel, der in jeder Gesellschaft auftritt, in der es Ausbeutung gibt, ein Geist, der am besten in den modernen ‚christlichen‘ Gesellschaften blüht, sodass die Emanzipation der Juden vor allem die Emanzipation der Gesellschaft von diesem ‚Judentum‘ ist, also die Abschaffung der Ausbeutung.“ (S. 69)

Rosa Luxemburg „übersetzte“ klipp und klar, dass es Marx in seiner Schrift um ***„die Emanzipation der Menschheit von der Ausbeutung durch das Kapital“*** geht. (S. 72) Punktum. Und um angeblich akademische Diskussionen zwischen den Pogromhelden in Polen und ihren pseudolinken Freunden der sogenannten „Fortschritts“-Partei über „die Judenfrage in Polen“ richtig einzuordnen, stellte Rosa Luxemburg sehr deutlich fest:

> „Für die Anhänger von Marx und ebenso für die Arbeiterklasse besteht die Judenfrage als solche folglich gar nicht, so wie für auch keine ‚Negerfrage‘ oder die Frage der ‚gelben Gefahr‘ von chinesischer Seite gibt […] Damals wurde die ‚jüdische Frage‘ als eine besondere Rassen- und Religionsfrage aufgegriffen von der gegnerischen Seite. Die ‚jüdische Frage‘ zur ‚Diskussion‘ und in den Vordergrund zu stellen, war ganz einfach ein politischer Schachzug vonseiten der Konterrevolution, um die Massenbewegung einzudämmen. Um die öffentliche Aufmerksamkeit abzulenken von den politischen Konflikten, von den Klassen- und politischen Antagonismen, holte die Konterrevolution Rassenhass und Rassenantagonismen, holte sie Antisemitismus hervor.“ (S. 72f.)

Rassistische, judenfeindliche Aufhetzung richtet sich auch gegen die Interessen der Arbeiter:innen, die damit vom Klassenkampf abgelenkt und verhetzt werden sollen. Umso stärker der Klassengegensatz sich in der bürgerlichen Gesellschaft zuspitzt, umso mehr „Bedarf“ gibt es für eine solche Verhetzung.

Vom Standpunkt des Proletariats ist das, was „Judenfrage“ genannt wurde, fährt Rosa Luxemburg fort, „eine Frage des Rassenhasses als Symptom der gesellschaftlichen Reaktion.“ (S. 72)

Rosa Luxemburg hat recht. So ist es. Wo Judenfeindschaft auftaucht, muss sie bekämpft werden. Wenn es Fehler in diesem Kampf gibt, müssen sie korrigiert werden.

IV. Abschließende Bemerkung und Ausblick

Was hat nun zusammenfassend die Analyse der sozialdemokratischen Publikationen sowie Reden im Reichstag und auf Parteitagen ergeben?

1.

Zunächst kann festgestellt werden, dass in programmatischer Hinsicht nach wie vor die Rede von August Bebel aus dem Jahr 1893, die erneut publiziert wurde, die Plattform des Kampfes gegen Judenfeindschaft blieb. Sie wurde nicht durch weitere programmatische Dokumente ergänzt oder ersetzt. Diese Rede Bebels bildete mit ihren Stärken und Schwächen nach wie vor die zentrale Argumentationsgrundlage in den verschiedensten Publikationen der Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft

Es blieb dabei – und das soll angesichts der nötigen scharfen Kritik deutlich festgehalten werden –, dass die Sozialdemokratie als Organisation sich eindeutig nach außen gegen jede Ungleichbehandlung der jüdischen Leute gegenüber nichtjüdischen Leuten positionierte. Das geschah auf allen Ebenen der Publikationstätigkeit, im Reichstag und auch auf den Parteitagen. Das war eindeutig die Außenwirkung (auch bei der Mehrzahl der Publikationen der jüdischen Organisationen), das war „angekommen" und war wirklich deutlich.

2.

Würde man die sozialdemokratischen Presseorgane allein durchschauen, könnte kein realitätsgetreues Bild von der existierenden Judenfeindschaft im damaligen Deutschen Reich gezeichnet werden. Angesichts der in den jüdischen Publikationen aufgezeigten Fülle von judenfeindlichen Aktivitäten in ihrer ganzen Bandbreite muss in der Tat festgestellt werden, dass die Sozialdemokratie diese Hilfestellung nicht wirklich angenommen und in ihrer Presse nicht verwertet hat.

Auch die Durchsicht aller Parteitage ergab, dass sich hier lediglich widerspiegelte, was auch in den Reden im Reichstag und in den Publikationen festzustellen war: Gegen Judenfeindschaft wurde Partei ergriffen, wenn aber argumentiert wurde, gab es unzulässige Zugeständnisse und teilweise gar die Übernahme judenfeindlicher Klischees.

3.

Hinzu kommt, dass Bebel bei der Neuherausgabe seiner Rede 1894 und 1906 zwar die Anhängerschaft der Judenfeinde sehr deutlich charakterisierte, aber gleichzeitig gab es (insbesondere auch bei Franz Mehring) eine Fülle von unzulässigen Zugeständnissen, die hier dargestellt und kritisiert wurden. Nochmals: Was die Attacken gegen jüdische Personen innerhalb und außerhalb des Staatsapparats angeht, so stand die Sozialdemokratie auf richtigen Positionen. Die Probleme entstanden immer dann, wenn versucht wurde, in irgendeiner Form argumentativ – sei es theoretisch, sei es im Alltag – den Judenfeinden entgegenzutreten. Hier lag die Hauptschwäche.

4.

In vorliegenden Teil 2 von Band 3 zeigte sich bereits, dass Kautsky eine besondere Rolle einnahm, da er als Theoretiker in der Tradition von Friedrich Engels auftrat und publizierte. Seine Schriften mit richtigen und wichtigen Positionen, aber auch seine elementaren Schwankungen und Schwächen waren durchaus von großer Bedeutung, in Deutschland und auch international. Darauf wird zurückzukommen sein im anschließenden Band 3 Teil 3, der sich ausführlich mit den Beiträgen der Sozialdemokratie in den Debatten über „Rasse", Rassismus und rassistische Judenfeindschaft auf theoretischer und wissenschaftlicher Ebene beschäftigen wird.

5.

Dass die Satirezeitschrift „Der wahre Jacob", die den Anspruch hatte, gegen Judenfeindschaft Stellung zu beziehen und dies auch oft tat, mit bösartigen Karikaturen über jüdische Personen die Grenze des einfach nur zu Kritisierenden überschritten hat, gehört auch zu den Ergebnissen dieser Analyse. Es war dabei auch der Anspruch einzulösen, mit der notwendigen Schärfe theoretische und politische Zugeständnisse und Fehler auf allen Ebenen zu dokumentieren und zu kritisieren.

6.

Um es inhaltlich auf den Punkt zu bringen, was die Stärken und Schwächen der Sozialdemokratie im Kampf gegen Judenfeindschaft waren, sollen hier abschließend, auf die Hauptsache konzentriert, die entscheidenden Aspekte festgehalten werden. Denn es geht ja im Kern bei dieser Studie darum, nicht nur herauszuarbeiten, was übernommen und was verworfen werden muss, sondern die Ergebnisse der kritisch-

selbstkritischen Analyse der Sozialdemokratie auch festzuhalten und zu verbreiten. Dabei kann in dieser Phase nicht von verbindlichen Dokumenten der SPD ausgegangen werden, sondern es handelt sich um die Positionierung einzelner herausragender Persönlichkeiten der SPD, auch auf Parteitagen, oder um Stellungnahmen in Presseorganen der SPD. Dies vorausgeschickt, kann Folgendes festgehalten werden:

Es lässt sich feststellen, dass die Sozialdemokratie in Deutschland den Herausforderungen der Judenfeindschaft – insgesamt und auf lange Sicht gesehen – nicht wirklich gewachsen war, obgleich der gute Wille einem Teil der führenden Köpfe der Sozialdemokratie und ihrer Mitglieder, gegen Judenfeindschaft vorzugehen, sicherlich nicht abgestritten werden kann.

Tiefgehend kritisiert werden müssen all die falschen Positionen, die in dieser Zeitspanne innerhalb der Sozialdemokratie mehr oder minder großes Gewicht hatten.

Der Reformismus und die Überbetonung der parlamentarischen Arbeit führte dazu, dass die nicht parteigebundene Judenfeindschaft zu sehr ignoriert und unterschätzt wurde.

Dabei geht es um die Schwächen, die auch schon in der vorigen Zeitspanne deutlich wurden, insbesondere alle Versuche, über „den Juden“ irgendwelche allgemeinen Aussagen zu treffen und diese irgendwie geschichtlich zu untermauern. Auch Zugeständnisse in Hinblick auf religiöse Vorurteile und die Vorwürfe des „Wuchers“ (im „Wahren Jacob“ gar mit der Gleichsetzung von „Warenhäusern“ und „Juden“) haben nicht aufgehört und gehören in die Kategorie: Unbedingt kritisieren und auf keinen Fall übernehmen.

Völlig falsch war auch die Einschätzung, dass sich wegen der Formänderung der Judenfeindschaft die Schlussfolgerung ergeben würde, dass nun die Judenfeindschaft „tot“ sei und keine Bedeutung mehr habe. Auch wenn nicht alle diese falsche These so ausgeprägt vertraten, so gab es doch eindeutig eine grobe Unterschätzung der Bandbreite und der Tiefe der Judenfeindschaft in dieser Zeitspanne. Das ist auch eine Warnung für heute.

Von wirklich großer Bedeutung und auf den ersten Blick nicht sofort zu durchschauen ist die Vermischung von einer in der Realität statt-

findenden teilweisen Assimilierung eines Teils der jüdischen Bevölkerung mit der Frage, ob diese Assimilierung die einzige Lösung im Kampf gegen Judenfeindschaft ist und von der Sozialdemokratie unterstützt werden müsse.

Hier ist von Karl Kautsky, der sich auf eine Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen berufen hat, eine Art ideologische „Zeitzünderbombe" gelegt worden. Später, das sei hier vorweggenommen, hat sich dies in einer Schrift von Otto Heller (KPÖ und KPD) 1932 in einer krass falschen Positionierung niedergeschlagen: Die Phrase von der anzustrebenden Auflösung, vom „Untergang des Judentums" als eine Perspektive im Kampf gegen Judenfeindschaft ist in jeder Hinsicht falsch und muss im Mittelpunkt einer Kritik stehen.

Es mag in dieser Phase noch von nebensächlicher Bedeutung sein, ist aber für die weitere Entwicklung durchaus von Belang: Mehrings Gleichung von Antisemitismus und Philosemitismus fand seine Fortsetzung in einer Gleichsetzung von Antisemitismus und Zionismus bei Kautsky, womit die faule Methode fortgesetzt und bekräftigt wurde, nicht auf den Inhalt, sondern lediglich auf Ähnlichkeiten in der Form zu achten. Die Kritik an dieser Denkfigur ist auch für den Kampf heute von aktueller Bedeutung und muss weiterverfolgt werden.

Besonders schmerzhaft ist – dies sei abschließend in Hinblick auf negative Entwicklungen in der SPD festgehalten –, dass es offensichtlich keinerlei Protest gab, zumindest nicht öffentlich, als der „Wahre Jacob", die auflagenstärkste Zeitschrift der Sozialdemokratie, eine zutiefst judenfeindliche Karikatur veröffentlichte, in der „der Jude" nicht nur als „Anbeter des Goldes", sondern auch als sexistischer Verbrecher pseudohumoristisch charakterisiert wurde.

Bei der scharfen Kritik an all den negativen Erscheinungen ist es gleichzeitig aber auch nötig, die hauptsächlichen positiven Aspekte im Kampf gegen die Judenfeindschaft der alten Sozialdemokratie vor ihrer revisionistischen Versumpfung und ihrem Übergang zur Vaterlandsverteidigung 1914 festzuhalten und herauszustellen.

Besonders hervorgehoben werden muss auch die klare Einschätzung der Anhängerschaft der Judenfeinde durch Bebel, die sich, wie er formulierte, auf die „niedrigsten Triebe und Instinkte einer rückständigen Gesellschaftsschicht" stützt. Bebel sprach unmissverständlich von der

„moralischen Versumpfung“ der Anhängerschaft der Judenfeinde. Das war so vorher noch nicht gesagt worden und kann nur unterstrichen werden.

Von Gewicht ist auch die Warnung, sich nicht nur auf den Radauantisemitismus zu konzentrieren, sondern die Ausbreitung des „stillen Antisemitismus“ zu beobachten und sehr ernst zu nehmen – eine hochaktuelle Warnung.

Der Kampf der Sozialdemokratie für die Gleichstellung aller Menschen in Deutschland, für das Recht auf Einwanderung und gegen die Ausweisung der jüdischen Bevölkerung insbesondere aus Osteuropa (hier sei insbesondere Karl Liebknecht genannt) gehört zu den unverrückbaren Verdiensten der Sozialdemokratie in Deutschland in dieser Zeitspanne.

Trotz aller Schwankungen wurde doch auch in verschiedenen Dokumenten festgehalten, dass es keine jüdische „Rasse“ gibt, dass dieser Begriff eine faule Konstruktion ist und dass überhaupt die Sozialdemokratie die Kategorie der „Rasse“ zur Erklärung von was auch immer keinesfalls benötigt.

Es gab eine klare Positionierung, vor allem von Rosa Luxemburg, dass der Kampf gegen Judenfeindschaft eine Aufgabe des Tageskampfes ist, der in die marxistischen Prinzipien eingebettet werden muss. Insbesondere hat Rosa Luxemburg auch mit der größten Klarheit die Problematik der Schrift von Karl Marx 1844, seine Polemik gegen Bruno Bauers Schrift: „Die Judenfrage“, dargelegt und aufgelöst.

Das sind jene Punkte, die betont, festgehalten und für den Kampf heute genutzt werden können und müssen.

***

Im Teil 3 dieses Bands wird es dann darum gehen, den wissenschaftlich-theoretischen Kampf der Sozialdemokratie darzustellen.

Zum einen wird der sich wissenschaftlich verkleidende judenfeindliche Rassismus auch mit seinen Verästelungen genauer unter die Lupe genommen. Das wurde bei den bisherigen Betrachtungen ganz bewusst in vielerlei Hinsicht ausgeklammert, um es zusammenhängend darstellen zu können. Die Frage der wissenschaftlichen Verkleidung judenfeindlicher und vermehrt auch rassistischer Denkfiguren ist bis

heute Gegenstand einer Fülle von wissenschaftlichen Untersuchungen. Wir werden versuchen, uns auf das Wesentliche zu konzentrieren.

Ebenso geht es um die Debatten zum Thema Assimilation und Zionismus, was vor allem anhand der Schrift von Kautsky „Rasse und Judentum“ von 1914 analysiert wird.

Diese Themen sind im Kampf gegen Judenfeindschaft auch heute hochaktuell und von Bedeutung.

Vertiefungen und Anmerkungen

1. Vertiefung: Kritik jüdischer Aktivisten an der Sozialdemokratie

a) Zu den „Handbüchern für sozialdemokratische Wähler“

Hugo Sonnenfeld, Vorstandsmitglied des C.V., hielt auf einer Versammlung des C.V. am 15. Oktober 1903“ die Rede „Wie stellen sich die Sozialdemokraten zu uns Juden?“ (1903)[284], die im Folgenden abgedruckt werden soll, weil sie die Haltung zur Sozialdemokratie prägnant zusammenfasst. Darin wird vor allem das „Handbuch für sozialdemokratische Wähler“ kritisiert:[285]

> „Die Sozialdemokraten haben in ihrem Programm den Satz: Religion ist Privatsache. Daraus folgt ohne weiteres, dass sie nicht dulden können und nicht dulden wollen, dass die Religion im staatsbürgerlichen Leben irgendeine Rolle spielt. Wenn sie Privatsache ist, kann sie keine Bedeutung im öffentlichen Leben haben. Wir sind deshalb sicherlich der guten Hoffnung und wir glauben nicht, dass diese Hoffnung getrübt wird, dass sich nie ein Sozialdemokrat finden wird, der irgendwie die Hand dazu bieten könnte, unsere staatsbürgerlichen Rechte zu beschränken. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir durchaus Vertrauen der Sozialdemokratie entgegenzubringen. (Bravo!) Wir treiben keine Parteipolitik hier in diesem Saale, und ich verstehe deshalb dieses Bravo nicht etwa dahin, dass Sie sagen wollen, es sei brav von mir, dass ich den Sozialdemokraten etwas Freundliches nachsage, sondern ich verstehe Ihr Bravo – und in dem Sinne teile ich es – dahin, dass es der Tatsache gilt, dass es eine sehr stattliche Zahl von Männern in Deutschland gibt, für die es unmöglich ist, unsere Rechte beschränken zu wollen. (Sehr richtig!)

---

[284] Ausschnitt aus „Der Centralverein und die politischen Wahlen. Vortrag des Herrn Rechtsanwalts Hugo Sonnenfeld, gehalten in der Versammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens am 15. Oktober 1903“, in: „Im deutschen Reich“, Nr. 11/1903, November, S. 619–650, hier: S. 628–632. Siehe auch „Allgemeine Zeitung des Judentums“, Nr. 43/1903, S. 508 f.: „Aus dem Centralverein“.

Hugo Sonnenfeld (1863–1927) war Vorstandsmitglied im C.V. und wurde auch bekannt durch seine Tätigkeit als Rechtsanwalt im Prozess gegen die Ritualmordlüge in Konitz. Siehe auch: Verteidigungsrede des Rechtsanwalts Hugo Sonnenfeld in Berlin, mit einem Vorwort des Justizrats Dr. Erich Sello, Berlin 1901 [48 S.] www.gehove.de/antisem/texte/lewy.pdf

[285] Siehe dazu in diesem Band auch den Abschnitt „Zum Kampf gegen Judenfeindschaft im Reichstag“

Meine Damen und Herren! Auf der anderen Seite werden wir aber auch näher prüfen und fragen müssen: Was haben wir von den Sozialdemokraten Positives zu erwarten? Was ich gesagt habe, war die negative Seite, ich sagte, die Sozialdemokraten werden nie einem beschränkenden Gesetz zustimmen. Nach der positiven Seite muss ich mein günstiges Urteil etwas abschwächen. Es wird allen Juden aufgefallen sein, dass bei den verschiedenen Judendebatten, die hier und da im Parlament nötig werden, die Sozialdemokratie sich verhältnismäßig wenig beteiligt hat. (Sehr richtig!) Ich kann nicht behaupten, dass ich darin ein Staatsverbrechen sehe. Davon kann keine Rede sein. Bitte, betrachten Sie nun aber weiter einmal die offiziellen Schriften der Sozialdemokraten, betrachten Sie das ‚Handbuch für sozialdemokratische Wähler', in der letzten[286] wie in der vorletzten Auflage[287] – beide habe ich nach der Richtung hin geprüft –; sehen Sie einmal nach, in welcher Weise sich dort die offizielle Sozialdemokratie für das Judentum erwärmt, dann werden Sie finden, dass die Wärme unter null steht, und ich will das gleich beweisen und Ihnen mitteilen. Die Sozialdemokratie behandelt die einzelnen Parteien in einem längeren Kapitel. Sie bespricht die Konservativen – die Deutschkonservativen, – die Freikonservativen, – das Zentrum bis in das kleinste Detail, sie tadelt überall, was sie irgend zu tadeln findet, wir aber finden, meine Damen und Herren, dort nicht ein Wort, mit dem die Sozialdemokratie den Antisemitismus, den programmmäßigen Antisemitismus der konservativen Partei verurteilt.[288] (Hört, hört!) Bei dem Kapitel über die Antisemiten musste ja doch die sozialdemokratische Partei auch Stellung zur Judenfrage nehmen, und es ist charakteristisch, wie sie dazu Stellung nimmt. Ich sage nicht zu viel, wenn ich dafür den Ausdruck gebrauche, ‚kühl bis ins Herz hinan'. Ich will Ihnen gleich mitteilen, wie

---

[286] Siehe Sozialdemokratischer Parteivorstand (Hrsg.): Handbuch für sozialdemokratische Wähler: Der Reichstag 1898–1903, Verlag Vorwärts, Berlin 1903, im Folgenden als „Handbuch 1903"

[287] Siehe Sozialdemokratischer Parteivorstand (Hrsg.): Handbuch für sozialdemokratische Wähler: Der Reichstag 1893–1898, Verlag Vorwärts, Berlin 1898, im Folgenden als „Handbuch 1898"

[288] Dies gilt sowohl für das „Handbuch" von 1898 als auch für das „Handbuch" von 1903, wobei letzteres zum Teil etwas ausführlicher auf die Parteien eingeht, insbesondere auf das Zentrum entsprechend der Debatten im Parlament und der dort behandelten Themen und vorgenommenen Abstimmungen. Was die Ausführungen zu den Antisemiten im Reichstag betrifft, so stimmen die von Sonnenfeld als Belege angeführte Zitate in den beiden angesprochenen Handbüchern im Wortlaut weitgehend überein. Dennoch soll in den Quellenhinweisen zum Zweck der leichteren Überprüfbarkeit auf beide Handbücher verwiesen werden.

sie sich damit abfindet. Sie spricht kein Wort der Entrüstung über das sittliche Niveau des Antisemitismus, nicht ein Wort der Entrüstung über die Ungerechtigkeit der Antisemiten, sie begnügt sich damit zu erklären, dass die Antisemiten doch sehr inkonsequent seien, denn während sie die Juden bekämpfen, halte dies einzelne von ihnen doch nicht ab, während der Reichstagssession sich in den Dienst jüdischer Journalisten zu stellen.[289] Sie fährt fort: – und ich bitte diesen Satz auch zu beachten – sie sagt wörtlich: ‚Die Präponderanz [das Übergewicht, A. d. V.] der Juden als Geld- und Handelsmacht wurzelt nicht in ihrer Rasseneigenschaft, obgleich sie unleugbar meist ein großes Talent für diese Art von Geschäften haben.'[290] Sie fährt weiter fort, das liege nur an der gegebenen Wirtschaftsordnung und sie fügt weiter mit vollem Recht hinzu: wenn heute die Juden ausgetrieben würden, dann würden andere Ausbeuter an deren Stelle treten, die zum Teil noch raffinierter als die Juden das Ausbeutungswerk ausübten.[291] (Sehr richtig!)

---

[289] Wörtlich in beiden „Handbüchern": „Die Antisemiten sind die inkonsequentesten Politiker. Ihre Judenfeindschaft hat einzelne ihrer Vertreter nicht abgehalten, dass sie sich während der Dauer des Reichstags für gute Bezahlung in den Dienst jüdischer Journalisten stellten und diesen die Kommissionssitzungsberichte lieferten. ***Non olet,*** Geld stinkt nicht, denkt der Antisemit, auch wenn es von den Juden kommt." („Handbuch 1898", S. 26; „Handbuch 1903", S. 351)

[290] Vollständig lautet die Passage in den beiden „Handbüchern", aus der Sonnenfeld den ersten Satz (fast) wörtlich zitiert: „Die Präponderanz der Juden als Geld- und Handelsmacht wurzeln nicht in ihrer Rasseneigenschaft, obgleich sie unleugbar meist ein großes Talent für diese Art Geschäfte besitzen, sondern hängt mit der sozialen Organisation unserer Gesellschaft zusammen. Auch hat das christliche Mittelalter durch seine vielhundertjährige Unterdrückung der Juden und mit der Vorschrift, dass sie nur Handelsgeschäfte betreiben durften, diese Eigenschaften noch künstlich bei ihnen entwickelt. Die christlichen Griechen sind mindestens so geriebene Geschäftsleute als die Mehrzahl der Juden und die christlichen Armenier übertreffen Griechen und Juden. Aber alle drei werden in den Schatten gestellt durch die Schlauheit und Geschäftsgewandtheit unserer neugewonnenen gelben schlitzäugigen ‚Brüder' – die ***Chinesen."*** („Handbuch 1898", S. 26; „Handbuch 1903", S. 351) Die Kritik ist offensichtlich berechtigt, eher zu milde.

[291] Im Kern wurde richtig zitiert. Wörtlich heißt es in beiden „Handbüchern": „Man deportiere sämtliche Juden nach irgendeinem fernen Lande und es wird sich zeigen, dass am Tage nach jener Deportation unsere bürgerliche Gesellschaft noch genauso aussieht als am vorhergehenden Tage, nur mit dem einen Unterschied: an Stelle der jüdischen sind christliche Ausbeuter getreten, die teilweise heute ihre Geschäfte weit raffinierter betreiben als die raffiniertesten Juden. Aber man beseitige die kapitalistische Wirtschaftsweise und es wird sich zeigen, dass es weder jüdische noch christliche Ausbeuter mehr gibt. Mit dem Kapitalismus fallen Handel und Schacher." („Handbuch 1898", S. 26 f.; „Handbuch 1903", S. 352)

Ich bin aber noch nicht zu Ende. Der Artikel sagt nun nicht etwa: ‚Also ist der Antisemitismus bedauerlich und verfehlt', und ‚wir sind keine Antisemiten', sondern er fährt weiter fort. ‚Die gefährlichsten Antisemiten sind die Sozialisten, obgleich sie von den bornierten Antisemiten als an die Juden verkauft denunziert werden. Stellt Rothschild oder Bleichröder vor die Wahl, einen Liebermann von Sonnenberg oder einen Sozialisten zu wählen und der wählt den Antisemiten.'[292] (Pfui!) Diese Darstellung hat auf mich nicht den Eindruck gemacht, wie wenn die Sozialdemokraten an dieser Stelle das Volk darüber belehren wollten, dass dem Antisemitismus ein sittlicher Defekt anhafte, sie hat auf mich den Eindruck gemacht, wie wenn sie sagen wollten, die Antisemiten haben ganz recht, auf die Juden böse zu sein, aber gefährlicher den Juden sind wir Sozialdemokraten, – und wir schütteln es von uns ab, wenn die Antisemiten von uns sagen, dass wir an die Juden verkauft seien. (Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, es wäre möglich, dass ich diese Worte falsch verstanden habe; aber, wie fährt nun wörtlich dieser Artikel fort? Wörtlich schließt er folgendermaßen an: ‚Auf der ***anderen*** Seite gebieten die Gerechtigkeit hervorzuheben, dass die Juden eine große Zahl von Männern gestellt haben und noch stellen, die als Leuchten der Wissenschaft, als Kämpfer für die Wohlfahrt etc. das Hervorragendste leisten.'[293] Wenn nach den vorangegangenen Sätzen mit den Worten fortgefahren wird: ‚auf der ***anderen*** Seite verlangt es die Gerechtigkeit', etwas anzuerkennen, so ist doch damit ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass meine Auffassung die richtige war, die in allen den vorangegangenen Sätzen nichts Gutes sieht, sondern nur die eine Seite sieht, bei der die Juden getadelt werden. (Sehr richtig!)

---

[292] Im Kern wurde richtig zitiert. Wörtlich heißt es in den beiden „Handbüchern": „Die gefährlichsten Antisemiten sind also die Sozialdemokraten, obgleich diese von den bornierten Antisemiten, als an den Juden verkauft, denunziert werden. Stellt Herrn von Rothschild oder Herrn von Bleichröder vor die Wahl, einen Liebermann von Sonnenberg oder einen sozialdemokratischen Führer zu wählen und er wählt den Ersteren." („Handbuch 1898", S. 27; „Handbuch 1903", S. 352; in der Fassung von 1903 wurde lediglich das Wörtchen „borniert" gestrichen.)

[293] Im Kern wurde richtig zitiert. Wörtlich in beiden „Handbüchern": „Auf der anderen Seite gebietet die Gerechtigkeit hervorzuheben, dass die Juden alle Zeit prozentual eine große Zahl Männer gestellt haben und noch stellen, die als Leuchten der Wissenschaft, als Kämpfer für die Wohlfahrt und die Befreiung des Menschengeschlechts aus Unwissenheit, Ausbeutung und Unterdrückung das Hervorragendste leisteten und leisten." („Handbuch 1898", S. 27; „Handbuch 1903", S. 352)

Nichtsdestoweniger – ich will das einschalten, damit niemand unter Ihnen auf den Gedanken kommt, ich treibe Parteipolitik, damit Sie erkennen, dass ich lediglich vom Standpunkt des Juden, des deutschen Staatsbürgers jüdischen Glaubens spreche, und dass es mir vollkommen fern liegt, irgendeine einzelne Partei zu bevorzugen – füge ich hinzu: trotz dieser bedauerlichen Darstellung im sozialdemokratischen Handbuch ist es für mich nicht zweifelhaft, dass ein Sozialdemokrat, wie ich vorausgeschickt habe, sich immer wieder jedem beschränkenden Gesetze gegen die Juden entgegenstellen wird. Aber wir wissen, meine Herren, wie es geschieht: kühl bis ans Herz hinan; Wärme haben wir nicht zu erwarten. (Sehr richtig!)

Die Sozialdemokraten haben auch – und es muss daran erinnert sein, so schmerzlich es für diejenigen Herren unter uns ist, die sich zur sozialdemokratischen Partei bekennen – ich habe nicht die Absicht, etwa gegen die Partei hier Propaganda zu machen, aber es ist meine Pflicht, offen mitzuteilen, wie sich die einzelne Partei zu uns stellt: Die Sozialdemokraten haben mitunter die Wahlagitation auf Kosten der Juden betrieben!

Ein großer Teil von ihnen weiß, dass in der letzten Wahlzeit in einigen Wahlkreisen Flugblätter verteilt wurden, insbesondere in denjenigen Wahlkreisen, in denen antisemitische Strömungen befürchtet wurden, – Flugblätter, die eine Vignette, ein Bild trugen, das den Barbarismus des Kapitals gegenüber dem arbeitenden Volke darstellen sollte. Das stellte sie in der Weise dar, dass eine Equipage gezeichnet war, auf der ein Herr saß, der die Zügel in der Hand hatte und mit einer Peitsche kräftig darauf losschlug – nicht auf Pferde, sondern auf Arbeiter, die seinen Wagen zogen. Das will ich den Sozialdemokraten natürlich nicht übelnehmen, dass sie das Kapital damit bezeichnen, das ist ihre Programmsache, aber warum muss denn dieser Kapitalist, der da oben sitzt, den ausgesprochenen jüdischen Typus auf dem Bilde zeigen? (Hört, hört! Und Pfui!) Meine Damen und Herren, das zeigt mir auch wiederum lediglich, dass es den Sozialdemokraten nicht darauf ankommt, sich auch einmal an die antisemitischen Instinkte zu wenden. Das wird mich aber trotzdem nicht zu der Überzeugung bringen, dass sie jemals für beschränkende Gesetze stimmen werden.

Ich weiß nicht, ob es Sie interessiert, wenn ich Ihnen weitere Einzelheiten aus dem Wahlkampfe erzähle. (Rufe. Jawohl!) Ich will einen Fall noch mitteilen. In Pinneberg trat vor Jahren dem Abgeordneten Kopsch[294]

[294] Julius Kopsch (1855–1935), Lehrer, ab 1891 Rektor in Berlin. Ab 1896 Abgeordneter im Reichstag für die Freisinnige Volkspartei, ab 1898 Abgeordneter im Preußischen Landtag. Wie aus dem Vortrag Sonnenbergs (S. 640) hervorgeht, war Kopsch

(Ruf: Aha!) ein sozialistischer Redner entgegen, der auch zu den kleinen Führern im Lande gehört, und der wörtlich erklärte: Kopsch sei der Kandidat der Judenpartei.[295] (Heiterkeit!) Ja, wo wird es mir einfallen, eine solche Äußerung eines Sozialisten allen Sozialisten übel anzukreiden. Aber wenn die Sozialdemokraten dann wieder einmal so tun, wie wenn sie vollkommen frei von diesem Antisemitismus wären, dann solle man solche Vorgänge nicht vergessen haben und dann soll man wissen: eine warme Verteidigung, einen zuverlässigen Schutz finden die Juden bei den Sozialdemokraten ganz und gar nicht. Nur die negative Seite ihres Programms ist für uns wertvoll, allerdings außerordentlich wertvoll.

Ich muss auch daran erinnern, dass die Sozialdemokraten mit dem Antisemiten Krösell[296] in Pyritz ein festes Kartell abschlossen, das auch gehalten wurde. Es verpflichteten sich die Sozialdemokraten für den Antisemiten Krösell zu stimmen, und dafür verpflichteten sich die Antisemiten, in Stettin für den Sozialdemokraten zu stimmen. (Zuruf: Sehr bestritten!) Ich habe auch hier wieder gar nicht die Absicht, den Sozialdemokraten einen Strick daraus zu drehen. Aber wir wollen unsere Augen offenhalten, wir wollen ganz klar sehen und uns durch keine Parteibrille den Blick trüben lassen. Wir sollen wissen, dass die Sozialdemokratie dort, wo es ihrer Taktik vorteilhaft erscheint, sich gar kein Gewissen daraus machte, mit den Antisemiten zu paktieren, und es ist eine Auffassung, die wir hier im Centralverein immer schon vertreten haben und die auch von berühmten sozialdemokratischen Führern vertreten worden ist, dass der Antisemitismus in der Tat der Sozialismus der dummen Kerle ist, und dass folgerichtig der Antisemitismus zu dem Sozialismus überleitet. Man fängt mit den jüdischen Kapitalisten an und hört mit dem beweglichen Kapital und dem Grundbesitz schlechthin auf.

Das waren einzelne Beispiele, die sich vervielfältigen ließen, die uns nichts anderes zeigen, als dass wir nicht blindlings einer bestimmten Partei vertrauen dürfen, dass wir immer in jedem einzelnen Falle zu prüfen haben und dass wir auf der Hut sein sollen, auf der einen Seite vor Vertrauensseligkeit, auf der anderen – meine Herren, das betone ich hier –

---

auch Mitverfasser der Schrift „Die Antisemiten im Reichstag“, die vom C.V. zu Agitationszwecken in „sehr großer Zahl angekauft“ wurde.

[295] Dieser Fall konnte nicht aufgeklärt werden.

[296] Karl Krösell (1865–1933), evangelischer Pfarrer und antisemitischer Agitator aus Pyritz [heute Pyrzcyce, Polen], von 1903 bis 1907 Abgeordneter des Reichstags für die judenfeindliche Deutsche Reformpartei.

auf der Hut sein sollen vor Misstrauen. Es bleibt, meine Herren, die Tatsache bestehen, das alle solche Erscheinungen, wie ich sie jetzt aus der sozialdemokratischen Partei Ihnen mitgeteilt habe, nichts ändern an der unerschütterlichen Tatsache, dass jeder sozialdemokratische Kandidat gegenüber einem irgendwie antisemitisch angehauchten Kandidaten immer eine sichere Bürgschaft dafür ist, dass unsre staatsbürgerlichen Rechte durch ihn im Reichstage nicht erschüttert werden, dass im Gegenteil er ein Bollwerk gegen alle Angriffe auf unsere Gleichberechtigung ist. (Zustimmung und Beifall.) Aber das hindert nicht, uns doch im Einzelnen klar zu werden, dass eine Liebe, eine Wärme wir dort nicht finden und nicht zu hoffen haben. (Ruf: Sehr wahr!)“

Im Folgenden sollen knapp Kernpunkte der Einschätzung Sonnenfelds notiert werden, um damit nicht nur die Haltung des C.V. zur SPD zu verdeutlichen, sondern vor allem auch die Kritikpunkte an der SPD festzuhalten, um diese für die weitere Auseinandersetzung mit der SPD zu berücksichtigen. Denn es dürfte aus dieser Zeit nicht viele Stellungnahmen von jüdischer Seite geben, die sich auf eine doch sehr ernsthafte Weise mit der Frage befassen: „Wie stellen sich die Sozialdemokraten zu uns Juden?“

Unmissverständlich stellt Sonnenfeld als grundlegend für die Einschätzung der SPD seitens des C.V. heraus: Die SPD wird sich nicht dazu hergeben, von der Verteidigung der staatbürgerlichen Rechte und der Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung im Deutschen Reich abzurücken, und das gilt auch für die Abgeordneten im Reichstag und in den Landesparlamenten.

Auf dieser demokratischen Grundlage werden aber eine ganze Reihe von Kritiken und Anklagepunkten vorgebracht, die im Zusammenhang damit stehen, dass die SPD es vermissen lässt, sich klar gegen die Judenfeindschaft zu positionieren. Dabei wird als das vielleicht gravierendste und am tiefsten gehende Problem aufgezeigt, dass „die offizielle Sozialdemokratie“ sich nicht „für das Judentum erwärmt“, dass ihr die Empathie fehle, dass „die Wärme unter null steht“. Unterlegt wird dies mit einer Reihe von Hinweisen und Belegen.

- Festzustellen sei eine verhältnismäßig geringe Beteiligung der SPD an sogenannten „Judendebatten“ im Parlament, wenn diese von den Antisemitenparteien provoziert werden. Damit ist eine Kritik an der Reichstagsfraktion angedeutet, dass sie

sich nur unzureichend gegen die Judenfeindschaft positioniert habe.[297]

- Sehr detailliert beschäftigt sich die SPD mit den anderen Parteien und der Kritik an ihren Positionen in ihrem „Handbuch für sozialdemokratische Wähler“ von 1898 und 1903, ohne aber „den programmmäßigen Antisemitismus der konservativen Partei zu verurteilen“.[298]
- Wenn die SPD zur Judenfeindschaft in ihrem „Handbuch“ Stellung bezieht, wie im „Kapitel über die Antisemiten“, dann „kühl bis ins Herz“, da sie „nicht ein Wort über die Ungerechtigkeit der Antisemiten“ verliere und das heißt, sie übergehe deren Angriffe auf die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung.[299]

---

[297] Im „Handbuch 1898“ und im „Handbuch 1903“ schlagen sich die sogenannten „Judendebatten“, die von den „Antisemitenparteien“ im Reichstag angezettelt wurden, nicht nieder – sie finden keine Erwähnung. Betrachtet man beispielsweise die Berichterstattung in der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ (AZJ), so ist jedoch nachvollziehbar, dass sich Abgeordnete der SPD in wichtigen Debatten deutlich gegen die Judenfeindschaft ausgesprochen haben: Zum Beispiel in der „großen Judendebatte“ über die Frage der Einwanderung von Juden 1895 (vor allem AZJ, Nr. 10/1895, S. 110), in der Debatte über die Diskriminierung von Juden im Militär (AZJ, Nr. 8/1898, S. 87 und AZJ, Nr. 9/1898, S. 98 f.), in der Debatte über einen Antrag der Antisemiten über ein Schächtverbot (AZJ, Nr. 17/1899, S. 194), in der Debatte über den Zolltarif (vor allem AZJ, Nr. 50/1902, S. 591), es gab eine „scharfe Antwort“ der Sozialdemokraten, vor allem Bebels, auf die Attacke des Judenfeinds Massow (AZJ, Nr. 6/1902, S. 62 f.), berichtet wird von einer „große Rede“ des Sozialdemokraten Bernstein zur Lage der Juden in Rumänien (AZJ, Nr. 13/1903, S. 146 f.).

[298] Im „Handbuch 1898“ (S. 17 ff.) und im „Handbuch 1903“ (S. 399 ff.) ist jeweils im Abschnitt „Die Parteien des Reichstags“ – außer bei den „Antisemiten“ – Judenfeindschaft kein Thema, weder bei den Konservativen noch beim Bund der Landwirte oder beim Zentrum und den Nationalliberalen.

[299] Allerdings übersieht Sonnenfeld in seinem Vortrag einen doch sehr entscheidenden Satz in den Ausführungen des „Handbuchs 1898“ auf Seite 24 f. und des „Handbuchs 1903“ auf S. 351. Dieser lautet: „Seinem Wesen nach ist der Antisemitismus reaktionär …“ Und eine solche Position lässt eigentlich keinen Raum dafür, dass den Judenfeinden positive Seiten abzugewinnen wären und zeigt auch die Grenze auf, die nicht überschritten werden darf. Auch nicht aus Gründen der „Taktik“, wie Sonnenfeld behauptet, um „mit den Antisemiten zu paktieren“, und – wie er unterstellt – dass sich die Sozialdemokratie „daraus kein Gewissen“ mache.

- Und wenn die SPD sich von der Zuschreibung von „Rasseeigenschaften“ seitens der Judenfeinde abgrenzt, so macht sie dies in einer Weise, dass ein judenfeindliches Stereotyp von ihr geradezu bestätigt wird, wenn es im „Handbuch“ heißt: „Die Präponderanz der Juden als Geld- und Handelsmacht wurzelt nicht in ihrer Rasseneigenschaft, obgleich sie unleugbar meist ein großes Talent für diese Art von Geschäften haben.“
- Wenn die SPD sich in ihrem „Handbuch“ in die Auseinandersetzung mit den judenfeindlichen Parteien begibt, dann tritt sie mit ihnen in einen Überbietungswettbewerb, wer wohl der „bessere Antikapitalist“ wäre, und versteigt sich zu der Formulierung: „Die gefährlichsten Antisemiten sind die Sozialisten.“ Wobei einer solchen Aussage implizit die Auffassung zugrunde liegt, dass dann wohl doch „Juden“ und „Kapitalisten“ als eins zu betrachten wären. Mag es als Witz gemeint sein, es ist nicht witzig, sondern unerträglich.
- In der Wahlagitation der SPD sind Flugblätter bekannt geworden, die „auf Kosten der Juden“ gehen, in denen judenfeindliche Karikaturen des „Kapitalisten“ zum Einsatz kamen, die den Schluss zulassen, „dass es den Sozialdemokraten nicht darauf ankommt, sich auch einmal an die antisemitischen Instinkte zu wenden“.[300]
- Im Wahlkampf habe sich ein Kandidat der SPD dazu verstiegen, einen Konkurrenten der Freisinnigen Volkspartei (Julius Kopsch) als „Kandidaten der Judenpartei“ zu titulieren.

[300] Ob solche Flugblätter mit judenfeindlichen Karikaturen im Wahlkampf zur Reichstagswahl 1903 zum Einsatz kamen, lässt sich schwerlich nachprüfen. Dass Karikaturen veröffentlicht wurden, die einen Kapitalisten „mit ausgesprochen jüdischen Typus im Bilde zeigen“, ist jedoch nicht auszuschließen, zumal judenfeindliche Karikaturen in der sozialdemokratischen Unterhaltungspresse eine gewisse Verbreitung fanden. Siehe dazu auch den Abschnitt „Die Zeitschrift ‚Der wahre Jacob‘“ in diesem Band und „Widerspiegelung der Judenfeindschaft in der Zeitschrift ‚Der wahre Jacob‘“, in: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893), Offenbach 2019, S. 446-456.

- Berichtet wird auch von einem „Wahlkartell“ der Sozialdemokraten mit „dem Antisemiten Krösell in Pyritz“, das im Gegenzug zur Wahl eines Sozialdemokraten in Stettin geführt habe, wobei es dazu den Zuruf aus dem Publikum gab: „Sehr bestritten!“[301]
- Als Grundlage dafür, „mit den Antisemiten zu paktieren“, wird von Sonnenfeld die Auffassung gesehen, „die auch von berühmten sozialdemokratischen Führern vertreten worden ist, dass der Antisemitismus in der Tat der Sozialismus der dummen Kerle ist, und dass folgerichtig der Antisemitismus zu dem Sozialismus überleitet“.[302]

---

[301] Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ (AZJ) berichtet in der Rubrik „Die Woche. Berlin, 8. Juli“ von einem (möglichen) „… antisemitisch-sozialdemokratischen Kuhhandel, dem die konservative Presse auf die Spur gekommen sein will. Der antisemitische Pastor Krösell, so wird gesagt, habe seinen Sieg in Pyritz-Gaaßig durch die Abkommandierung seiner Parteigenossen in Stettin zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Herbert erkauft. […] Dass die Sozialdemokratie, die im Kampfe gegen den Antisemitismus bisher in vorderster Reihe gestanden, bei diesem Handel an moralischem Ansehen gewonnen hätte, werden ihre parlamentarischen Führer wohl schwerlich selbst glauben.“ (AZJ, Nr. 28/1903, S. 326) Im „Vorwärts“ ist über das Stichwahlergebnis in Stettin-Stadt zwischen dem Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung Brömel und dem Kandidaten der SPD Herbert in einer Notiz aus dem sozialdemokratischen „Volksboten“ zu der „Kampfesweise der Freisinnigen in Stettin“ Folgendes zu lesen: „Während 1898 Herr Brömel in der Stichwahl noch mit 14211 gegen 12590 sozialdemokratische Stimmen siegte, brachte er es gestern nicht zu dieser Stichwahlziffer. Dagegen ist die gestrige Stichwahlziffer für die Sozialdemokratie um 4000 höher als vor fünf Jahren. Die gestrige Wahl ist das Volksgericht über die Taten des Freisinns. Gewogen und zu leicht befunden.“ („Vorwärts“, Nr. 148/1903, 28.6.1903, S. 3) Ob der Zugewinn an Stimmen für den SPD-Kandidaten auf das Konto der Antisemitenparteien geht, das muss hier eine offene Frage bleiben.

[302] Dass der „Antisemitismus der Sozialismus der dummen Kerls“ sei, das war „in der Tat“ ein Zeit lang fast so etwas wie ein geflügeltes Wort in der Sozialdemokratie Ende des 19., Anfang der 20. Jahrhunderts, oft auch verbunden mit der Vorstellung, die Judenfeinde würden „säen“ und die Sozialdemokraten „ernten“. Siehe Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893), Offenbach 2019, S. 489. Manche sozialdemokratische Führer haben nachweislich vom „Sozialismus der dummen Kerls“ gesprochen, so zum Beispiel Franz Mehring (ebenda, S. 357) und Eduard Bernstein (ebenda, S. 141). Zwar hat etwa Bernstein gemeint, dass die Judenfeindschaft als „Vorstufe“ zum Sozialismus „

Sonnenfeld hat in seinem Vortrag, in dem er nach der Reichstagswahl vom 16. Juni 1903 die Haltung des C.V. zu den verschiedenen, im Reichstag vertretenen Parteien darlegt, einige wichtige Fragen aufgeworfen, mit denen die SPD oder zumindest der Sozialdemokratische Parteivorstand als Herausgeber des „Handbuchs für sozialdemokratischen Wähler" eigentlich zu Stellungnahme herausgefordert war.[303]

Auch wenn Sonnenberg im Namen des C.V. abschließend hervorhebt, dass er in den sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag „eine sichere Bürgschaft" dafür sieht, dass „unsere staatsbürgerlichen Rechte" nicht erschüttert werden und „unsere Gleichberechtigung" verteidigt wird. Es bleibt doch die von ihm formulierte bittere Erkenntnis, die im letzten Satz hinsichtlich der SPD zum Ausdruck gebracht wird:

> „Aber das hindert nicht, uns doch im Einzelnen klar zu werden, dass eine Liebe, eine Wärme wir dort nicht finden und nicht zu hoffen haben."

b) Weitere Kritikpunkte

Die Haltung der am damaligen Zionismus orientierten Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) zur Sozialdemokratie blieb skeptisch bis ablehnend. Bezogen auf Deutschland argumentierte die

---

zu betrachten sei (ebenda, S. 394) und damit nicht als „durch und durch reaktionär". Aber eine Auffassung, wie sie Sonnenfeld hier vorträgt, wonach „der Antisemitismus zu dem Sozialismus hinüberleitet" und erst recht in der Weise, dass „man mit den jüdischen Kapitalisten" anfange, um dann zu weiteren Enteignungen überzugehen, eine solche, mit einer sozialistischen Perspektive unvereinbare Auffassung war nicht die der sozialdemokratischen Führung und auch nicht zu vereinbaren mit dem programmatischen Ziel der SPD. Dieses wird im Erfurter Programm der SPD von 1891, das jeweils dem „Handbuch 1898" und dem „Handbuch 1903" vorangestellt ist, wie folgt umrissen: „Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln – Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel – in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion …" (Handbuch 1898 bzw.1903, S. 4) Und weiter: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung." (ebenda)

[303] Die Durchsicht des „Vorwärts", Zentralorgan der SPD, hat diesbezüglich kein Ergebnis erbracht.

ZVfD damit, dass die SPD als Vertreterin des Proletariats kein Interesse am Großteil der jüdischen Bevölkerung habe, weil sie der Bourgeoisie oder dem Kleinbürgertum angehörten.[304]

Und auf Russland bezogen richtete sich die ZVfD mit einer falschen, ja verleumderischen Behauptung vehement gegen die Sozialdemokratie:

> „Wir bekämpfen aus gutem Grund die internationale Sozialdemokratie, die unter den russischen Juden geeignet ist, schweres Unheil anzurichten."[305]

Der sich als überparteilich verstehende „General-Anzeiger für die Gesamtinteressen des Judentums"[306] (GAJ) vertrat den Standpunkt, man solle sozialdemokratische Kandidaten unterstützen, um bei der Reichstagswahl 1903 die Wahl von Antisemiten zu verhindern. Die Gefahr eines sowieso in weiter Ferne liegenden sozialistischen Staates sei als weniger schlimm anzusehen als die gegenwärtige Bedrohung durch die „Herrschaft des Rassen- und Glaubenshasses"[307]. Nach der Wahl schrieb der GAJ:

> „Nicht die Sozialdemokratie bringt das Vaterland in Gefahr, sondern der Antisemitismus und nicht die Sozialdemokraten betreiben das elende Handwerk der Demagogie, sondern alle staatstragenden bürgerlichen

---

[304] Judaeoborussus (vermutlich Pseudonym von Heinrich Loewe): Landtagswahl in Sicht, JR, Nr. 15, 10.4.1908, S. 127 f.; in: Eloni, Jehuda: Die Zionistische Bewegung in Deutschland und die SPD 1897–1918, in: Grab, Walter (Hrsg.): Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918, Internationales Symposium Dezember 1976, Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Beiheft 2, 1977, S. 95

[305] Elyaquim: Epilog zu den Wahlen, JR, Nr. 7, 15.2.1907, S. 65 f.; in: Eloni, Jehuda: Die Zionistische Bewegung in Deutschland und die SPD 1897–1918, in: Grab, Walter (Hrsg.): Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung1848-1918, Internationales Symposium Dezember 1976, Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Beiheft 2, 1977, S. 99

[306] Der GAJ erschien von 1902 bis 1911 in Berlin und verstand sich als überparteilich. Ab 1911 „Israelitisches Wochenblatt".

[307] GAJ: Zu den Wahlen (Leitartikel), Nr. 25, 15.6.1903, S. 1; Zu den Stichwahlen, Nr. 26, 22.6.1903, S. 1; in: Eloni, Jehuda: Die Zionistische Bewegung in Deutschland und die SPD 1897–1918, in: Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918, Internationales Symposium Dezember 1976, Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Beiheft 2, 1977, S. 91

Elemente, die aus Feigheit und aus Kriecherei diesem Treiben Vorschub leisten.“[308]

c) Kritik an den Parteitagen der Sozialdemokratie

In der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ (AZJ) ist in der Rubrik „Die Woche“ in der Ausgabe Nr. 40/1901 eine Notiz vom 1. Oktober mit bemerkenswerten Sätzen über den Parteitag der SPD in Lübeck (22.–29.9.1901) zu lesen:

> „Dass auch der sozialdemokratische Parteitag zu Lübeck mit einem Tropfen antisemitischen Öls gemischt war, dürfte manchen Schwärmer ernüchtern und der antisemitischen Meute gar nicht angenehm sein […]. Auf die Verhandlungen des Parteitags einzugehen, haben wir natürlich keine Veranlassung. Uns interessiert nur bei der Sache, dass auch die ‚internationale‘ Sozialdemokratie ihre starken Vorurteile gegen russische und polnische Juden, sobald diese ihr innerhalb der Partei unbequem werden, an den Tag zu legen keinen Anstand nimmt. Die Herren Heine, Auer, Fischer usw. haben darin Tüchtiges geleistet, und man kann es begreifen, wenn die Antisemiten auf diese ‚natürliche Aufbäumung eines besseren Gefühls innerhalb der Sozialdemokratie‘ mit Genugtuung hinweisen. Erst eine ‚Genossin‘ musste die klugen Herren darauf aufmerksam machen, dass die Angegriffenen nicht als Russen und Juden, sondern ‚als Parteigenossen, welche auf dem Boden des gleichen Parteiprogramms stehen‘, anzusehen seien. Der Bericht verzeichnet bei dieser Erklärung ‚stürmischen Beifall‘.“ (AZJ, Nr. 40/1901, S. 470)

Diese Darstellung ist korrekt, die „Genossin“ war Clara Zetkin. Es heißt weiter:

> Die jüdischen Genossen aber, Herr Paul Singer voran, schwiegen bei den ganzen Angriffen auf die Juden fein still. Die Antisemiten nennen das den Zusammenhang von Judentum und Sozialdemokratie.“ (AZJ, Nr. 40/1901, S. 470) [309]

---

[308] GAJ: Der Sturm im Blätterwald (Leitartikel), Nr. 28, 6.7.1903, S. 1; in: Eloni, Jehuda: Die Zionistische Bewegung in Deutschland und die SPD 1897–1918, in: Grab, Walter (Hrsg.): Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918, Internationales Symposium Dezember 1976, Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Beiheft 2, 1977, S. 91

[309] Die Zeitung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens „Im deutschen Reich“ (IdR) berichtete in der Rubik „Umschau“ über den Lübecker Parteitag und die Reaktionen der antisemitischen Zeitungen darauf wie folgt, woraus sich dann vielleicht auch der letzte Satz aus der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ etwas erhellt: „Ein antisemitisches Blatt, Friedrich Langes , Deutsche Tageszeitung‘,

Diese Kritik an Paul Singer dagegen ist unsolidarisch und falsch, da es nicht in erster Linie die Aufgabe von Paul Singer als Jude war, gegen Judenfeindschaft voranzugehen.

Die AZJ hatte – wie schon gezeigt wurde – durchaus einen berechtigten Grund, auf diese Redebeiträge auf dem SPD-Parteitag hinzuweisen, auch wenn sie ansonsten „keine Veranlassung" sah, auf die Verhandlungen des Parteitags einzugehen, der in den politisch-ideologischen Debatten vor allem geprägt war von der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus Bernsteins.

Auch die „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" (MAV) registrierten den Parteitag der SPD und druckten die Reaktion der in Köln erscheinenden „Rheinischen Zeitung"[310] vom 12. Oktober 1901 auf den Artikel „Sozialdemokratie und Antisemitismus" des „Israelitischen Gemeindeblatts"[311] ab.

> „‚Sozialdemokratie und Antisemitismus' überschreibt sich ein Artikel in der letzten Nummer des hier erscheinenden ‚Israelitischen Gemeindeblattes'. Der Artikel glaubt aus gewissen Äußerungen, die von Seiten einiger Delegierten auf dem Lübecker Parteitag gefallen sind, auf das Vorhandensein antisemitischer Stimmungen in der Sozialdemokratie schließen zu dürfen. Das trifft ganz gewiss nicht zu. Eigentlich sollte die bloße Tatsache, dass von dem Dreigestirn, zu dem die Sozialdemokratie als ihre Führer aufblickt, zwei jüdischer Abstammung waren, dass im Vorstand der heutigen Partei ein Israelit sitzt, der zugleich seit langer Zeit

---

wirft die sehr berechtigte Frage auf: ‚Wurden in dem Abgeordneten Heine alte Erinnerungen wach, Erinnerung an die Zeit, da er in der Sturm- und Drangperiode der Vereine deutscher Studenten ein Verfechter der antisemitischen Studentenbewegung war?' Die ‚Stuttgarter Ztg.' bemerkt dazu: Wenn der Herr Heine von den eingewanderten Juden spricht, die zum Dank für die empfangenen Wohltaten uns ins Gesicht spucken: so beweisen alle jene Äußerungen, wie tief der Antisemitismus auch in die Reihen der Sozialdemokraten gedrungen ist. Daran ändert auch die Tatsache nichts, das Herr Heine hinterher seine Worte abschwächte und damit entschuldigte, dass er in seinem Wahlkreise im Kampfe mit den Antisemiten stehe.' Jedenfalls hat der Lübecker Parteitag das Gute getan, dass niemand mehr sich berechtigt fühlen wird, Judentum und Sozialdemokratie schlechtweg zu identifizieren." (IdR, Nr. 10/1901, S. 544 f.)

[310] Die „Rheinische Zeitung" war eine sozialdemokratische Tageszeitung, Chefredakteur war in dieser Zeit August Erdmann.

[311] Das „Israelitische Gemeindeblatt. Organ für alle Interessen des Judentums", erschien in Köln-Mülheim, Herausgeber war Carl Brisch.

> den jährlichen Parteitagen vorsitzt, sollte weiter die Tatsache, dass die Sozialdemokratie programmmäßig keinen Unterschied der Religion und der Rasse kennt, die Partei vor dem Verdacht der antisemitischen Anwandlungen schützen. Damit wollen wir aber nicht abstreiten, dass es einzelne Parteigenossen gibt, die noch im Banne gewisser Vorurteile gegen das Judentum stecken, sich mit dieser oder jener Eigenart des jüdischen Volkscharakters schwerer abzufinden wissen und die dann in der Erregtheit, von ihrem Taktgefühl verlassen, sich zu verallgemeinernden Äußerungen hinreißen lassen, die sie in der Ruhe selber verurteilen. Das ist den Genossen Fischer und Heine passiert. Man wolle aber nicht vergessen, dass ihrem Unrecht auf der Gegenseite ein nicht minder geringes gegenübersteht. Bis heute hat Frau Rosa Luxemburg nicht bestritten, dass sie einem Fremden gegenüber den Parteitag der Sozialdemokratie in Deutschland als Nullen bezeichnet hat, und wenn Genosse Parvus im Deutschtum das Kennzeichen geistiger Minderwertigkeit erblickt, so sind das Ungezogenheiten, die deshalb schwerer wiegen, weil sie weder durch Erregtheit zu entschuldigen, noch von der anderen Seite provoziert worden sind. Ebenso wenig, wie wir die Äußerungen der Genossen Parvus und Rosa verallgemeinern und als Zeichen ‚antiarischer' Neigungen unter den jüdischen Genossen zu deuten vermögen, sollte man auf der jüdischen Seite versuchen, aus den Ungehörigkeiten einzelner Genossen in Lübeck das Vorhandensein antisemitischer Neigungen zu konstruieren."[312]

Immerhin musste von der „Rheinischen Zeitung" zugegeben werden, dass die Delegierten Fischer und Heine „noch im Banne gewisser Vorurteile gegen das Judentum stecken", wie deren judenfeindliche Äußerung vornehm verharmlosend umschrieben werden, und sie seien da „von ihrem Taktgefühl verlassen" worden. So sei das eben „passiert", aber im Grunde doch zu entschuldigen. Nun greift aber die „Rheinische Zeitung" selbst zum judenfeindlichen Stereotyp, um das Verhalten von Fischer und Heine zu deuten, die sich offenbar „mit dieser oder jener Eigenart des jüdischen Volkscharakters" noch nicht anfreunden konnten, was auch immer darunter zu verstehen sein soll (etwa mit der „Rabulisterei", wie Fischer das nannte?). Wobei sich hieran auch die unerhörte, rassistisch konnotierte Gegenüberstellung von „antisemitisch" und „antiarisch" gedanklich anschließt.

[312] Zitiert nach: MAV, Nr. 3/1901 (23.10.1901), S. 360

Aber bloß keine „antisemitischen Neigungen konstruieren“. Schließlich gebe es noch ein anderes „Unrecht“, ein „nicht minder geringes“. Die Verfehlungen der „jüdischen Genossen“ würden demgegenüber doch „schwerer wiegen“, da sie sich wie Parvus gegen das „Deutschtum“ oder wie Luxemburg abfällig über „Nullen“ auf dem sozialdemokratischen Parteitag geäußert hätten, ohne dass sie dazu „provoziert“ worden wären.

Dass es sich hier um ein Ablenkungsmanöver handelt, ist unschwer zu begreifen. Über die Äußerungen von Parvus und Luxemburg konnte man diskutieren, und es wurde auf dem Parteitag darüber diskutiert. Aber die judenfeindlichen Äußerungen von Fischer und Heine waren von jedermann im „Vorwärts“ zu lesen, und diese waren eben nicht diskutabel, sondern erforderten eine klare Zurückweisung.

Wenn die Frage aufgeworfen wird, ob angesichts der Äußerungen auf dem Lübecker Parteitag über „antisemitische Stimmungen“ in der SPD gesprochen werden muss, dann hilft weder der Hinweis auf historische Führer der Sozialdemokratie (gemeint sind wohl Ferdinand Lassalle und Karl Marx, wobei es auch nicht einer gewissen Peinlichkeit entbehrt, in einem Atemzug auf diese beiden anzuspielen) noch auf Paul Singer (neben August Bebel) im Vorstand der SPD noch der Verweis auf die Programmatik der Partei. Vielmehr wäre es darum gegangen, zu überprüfen, ob sich der Parteitag zu den judenfeindlichen Äußerungen Auers, Fischers und Heines klar verhalten hat. Und das hat er nicht.

Fest steht, und auch das war ohne Schwierigkeiten anhand des „Vorwärts“ zu überprüfen, dass auf dem Parteitag nur Clara Zetkin gegen die Angriffe von Fischer und Heine mit deutlichen Worten und unter Berufung auf Heinrich Heines treffliche Verse Stellung bezogen hat, aber auch sie hat die judenfeindlichen Äußerungen nicht direkt benannt, nicht aufgedeckt und nicht als unvereinbar mit den Grundsätzen der Partei zurückgewiesen.

***

In der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ (AZJ), Nr. 39/1902, ist in der Rubrik „Die Woche“ unter dem Datum 24. September über den Parteitag der SPD in München (14.–20.9.1902) eine Meldung zu lesen, in der auf etliche judenfeindliche „Witze“ hingewiesen wird, die

verschiedene Redner auf dem Parteitag von sich gegeben haben, wodurch es ihnen gelungen sei, Reaktionen der „Heiterkeit“ unter den Parteitagsdelegierten hervorzurufen. Diese Vorkommnisse werden in der AZJ wie folgt angesprochen:

> „Der sozialdemokratische Parteitag an sich würde uns nicht interessieren, wenn nicht auch hier wieder ein charakteristisches Moment mehr als früher hervorgetreten wäre, das wohl erwähnt zu werden verdient. Schon in der ersten Sitzung machte Ledebour Witze über die Juden und ihre Synagogen, wo Männer und Frauen getrennt sitzen; in der zweiten Sitzung sprach Ulrich-Darmstadt von ‚talmudischer Silbenstecherei‘, und Ignaz Auer, der Leiter der Versammlung, entschuldigte den stark angegriffenen Redakteur der ‚Sozialistischen Monatshefte‘, Bloch, mit den Worten: ‚Vielleicht liegt das an seinen Stammeseigenschaften‘, denen der stenographische Bericht ‚große Heiterkeit‘ hinzufügt. Am folgenden Tage meinte derselbe Auer in einer Polemik gegen eine ‚Genossin‘, Frau Luxemburg, wieder sehr witzig: ‚Sollte doch auch einmal die Genossin Luxemburg aus einer Organisation ausgeschlossen werden; deshalb wird es doch niemand einfallen zu sagen: ‚Unsere Rosa ist nicht ganz koscher!‘ (Stürmische, nicht enden wollende Heiterkeit.) Dazu der Bericht: Frau Luxemburg bemerkte persönlich: ‚Da ich die Stadt Rawitsch vertrete, so werde ich beantragen, dass Genosse Auer mit Rücksicht auf die liebenswürdigen Äußerungen über mich zum Ehrenbürger von Rawitsch ernannt wird.‘ (AZJ, Nr. 39/1902, S. 458)

Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ (AZJ) geht in zwei Ausgaben des Jahrgangs 1903 knapp auf den Dresdner Parteitag der SPD (13.–20.9.1903) mit der Zielsetzung ein, einen Zusammenhang zwischen „Judentum und Sozialdemokratie“, der von „konservativen und antisemitischen Blättern“ hergestellt wird, dadurch zurückzuweisen, indem auf judenfeindliche Äußerungen in den Reihen der Sozialdemokratie hingewiesen wird oder diese aufgedeckt werden. Mit einer gewissen Polemik soll damit aus Sicht der AZJ vor allem distanzierend aufgezeigt werden, dass das Judentum nichts mit der Sozialdemokratie zu tun hat, aber auch der Aspekt spielt eine Rolle, dass die Identifizierung der Sozialdemokratie mit dem Judentum eine Erfindung der Judenfeinde ist.

Die AZJ berichtet in einer Meldung vom 5. Oktober in der Rubrik „Die Woche“ über antisemitische „Witze“ auf dem Dresdner Parteitag der SPD und die sich an den Parteitag anschließende Auseinandersetzung

mit Wolfgang Heine auf Parteiversammlungen und in der Parteipresse wie folgt:

> „Mit großer Diskretion übergehen die konservativen und antisemitischen Blätter jede Äußerung, die in den Kreisen der Sozialdemokratie gegen die Juden fällt. Es passt nicht in den Kram, in dem die gangbarste Ware die Marke trägt, Judentum und Sozialdemokratie. Wie wenig aber ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Faktoren besteht, das konnte man in der letzten Zeit sowohl auf dem Parteitage,[313] wie anlässlich der Pressfehde über diesen konstatieren. In Dresden wurden verschiedene sehr wohlfeile Witze gemacht, die jedem antisemitischen Witzblatte zur Zierde gereicht hätten. Und dasselbe gilt von der Presspolemik. In einer der letzten Berliner Versammlungen warf Frau Zetkin dem Abgeordneten Heine ausdrücklich antisemitische Gesinnung vor, und dieser Herr hat, soweit aus den Berichten zu sehen ist, gegen diese Zumutung keineswegs protestiert. Herr Heine ist ja auch vom Antisemitismus ausgegangen. Die österreichische Sozialdemokratie kokettiert sogar in sehr auffälliger Weise mit dem dort grassierenden Antisemitismus.“ (AZJ, Nr. 41/1903, S. 482)

Die Auseinandersetzung mit Wolfgang Heine anlässlich einer Berliner Parteiversammlung und der sich daran anschließenden Auseinandersetzung im „Vorwärts“ im September 1903 wird noch einmal in einer Meldung der AZJ in der Rubrik „Die Woche“ vom 28. November angesprochen. Zudem geht es um einen Bericht im „Vorwärts“ über die Landtagswahl in Hessen-Nassau und das Wahlergebnis in Frankfurt am Main. Diese Ereignisse bringt die AZJ in einen Zusammenhang, wobei das Bindeglied zwischen beiden judenfeindliche Äußerungen in der Sozialdemokratie sind. Die gesamte Meldung lautet wie folgt:

> „Der Ärger darüber, dass die ‚Freisinnsdemokraten‘ gesiegt haben, gibt sich in der anschließenden Bemerkung kund: ‚Natürlich ist die Frankfurter ‚Sonnemannokratie‘ jetzt Mausche ***oben*** ob dieses Wahlsieges.‘ Graf Pückler könnte das auch nicht schöner ausgedrückt haben.
>
> Wir wundern uns darüber nicht, denn schon nach dem Parteitag erklärte eine ‚Genossin‘ von einem der ‚Führer‘, dass ihm aus der Zeit, ‚wo er tief in den Vorurteilen der Pücklerbande stak, diese jetzt noch in so hohem

[313] Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903

> Maße anhaften, wie schon sein Auftreten in Lübeck und wieder die einleitenden Worte seiner Rede in einer Versammlung bewiesen hätten'. Sie stellte hiernach öffentlich die Frage, ‚ob ein Mann geeignet sei, eines der höchsten Vertrauensämter in der Partei zu bekleiden, der sich mit seinen antisemitischen Invektiven auf das Niveau des Grafen Pückler stelle'. Diese Frage ist bis heute nicht beantwortet worden." (AZJ, Nr. 48/1903, S. 566 f.)

Im Folgenden soll es vor allem um diese zweite Meldung der AZJ gehen. Die erste Meldung enthält zwar Hinweise, aber keine konkreten Belege, und bringt auch inhaltlich keinen Gesichtspunkt, der nicht auch an der zweiten Meldung erörtert werden könnte. Von zwei Dingen abgesehen: zum einen der Hinweis auf die „österreichische Sozialdemokratie", dem hier nicht nachgegangen werden soll, und zum anderen die Bemerkung über „wohlfeile Witze" auf dem Dresdner Parteitag der SPD wie aus „einem antisemitischen Witzblatt". Ja, einzelne solcher Äußerungen gab es auf dem Parteitag.[314] Gravierender aber sind die Hinweise auf judenfeindliche Äußerungen in der SPD in der zweiten Meldung der AZJ.

Die AZJ kommt im zweiten Teil dieser Meldung auf judenfeindliche Äußerungen nach dem Dresdner Parteitag der SPD zurück und stellt den Zusammenhang zu den judenfeindlichen Äußerungen Wolfgang Heines auf dem Lübecker Parteitag der SPD 1901 her. Sehr deutlich wird das durch die knapp wiedergegebene Äußerung einer „Genossin", es handelt sich um Rosa Luxemburg, durch die unmissverständlich zum Ausdruck kommt, in welcher Komplizenschaft sich Heine befindet: in der des bekannten notorischen Antisemiten Graf Pückler.

Entnommen sind die Zitate in der Meldung der AZJ einer Erklärung von Rosa Luxemburg vom 1. Oktober 1903, die sich auf den Bericht des „Vorwärts" über eine Berliner Parteiversammlung zum Dresdner

---

[314] Etwa wenn Ignaz Auer sich in seiner Rede über den Revisionismus bemüßigt fühlt, Eduard Bernstein mit einer „witzigen" Bemerkung „in Schutz zu nehmen", indem er auf dessen jüdische Herkunft anspielt und damit „Stürmische Heiterkeit" bei den Parteitagsdelegierten auslöst. So sagte Auer: „Ja, aber dieser Bernstein! Der neue Messias wurde er genannt […]. Der Geburt und dem Geschlecht nach könnte er ja ein Messias sein (Stürmische Heiterkeit), aber wenn ihm der Beruf zu irgendetwas fehlt, ist es der zu einem Messias." (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 366)

Parteitag der SPD bezieht und die im „Vorwärts“ vom 3. Oktober abgedruckt wurde. In dieser Erklärung formuliert Rosa Luxemburg die folgende Kritik an der Berliner Parteiversammlung und am Auftreten Heines auf dieser Versammlung:

> „Im Bericht des ‚Vorwärts‘ von der Parteiversammlung im dritten Berliner Wahlkreis vom 29. d. M.[315] ist u. a. nach der Rede von W. Heine folgendes zu lesen:
>
> ‚Während dieser ganzen Debatten herrscht vielfach große Unruhe. Es gibt viele Unterbrechungen. Heine ruft der Genossin Luxemburg zu. Stören Sie mich nicht. Sie gehören gar nicht in den dritten Wahlkreis! (Stürmische Zustimmung!‘)
>
> Dieser Passus im Bericht muss beim Leser den bestimmten Eindruck hervorrufen, als wären tatsächlich beispiellose Unruhe und die stürmischen Unterbrechungen während der Rede Heines hauptsächlich von mir ausgegangen. Demgegenüber habe ich zu konstatieren:
>
> Die Unterbrechungen und leidenschaftlichen Protestkundgebungen gegen W. Heine rühren ***nicht*** von mir oder den ‚herbeigeströmten Gästen‘ an meinem Tische her, sondern von einem Teil der eignen Wähler Heines, d. h. von den Genossen ***des dritten Wahlkreises.*** Ich meinerseits habe, im Gegenteil, ganz ruhig den Ausführungen Heines, auch den wiederholten persönlichen Anzapfungen mir gegenüber, zugehört, umso mehr, als ich sicher erwartete, zu Worte kommen zu können, um ihm eine gründliche Antwort zu erteilen, und nicht darauf gefasst war, dass die Diskussion geschlossen wird, gerade als nach der vom Bureau verlesenen Rednerliste Genosse Zubeil, Klara Zetkin und ich in die Debatte eingreifen sollten.
>
> Ich habe, soweit ich mich erinnern kann, nur einen heftigen Zwischenruf gemacht, und zwar an derjenigen Stelle der Rede Heines, wo er unter anderen Gegnern des Revisionismus einen ***ausländischen,*** seit kurzem in Deutschland tätigen Genossen attackierte, den er notabene nicht andeutend, sondern ***ganz deutlich und korrekt mehrmals beim Namen nannte und dabei, was der Bericht des ‚Vorwärts‘ verschweigt, seinen jetzigen Aufenthaltsort und sein Partei-Amt in genauester Weise öffentlich angab.***
>
> Da dergleichen bereits zum zweiten Mal dem Rechtsanwalt Heine passiert – zum ersten Mal in Lübeck einem anderen ‚Ausländer‘ gegenüber – und da er auch mich zusammen mit den ‚Ausländern‘ systematisch zu

[315] „Vorwärts“, Nr. 229/1903, 1.10.1903, S. 6 f.

verunglimpfen sucht, indem er von ‚Springinsfeld-Radikalismus' und dergl. spricht, so muss ich hiermit feststellen, dass sowohl die von Heine genannten lästigen ‚Ausländer', wie ich, für die Verbreitung sozialistischer Ideen tätig waren lange bevor Heine durch seine Kanonen-Rede[316] sich in der Parteitätigkeit zuerst hervorgetan hat und wahrscheinlich schon zu einer Zeit, wo er noch tief in den Vorurteilen der Pückler-Bande stak, die ihm jetzt noch in hohem Maße anhaftet, wie schon sein Auftreten in Lübeck und wieder die einleitenden Wort seiner Rede am 29.[317] beweisen.

Zugleich halte ich es aber für mein Recht und meine Pflicht, hier öffentlich festzunageln, dass trotz der allgemeinen Entrüstung, die Heine mit seinen antisemitischen und ausländer-fresserischen Ausfällen auf dem Lübecker Parteitag hervorgerufen hat, er auch jetzt nicht aufhört, den elementarsten Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie ins Gesicht zu schlagen. Ich stelle hiermit öffentlich die Frage, ob ein Mann

---

[316] Gemeint ist die Nominierungsrede Heines im dritten Berliner Wahlkreis zur Kandidatur für die Reichstagswahl 1898, in der er sagte, er würde „auch notwendige Kanonen bewilligen", wenn eine „volksfreundliche Regierung" dafür ein „Kompensationsobjekt" gewähren würde. Siehe „Vorwärts", Nr. 36/1898, 12.2.1898, S. 6. Heine gewann die Abstimmung zur Nominierung und wurde schließlich auch in den Reichstag gewählt. Siehe dazu auch die beiden Reden Rosa Luxemburgs mit der Kritik an Heine und anderen auf dem Parteitag der SPD in Stuttgart 1898: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Stuttgart vom 3. bis 8. September 1898, Berlin 1898, S. 99 f. und S. 117 f. Auch in: Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Band 1, 1893 bis 1905, Erster Halbband, Berlin 1988, S. 236 ff.

[317] Wie aus dem Bericht des „Vorwärts" hervorgeht, hatte Heine die Parteiversammlung am 29. September 1903 wie folgt eröffnet: „Wolfgang Heine erhält als erster Redner das Wort: Er wende sich an die Parteigenossen des dritten Wahlkreises – ihnen allein sei er Rechenschaft schuldig – und er wende sich nicht an die reichlich herbeigeströmten Gäste aus anderen Wahlkreisen, erlauchte Führer und Führerinnen seiner Gegnerschaft, die da seien, das Schauspiel einer rituellen Schächtung anzusehen." („Vorwärts", Nr. 229/1903, 1.10.1903, S. 6) Lässt man mal den zynischen Ton beiseite, mit der Heine „erlauchte Führer und Führerinnen seiner Gegnerschaft" davon ausschließt, ihnen Rechenschaft schuldig zu sein, immerhin ebenfalls Mitglieder seiner Partei, so bleibt die doch nur abwertend zu verstehende Äußerung über ein „Schauspiel einer rituellen Schlachtung", die anscheinend an ihm, Heine, vollzogen werden solle, und deren judenfeindliche Konnotation offenkundig ist, wie Rosa Luxemburg zu Recht in ihrer Erklärung festgestellt hat.

> geeignet ist, eines der höchsten Vertrauensämter[318] in der Partei zu bekleiden, der sich mit seiner Ausländerhetze moralisch auf das Niveau der preußischen Polizei und mit seinen antisemitischen Invektiven auf das Niveau des Grafen Pückler stellt und der zweimal eine Handlung öffentlich begangen hat, die objektiv eine Denunziation eines Genossen an die Polizei bedeutet. […] Berlin-Friedenau, 1. Oktober 1903. Rosa Luxemburg." („Vorwärts", 3.10.1903, S. 3)[319]

Rosa Luxemburg stellt Wolfgang Heine mit dieser Erklärung ein vernichtendes Zeugnis aus, deckt seine Judenfeindschaft mit sehr klaren Worten auf und zieht überzeugend die Schlussfolgerung, dass eine Person, die ausländische Genossen denunziert und sich „mit seinen antisemitischen Invektiven auf das Niveau des Grafen Pückler" stellt, nicht das Vertrauen verdient, das Mandat eines Reichstagsabgeordneten der SPD zu bekleiden. Allerdings stellt sich auch die Frage, warum sich eine Figur wie Heine an renommierter Position in der SPD unter Führung Bebels und Singers halten konnte.

[318] Heine war am 16. Juni 1903 als Abgeordneter des dritten Berliner Wahlkreises in den Reichstag gewählt worden.
[319] Siehe auch Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Band 1, 1893 bis 1905, Zweiter Halbband, Berlin 1988, S. 391 ff. H. i. O.

2. Vertiefung zu Franz Mehring

Von großer Bedeutung für das damalige Studium von Karl Marx und für das Studium der Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland waren zwei Publikationen von Franz Mehring in der damaligen Zeit, in denen es auch um Judenfeindschaft ging.[320]

a) Mehring zur Schrift von Karl Marx gegen den Judenfeind Bruno Bauer

Die erste Stellungnahme zur Judenfeindschaft ist enthalten im ersten Teil der „Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland“ (1897) und umfasst eine fünf- bis sechsseitige Darstellung der Umstände und des Inhalts von Marx’ Kritik an Bruno Bauers Schrift zur Judenfrage 1844. Dieser Band von Mehring wurde in vielen Auflagen nachgedruckt, insbesondere später auch in der DDR.

---

[320] In einem Vorwort „Zur vorliegenden Ausgabe“ zu dem in einem kommunistisch orientierten Verlag erschienenen Buch von Franz Mehring „Die Lessing-Legende“ (Stuttgart 1953) wird auch auf das Verhältnis von Mehring zum Judentum eingegangen. Dort wird auf eine der Eigenheiten des Werks aufmerksam gemacht. Und zwar handele es sich „um einige Äußerungen über Juden und Judentum, die den heutigen Leser, der die Schrecken faschistischer antisemitischer Pogrome miterlebt hat, zuweilen seltsam anmuten mögen. Bei näherer Betrachtung jedoch ergibt sich, dass dem Marxisten Mehring jede judenfeindliche Tendenz fremd ist. Als Marxist erkannte Mehring die primäre Bedeutung des Klassenantagonismus in der feudalen wie der kapitalistischen Gesellschaft, und lediglich von diesem Gesichtspunkt aus nimmt er scharf Stellung gegen liberale Kreise, die bestimmte Fälle kapitalistischer Erpressung, Wucher und Ausplünderung damit entschuldigen, dass ihre Träger Juden seien. Es trifft allerdings zu, dass die Bedeutung und die soziale Funktion des Antisemitismus von Mehring kaum gesehen wurde, eine Unterschätzung, die Mehring mit der Arbeiterbewegung und den übrigen fortschrittlich gesinnten Teilen des deutschen Volkes gemeinsam hatte und die sich dann in den Zeiten der faschistischen Nacht so bitter rächen sollte.“ („Zur vorliegenden Ausgabe“, in: Mehring, Franz: Die Lessing-Legende, Stuttgart 1953, S. 6, unterschrieben mit: Der Verlag) Es ist in der Tat richtig, auf diese Frage in einem kritischen Vorwort einzugehen, wenngleich auch die judenfeindlichen Tendenzen bei Mehring letztlich durch eine falsche Darstellung seiner Attacken gegen den „Philosemitismus“ verharmlost und gerechtfertigt werden. (Zur Kritik an Mehring in dieser Frage siehe: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893)“, Offenbach 2019, S. 353 ff.) Richtig ist es aber durchaus, auf die Fehleinschätzung der Bedeutung und Funktion der Judenfeindschaft bei der deutschen Sozialdemokratie (und auch der KPD), wenn auch in arg vorsichtiger Form, hinzuweisen.

Schon der erste Absatz zeigt das Grundproblem der Haltung von Mehring auf: Er schreibt zunächst etwas völlig Richtiges und schiebt sofort etwas absurd Klingendes und Falsches hinterher.

Zu den Umständen, in denen die Schrift von Marx erschienen ist, heißt es:

> „Der christlich-germanische Staat misshandelt, unterdrückt, verfolgt die Juden, während er sie zugleich duldete, begünstigte ja liebkoste."[321]

Eine solche Darstellung trifft nun wirklich nicht die Hauptsache. Wenn der erste Halbsatz völlig richtig ist, ist der zweite Halbsatz einfach falsch, denn dass jüdischen Personen gegen hohe Abgaben Schutz gewährt wurde, war eben Teil der judenfeindlichen Gesamtatmosphäre. Stil und Methode der Darstellung von Mehring sind nicht zu akzeptieren.

Über Friedrich II. heißt es, er

> „gab den Geldjuden, die ihm bei seinen Münzfälschungen und sonstigen zweifelhaften Finanzoperation halfen, die ‚Freiheit von christlichen Bankiers', während er den Philosophen Moses Mendelssohn in seinen Staaten eben nur duldete, aber nicht etwa, weil er ein Philosoph war, sondern weil er die Stelle eines Buchhalters bei einem jener reichen Juden bekleidete."[322]

Schon die Rede von „den Geldjuden" ist unerträglich. Das Infame an dieser Darstellung besteht zudem in der fast wie nebensächlich eingestreuten Behauptung über jüdische Menschen, diese hätten bei „Münzfälschungen" geholfen, als ob das etwas Typisches gewesen wäre. Nicht weniger infam ist die wie nebenbei geäußerte und geschickt eingebaute Feststellung, dass Moses Mendelssohn eine Stelle als Buchhalter bei einer reichen jüdischen Person hatte. Wozu schreibt Mehring so etwas?

Es geht dabei nicht darum, ob beide Einzelheiten richtig oder falsch sind. Vielmehr geht es darum, dass zweitrangige Fragen – im Falle von Moses Mendelssohn eine völlig irrelevante Frage – zu Fragen von großer Wichtigkeit hochstilisiert werden. Es ist eben der Mythos des

---

[321] Mehring, Franz: Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland, 1897, Erster Teil, Berlin 1960, S. 158

[322] Ebenda, S. 158

angeblichen „Geldjuden“, wer immer das auch sei, der Mythos der „reichen Juden“, in dem sich all das verkörpert, was Judenfeinde eben unter „Juden“ verstehen. Es geht um die Gewichtung und darum, dass mit diesen so nebenbei geäußerten Behauptungen die folgende Darstellung vorbereitet wurde.

Friedrich Wilhelm IV. habe zwar „die Juden mit allen möglichen Scherereien“ verfolgt,

> „aber das jüdische Kapital wurde deshalb nicht weniger durch die ökonomische Entwicklung gefördert. Es begann, sich die herrschenden Klassen zu unterwerfen, und schwang seine Geißel über die beherrschten Klassen, übers Proletariat als Industrie- und weit mehr noch über die große Masse der kleinbürgerlichen und kleinbürgerlichen Klassen als Wucherkapital.“[323]

Gegen diesen lügenhaften Zustand habe Bruno Bauer sich angeblich „erhoben“. Eine völlig verfehlte Wertschätzung Bauers, dessen Judenfeindschaft im Grunde noch mit einem Lob bedacht wird.

Mehring gibt hier in einem Absatz eine Zustandsbeschreibung Preußens unter Friedrich Wilhelm IV., in dem sich eine ungeheuerliche Behauptung an die andere reiht. Nicht nur, dass Mehring von der falschen Kategorie eines angeblichen „jüdischen Kapitals“ ausgeht, er verbindet dies auch noch damit, dass diese sogenannten „Geldjuden“ begonnen hätten, sich „die herrschenden Klassen zu unterwerfen“ und dazu noch sämtliche werktätigen Massen. Die bisher herrschenden Klassen (und damit der preußische Staat) fest in der Hand sogenannter „Geldjuden“? Was für ein Bild über „das jüdische Kapital“ Mehring hier malt und wie gering ist dabei doch der Unterschied zu sämtlichen judenfeindlichen Darstellungen dieser Zeit, nicht nur zu der eines Judenfeinds wie Bruno Bauer.

Im Folgenden wird von Mehring weitgehend die Schrift von Marx referiert, durchaus auch im Wortlaut mit der Schrift von Marx übereinstimmend, aber offensichtlich ohne den satirischen und polemischen Gehalt als den Sinn dieser Schrift gegen Bruno Bauer zu verstehen.[324]

---

[323] Ebenda, S. 159

[324] Ausführlich wird diese Frage behandelt in: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft. Stärken und Probleme des

Etwa wenn Marx schreibt, dass „die Christen“ jetzt „die Juden“ sind, also die Ausbeuter als welche „die Juden“ von „den Christen“ hingestellt werden.

Verstanden hat Mehring, dass es zwei Ebenen der Emanzipation gibt: die bürgerlich-demokratische Emanzipation, die Gleichberechtigung einerseits, und die am Kommunismus orientierte Emanzipation andererseits. Dieser Gedanke wird von Mehring richtig wiedergegeben. Abschließend heißt es durchaus einprägsam und im Kern richtig:

> „Wie die menschliche Emanzipation des Arbeiters, wie die menschliche Emanzipation der Frau, so ist auch die menschliche Emanzipation des Juden erst in der sozialistischen Gesellschaft möglich.“[325]

Aber genau einen Absatz vorher behauptet Mehring nicht nur, dass Marx alles, was zur Judenfrage zu sagen sei, „in erschöpfender Weise gesagt“ habe und alle anderen Artikel zu diesem Thema hinter Marx zurückstehen würden.[326] Vielmehr kommt er auf sein Lieblingsthema, den Philosemitismus, zu sprechen. Marx sei kein Antisemit, und Mehring fügt dem noch hinzu:

> „Marx hat aber auch nichts mit dem Philosemitismus gemein, der jede Kritik des Geldjudentums mit einigen schönen Versen aus Lessings ‚Nathan dem Weisen‘ niederschlagen möchte.“[327]

Das nennt man Demagogie. „Geldjudentum“, das stammt aus dem Vokabular der Judenfeinde. Und Mehring gibt folgende Begründung für die Identifikation von „Geldmacht“ und „Judentum“:

> „Die geschichtliche Entwicklung hat das Judentum, ohne seine Schuld und auch mit seiner Schuld, zum Träger der Geldmacht und damit zu einem antisozialen Element gemacht, das sich notwendig auflösen muss.“[328]

„Das Judentum“, behauptet Mehring mit keinerlei Klassendifferenzierung, sei als Träger der „Geldmacht“ ein „antisoziales Element“.

Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45), Offenbach 2013.

[325] Mehring, Franz: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 1897, Erster Teil, Berlin 1960, S. 165

[326] Ebenda, S. 164 f.

[327] Ebenda, S. 165

[328] Ebenda, S. 165

Wenn dem so wäre, dann wäre auch Mehrings Schlussfolgerung plausibel, dass „das Judentum“ aufgelöst werden müsse. Aber dem ist nicht so. Mehring bleibt damit sich selbst und seinen doch in vielerlei Hinsicht judenfeindlichen Ansichten treu mit der bösen Pointe, dass er seine eigenen falschen Ansichten als Ansichten von Karl Marx darstellt.

Im Grunde geschieht dasselbe auch in Mehrings Darstellung der Marx'schen Schrift gegen Bruno Bauer in seinem Buch „Aus dem literarischen Nachlass von Karl Marx und Friedrich Engels“.[329]

Bei Mehring heißt es dort:

> „Die mörderische Rolle [!], die der jüdische Wucher in der Auflösung der feudalen Gesellschaftsordnung spielte, hatte eine Unsumme von Hass gegen das Judentum aufgeregt, und nicht nur unter den ausgewucherten Bauern und Handwerkern. Es ist bekannt genug, dass die Vorkämpfer unserer klassischen Literatur und Philosophie den Juden nicht eben geneigt waren, mit der einzigen Ausnahme Lessings, ihres bürgerlichen Vertreters, der, so wenig seine Judenfreundschaft mit dem heutigen Philosemitismus gemein hatte, die politische Unterdrückung der Juden als ein Unrecht gegen die bürgerliche Weltanschauung empfand. Er dachte darin klarer, als selbst Fichte, der trotz aller antifeudalen, antiklerikalen und antimonarchischen Gesinnung über die Juden sehr hart urteilte.“[330]

So erfreulich es ist, dass Mehring Lessing mehr wertschätzt als Fichte, so ist doch die Äußerung, die „Vorkämpfer unserer klassischen Literatur und Philosophie“ seien „den Juden nicht eben geneigt“ gewesen, eine Beschönigung und das Urteil über Fichte, dass dieser „über die Juden sehr hart urteilte“, angesichts der existierenden Judenfeindschaft insbesondere bei Fichte ganz und gar nicht angemessen.[331]

Zudem: Dem „jüdischen Wucher“ eine „mörderische Rolle“ beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus zuzusprechen, ist eine Verfälschung der historischen Tatsachen. Dies auch noch als Ursache

---

[329] Mehring, Franz: Aus dem literarischen Nachlass von Karl Marx und Friedrich Engels 1841–48, Erster Band, 1902, Berlin 1923, 4. Auflage.

[330] Ebenda, S. 353

[331] Zur Judenfeindschaft von Fichte siehe: „Judenfeindliche Positionen Fichtes und der Kampf von Ascher und Riem dagegen“, in: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Lessing bis Wilhelm von Humboldt (Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1812), Offenbach 2018, S. 78–103

für eine „Unsumme von Hass gegen das Judentum“ auszugeben, macht zumindest einen Teil der jüdischen Bevölkerung selbst für den „Hass gegen das Judentum“ verantwortlich.

Fatal ist auch die nachfolgende Behauptung, dass das Judentum sich nicht an der ruhmvollen Arbeit „unserer großen Denker und Dichter“ beteiligt habe. Um das zu beweisen, wendet sich Mehring zunächst Moses Mendelssohn zu, über den er ein paar lobende Worte verliert wegen seiner „Bemühung um die Kultivierung der Juden“, da er die deutsche Sprache, wenn auch noch in hebräischen Lettern, gegenüber dem sogenannten jüdisch-deutschen Jargon favorisiert habe,

> „ein greuliches Gemisch von korrumpiertem Deutsch, Hebräisch, Slawisch und anderen Sprachen“[332],

wie Mehring abfällig über das Jiddische urteilt. Und Mehring setzt seine Ausführungen zum Verhältnis von Judentum und deutscher „Klassik“ wie folgt fort:

> „Es lag auf der Hand, dass dies Judentum noch auf lange hinaus kein Acker für die Gedankensaat unserer klassischen Literatur und Philosophie werden konnte, dass für seine freieren Köpfe der Übertritt zum Christentum noch für manches Jahrzehnt ein zivilisatorischer Fortschritt war. Selbst ein so leidenschaftlicher Jude, wie Börne, tat diesen Schritt noch im Jahre 1818, zur Zeit einer christlich-germanischen Judenhetze, die ihm sonst das Ausharren beim Judentum sehr nahegelegt hätte.“[333]

Diese verächtliche Darstellung der geistigen Leistung der religiösen und nichtreligiösen jüdischen Menschen auf dem Gebiet „unserer großen Dichter und Denker“, wie etwa Mendelssohn, Ludwig Börne und vor allem auch Heinrich Heine, der namentlich nicht erwähnt wird, zeigt den tief sitzenden deutschen Nationalismus von Mehring. Für ihn gehörten jüdische Menschen nicht zu „unseren“ Dichtern und Denkern.

Der Übertritt zum Christentum, es ist traurig genug, dass dies dem Historiker Franz Mehring ins Stammbuch geschrieben werden muss, erfolgt angesichts der Judenhetze nicht aus Überzeugung und nicht, weil es ein zivilisatorischer Fortschritt war. Die von Hegel und Bruno

---

[332] Mehring, Franz: Aus dem literarischen Nachlass von Karl Marx und Friedrich Engels 1841–48, Erster Band, 1902, Berlin 1923, S. 353
[333] Ebenda

Bauer stammende üble Behauptung, dass das Christentum gegenüber dem Judentum ein großer Fortschritt gewesen sei, steckt hinter dieser falschen Auffassung von Mehring. Aber auch damit ist es noch nicht genug.

Mehring zitiert zustimmend eine fatale Passage von Börne aus dem Jahre 1819, wonach „die Juden“ und der Adel „die beiden letzten Stützen des Feudalsystems“ seien und „fest zusammenhalten“ würden.[334]

Börne beschrieb hier ein Phänomen, nämlich dass in den sogenannten Befreiungskriegen „noch dunkle Triebe“ herrschten. Dass Börne dabei die Parole „gegen Juden und den Adel“ nicht kritisiert, ist eine Sache. Etwas anderes ist es, dass Mehring viele Jahrzehnte später die Parole „gegen Juden und den Adel“ zustimmend propagiert. Das hat mit Wissenschaft und Marxismus nun wahrlich nichts zu tun – genauso wenig wie die absurde Behauptung, dass das Judentum eine „Klasse“ geworden und also solche „viel zu sehr an Macht“ gewonnen habe. In Mehrings Worten:

> „Inzwischen gewann das Judentum als Klasse durch die ökonomische Entwicklung viel zu sehr an Macht.“[335]

Eine mehr als merkwürdige Verteidigung der judenfeindlichen Passagen, die mit der Kritik an der christlichen Religion bei den sogenannten Junghegelianern zusammenhängen, leistet sich Mehring, wenn er auf einen Nürnberger Professor Daumer aufmerksam macht. Süffisant fügt er hinzu, dass dessen Schrift auf Ludwig Feuerbachs Empfehlung erschienen sei. Die Rede ist von irgendwelchen jüdischen Sekten, denen Daumer

> „das Schlachten eigener und fremder Kinder nachsagte, so doch nur, um hinzuzufügen, dass auch das Christentum in seinem Schoß und noch lange Zeit Menschenopfer gekannt habe, dass sie die katholische Kirche in ihren ältesten Zeiten heilige Knaben gehalten habe, um sie zur gewissen Zeit zu opfern.“[336]

---

[334] Siehe ebenda, S. 354. Eine ausführliche Stellungnahme zu dieser Schrift von Ludwig Börne findet sich in: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Saul Ascher bis Heinrich Heine (1812–1843), Offenbach 2018, S. 92–94, insbesondere Fußnote 130.

[335] Mehring, Franz: Aus dem literarischen Nachlass von Karl Marx und Friedrich Engels 1841–48, Erster Band, 1902, Berlin 1923, S. 354

[336] Ebenda, S. 355

Mehring referiert kritiklos den reaktionären Unsinn von Daumer. Damit verbreitet er als annehmbare Position, dass an den Ritualmordlügen etwas dran sei – mit der absurden Einschränkung, dass man dies auch gewissen Christen nachsagen könne. Die Aufgabe von Mehring wäre es gewesen, diese reaktionäre Position aufzudecken und zu entlarven, nicht aber, sie kritiklos wiederzugeben und damit weiterzuverbreiten.

An anderer Stelle wendet sich Mehring gegen nicht genauer benannte jüdische Publizisten, die keine Kritik vertragen könnten. Wenn sie kritisiert würden, ertöne ein abgeschmacktes jüdisches „Wehgeschrei über die Kritiken des Judentums".[337]

Die Passagen enden mit einer Übernahme der schon in Mehring „Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland" zitierten Auffassung, dass Marx' Kritik an Bruno Bauer eine „grundlegende Untersuchung" gewesen sei. Wiederum erkennt Mehring Satire und Polemik in der Marx'schen Schrift nicht, wenn er lediglich paraphrasierend wiederholt, dass „die bürgerliche Gesellschaft aus ihren Eingeweiden fortwährend den Juden erzeuge".[338] Was Marx wirklich damit meint, wenn er schreibt, dass nun die Christen „die Juden" seien, bleibt Mehring ein Buch mit sieben Siegeln, da er im Grunde auf dem Standpunkt von Bruno Bauer stehen geblieben ist.

Mehring behauptet:

> „Jeder Kommentar würde diese grundlegende Untersuchung nur abschwächen; die wenigen Seiten wiegen die turmhohe Literatur auf, die seitdem über die Judenfrage erschienen ist."[339]

In Wahrheit hätte ein ***richtiger*** Kommentar die Marx-Schrift nicht abgeschwächt, sondern wäre eine nötige Hilfe gewesen, um grundsätzlich und im damals aktuellen Kampf gegen die Judenfeindschaft eine wirklich marxistische Position zu beziehen.[340]

---

[337] Ebenda

[338] Ebenda, S. 356

[339] Ebenda

[340] Zu Marx' Schrift „Zur Judenfrage" und zu judenfeindlichen Verdrehungen dieser Schrift siehe ausführlich: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft. Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45), Offenbach 2013.

Abschließend wendet sich Mehring zwar gegen Hofprediger Stoecker und andere Judenfeinde. Dabei spricht er von einem „reaktionären Antisemitismus“, als ob es auch einen nicht reaktionären Antisemitismus geben würde. Kurzum, zu dieser Einschätzung Franz Mehrings der Marx-Schrift gegen Bruno Bauer gibt es wirklich nichts Positives anzumerken.

b) Franz Mehring und der Judenfeind Hans Leuß

Der Skandal um den judenfeindlichen Schriftsteller Hans Leuß ist in erster Linie ein Skandal des Publizisten Franz Mehring. Mehring setzte sich dafür ein, dass dieser Mann in der „Neuen Zeit“, dem theoretischen Organ der SPD, eine Reihe von Gedichten veröffentlichen konnte und hob in einem Vorwort hervor, dass Leuß „ein unermüdlicher und überaus geschickter Agitator“ sei, der in jungen Jahren schon „mehr als einen Reichstagswahlkreis eroberte“. Und weiter heißt es über Leuß:

> „Als seine Sache galt ihm aber der Antisemitismus, was bei der, unter den bestimmenden Eindrücken des Jahres 1870 herangewachsenen Jugend weder selten, nach unnatürlich war. Der Grundton seines Werkes blieb bei alledem eine unbändige Freiheitsliebe. [...] Für eine vollblütige Natur dieses Schlages konnte der Antisemitismus nur ein Durchgangspunkt sein und war es auch nur.“[341]

An der Haltung zu einer Person wird hier konkret, was Mehring für eine Haltung zur judenfeindlichen Bewegung überhaupt hatte: Er charakterisiert diese als „freiheitsliebend“ und hält sie für einen „Durchgangspunkt“.

Die veröffentlichten peinlichen Gedichte, übler Schmalz über die „Seele“, die „Meereswogen“, „Flamme“ und „Glut“ usw. und eine peinlich rührende Geschichte über den Meineid für eine Frau, für den Leuß mehrere Jahre im Zuchthaus saß, sind zwar problematisch, aber nicht das eigentliche Problem.

[341] Mehring, Franz: Gedichte von Hans Leuß, „Die Neue Zeit“, XVII. Jg., 2. Band (1899), S. 665–668. Hier: S. 665

Es geht um die Rehabilitierung eines erwiesenen Judenfeindes, der ganz offensichtlich nie in der Öffentlichkeit mit seiner judenfeindlichen politischen Vergangenheit gebrochen hatte.[342]

Ende November 1899 beschloss die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf Betreiben Bebels, dass Leuß keine Artikel mehr in der „Neuen Zeit" veröffentlichen sollte oder durfte.[343]

Wer war nun dieser Hans Leuß? Der Judenfeind Hans Leuß (1861–1920) war zunächst ein Unterstützer des Judenfeinds Adolf Stoecker. Ab 1884 war er Mitarbeiter der reaktionären „Kreuz-Zeitung", die er 1890 zusammen mit Stoecker verlassen musste, weil deren judenfeindliche Hetze selbst der „Kreuz-Zeitung" zu viel wurde.[344]

Leuß veröffentlichte mehrere judenfeindliche Publikationen, unter anderem das Buch „Das richtige Wanzenmittel: Ein jüdischer Staat. Ein Vorschlag zur Güte" (1893).[345] Hier finden sich Sätze wie „Fürst Bismarck hält die Juden für Wanzen. Ich auch." (S. 4) „Die Juden" hätten „die Alleinherrschaft auf dem Geldmarkt" (S. 8). „Die Juden" seien wie Vampire, „um nicht nur unsere äußere Kraft, unseren Besitz zu rauben, sondern auch die Seele selbst aus uns zu reißen" (S. 11). Um Blutvergießen zu vermeiden, müssten alle jüdische Menschen raus – einen eigenen Staat gründen, sei es in Palästina oder Südafrika:

> „Eine andere Lösung der Judenfrage als diejenige der Ausscheidung des Judenvolkes aus dem Verbande der arischen Völker gibt es aber nicht." (S. 19)

---

[342] So jedenfalls die Einschätzung von Fischer, Lars: The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany, Cambridge 2007, S. 139.

[343] Matthias, Erich / Pikart, Eberhard (Hrsg.): Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, Düsseldorf 1966, S. 23. Zitiert nach: Fischer, Lars: The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany, Cambridge 2007, S. 114

[344] Siehe Schubbert, Christian: Die Rezeption des Antisemitismus in der Deutschkonservatien Partei in der Caprivizeit (1890–1894), Hamburg 2001, S. 22

[345] Leuß, Hans: Das richtige Wanzenmittel: Der jüdische Staat, Leipzig, 1893. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.
Es handelt sich um eine 32-seitige Broschüre (25 Seiten Text) mit Beschimpfungen von jüdischen Menschen auf die übelste Art und der Forderung nach einem „jüdischen Staat", um diese loszuwerden. Auf der letzten Seite wird auf den „Antisemiten-Katechismus" von Theodor Fritsch verwiesen.

Das Ziel der judenfeindlichen Bewegung ist „die Ausscheidung des Judenvolks aus unserer Mitte“ mit dem konkreten Ziel, dass „innerhalb von 25 Jahren der letzte Jude Deutschland verlassen haben sollte“ (S. 26). Leuß hetzte auch gegen „unsere judenfreundliche, dem Deutschtum feindliche Sozialdemokratie“ (S. 9).

1893 wurde er mit den Judenfeinden Liebermann von Sonnenberg, Förster und König für die judenfeindliche Deutschsoziale Partei in den Reichstag gewählt.[346] All das war öffentlich bekannt.

Auf dem Dresdner Parteitag 1903 war die „Affäre Leuß“ Teil einer heftigen Kontroverse über die Frage, ob Sozialdemokraten generell in bürgerlichen Zeitungen schreiben dürften – eine Fragestellung, die so schon schief ist, denn es kommt ja darauf an, was geschrieben wird. Die revisionistischen Kräfte befürworteten diese Frage pauschal, Mehring, Kautsky und andere lehnten dies ab. Die Revisionisten zogen nun in der Polemik gegen Mehring (und auch gegen Kautsky als Chefredakteur der „Neuen Zeit“) sozusagen „Honig“ aus der Tatsache, dass Mehring aber gleichzeitig dafür war, dass ein Judenfeind in der von Kautsky verantworteten „Neuen Zeit“ schreiben durfte.[347]

Mehring jedenfalls veröffentlichte 1903 eine 48-seitige Broschüre mit dem Titel „Meine Rechtfertigung – ein nachträgliches Wort zum Dresdner Parteitag.“[348]

Dort führte er langatmig auf 35 Seiten nach einem kurzen Vorwort aus, wer wann wo bei welchem Abendessen was gesagt hat, veröffentlichte Postkarten und Briefe, insbesondere über seine Zusammenarbeit und Nichtzusammenarbeit mit Harden, dem Redakteur der bürgerlichen Zeitschrift „Zukunft“, und anderen, belegte, wann er wo und wie lange in welcher Redaktion gearbeitet hat und wer alles warum gelogen habe, der ihn früher doch so bewundert habe.

Rationaler Kern war seine knappe, nicht unberechtigte Klarstellung, dass er früher gegen die Sozialdemokratie angekämpft habe, dies aber

---

[346] Siehe Fischer, Lars: The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany, Cambridge 2007, S. 146.

[347] Siehe Fischer, Lars: The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany, Cambridge 2007, S. 107

[348] Mehring, Franz: Meine Rechtfertigung – ein nachträgliches Wort zum Dresdner Parteitag. Leipzig 1903. Seitenangaben in diesem Abschnitt nach dieser Quelle.

schon lange nicht mehr tue, und dass seine Gegner in der SPD, revisionistische Gegner, diese „ollen Kamellen“ mit Lügen vermischt hervorholten, um sein Ansehen zu zerstören, ihn moralisch an den Galgen zu bringen usw. usf. Das Ganze ist aber im Grunde unlesbar, von fast unerträglichem Eigenlob und Eitelkeiten gekennzeichnet.

Und in diesem Rahmen geht Mehring auf den Seiten 12 bis 14 unter der Überschrift „Der Fall Leuß“ darauf ein, dass später auch Kautsky drei oder vier Artikel von Leuß über die Zustände im Zuchthaus veröffentlicht habe (S. 13) und dieser auch nach einem Beschluss der SPD-Reichstagsfraktion in Sachen Leuß noch im „Vorwärts“ und in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ publizieren konnte.

> „Im Übrigen war oder ist Leuß ein gescheiter Mann, mit dem ich recht gern verkehrt habe.“ (S. 14)

Zur Frage der Judenfeindschaft nimmt Mehring in dieser Broschüre mit keinem Wort Stellung. Er verteidigt Leuß als „gescheiten Mann“ – und fertig.

Was bleibt, ist die Verharmlosung eines Judenfeinds, vor allem durch Franz Mehring, aber wohl auch durch Karl Kautsky, den Chefredakteur der „Neuen Zeit“.

3. Vertiefung: Zur Dreyfus-Affäre

a) Der Kampf in Frankreich

Die Judenfeindschaft in Frankreich wurde mehr oder minder schlagartig zu einem erstrangigen Thema, als der Offizier Alfred Dreyfus verhaftet und fälschlich beschuldigt wurde. Es entwickelte sich eine gewaltige Gegenbewegung.

Dreyfus hatte anfangs jedoch nur eine Handvoll Unterstützerinnen und Unterstützer. Im November 1896 veröffentlichte Bernard Lazare[349] die Schrift „Ein Justizirrtum: Die Wahrheit über die Affäre Dreyfus". Der Druck erfolgte in Belgien, um einer Beschlagnahme durch die französischen Behörden zu umgehen. Lazare versuchte Unterstützung bei Kräften aus fortschrittlich-demokratischen und liberalen Kreisen zu bekommen, zunächst ohne nennenswerten Erfolg.

1897 konnten die Unterstützer von Dreyfus Beweise für dessen Unschuld vorbringen, die Beweise für einen anderen Verdächtigen – einen Major Esterházy – waren erdrückend. Es kam im Laufe des Prozesses zu Aufmärschen nationalistischer und judenfeindlicher Anti-Dreyfusards, in Frankreich, aber auch im kolonial besetzten Algerien. Im Januar 1898 wurde Esterházy vom Kriegsgericht freigesprochen. Dieser Freispruch löste nun endgültig einen Empörungssturm in der französischen Öffentlichkeit aus, einzelne Prominente, Publizisten, Politiker, Schriftsteller meldeten sich zu Wort. Es entstand eine Massenbewegung zur Freilassung und Rehabilitierung von Dreyfus.

Im August 1898 schließlich beging ein Offizier namens Henry Selbstmord, nachdem er zugegeben hatte, die gegen Dreyfus vorgelegten Beweise selbst fabriziert zu haben. Judenfeindliche Anti-Dreyfusards

---

[349] Bernard Lazare (1865–1903) war der Sohn eines jüdischen Schneiders in Nîmes. Zunächst war in seinen Publikationen auch eine gewisse Geringschätzung ostjüdischer Einwanderer in Frankreich aufgefallen, was ihm Lob vonseiten der Antisemiten einbrachte. Während der Dreyfus-Affäre änderte er seine Haltung radikal und setze sich mit den Ursachen der Judenfeindschaft auseinander (Bernard Lazare, L'Antisémitisme, son histoire et ses causes, Paris 1894, sowie ders., Antisémitisme et Révolution, Paris 1898). Neben Moses Hess und Theodor Herzl war er einer der wenigen jüdischen Intellektuellen der damaligen Zeit, die eine jüdische Nationalbewegung unterstützten. Lazare stand wohl mit Herzl in Kontakt, lehnte aber dessen Diplomatie und Kompromisse mit Staatsoberhäuptern ab.

initiierten das „Monument Henry“, eine judenfeindliche Spendenkampagne gegen die „Beschmutzung“ des Familiennamens Henry. Mehr als 130.000 Francs kamen zusammen und die Namensliste der Spender war 700 Seiten lang. Allein in Rennes unterzeichneten 300 Priester das Monument. Mehr als 1.000 Offiziere, darunter der Ex-Kriegsminister und Anti-Dreyfusard Mercier spendeten.[350]

1899 wurde Dreyfus in einem Revisionsverfahren erneut verurteilt. Durch den massiven Druck und aufgrund der Proteste musste er im November 1899 begnadigt[351] und 1906 rehabilitiert werden.

Als die Gebeine des verstorbenen Zola 1908 in den Pariser Pantheon überführt werden sollten, gab es erneut eine Welle judenfeindlicher Hetze und Übergriffe. Während der Zeremonie schoss ein judenfeindlicher Publizist auf den anwesenden Dreyfus und verletzte ihn am Arm.[352]

Émile Zola: „Ich klage an …!“ und die judenfeindliche Bewegung gegen Dreyfus[353]

Zola hatte lange abgelehnt, die Dreyfusards zu unterstützen.[354] Im November 1897 veröffentlichte Zola aber im „Figaro“ drei sehr wichtige

---

[350] Siehe zur Dreyfus-Affäre auch: Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, München 2011, „Die Dreyfus-Affäre“, S. 212–272.

[351] Das Amnestiegesetz vom 19. November 1899 amnestierte alle im Zusammenhang mit der sogenannten Dreyfus-Affäre begangenen Straftaten, verhinderte aber auch eine Verurteilung derjenigen, die für die Fälschung und Manipulation der Beweise in Staat und Militär verantwortlich waren.

[352] Siehe Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus, Band 4 „Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, Berlin/Boston 2011, S. 92

[353] Émile Zola (1840 bis 1902) war ein sehr bekannter französischer Schriftsteller und Journalist. In seinen Romanen und Artikeln griff er immer wieder das reaktionäre französische Kaiserreich an und setzte sich für die Armen und Ausgebeuteten ein. Sein Artikel J’accuse…! („Ich klage an…!“) spielte eine Schlüsselrolle in der Dreyfus-Affäre, und trug entscheidend zur späteren Rehabilitierung des Offiziers Alfred Dreyfus bei.

[354] Jedoch klagte Zola früh die zunehmend verschärfte Judenfeindschaft in Frankreich an. Im Mai 1896 veröffentlichte er den Artikel „Pour les Juifs“ (Für die Juden), ohne jedoch Dreyfus zu erwähnen. Er arbeitet darin den Zusammenhang zwischen dem christlichen Klerikalismus und der Judenfeindschaft in Frankreich heraus. Zola, Émile: Pour les Juifs, Le Figaro, 16. Mai 1896, S. 1. Siehe Dubnow, Simon: Weltgeschichte des jüdischen Volkes. Von seinen Uranfängen bis zur Gegenwart in zehn

Artikel zur Dreyfus-Affäre.[355] Judenfeinde und französische Chauvinisten spuckten Gift und Galle und riefen zum Boykott des „Figaro“ auf, der daraufhin die Zusammenarbeit mit Zola beendete.[356] Am 13. Januar 1898 veröffentlichte Zola unter dem Titel „J’accuse …!“ („Ich klage an…!“) in der von Georges Clemençeau neu gegründeten Literaturzeitschrift „L’Aurore“ einen offenen Brief an Félix Faure, den damaligen französischen Präsidenten.

Auf einige Passagen in Zolas Aufruf, in denen er teilweise nationalistisch argumentiert („Wer sind die wirklichen Verräter Frankreichs?“), soll hier nicht näher eingegangen werden. Hervorzuheben ist, dass Zola zu Recht auf die Funktion der Judenfeindschaft für die herrschende Klasse in Frankreich aufmerksam macht. Er wirft den Herrschenden Frankreichs vor, den Juden Dreyfus zum Spion zu stilisieren, um „die Volkswut gegen einen angeblich lauernden inneren Feind aufzuwiegeln und so das Regime der chauvinistisch-klerikalen Reaktion zu festigen.“ Weiter schreibt er, es ist

---

Bänden, Band X: Die neueste Geschichte. Das Zeitalter der zweiten Reaktion (1880–1914), Berlin 1929, S. 245.

Dubnow weist darauf hin, dass Zola in seinen Romanen (etwa „Nana“ von 1880 und „L’argent“ von 1891) auf „recht unsympathische“ literarische Gestalten jüdischer Bankiers und Spekulanten nicht verzichtet habe. Siehe auch Aly, Götz: Europa gegen die Juden (1880–1945), Frankfurt 2017, S. 111.

[355] In dem ersten Artikel vom 15. November 1897 unterstützte er Versuche des Senators Scheurer-Kestner, den Justizirrtum zu bereinigen. Im zweiten Artikel vom 1. Dezember 1897 mit dem Titel „Syndicat“ wies er den von Judenfeinden vorgebrachten Vorwurf zurück, ein „jüdisches Syndikat“ versuche, einen Freispruch von Dreyfus zu erkaufen. Zola forderte die Leserinnen und Leser des „Figaro“ auf, die Familie Dreyfus nicht als Teil geheimnisvoller und diabolischer Kräfte zu sehen, sondern als französische Bürger, die das Recht eines unschuldigen Angehörigen wiederherstellen wollen. Am 5. Dezember 1897 folgte der Artikel „Die Bestandsaufnahme“ mit dem illusorischen Wunsch, ein Militärgerichtsverfahren gegen Esterházy könne „die Nation versöhnen“ und der Judenfeindschaft in Frankreich ein Ende bereiten.

[356] Zola, der nun ohne Zeitung dastand, veröffentlichte zwei weitere Artikel dieser Serie als Broschüren: Am 13. Dezember 1897 „Brief an die Jugend“, der an die judenfeindlichen und reaktionären Studenten gerichtet war, die tags zuvor im Quartier Latin einen Aufmarsch gegen Dreyfus organisiert hatten. Am 6. Januar 1898 veröffentlichte er den „Brief an Frankreich“, in dem er die Teile der bürgerlichen Presse anklagte, die ihre Leserschaft schon auf eine Reinwaschung Esterházys einstimmte.

„ein Verbrechen, das einfache Volk zu vergiften, die Leidenschaften der Reaktion und Intoleranz zu entfesseln und dazu den schändlichen Antisemitismus zu benutzen …“[357]

Zola nannte die Namen all der Verantwortlichen in Militär, Staatsapparat und bürgerlicher Presse für die judenfeindliche Kampagne. Nach wenigen Stunden war eine Auflage von 200.000 Exemplaren verkauft.[358]

Insgesamt kam es zu mehr als 60 antijüdischen Aufmärschen und Überfällen in mehr als 50 Städten Frankreichs. „Wer hatte es je geglaubt, dass solches in Frankreich möglich sei?“, schrieb die „Allgemeine Zeitung des Judentums.“[359]

Tatsächlich wurde die Judenfeindschaft in Frankreich seit 1896 enorm verschärft. Hetzpublikationen in Form von Karikaturen, Broschüren, Nippes, Spielkarten usw. wurden in Umlauf gebracht. Es bildeten sich judenfeindliche Gruppen, die judenhetzerische Plakate aushängten und Veranstaltungen abhielten.

Chronologisch lassen sich drei Wellen judenfeindlichen Terrors unterscheiden. In der Woche unmittelbar nach der Veröffentlichung von Zolas Artikel kam es zu den schwersten Überfällen und Aufmärschen in den großen Städten Frankreichs. In Paris, Marseille, Lyon, Bordeaux, Nantes, Perpignan, Nancy, Rouen u. a. zogen Judenfeinde durch die Straßen mit dem Ruf „Zur Hölle mit Zola!“ und „Tod den Juden!“. Sie belagerten, überfielen, plünderten und zerstörten Werkstätten, Läden und Warenhäuser vermeintlich jüdischer Besitzer:innen. An Häuserwänden tauchten Parolen auf wie „Kauft nicht bei Juden!“ und „Frankreich den Franzosen!“[360] Auf der Place Blanche in

[357] Zitiert nach: Aly, Götz: Europa gegen die Juden (1880–1945), Frankfurt 2017, S. 111

[358] Siehe Begley, Louis: Der Fall Dreyfus: Teufelsinsel, Guantanamo, Alptraum der Geschichte, Frankfurt 2009, S. 147 (Nach Wikipedia: „Dreyfus-Affäre“)

[359] AZJ, Nr. 3/1898, S. 27

[360] Siehe Zobel, Andreas: Frankreichs extreme Rechte vor dem Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der ‚Action française‘, Berlin 1982, S. 95 f. Zitiert nach: Aly, Götz: Europa gegen die Juden (1880–1945), Frankfurt 2017, Fußnote 41, S. 111.

Paris wurde eine Puppe verbrannt, die den Namen Dreyfus trug.[361] Aber auch Synagogen und Wohnungen von Rabbinern wurden beschädigt und die Bewohner:innen überfallen.[362] Im kolonial besetzten Algerien marschierten Judenfeinde verstärkt auf. [363]

---

[361] Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, München 2011, S. 254. Siehe auch: Benz, Wolfgang (Hrsg): Handbuch des Antisemitismus, Band 4 „Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, Berlin/Boston 2011, S. 24 f.

[362] Siehe Benz, Wolfgang (Hrsg): Handbuch des Antisemitismus, Band 4 „Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, Berlin/Boston 2011, S. 25 f.

[363] Im von Frankreich kolonial besetzten Algerien, wo mit 40.000 Menschen eine große jüdische Minderheit lebte, existierten spätestens ab 1892 judenfeindliche Vereinigungen. Es kam 1897 und 1898 in mehreren Städten Algeriens zu massiven judenfeindlichen Aufmärschen, die vor allem von der Antijüdischen Liga organisiert worden war, angeführt von dem judenfeindlichen Studenten (und späteren Bürgermeister von Algier) Max Régis, Herausgeber der Zeitung „L'Antijuif d'Algers". Eine Woche lang machten Judenfeinde das Leben der jüdischen Bewohner:innen zur Hölle. In Algier wurden ganze Straßen in Brand gesteckt, rund 140 Läden jüdischer Besitzer:innen geplündert. 100 verletzte und zwei ermordete Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Algerien waren das Resultat des judenfeindlichen Terrors, der sich in vermindertem Umfang auf kleinere Städte und sogar Tunesien und Marokko ausweitete (Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus, Band 4 „Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, Berlin/Boston 2011, S. 27). Die „Allgemeine Zeitung des Judentums" (Nr. 4/1898, S. 40 f.) berichtete: „Aber während in Frankreich das ‚Nieder mit den Juden' nur geschrien wird, geht man in Algier bereits zur Tat über. Die Nachrichten von dort sind überaus ernst. Dreieinhalb Stunden lang konnte der Pöbel am Sonntag unter den wohlwollenden Blicken einer gut gekleideten Menge alle Judenläden in den beiden Hauptgeschäftsstraßen 30 Schritte vom Regierungspalast erbrechen und plündern, und noch in der Nacht war es den Verbrechern möglich, mehrere Tausend Mann stark nach dem Villenvorort Sainte Eugenie zu ziehen und die Judenvillen zu verwüsten.")

Im März 1898 trat Max Régis auf einer judenhetzerischen Kundgebung in der Salle Wagram in Paris vor 800 Teilnehmern auf. Die „Allgemeine Zeitung des Judentums" (Nr. 12/1898, Der Gemeindebote, S. 4) schrieb: „In Algier wurde der Hetzer Max Régis wegen seiner in Paris gehaltenen Volksversammlungsrede, in der er die Plünderung und Ermordung der Juden empfohlen hatte, verhaftet. Daraufhin veranstalteten die Antisemiten tobende Straßenkundgebungen und suchten wieder Judenläden zu erbrechen …" Die Lage für die jüdische Bevölkerung verschlimmerte sich, als Régis im November 1898 zum Bürgermeister von Algier gewählt wurde. „L'Antijuif d'Algers" schrieb am 20. November 1898: „Die Juden müssen das Land verlassen, und zwar heute und freiwillig, sonst werden sie morgen gezwungen werden" (Harpon, Marc „Alger 1898. La grande vague antijuive par Pierre Hebey", März 2009). Die „Allgemeine Zeitung des Judentums" (Nr. 50/1898, S. 591) berichtete: „In Algier geht es wild her. Die Juden werden dort wie in Feindesland behandelt. Der antisemitische

Die Räume der Fakultät der Universität in Rennes wurden verwüstet, weil fünf Professoren es wagten, sich für die Revision des Urteils gegen Dreyfus auszusprechen. Rund 2.000 aufgehetzte Judenfeinde stürmten das Haus des Professor Victor Basch in Rennes. Der dortige Polizeipräfekt empfahl ihm, seine Demission einzureichen. Die Herausgeber der Pro-Dreyfus-Zeitung „La Bataille“ wurden auf offener Straße schwer verletzt.[364] In der Folgewoche verlagerten sich die Aufmärsche in kleinere Städte im Osten Frankreichs.

Die dritte Welle folgte Mitte Februar, als Zola vor dem Pariser Schwurgericht angeklagt wurde. Während des zweiwöchigen Prozesses wurde Zola vor dem Gerichtsgebäude von einer nationalistisch und judenfeindlich verhetzten Menge erwartet, die mit Gejohle und Steinen aufwartete und mit Todschlag drohte. Am 21. Februar wurde Zola zu einem Jahr Gefängnis und 3.000 Francs Geldstrafe verurteilt. Zola entzog sich dieser Strafe durch Flucht nach England.

Die Hälfte der insgesamt dokumentierten Überfälle wurde von nicht mehr als 50 Personen durchgeführt, die andere Hälfte waren Fälle mit 500 bis 4.000 Teilnehmenden.[365]

Falsche, ablehnende und unsolidarische Haltung der sozialistischen Parlamentsfraktion und führender Sozialisten

In politischen Stellungnahmen in Frankreich gab es – ähnlich wie in der Sozialdemokratie in Deutschland – auch Stimmen, die die Feindschaft gegen Juden als Feindschaft gegen reiche Juden darstellten und dies als Vorstufe zum revolutionären Klassenkampf sahen. Eine solche Einstellung machte eine Solidarisierung und Unterstützung des Kampfs gegen die judenfeindliche Kampagne gegen Dreyfus und die jüdische Bevölkerung in Frankreich unmöglich. Auch gab es im damaligen Frankreich nicht „die“ Sozialistische Partei, sondern mehrere

---

Stadtrat hatte auf Veranlassung des wackeren Bürgermeisters Max Régis sogar den Rabbinern den Besuch der Schlachthäuser untersagt; auch hatte er der Polizei Befehl gegeben, den Ruf ‚Nieder mit den Juden!‘ einfach zu überhören; er gilt nun nicht mehr für aufrührerisch.“

[364] Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, München 2011, S. 254 f.

[365] Siehe Benz, Wolfgang (Hrsg): Handbuch des Antisemitismus, Band 4 „Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, Berlin/Boston 2011, S. 26.

Gruppierungen und Strömungen, deren Abgeordnete im Parlament sich teilweise zu einer gemeinsamen Parlamentsfraktion zusammenschlossen und aus der 1905 eine Sozialistische Einheitspartei hervorgehen sollte. Die Haltung der Sozialisten hat Jean-Baptiste Séverac in seinem Artikel „Der Fall Dreyfus und die französischen Sozialisten" von 1899 zusammengefasst,[366] in dem er drei Strömungen[367] herausarbeitet:

Die „handelnde Gruppe" aus Anarchisten, Syndikalisten der Parti Ouvrier Socialiste Révolutionnaire (POSR)[368] unter der Führung von Jean Allemane sowie eine Reihe bislang unabhängiger Sozialisten (Jean Jaurès usw.), die relativ rasch die Dreyfusards unterstützten.

Die „zögernde Gruppe", die hauptsächlich aus den Anhängern Blanquis der Parti Socialiste Révolutionnaire bestand.

Die „enthaltsame", sprich unsolidarische Gruppe um Millerand sowie die Parti Ouvrier Français [369] unter Führung von Jules Guesde. Gegenüber dem reformistischen Sozialisten Jaurès beanspruchten die Anhänger Guesdes, die Linie von Marx und Engels zu repräsentieren.

In negativer Hinsicht ist bemerkenswert, dass am 20. Januar 1898 ein „Manifest der sozialistischen Abgeordneten" veröffentlicht wurde, das die Unterschriften der 32 sozialistischen Deputierten trug (darunter Gabriel Deville, Gerault-Richard, Jules Guesde, Jean Jaurès, Alexandre Millerand, Gustave Rouanet, Marcel Sembat, Édouard Vaillant und René Viviani). Nach dem Freispruch Esterházys und kurz vor der Verurteilung Zolas heißt es im Manifest:

---

[366] Séverac, Jean-Baptiste: Der Fall Dreyfus und die französischen Sozialisten, Sozialistische Monatshefte, Nr. 7/1899, S. 349–353

[367] Diese Einteilung basiert auf den Artikel von Lagardelle, Hubert: Le socialisme et l'affaire Dreyfus. Le Mouvemet Socialiste, Nr. 3/1899 und Nr. 5/1899. Zitiert nach: Séverac, Jean-Baptiste: Der Fall Dreyfus und die französischen Sozialisten, Sozialistische Monatshefte, Nr. 7/1899, 7, S. 350 f.

[368] Sog. „Allemanisten" nach ihrem Anführer Jean Allemane

[369] Die Parti Ouvrier Français war 1880 von Jules Guesdes und Paul Lafargue gegründet worden. 1902 fusionierte sie mit der Parti Socialiste Revolutionnaire.

„Wir haben keinen besonderen Grund, die in der Dreyfus-Affäre ergangen Urteile abzulehnen oder anzuzweifeln.“[370]

Die Dreyfus-Affäre wird in dem Manifest einleitend auf einen Kampf rivalisierender kapitalistischer „Fraktionen“ oder „Clans“ zurückgeführt: auf der einen Seite die „klerikale Fraktion“, die Militarismus und französischen Chauvinismus propagiere, und auf der anderen Seite die Fraktion der Opportunisten und „jüdischen Kapitalisten“, die in Worten die Fahne der Menschenrechte hochhalten:

„Andererseits müssen sich die jüdischen Kapitalisten nach all den Skandalen, durch die sie diskreditiert wurden, ein wenig rehabilitieren, um ihren Anteil an der Beute zu sichern. Wenn sie für einen der Ihren nachweisen können, dass ein Justizirrtum und die Gewalt eines öffentlichen Vorurteils vorliegt, dann suchen sie in der Rehabilitierung eines Einzelnen ihres Clans und im Bündnis mit ihren opportunistischen Verbündeten die indirekte Rehabilitierung der gesamten jüdischen und Pro-Panama-Gruppe (‚groupe judaisant et panamisant‘). Sie benutzen diesen Brunnen, um den ganzen Schmutz Israels abzuwaschen.“[371]

Ähnlich wie auch die falsche Floskel vom „Sozialismus der dummen Kerls“ in der Sozialdemokratie in Deutschland wird in dem Manifest behauptet:

„Ganz gewiss bilden sich viele Leute aus dem Volke und besonders dem Kleinbürgertum beim Anblick der in alle Skandale verwickelten jüdischen Bankiers und Geschäftsleute ein, mit ihrem Kampf gegen die jüdische Macht vor allem das Kapital zu bekämpfen. Das sind beginnende Sozialisten.“[372]

Jegliche Parteinahme wurde mit der Begründung abgelehnt, dass die proletarische Klasse mit dieser innerbourgeoisen Auseinandersetzung nichts zu tun habe, ähnlich wie Mehrings Position vom „Philosemitismus“:

„Proletarier, schließt euch keinem dieser Clans dieses Bürgerkriegs innerhalb der Bourgeoisie an!“[373]

---

[370] Manifeste des Députés Socialistes, La Petite Republique, 20. Januar 1898. Die „Petite République“ bestand seit 1876. Von 1893 bis 1903 waren die Herausgeber Millerand, Guesdes und Jaurès

[371] Manifeste des Députés Socialistes, La Petite Republique, 20. Januar 1898

[372] Ebenda

[373] Ebenda

Am 24. Juli 1898 meldeten sich Jules Guesde und Paul Lafargue von der Parti Ouvrier Français im „Socialiste“ zu Wort und wandten sich gegen eine Solidarisierung mit Dreyfus mit der Begründung, dass die proletarische Klasse mit dem Streit zweier antiproletarischer bürgerlicher Lager („Das können die Bankiers unter sich ausmachen“) nichts zu tun habe:

> „Die Proletarier haben in diesem Kampfe, der nicht für ihre Sache sich abspielt, nichts zu tun. Das können die Bankiers unter sich ausmachen; die Grundideen des Klassenkampfes verbieten dem Proletariat, sich daran zu beteiligen.“[374]

Ähnlich argumentierte Charles Bonnier,[375] der im September 1898 in der „Neuen Zeit“ den Artikel „Die Dreyfus-Affäre und die französischen Sozialisten“[376] veröffentlichte und sich darin direkt auf das Manifest vom 20. Januar 1898 bezog. Zwar grenzt er sich in dem Artikel gegen Reaktionäre und Judenfeinde ab (und spricht von einem „mutigen Brief von Zola“). Andererseits geht er davon aus, dass die Bourgeoisie sich in zwei Lager (einerseits klerikale und militaristische Kräfte, andererseits eine „unklare, konfuse Masse von Radikalen, Schriftstellern, Gelehrten, Börsenjobbern“ (S. 696)) gepalten habe und die Sozialisten mit beiden Lagern nichts zu schaffen hätten.

> „Die Welt der jüdischen Hochfinanz, der semitischen Börsenkönige […] rührt sich nicht […] Rothschild kümmert sich den Teufel um Dreyfus.“ (Ebenda)

Die judenfeindliche Kampagne wird als „Spektakel“ bagatellisiert, das „den Juden“ nicht wehtun würde, abgesehen von etwas Mord- und Totschlag in Algerien:

> „Die Juden fühlen sehr gut, dass der ganze Spektakel im Grunde ihnen nicht wehtut, höchstens dass es in Algerien, wo ein alter Hass zwischen

---

[374] Le Socialiste, 24. Juli 1898. Zitiert nach: Séverac, Jean-Baptiste: Der Fall Dreyfus und die französischen Sozialisten, Sozialistische Monatshefte, Nr. 7/1899, S. 351

[375] Charlies Bonnier (1863–1926) war ein Sozialist aus Frankreich. Er arbeitete als Romanist und Hochschullehrer in England und zweitweise auch in Deutschland. Er war Mitglied der Parti Ouvrier Français von Jules Guesde.

[376] Ab hier wird zitiert nach: Bonnier, Charles: Die Dreyfus-Affäre und die französischen Sozialisten, Die Neue Zeit, XVI. Jahrgang (1897–1898), 1. Bd. (1898), Nr. 22, S. 694-698

> Juden und Arabern besteht, zu einigen schnell unterdrückten Ausschreitungen gekommen ist.“ (Ebenda)

Die Realität der Judenfeindschaft als grundlegendes gesellschaftliches Problem wird für Frankreich abgestritten. Es folgt die Weigerung, sich an die Spitze der Kampagne für Dreyfus zu stellen, und zwar mit dem folgenden Argument:

> „Allein wenn die Sozialistische Partei energischen Anteil an einer Affäre nimmt, über deren eigentlichen Kern man nur durch öffentliche Gerüchte unterrichtet ist, wenn sie auf die Politik des Klassenkampfes verzichtet, um die ‚Hochherzige‘ zu spielen, wenn sie ihre Truppen in ein Scharmützel ohne Resultate schickt, so ist das von weittragender Bedeutung, obendrein wenn es am Vorabend der Legislativwahlen geschieht.“ (Ebenda)

Ebenfalls im September 1898 veröffentlichte ein Autor namens Ghiveca Ralier aus Paris in den „Sozialistischen Monatsheften“ den Artikel „Der Fall Dreyfus“[377]. Auf den ersten Seiten wird der Stand der judenfeindlichen Kampagne bis August 1898 sachlich zusammengefasst. Um eine Revision des Verfahrens zu erkämpfen, würden die Unterstützer von Dreyfus die Aufmerksamkeit auf Dreyfus und dessen Verurteilung lenken:

> „Sie (die Dreyfusards, A. d. V.) haben ihre Privatsache derart zur allgemeinen gemacht, dass sich jedermann mit Dreyfus beschäftigen muss. Er bildet das einzige Gespräch, sein Name prangt auf allen Anschlagssäulen, er lebt in allen Zeitungen, er beschäftigt fast ausschließlich unsere Behörden, er erscheint in allen politischen Fragen, wie ein Gespenst tritt er in den glücklichsten Familien, zwischen den intimsten Freunden auf; alles kommt von ihm, alles geht zu ihm.“ (S. 400)

Wenn die Sorge um die Zuspitzung des Kampfs gegen Judenfeindschaft herausgestellt wird, der bis in die bis dahin „glücklichsten Familien“ reiche und „unsere Behörden“ unzumutbar beschäftige, dann riecht dies sehr nach Stimmungsmache. Im Unterschied zu Bonniers judenfeindlicher Behauptung, „Rothschild kümmert sich den Teufel um Dreyfus“, behauptet Ralier im Grunde das Gegenteil, aber nicht weniger judenfeindlich-verschwörungstheoretisch:

---

[377] Ab hier wird zitiert nach: Ralier, Ghiveca: Der Fall Dreyfus, Sozialistische Monatshefte, Nr. 9/1898, S. 393–403

> „Schließlich haben auch die jüdischen Banquiers den Kampf gegen den Generalstab aufgenommen, und nach den Wirkungen zu schließen, sind ungeheure Summen im Dienste dieser Sache verwendet worden. Das Einkommen der Familie Dreyfus, wie groß es auch sein mag, hätte nie genügt, diesen bedeutenden Kampf zu inszenieren. Die Goldkönige mussten mit ihren Kapitalien einspringen … Hier stellt sich eine neue Frage: Besteht also das berühmte Syndikat in der Tat? (S. 402)

Ralier verneint zwar diese Frage („Wörtlich genommen, glauben wir es nicht“ (Ebenda)), aber:

> „Wir nehmen doch beinahe an, dass eine Art Koalition unter den Freunden von Dreyfus besteht, die aus irgendwelchen Interessen der Familie hilft, die Befreiung zu erreichen.“ (S. 405)

Was daran kritikwürdig sein soll, wird im Dunkeln gelassen. Abschließend positioniert sich Ralier aber doch noch für einen Kampf gegen die Anti-Dreyfusards und fügt den wichtigen und richtigen Hinweis hinzu:

> „Nur müssen wir im Auge behalten, dass die Armee eines Dreyfus nicht ganz uns gehört, es sind in ihren Reihen Soldaten, die nicht dasselbe Ziel haben, sie wollen nur die Revision des Prozesses, aber beileibe nicht eine Veränderung der Verhältnisse. Diesen müssen wir misstrauen. Solange unsere Pläne dieselben sind, können wir mit ihnen gehen, aber dann heißt es Obacht geben, um nicht von ihnen fortgerissen zu werden.“ (Ebenda)

Berechtigte sozialistische Kritik

Kritik an der unsolidarischen Haltung der Sozialisten gab es von Studentinnen und Studenten sowie revolutionären Arbeiterinnen und Arbeitern. In einem Artikel in „L'Aurore“ kritisiert Jean Longuet die unsolidarische Haltung der Sozialisten. Er zeigt auf, dass die judenfeindliche Kampagne gegen Dreyfus eine „ausgezeichnete Gelegenheit biete, die Bourgeosieklasse anzugreifen“. (Zitiert nach: Ebenda, S. 403)

Die Groupe des Ouvriers Juifs Socialistes de Paris brachte dies in einem „Offenen Brief der jüdischen Arbeiter von Paris“ an die Parti Socialiste Français auf den Punkt. Er wurde 1898 unter dem Titel „Le Proletariat Juif“ als Broschüre veröffentlicht.[378] Der Judenhass wurde

[378] Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ kommentierte die Entstehung jüdisch-proletarischer Organisationen in Frankreich: „Dass auch in Paris ein großer Teil der

geweckt, habe auch „niemals richtig geschlafen“ und statt vereint gegen die herrschenden Ausbeuter zu kämpfen, werde die jüdische Bevölkerung zum Sündenbock gemacht:

> „Der Trubel der Dreyfus-Affäre hat uralte Instinkte geweckt, die niemals richtig geschlafen haben ... Als diese Instinkte ein Opfer forderten, erlebten wir die dumpfe Unzufriedenheit, die unbewusste Wut, den blinden Hass der Bevölkerung … Aber diesen Sündenbock haben die Unterdrückten nicht bei den Mächtigen gesucht, bei denjenigen, die die Massen auf dem Weg in die Zukunft behindern, sondern bei ihren Brüdern und Schwestern im gleichen Elend, die den großen ‚Fehler‘ haben, noch schwächer zu sein als sie.“ [379]

Zur Gleichsetzung „Juden gleich Kapitalisten“ schreibt die Gruppe:

> „Wenn wir von Juden sprechen, im mittelalterlichen oder im modernen Sinn, scheinen wir zu vergessen, dass es ein jüdisches Proletariat gibt. Wir glauben anscheinend, dass alle Juden reich und Banker sind. Durch die Neigung des Menschen zur Verallgemeinerung (was die Stärke absurder religiöser und metaphysischer Vorstellungen ist), wurden wir immer als Wucherer, Verräter, Mörder behandelt, weil es unter uns, wie anderswo, Wucherer, Verräter und Mörder gab. Und hier wird auf ökonomischem Gebiet ähnlich verallgemeinert wie auf moralischem Gebiet: Wir sind alle reich, weil es auch Reiche unter uns Juden gibt. Das Wort ‚Jude‘ ist also ein Synonym für ‚Klasse‘. ‚Nur ein Teil der Bourgeoisie‘, sagt ein Teil der Sozialisten. Und doch sind wir leider das proletarischste Volk der Welt. Wir sind es in doppeltem Sinne: als Klasse und als Nation, denn wir sind sowohl die Parias der Klassen als auch der Nationen.“[380]

Es heißt darin zur Parti Socialiste Français:

> „Eure Haltung zum Antisemitismus ist nicht offen genug, nicht empört genug, nicht energisch genug wie in anderen ähnlichen Fällen, wo das Prinzip des Fortschritts und der Menschlichkeit auf dem Spiel steht oder

---

jüdischen Gemeinde der arbeitenden Klasse angehört, beweist am besten die Gründung eines Arbeitervereins unter dem Namen ‚Le Proletariat juif de France‘, der schon eine Menge Mitglieder zählt. Der Verein ist offen sozialistisch, zugleich aber auch als Kampfmittel gegen die Antisemiten gegründet.“ (AZJ, Nr. 38/1899)

[379] Group des Ouvriers Juifs Socialistes de Paris: Le Proletariat Juif, Paris 1898, S. 6 f. www.tpsalomonreinach.comfr. Nachdruck bei: Martin, Constant / Michel, Louise: Inquisition et antisemitisme: Résumé de l’histoire Juive: Commentaires sur le Mouvement Antisémite, Paris 1898

[380] Group des Ouvriers Juifs Socialistes de Paris: Le Proletariat Juif, Paris 1898, S. 8. www.tpsalomonreinach.comfr.

wo ein Akt der Barbarei gegen Schwächere begangen wird. […] Wir erklären uns das so, dass ihr den Antisemitismus als nützliches Übel betrachtet, wie eine bittere Pflanze, die unter bestimmten Bedingungen wächst und ‚sozialistisch' veredelt werden kann. Ihr wollt dem Judenhass den Klassenhass aufpfropfen."[381]

Die Haltung von Jean Jaurès

Jaurès gehörte zu derjenigen Gruppe von Sozialisten, die relativ früh den Kampf zur Mobilisierung gegen das Urteil gegen Dreyfus als Teil des Kampfes gegen Militarismus, Judenfeindschaft und Reaktion aufnahm. Dies ist umso bemerkenswerter, als Jaurès selbst noch 1894 in einem Artikel nach der ersten Verurteilung von Dreyfus mit judenfeindlichen Phrasen hantiert hatte.[382]

1898 aber verteidigte Jaurès die Solidarisierung mit Dreyfus. Er betrachtete diese jedoch nicht als Anforderung an die proletarische Klasse, Vorkämpfer gegen alles Unrecht zu sein, und die Verurteilung von Dreyfus als Anklage gegen das Regime zu verwenden, sondern vermischte den Klassenstandpunkt mit der „Menschheit im Ganzen":

„Dreyfus ist jetzt kein Bourgeois, kein Offizier mehr, er hat in seinem tiefen Elend jeden Klassencharakter verloren, er ist ein Mensch, der die geknechtete und leidende Menschheit in sich repräsentiert. Wenn man die Revision verlangt, so dient man nicht nur der Menschheit im Ganzen, sondern der Arbeiterklasse im Besonderen, auf der der Militarismus so schwer lastet, und die durch den Antisemitismus vom geraden Weg abgelenkt werden soll."[383]

---

[381] Group des Ouvriers Juifs Socialistes de Paris: Le Proletariat Juif, Paris 1898, S. 17 f. www.tpsalomonreinach.comfr.

[382] Jaurès schrieb 1894 zum ersten Urteil gegen Dreyfus mit Rückgriffen auf nationalistische und judenfeindliche Stereotype: „Die Juden sind Kosmopoliten ohne Vaterland, Konservative ohne Gewissen […]. Die Wahrheit liegt darin: wenn man ihn nicht zum Tod verurteilt hat, so rührt das daher, dass die ungeheuren Bemühungen der Judenheit nicht ohne Erfolg geblieben sind." (La Petite République, 21.12. und 28.12.1894. Zitiert nach: Poliakov, Leon: Geschichte des Antisemitismus, VII. Zwischen Assimilation und „jüdischer Weltverschwörung", Frankfurt 1989, S. 70)

[383] Jaurès, Jean: Les preuves, Sommer 1898, S. 12 f. Zitiert nach: Séverac, Jean-Baptiste: Der Fall Dreyfus und die französischen Sozialisten, Sozialistische Monatshefte, Nr. 7/1899, S. 351

Als 1899 in Frankreich der Kongress der Sozialisten bevorstand, initiierte Jaurès am 7. August 1899 in der „Petite République“ eine internationale „offene Konsultation“, eine internationale Umfrage „An die Sozialisten über die Dreyfus-Affäre und über die Beteiligung der Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung“[384], die an Vertreter verschiedener sozialistischer Parteien in Europa und den USA geschickt wurde.[385] Es heißt darin:

> „Der französische sozialistische Landeskongress, der momentan vorbereitet wird, wird höchstwahrscheinlich über einige Fragen der Methode von allergrößter Bedeutung diskutieren.
>
> 1. Kann eine Sozialistische Partei ohne Verrat der Prinzipien des Klassenkampfs in Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie intervenieren im Kampf um politische Freiheit – oder wie im Fall Dreyfus – zur Verteidigung der Menschlichkeit?
>
> 2. In welchem Maße kann das sozialistische Proletariat sich an einer bürgerlichen Regierung beteiligen: Widerspricht das Prinzip des Klassenkampfes in jedem Fall dem teilweisen Erhalt von Regierungsmacht einer Sozialistischen Partei?
>
> Wir denken, dass es von allerhöchstem Interesse ist, dass diese Fragen vor dem Kongress gründlich vom französischen Proletariat untersucht werden und wir haben vor, zu diesem Zweck eine freie und freundschaftliche Konsultation zu eröffnen mit unseren Freunden in Frankreich und in anderen Ländern.
>
> Uns scheint, dass die gestellten Fragen von internationalem Interesse sind und dass es gut wäre, sie vom Standpunkt des internationalen Sozialismus zu beleuchten. Wir wären Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie

---

[384] Es handelte sich dabei um den in der Geschichte der proletarischen Klasse noch nicht dagewesenen Fall der Beteiligung an einer bürgerlich-reaktionären Regierung seitens des Reformisten Millerand.

[385] International wurde die Umfrage geschickt an: Belgien: Vandervelde, de Brouckère, Bertrand, Anseele, Furnemont, Hector Denis, Léon Defuisseaux; Dänemark: Mayer, Knudssen, Olsen; Deutschland: Bebel, Schoenlank, Kautsky, Liebknecht, Parvus, Max Schippel, Klara Zetkin, Vollmar, Bernstein, Rosa Luxemburg, Singer; England: Hyndman, Tom Mann, Blackford, Keir Hardie, Quelch, Sydney Webb, Belfort Bax; Holland: Troelstra, Van Kol; Italien: Enrico Ferri, Bissolati, Turati, Andrea Costa, Pescetti, Antonio Labriola; Österreich-Ungarn: Adler, Daszynski; Portugal: Gnecco; Russland: Plechanow, Lawrow, Schiflonksi, Kritschewski; Spanien: Pablo Iglesias; Schweden und Norwegen: Ludwig Meyer; Schweiz: Greulich, Otto Lang, Karl Mohr; USA: Sanial

uns zu diesem Thema einen Brief oder Artikel zusenden würden, den wir vollständig in ‚La Petite République' abdrucken werden."[386]

Auf den ersten Blick war dies eine internationalistische Initiative, um die Meinung führender internationaler Sozialistinnen und Sozialisten einzuholen, jedoch war die Verknüpfung der beiden Fragen eine faule Methode, in der eine indirekte Analogie hergestellt wurde zwischen der Beteiligung am demokratischen Tageskampf und der Beteiligung an einer Regierung der Bourgeoisie, ein reformistisches Novum in der Geschichte der sozialistischen Bewegung.

b) Weitere Stellungnahmen aus Deutschland zur Dreyfus-Affäre

Zolas mutige Tat spornte die Solidaritätsbewegung der fortschrittlichen Öffentlichkeit auch in Deutschland an. **Gustav Landauer**[387] veröffentlichte 1898 den achtseitigen Artikel „Der Dichter als Ankläger" in der in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Der Sozialist".[388] Er hob die Bedeutung Zolas hervor:

---

[386] Eigene Übersetzung aus dem Französischen. Die Antworten auf die Umfrage wurden nach und nach in der „Petite République" veröffentlicht und 1900 in der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift „Cahiers de la Quinzaine" über mehrere Ausgaben hinweg kompakt vorgestellt: Cahiers de la Quinzaine, Nr. 5/1900, S. 9–72, www.archive.org/stream/s1chaiersdelaqui05pg#page/n4/mode/1up; Nr. 6/1900, S. 45–72, www.archive.org/stream/s1chaiersdelaqui05pg#page/n126/mode/1up; Nr. 8/1900, S. 27–72, www.archive.org/stream/s1chaiersdelaqui05pg#page/27/mode/1up; Nr. 11/1900, S. 78, www.gallica.bn.fr/ark:/12148/bpt6,6740519t/ft78.double

[387] Gustav Landauer (1870–1919) war Publizist, Dramaturg und Übersetzer. 1892 trat er dem Verein Unabhängiger Sozialisten bei und schrieb Artikel für deren Organ „Der Sozialist". 1893 war er Delegierter der Berliner Anarchisten auf dem Kongress der II. Internationale in Zürich. Im Oktober 1893 wurde Landauer erstmals verhaftet und wegen „Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Staatsgewalt" zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, die auf neun Monate ausgedehnt wurden. 1908 gründete Landauer den Sozialistischen Bund, deren Mitglieder auch Erich Mühsam und Martin Buber waren. Gegen den Ersten Weltkrieg nahm Landauer eine pazifistische Haltung ein. Er beteiligte sich an der Münchner Räterepublik und wurde „Beauftragter für Volksaufklärung" Am 2. Mai 1919 wurde er von Reichswehr-Soldaten verhaftet und im Gefängnis Stadelheim ermordet.

[388] Im folgenden zitiert nach: Landauer, Gustav: Der Dichter als Ankläger, 1898, in: „Der Sozialist". Zitiert nach: Mümken, Jürgen / Wolf, Siegbert (Hrsg.): Antisemit, das geht nicht unter Menschen. Anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und Israel. Band 1: Von Proudhon bis zur Staatsgründung, Lich/Hessen, 2013.

> „Da fand ein Mann, der sich dadurch mit einem Schlag berühmt gemacht hätte, wenn er nicht schon weltberühmt gewesen wäre, den ungeheuren Mut, *obwohl er keine Beweise veröffentlichen konnte,* die ganze ungeheure Verschwörung aufzudecken und in gellenden Worten die Schuldigen mit Namen zu nennen. Dieser Mann war *Émile Zola* …“ [389] (S. 97. H. i. O.)

Landauer betont in seinem Artikel, dass nicht nur die Regierung und die Militärbehörden, sondern auch weite Teile der französischen Bevölkerung Zola als Feind und Verräter sahen:

> „Hätte heute das französische Volk abzustimmen, nicht etwa über Schuld oder Unschuld, nur darüber, ob Dreyfus ein neues Verfahren bewilligt werden sollte, die übergroße Mehrheit würde gegen eine Wiederaufnahme stimmen. […] Zola stemmt sich also nicht nur der Regierung, den mächtigen Militärbehörden und dem mit ihnen verbündeten Klerus, sondern tatsächlich der großen Masse seines Volkes entgegen“. (S. 99f.)

Landauer führt zunächst Gründe an, weshalb er eigentlich zur Dreyfus-Affäre besser schweigen sollte: erstens „als Jude, zweitens als Deutscher, drittens als Antipolitiker“. (S. 94)

Richtig hebt er die Heuchelei der deutschen Regierung und der deutschen reaktionären Presse hervor, die aufgrund innerkapitalistischer Konkurrenz mit geheuchelter Empörung auf Frankreich schimpfen. (S. 94)

Als Anarchist und als „Antipolitiker“, wie sich Landauer (der später Kulturminister der Münchner Räterepublik war) verstand, nennt er ein weiteres Argument, das auf den ersten Blick stark klingt: Warum sollten sich Linke für einen nationalistischen Militär einsetzen?

> „Was kümmert mich dieser ganze Handel, der eine interne Schmutzangelegenheit der herrschenden Klasse ist? Habe ich Grund, mich für einen Generalstabsoffizier zu ereifern, der wie alle seinesgleichen zu jeder Stunde bereit war, Pläne zum Niederkartätschen des Proletariats zu entwerfen?“ (S. 95)

Und schließlich sieht er auch zu Recht kritisch, dass die Bewegung der Dreyfusards sich auch aus Nationalisten, Militärs, Reaktionären

---

[389] Landauer unterstreicht den Mut Zolas: „Denn von Haus aus ist Zola kein angreifendes Temperament, kein steifnackiger Charakter; er hat sich einen gewaltigen Stoß geben müssen, und hat ihn sich gegeben. Er hat sich selbst überwinden müssen, ehe er zum klingenden Angriff vorging.“ (S. 98)

und Antikommunisten zusammensetzte. Er sagt zu den Unterstützern von Dreyfus:

> „Und was sind es denn für Leute, die für ihn das Wort führen? Sind es nicht, mit Ausnahme der beiden Ehrenmänner Clemençeau und Zola, Politikanten, zum Teil der niedrigsten Sorte? Ist nicht auch Scheurer-Kestner für die verruchten Anarchistengesetze von 1894 eingetreten […] Ist nicht Galliffet darunter, der Kommuneschlächter?“ (S. 95)

Dies dürfe aber nicht dazu führen, „sich herauszuhalten“. Am Schluss des Artikels wird deutlich, dass der Spagat, sich im demokratischen Kampf mit den Angehörigen einer verfolgten Minderheit zu solidarisieren, selbst wenn es sich um einen Offizier der Armee des Klassenfeinds handelt, der wegen seiner jüdischen Herkunft angegriffen wird, und gleichzeitig den Klassenstandpunkt zu bewahren, Landauer schwerfällt. Eher missverständlich schreibt er:

> „Da ist der Moment gekommen, wo bei mir der Hass gegen die herrschende Klasse und gegen den Militarismus aufhört, wo auch alle Prinzipien ein Ende haben, wo nur noch der Mensch und der Schrei nach Menschengerechtigkeit zu Wort kommt.“ (S. 97)

Mit **Rudolf Rocker**[390] meldete sich ein weiterer Anarchist zu Wort. Er veröffentlichte im gleichen Jahr 1898 den Artikel „Dreyfus“.[391] Im Gegensatz zu Landauer ist Rocker der Ansicht:

> „Ganz Frankreich ist gespalten in zwei große Lager; man spricht von ‚Dreyfusards‘ und den Anhängern des ‚État Major‘.“ (S. 103)

Rocker hebt die Bedeutung der Entlarvung von Ungerechtigkeiten wie die in der Dreyfus-Affäre für die Bewusstmachung hervor. Er will hier kein Abseitsstehen und keine Nichteinmischung akzeptieren. Ungerechtigkeiten gegenüber unterdrückten Gruppen oder nationalen Minderheiten sollen aufgegriffen werden, um die Fäulnis des kapitalistischen Systems vor Augen zu führen:

> „Es ist selbstverständlich, dass wir Anarchisten und Revolutionäre keine Gelegenheit versäumen sollen und dürfen, welche uns die Möglichkeit bietet, unsere Ideen zu propagieren. Die in regelmäßigen Zwischenräumen wiederkehrenden Skandalaffären, welche unser ganzes Gesellschafts-Gebäude erschüttern, bieten uns dazu vortreffliche Anhaltspunkte. Unsere Aufgabe muss es dann sein, den Finger hineinzulegen in

---

[390] Rudolf Rocker (1873–1958), von Beruf Buchbinder, war zunächst in der Sozialdemokratie organisiert. Er gehörte zur Gruppe der „Jungen“ innerhalb der Sozialdemokratie. 1893 emigrierte er nach London, wo er in der jüdischen Gemeinde lebte. Dort kam er in Kontakt mit dem Anarchisten Peter Kropotkin. Er lernte Jiddisch, um Beiträge für die jiddischsprachige Londoner Zeitung „Das Freie Wort“ zu schreiben. Während des Ersten Weltkriegs wurde Rocker in England interniert und kehrte 1919 nach Deutschland zurück, wo er der führende Kopf der entstehenden anarcho-syndikalistischen Bewegung wurde und gegen die Diktatur des Proletariats als Konzept und den Staat der Bolschewiki in Russland agitierte. Er kritisierte unter anderem Emma Goldman und Alexander Berkman für ihre „Zugeständnisse“ an den Sowjetstaat. Rocker schrieb in den 20er und 30er Jahren im „Syndikalist“ mehrere Artikel gegen Judenfeindschaft: Antisemitismus und Judenpogrome, Der Syndikalist, Nr. 47/1923; Der Nimbus des Blödsinns, Der Syndikalist, Nr. 46/1925; Hindernisse im Kampf: Die Pest des Rassefanatismus, Der Syndikalist, Nr. 31/1928; Rudolf Rocker, Bücherbesprechung: Franz Oppenheimer, Rassenprobleme, Berlin 1930; Friedrich Herz, Hans Günther als Rassenforscher, Berlin 1930, Der Syndikalist, Nr. 25/1931, Beilage. Mit der Errichtung des Nazifaschismus floh Rocker in die USA, wo er als anarchistischer Autor tätig war und 1958 starb.

[391] Im folgenden zitiert nach: Rocker, Rudolf: Dreyfus, Neues Leben. Anarchistisch-sozialistisches Wochenblatt (Neue Folge, Nr. 12/1898, 24.9.1898, S. 70 f.). In: Mümken, Jürgen / Wolf, Siegbert (Hrsg.): Antisemit, das geht nicht unter Menschen. Anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und Israel. Band 1: Von Proudhon bis zur Staatsgründung, Lich/Hessen 2013, S. 103 ff.

> die eiternden Wunden des kranken Gesellschaftskörpers, sie tiefer und klaffender zu reißen, um der proletarischen Masse einen Anblick zu gewähren in jenen Abgrund von Lügen und Fäulnis, über welchem sich die bürgerliche Gesellschaft erhebt. Von diesem Standpunkte ausgehend, war der Dreyfusskandal ein prächtiges Feld für unser Operationen." (S. 104)

Ähnlich wie Landauer geht er der Frage nach der „Person Dreyfus" nicht aus dem Weg:

> „Was zum Teufel haben Anarchisten mit der Person Dreyfus zu schaffen? Was kümmert sie dieser Mann, der einem Stande angehörte, dessen Aufgabe es ist, uns nötigenfalls vor die Schlünde der Kanonen zu stellen, einem Stande, von dem Ravachol sagte, dass der Unterschied zwischen ihm und einem Fleischer nur in der Uniform bestehe." (S. 104)

Rocker geht zunächst auf die vermeintlichen Argumente der Dreyfus--Gegner ein und fordert eine offensive Verteidigung:

> „‚Er hat das Vaterland verraten.' Umso besser! Was haben Anarchisten mit dem Vaterland zu schaffen, das uns in seinen Kerkern ein Asyl und unter dem Beile der Guillotine eine Ruhestätte anweist: ‚Er hat die militärische Ehre geschändet!' Was kümmert uns das Ehrgefühl berufsmäßiger Strauchdiebe und Buschklepper?" (S. 104)

Dann nimmt er sich die vermeintlichen Argumente und Heucheleien mancher Dreyfus-Unterstützer der herrschenden Klasse vor:

> „‚Er leidet unschuldig!' Sehr traurig, aber er ist nicht der Erste und wird nicht der Letzte sein. Bevölkern nicht tausende unserer besten und edelsten Genossen die Gefängnisse und Zuchthäuser zweier Welten? […] Wo waren sie damals, die Herren Zola und Co!" (S. 104)

Als Negativbeispiel gelten ihm die französischen Sozialisten:

> „Ich bin gewiss der Letzte, welcher sich auf den Standpunkt der französischen Marxisten versteift und behauptet, dass die Proletarier mit der ganzen Dreyfus-Affäre nichts zu schaffen haben. Herr Jules Guesde glaubt selbst nicht an die Stichhaltigkeit seiner Worte …" (S. 104f.)

Rocker ist damit einverstanden, dass sich die anarchistische Bewegung in Frankreich gegen die Anti-Dreyfusards positioniert, aber es soll nicht „unsere ganze Tätigkeit in Anspruch nehmen". (S. 106) Es gibt in Frankreich, so Rocker, genügend weitere Grausamkeiten der Reaktion, gegen die es zu kämpfen gelte. Die Sache für die Wiederaufnahme für Dreyfus stünden momentan gut, die Anarchisten sollten

die Letzten sein, die mithelfen, „der Welt einen neuen Heiligen zu schaffen“. (S. 107)

***

Wir sehen es bei allen Problemen und grundlegenden Meinungsverschiedenheiten dennoch als wichtig an, richtige Positionen auch von anarchistischen Kräften hervorzuheben. Dabei wissen wir, dass die „Väter“ des Anarchismus – Bakunin und Proudhon – besonders üble Judenfeinde waren und spätere Anarchisten hier keinen klaren Trennungsstrich gezogen haben. Doch haben vor allem Landauer, aber auch Rocker in der Frage der Judenfeindschaft bei all ihrem Antikommunismus teilweise eine demokratische Position eingenommen.

4. Anmerkung: Jüdische Themen in der II. Internationale

a) Resolution des Kongresses 1896 in London zur jüdischen Einwanderung

Der Kongress richtete sich an die **jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter** und erklärte, dass er jegliche Beschränkung der Einwanderung ablehnt:

> „Organisierte jüdische Arbeiter: Der Kongress erklärt sich gegen alle Gesetze, welche auf die Beschränkung der Einwanderung abzielen.“ [392]

b) Erklärung des Büros der Sozialistischen Internationale zum Pogrom in Kischineff 1903

Kurz nach dem Pogrom von Kischineff 1903 richtete das Büro der Sozialistischen Internationale einen Aufruf an die Arbeiter:innen aller Länder, in dem es die grausame Pogrompolitik des Zarismus scharf verurteilte.

> „An die Arbeiter aller Länder!
>
> Aus der Presse habt ihr die Nachricht von den Massakern in Kischineff erfahren. Zwei Tage lang wurde gemordet, wurden abscheuliche Gräueltaten begangen, ohne dass die russische Zentralmacht oder ihre örtlichen Agenten, die so schnell eingreifen, wenn es sich um eine Demonstration von Arbeitern oder einfach von Studenten handelt, oder wenn es sich wiederum um die Einschränkungen der säkularen Freiheiten des finnischen Volkes handelt, irgendetwas zum Schutz dieser unglücklichen Menschen getan hätten, deren einziges Verbrechen darin besteht, Juden zu sein.
>
> Wer mit den Methoden Nikolaus II. vertraut ist, kann in diesen schmerzlichen Ereignissen nur einen Einschüchterungsversuch sehen, der zugleich als Rache gegen die Juden ausgeübt wurde, wegen der revolutionären Aktivität des jüdischen Proletariats in Russland.
>
> Der russische Absolutismus sucht in der Anstachelung des Rassen- und Religionshasses ein Ablenkungsmanöver von der allgemeinen Unzufriedenheit und einen Vorwand, um eine Bevölkerung in Blut zu ertränken, die, um ihre Emanzipation ringend, ihn in ihrer Existenz bedroht.

---

[392] Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongresses zu London vom 27. Juli bis 1. August 1896, Berlin 1896, S. 30

Wir prangern diese abscheuliche Politik vor allen Arbeitern, allen ehrlichen Menschen an.

Schmerzlich bewegt bei dem Gedanken an die Opfer, die unter den Schlägen der Agenten des Zarismus gefallen sind, zutiefst empört bei dem Gedanken an diese abscheulichen Taten, richten wir an die zivilisierte Welt den dringenden Appell, um die Wiederholung dieser Gräuel zu verhindern!

Wir schreien ihm auch unsere lebhaften Befürchtungen entgegen. Neue Massenschlächtereien brauen sich zusammen! In Südrussland, in Polen, in Litauen, Regionen, in denen die israelitische Bevölkerung sehr dicht ist, ist die Wiederholung der Ereignisse von Kischineff zu befürchten.

Arbeiter!

Wenn die Regierungen weder sprechen noch handeln wollen, sprecht, handelt ihr! Wenn Regierungen kein Mitleid und keine menschlichen Gefühle mehr haben, lasst euren Protest hören und bringt eure Empörung zum Ausdruck!

Arbeiter!

Euer Schweigen wäre ein Verbrechen, denn der Zarismus richtet seine Schläge nicht gegen eine Rasse oder eine Religion, sondern vor allem gegen eine Klasse. Damit wird auf die Vernichtung des bewussten Proletariats abgezielt.

Erhebt eure Stimme, handelt selbst! Damit diese Verbrechen der Unmenschlichkeit ein Ende haben! Damit euer Andenken bei den Märtyrern des Volkes ist!

International Socialist Bureau:

England: Henry Hyndman, Henry Quelch; Deutschland: J. Auer, Paul Singer, Karl Kautsky; Australien: Ch. Eyre; Österreich: V. Adler, F. Skaret; Belgien: Emile Vandervelde, E. Anseele; Böhmen: A. Némée, Fr. Soucup; Bulgarien: G. Kyrkoff, E. Dabeff; Dänemark: P. Knudsen, J. Jensen; Spanien: Pablo Iglesias, A.-G. Quejido; Vereinigte Staaten: G.-D. Herron; Frankreich: Edouard Vaillant, Francis de Pressensé; Holland: P.-J. Troelstra, Henri Van Kol; Ungarn: J. Weltner, E. Garani; Italien: Enrico Ferri, F. Turati; Japan: Seu Katayama; Norwegen: O. Kringen, A. Hazelan; Polen: B. Jedrzejowski, C. Wojnarowska; Russland:

Georgi Plechanov, Boris Kritchevski; Schweden Hj. Branting, C. A. Vickman; Schweiz: W. Fürholz; Serbien: V.-M. Stoyanovitch.“ [393]

Das war ein Aufruf an die sozialistischen Arbeiter:innen, ihre Stimme zum Protest gegen das Massaker von Kischineff zu erheben und mit praktischer Solidarität aktiv zu werden. Die Warnung vor weiteren Pogromen und Massakern war sehr berechtigt, wie sich in den folgenden Jahren zeigte.

Jedoch ist die Bemerkung, dass Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung sich „vor allem gegen die Klasse“ richten, ein zentraler Fehler. Antijüdische Pogrome bedrohen und bedrohten direkt vor allem die jüdische Bevölkerung, das war ja in der Realität in Russland ganz klar zu beobachten. Die in der Tat wichtige Funktion dieser Pogrome als konterrevolutionäres Instrument ändert nichts an dieser Tatsache.

c) Resolution des Amsterdamer Kongresse 1904 „gegen die Ausnahmegesetzgebung und die Verfolgung der Juden in Russland“

Auf dem Kongress 1904 in Amsterdam wurde laut dem deutschsprachigen Kongress-Protokoll von August Bebel, Eduard Bernstein, Karl Hjalmar Branting, Henri H. van Kol und James Keir Hardie eine Resolution „gegen die Ausnahmegesetzgebung und die Verfolgung der Juden in Russland“ eingebracht.[394]

Das war selbstverständlich richtig. Unverständlich ist allerdings, dass diese Resolution nicht in die Kongressdokumente aufgenommen wurde. Ob und in welcher Form diese „eingereichte“ Resolution verabschiedet wurde, geht aus dem Konferenzbericht auch nicht hervor.

---

[393] Der Aufruf ist in französischer Sprache enthalten in: Dagan, Henri: L’oppression des juifs dans l’Europe orientale – Les massacres de Kichinef et la situation des prolétaires juif en Russie, Cahiers de la Quinzaine, Nr. 1/1903, S. 62–65, eigene Übersetzung aus dem Französischen.

[394] Siehe Internationaler Sozialisten-Kongress zu Amsterdam 14. bis 20. August 1904, Berlin 1904, S. 44. Edmund Silberner schreibt: „Die französische Ausgabe nennt auch Edouard Anseele unter den Zeichnern, Sixième Congrès International tenu à Amsteram du 14 au 20 août 1904 [Brüssel 1904], S. 94)“ (Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962, S. 356)

Es ist dies ein weiterer Beleg, wie sehr der Kampf gegen die Judenfeindschaft am Rand behandelt wurde.[395]

***

In den Resolutionen der II. Internationale ist jedoch nichts zu finden über Judenfeindschaft in Westeuropa, in Frankreich, in Österreich, oder Deutschland und auch nichts zu Judenfeindschaft in den USA. Das war ein klares Versäumnis, denn gerade auch in diesen entwickelten kapitalistischen Ländern hatte sich Judenfeindschaft ausgebreitet und es war damit klar, dass Judenfeindschaft auch dort ein Instrument der herrschenden Klassen ist.

[395] Im Protokoll des Kongresses in Amsterdam 1904 findet sich die lapidare Mitteilung: „Der jüdische Arbeiterbund Russlands sendet eine Beschwerdeschrift gegen den Mandatsbeschluss des Büros und erklärt, für die Dauer dieses Kongresses sich mit der russischen Delegation geeinigt zu haben." (Internationaler Sozialisten-Kongress zu Amsterdam, 14. bis 20. August 1904, Berlin 1904, S. 44) Worum es in diesem Fall ging und wie diese Einigung aussah, erfahren wir aus dem Artikel von Max Anin. (Anin, Max: Das jüdische Proletariat in der Internationale, Sozialistische Monatshefte, Nr. 16-18/1910, S. 1065) Demnach verlangte der „Bund" kurz vor dem Amsterdamer Kongress 1904 die Anerkennung seiner Delegation nicht mit dem Anspruch des Vertretungsrechts für das jüdische Proletariat in Russland, sondern als – wörtlich – „die größte und älteste der proletarisch-revolutionären Organisationen *Russlands"*. Da aber die beiden Delegiertenstimmen für Russland der SDAPR und der Partei der Sozialrevolutionäre zuerkannt wurden, blieb der „Bund" überhaupt ohne Vertretung. Nachdem der „Bund" ohne Erfolg gegen diesen Beschluss protestiert hatte (siehe oben), führte er mit der SDAPR Gespräche. Dabei kam ein Kompromiss zustande. Demnach blieb die Stimme der SDAPR im Internationalen Sozialistischen Büro zwar bei dieser allein. Der „Bund" erhielt aber auf den Kongressen eine halbe Stimme und war damit auch vertreten. Bei den Plenartagungen des Internationalen Sozialistischen Büros ist für 1906 und 1907 jeweils Leo Bergmann vom „Bund" als beratendes Mitglied genannt. (Nach Wikipedia: „International Socialist Bureau).

5. Anmerkung: Jüdische Themen in der II. Internationale vor 1895 (Nachtrag)

Im Band 2 zur Analyse des Kampfs der kommunistischen Kräfte gegen Judenfeindschaft „Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848 bis 1893)“ sind wir bereits knapp auf Positionen und Auseinandersetzungen der II. Internationale zum Kampf gegen Judenfeindschaft eingegangen. Diese waren aber auch richtungsweisend für die Zeit nach 1895, weshalb wir in einem Nachtrag noch einmal auf die Dokumente der II. Internationale aus der Zeit vor 1895 zurückkommen.

a) Teilnahme jüdischer sozialistischer Organisationen am Gründungskongress der II. Internationale 1889 in Paris

Proletarische jüdische Organisationen waren schon am Gründungskongress der II. Internationale beteiligt und durch drei Delegierte vertreten. Das waren Louis Miller und J. Barski von den Vereinigten Jüdischen Gewerkschaften (United Hebrew Trades) in New York sowie ein Vertreter des (jüdischen) „International Club“ in London.[396] Die Mitglieder dieser jüdischen Organisationen waren oft Menschen, die aus Russland nach den USA oder England emigriert waren. Nun lebten sie dort in großer Zahl als Arbeiter:innen sowie Handwerker:innen. Ein großer Teil von ihnen organisierte sich gewerkschaftlich sowie in politischen sozialistischen Parteien, organisierte Streiks usw.

Lawroff, ein Delegierter der sozialistischen Bewegung Russlands, gab auf dem Kongress einen Überblick über „den Stand des Sozialismus in Russland“.[397] Dabei ging er auch auf verschiedene sozialistische Organisationen ein, die zwar mit Russland in Verbindung standen, aber in Ländern wie den USA und Großbritannien tätig waren. So berichtete er über „die jüdischen Sozialisten von London“, die fast alle aus Russland und Polen kamen. Diese gaben das sozialistische Organ „Der Freund des Arbeiters“ heraus, und zwar auf Jiddisch, „die einzige

[396] Siehe Protokoll des Internationalen Arbeiter-Kongresses in Paris, abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889, Nürnberg 1890, S. 129

[397] Ebenda, S. 31

Sprache, die sie kennen“. Das aber bedeute nicht, sich in ihrer Nationalität abzuschließen, sondern sei ein Mittel, um sich mit allen anderen kämpfenden Arbeiter:innen zusammenzuschließen.[398]

Ihrem Anspruch nach waren das oft gewerkschaftliche Zusammenschlüsse, die an ihrer klassenkämpferischen, antikapitalistischen Orientierung keinen Zweifel ließen beziehungsweise sich in diese Richtung entwickelten. So berichtet Louis Miller, Delegierter der Vereinigten Jüdischen Gewerkschaften, über die jüdische proletarische Bewegung vor allem in New York. Zu dieser gehörten damals 14 einzelne Organisationen, welche Miller kurz vorstellt. Zunächst, sagt Miller, führten diese in erster Linie wirtschaftliche Kämpfe. Ihnen sei aber bald klar geworden, dass ein wirklicher Klassenkampf nötig sei für die Zerschlagung des kapitalistischen Systems mit dem Ziel der „Vergesellschaftung aller Produktions- und Transportmittel“.[399]

b) Kongress 1891 in Brüssel: Falsche Weichenstellung „gegen Antisemitismus und Philosemitismus“

Der Kampf gegen Judenfeindschaft kam auf dem Kongress in Brüssel 1891 erstmals seit Gründung der II. Internationale auf die Tagesordnung. Der Punkt 4 lautete:

> „Stellungnahme der Arbeiter-Organisationen aller Länder zur Judenfrage (Amerikanischer Verband der Arbeiter-Vereinigungen jüdischer Zunge.).“[400]

Als erstes sprach Abraham Cahan[401], der als Delegierter die Jiddisch sprechenden Arbeiterinnen und Arbeiter der Socialist Workers Party

---

[398] Siehe ebenda, S. 35

[399] Ebenda, S. 116

[400] Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel (16.–22. August 1891), Berlin 1893, S. 3

[401] Abraham Cahan (1860–1851) war aus dem zaristischen Russland in die USA geflüchtet. Er vertrat die Jiddisch sprechenden Arbeiterinnen und Arbeiter der Socialist Workers Party der USA als Delegierter auf dem Kongress der II. Internationale. Ab 1897 war Cahan in den USA Herausgeber des „Forverts“ („Vorwärts“). Der „Forverts“ sollte eine der weltweit meistverbreiteten jiddischsprachigen Zeitungen mit rund 250.000 Leserinnen und Lesern in den frühen 1920er Jahren werden. Alle Angaben aus: Stillmann, Yankl: Ab. Cahan Meets Friedrich Engels, 7.12.2008, https://jewishcurrents.org/ab-cahan-meets-friedrich-engels/

der USA vertrat und wohl auch den Punkt 4 für die Tagesordnung eingebracht hatte. Diesen Tagesordnungspunkt einleitend, ging Cahan auf die Notwendigkeit einer Stellungnahme des Kongresses gegen die Judenfeindschaft ein.[402] Er betonte, er stehe hier nicht als Jude, sondern als ein Arbeiter, und erklärte dann:

> „Für uns Sozialisten gibt es so wenig eine Juden- als eine Militärfrage; aber die Gegenwart zwingt uns, zu der einen wie der anderen Stellung zu nehmen.“ [403]

Cahan ging es darum, die Solidarität mit dem Kampf der besonders diskriminierten jüdischen Arbeiter:innen einzufordern. In dem Kongressbericht wird dies wie folgt wiedergegeben:

> „Gestern habe der Kongress den streikenden Schreinern in London seine Sympathie bekundet, heute möge er dasselbe den jüdischen Brüdern gegenüber tun, die beständig im Streik, beständig verfolgt und gehetzt seien. […] nun gelte es, diesen Klassenkampf durchzuführen. Zu dem Zwecke verlangen die jüdischen Arbeiter Platz in der Sozialdemokratie, um gemeinsam den großen Kampf für die Befreiung der Menschheit zu führen.“ [404]

Cahan brachte damit ein völlig berechtigtes Anliegen vor: Solidarität und Zusammenschluss mit den kämpfenden, besonders unterdrückten jüdischen Arbeiter:innen. Leider kam Cahan damit auf dem Kongress nicht wirklich durch.

Als nächster Redner nahm der belgische Sozialist Volders, wie es heißt im Namen des Internationalen Sozialistischen Büros, gemäß dem protokollarischen Bericht wie folgt Stellung:

> „Volders erklärt im Namen des Büros: In der Frage sind wir alle einig. Wie wir früher unsere Sympathien für die verfolgten russischen Revolutionäre bekundeten, so jetzt für die verfolgten russischen Juden. Der Antisemitismus ist eine Erscheinung, die ihre Wurzeln ausschließlich in den bürgerlichen Parteien hat, und seine Erklärung u. a. auch darin findet,

---

[402] Von dem Kongress gibt es leider kein Wortprotokoll, sondern nur eine Art protokollarischen Bericht.

[403] Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel (16.-22. August 1891), Berlin 1893, S. 15

[404] Mit der gemäß dem Bericht ausschließlich männlichen Schreibweise teilt Cahan einen Fehler in der damaligen revolutionären proletarischen Bewegung, denn ganz sicher ging es damals nicht nur um Arbeiter, sondern auch um Arbeiterinnen.

dass die jüdischen Ausbeuter die pfiffigeren Ausbeuter seien. Für die jüdischen Unterdrückten gibt es nur ein Mittel der Befreiung: Eintritt in die Reihen des Sozialismus". (Ebenda, S. 15 f.)

Neben der Verkürzung, dass die Judenfeindschaft ihre Wurzeln „ausschließlich in den bürgerlichen Parteien" habe, äußert sich Volders hier vor allem direkt judenfeindlich, wenn er „die jüdischen Ausbeuter [als] die pfiffigeren Ausbeuter" bezeichnet, diese also als die raffinierteren Ausbeuter hinstellt.

Volders empfahl dann die Annahme der folgenden Resolution, die mit einer im Protokoll genannten „kleinen Änderung"[405] dann auch einstimmig angenommen wurde. Wir geben im Folgenden die Resolution wieder, die einzige in der Geschichte der II. Internationale zum Thema Judenfeindschaft. Diese lautet:

„In Erwägung,

dass in den Prinzipien und Programmen der sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder von jeher klar ausgesprochen ist, dass sie keinen Gegensatz und keinen Kampf der Nationen oder Rassen[406] anerkennen, sondern den Klassenkampf des Proletariats aller Länder und Rassen führen,

und dass es für die Proletarier jüdischer Rasse und Zunge kein anderes Mittel der Emanzipation gibt als den Anschluss an die Arbeiterorganisationen der betreffenden Länder;

hält der Kongress

unter Verurteilung der antisemitischen und philosemitischen Hetzereien, welche nur ein Manöver der Kapitalistenklasse und der politischen Reaktion sind, zu dem Zweck: die Arbeiter zu spalten und die sozialistische Bewegung von ihrem Ziel abzulenken;

eine Erörterung des von den amerikanischen Genossen jüdischer Zunge beantragten Punktes 4 der vorgeschlagenen Tagesordnung für überflüssig,

und geht zur Tagesordnung über." (Ebenda, S. 16)

Verfehlt war schon die Behauptung, dass eine Diskussion über den Kampf gegen die Judenfeindschaft „überflüssig" sei, weil die Parteien

[405] Worin diese „kleine Änderung" bestand, geht aus dem Protokoll nicht hervor.

[406] Zur Verwendung des Begriffs „Rassen" haben wir schon klar ablehnend Stellung genommen. Siehe Genaueres dazu im Teil 3 dieser Studie.

der II. Internationale ja den proletarischen Klassenkampf ohnehin führen würden, an dem sich die jüdischen Arbeiter:innen beteiligen sollten. Übergangen wurde damit die besondere Aufgabe eines demokratischen Kampfs gegen die Judenfeindschaft. Dabei traten damals, wenn auch in unterschiedlicher Weise und in verschiedenem Ausmaß, judenfeindliche Hetze und Ausschreitungen unübersehbar in Erscheinung, in Russland, in Rumänien und in anderen Ländern.

Aber eine Solidaritätsbekundung mit dem schweren Kampf der besonders diskriminierten jüdischen Arbeiter:innen in Russland, aber auch in Ländern wie den USA und Großbritannien ist in der Resolution nicht zu finden und wird direkt als „überflüssig" erklärt.

Auf längere Sicht besonders fatal war die in der Resolution formulierte Ausrichtung: Verurteilt werden nicht nur die „antisemitischen", sondern gleichermaßen auch die „philosemitischen Hetzereien", als ob es auch nur im Entferntesten so etwas wie „Hetzereien" von Juden oder im Namen von Juden gegen Nichtjuden gegeben hätte.[407] De facto war dies ein Zurückweichen vor der reaktionären Hetze, dass die Sozialdemokratie eine „Schutztruppe der Juden" sei.[408]

---

[407] Der Kongress der II. Internationale in Brüssel fand im August 1891 statt. Einen Monat vorher hatte Franz Mehring in der „Neuen Zeit" seinen Artikel „Antisemitismus und Philosemitismus" veröffentlicht. Das war der erste einer Reihe von Artikeln von Mehring, der den Begriff „Philosemitismus" innerhalb der Sozialdemokratie einführte. „Die Neue Zeit" als theoretisches Organ der SPD hatte in der II. Internationale zweifelsohne einen nicht zu unterschätzenden Einfluss. Zu den Artikeln Mehrings siehe genauer: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893)", Offenbach 2019, Abschnitt: „Zehn Stellungnahmen von Franz Mehring zu ‚Antisemitismus und Philosemitismus' (1891–1893)" (S. 353-374).

[408] Edmund Silberner schreibt unter Berufung auf Abraham Cahans in Jiddisch erschienener Lebensbeschreibung, dass auf dem Brüsseler Kongress die Blanquisten Regnard und Agyriades besonders judenfeindlich auftraten. Sie hätten auf „jüdische Banken" verwiesen, die „uns alle" ruinieren, und darauf, dass es auch „philosemitische" Agitation geben würde. Abraham Cahans Memoiren zufolge ergriff dieser auf dem Kongress nochmals das Wort, um Argyriades zu fragen, woher er den Ausdruck „Philosemitismus" nehme. Wo habe er die Juden Christen verfolgen sehen? Wo je von jüdischen Pogromen gegen Christen gehört? Oder von ausschließlich jüdischen Privilegien? Und warum die jüdischen Bankiers herausgegriffen wurden? Ein Bankier sei ein Bankier, ob Jude oder nicht. Was auch die Abstammung der Bankiers mit der

Die Resolution des Brüsseler Kongresses der II. Internationale 1891 wurde in den Jahren danach weder korrigiert noch außer Kraft gesetzt.[409]

jüdischen Frage zu tun habe? („Sehr viel" habe Argyriades eingeworfen). Cahan forderte den Kongress auf, die „unsozialistischen Ideen" von Regnard und Argyriades zu verwerfen und für seinen Antrag zu stimmen. Die erregte Debatte habe sich noch eine Weile fortgesetzt, ohne dass aber ein Wortprotokoll darüber vorliegt. Siehe dazu Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962, S. 281 f. Silberner beruft sich auf: Cahan, Abraham: Bleter fun mein Öeben, (jiddisch), New York 1926, S. 161 ff.

[409] Bezeichnend ist, dass die 1983 in Moskau erschienene revisionistische „Geschichte der Zweiten Internationale" die falsche Orientierung des Brüsseler Kongresses sowohl gegen Antisemitismus als auch gegen „Philosemitismus" zustimmend propagiert: „Der Kongress verurteilte die antisemitischen und philosemitischen Hetzereien." (Redaktionskollegium: Die Geschichte der Zweiten Internationale, Band 1, Moskau 1983, S. 413)

6. Anmerkung: Wilhelm Liebknechts Text „Aus meiner Schulmeisterzeit“

Ausgerechnet Edmund Silberner bemüht sich erfreulicherweise,[410] die grundfalsche Einschätzung von Wilhelm Liebknecht zur Dreyfus-Affäre so in den Kontext zu stellen, dass Liebknecht nicht als Judenfeind dasteht. Silberner verweist auf den Text „Aus meiner Schulmeisterzeit“ von Wilhelm Liebknecht, der in der jüdischen Zeitschrift „Im deutschen Reich“ 1899 veröffentlicht wurde.[411]

Dort berichtet Liebknecht zunächst, dass er schon in früher Jugend nur gute Erfahrung mit jüdischen Personen aus seiner Umgebung gemacht habe, dass er von jüdischen Freunden zum Laubhüttenfest eingeladen worden sei und er auch an der Universität gut mit jüdischen Mitstudenten auskam und insbesondere in Johann Jacobi und Karl Marx große Vorbilder gefunden habe.

Leider schiebt Liebknecht recht unkritisch den Unsinn ein, den der englische Politiker Disraeli vertreten habe, „dass die Angelsachsen und Juden die zwei begabtesten und zur Weltherrschaft oder Weltregierung berufensten Rassen der Welt“ sein. Und leider fabuliert er weiter von einem „Judo-Germanismus“ und Ähnlichem. Aber er vertritt immerhin die folgende Einschätzung:

> „Der Judengott Jehovah und die Judenhelden, voran die Makkabäer, sind es gewesen, die einen Cromwell zum Befreiungskampf anstachelten – wohingegen im Namen des Christentums nie ein Freiheitskampf der Völker geführt worden, wohl aber unzählige Kämpfe zur Unterdrückung der Völker. Das einzige Land, in welchem der Freiheitskampf des Volkes einen religiösen Charakter trug, ist England – und in England war es nicht das Neue Testament, das den Kämpfern das geistige Rüstzeug lieferte, sondern das Alte Testament. Die englische große Revolution in der Mitte des 17. Jahrhunderts – nicht mit der Spießbürger-‚Revolution‘ zu Ende desselben zu verwechseln – war das Tat gewordene und auf die politische Bühne gebrachte Buch der Makkabäer.“ [412]

---

[410] Siehe Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962, S. 208–211

[411] Siehe IdR, Nr. 12/1899, S. 661–664. Abdruck aus: „Neue Welt – Kalender für 1901“, Verlag Auer & Co., Hamburg.

[412] IdR, Nr. 12/1899

Nun, ob das alles so stimmt, sei dahingestellt (man denke nur an die Rolle der christlichen Religion im Bauernkrieg in den später zu Deutschland gehörenden Gebieten), aber die Absicht ist klar und ehrenhaft. Liebknecht schildert die grausame und „entsetzliche Rohheit" der Judenverfolgung im Mittelalter und die Verbrechen, welche die Christen, „dem blödesten Stumpfsinn und blindesten Vorurteil" folgend, an der jüdischen Bevölkerung begangen haben. Er spricht von seiner Verehrung für Ludwig Börne und Johann Jacoby und führt dann weiter aus:

> „War hierin etwas von Schwärmerei, so musste doch auch die reifere Kritik späterer Jahre sich vor der Tatsache verneigen, dass für das Wohl und die Freiheit der Menschen, für Kunst, Literatur, Wissenschaft von den Juden im Verhältnis zu ihrer Zahl mehr geleistet worden ist, als von irgendeinem anderen Volk. Ich erklärte mir schon früh diese Erscheinung daraus, dass der durch zweitausendjährige Unterdrückung erschwerte ‚Kampf ums Dasein' die geistigen Fähigkeiten der Juden außerordentlich geschärft und die kräftigeren Geister, die sich nicht biegen, nicht brechen ließen, zu revolutionären Kampf gegen Unterdrückung und Unrecht gedrängt hat." [413]

Dann kommt Liebknecht auf die „Fehler der Juden" zu sprechen, die er als „natürliches Produkt der Unterdrückung", als Folge „ihrer politischen und sozialen Ächtung" erklärt. So seien sie „zu Pionieren der modernen Bourgeoisie künstlich gezüchtet worden". Es folgt dann eine der schiefen, scheinbar humoristischen Behauptungen, „dass die Urenkel der Raubritter, welche die Juden ausplünderten und quälten, fast allesamt im Schuldbuch der Urenkel jener Ausgeplünderten" stehen würden. Er fügt dann noch hinzu, dass der Lebensmittelwucher nunmehr in einem solchen Ausmaß betrieben werde, und dies gerade nicht von jüdischen Personen, dass alles, „was die Juden insgesamt jemals an Wucher geleistet haben, daneben ein wahres Kinderspiel" sei.[414]

Kurzum: Wilhelm Liebknecht verteidigt die jüdische Bevölkerung gegen die Judenfeindschaft – keinesfalls ohne gravierende Fehler –, aber auf seine persönliche Art und Weise doch recht eindeutig.

---

[413] Ebenda

[414] Siehe ebenda

7. Anmerkung: „Süddeutscher Postillion“

Der „Süddeutsche Postillion“ war die zweite Satirezeitschrift der Sozialdemokratie in Deutschland, die von größerer Bedeutung war. Sie wurde 1882 gegründet und erschien bis 1910. Als Verleger war Maximin Ernst tätig, der auch die illegale Zeitschrift „Iskra“ der Bolschewiki druckte.

Die Blütezeit der Zeitschrift lag in den Jahren 1892 bis 1901, als die Zeitschrift von Eduard Fuchs geleitet wurde. Fuchs war später Mitbegründer der KPD. Auch diese Zeitschrift richtete sich in der Hauptsache gegen den Militarismus, das reaktionäre Preußentum und gegen den Kolonialismus. Die Auflage betrug in 1894 ca. 40.000 Exemplare pro Woche.[415]

Ähnlich wie im „Wahren Jacob“ sind auch im „Süddeutschen Postillion“ nicht wenige Zeichnungen zu finden, die jüdische Menschen in judenfeindlicher Art und Weise darstellen. Juden werden mit Hakennase, wulstigen Lippen und einem gemeinen Lachen gezeichnet.[416]

Im „Süddeutschen Postillion“ wird immer wieder in Gedichten oder Erzählungen die jiddische Sprache nur verstümmelt (oftmals zwischen „Itzig“ und „Sarah“) wiedergegeben, was witzig sein soll. Diese Methode, sich durch einen befremdlichen Sprachgebrauch mit Anklängen an das Jiddische über jüdische Menschen lustig zu machen, zieht sich durch die vielen Jahrgänge des „Süddeutschen Postillions“.[417]

Es gibt aber auch einen Hinweis, dass es im „Süddeutschen Postillion“ (SP) einen Kampf gegen Judenfeindschaft gegeben hat:

---

[415] Wir stützen uns auf das Buch von Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzung der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus von 1871–1914, Bonn 1978. Dort sind die hier besprochenen Karikaturen als Faksimile abgebildet. Bisher wurde von uns lediglich der Jahrgang 1900 ausgewertet. Eine eigenständige Auswertung aller Ausgaben des „Süddeutschen Postillions“ steht noch aus.

[416] Siehe „Süddeutscher Postillion“ (SP) Nr. 16/1901 und Nr. 24/1900. Bei Leuschen-Seppel auf S. 298 f.

[417] Zum Beispiel lautet eine Zeile eines Gedichts: „Itzig: Sarah, mei Geld – worüm willste erst noch e neues Automobil? Wart noch e paar Wochen, wird ich d’r kaufen e lenkbares Luftschiff!“ (SP, Nr. 16/1908) Oder auch SP, Nr. 20/1900. Bei Leuschen-Seppel auf S. 263.

„Im SP finden sich zahlreiche Beiträge, insbesondere Karikaturen, welche den auch in Deutschland und Österreich und keineswegs nur in Frankreich (Dreyfus-Affäre) um sich greifenden Antisemitismus kritisch beleuchten.“[418]

Bei der noch ausstehenden Auswertung der Originale des „Süddeutschen Postillions“ muss vor allem auch in dieser Hinsicht geforscht werden.

[418] Koch, Ursula, E.: Eduard Fuchs und das politische Arbeiter-Witzblatt Süddeutscher Postillion, in: Ridiculosa, Nr. 2/1995, S. 19, Anmerkung 36. Ähnlich auch der Beitrag von Regina Schleicher „Der Süddeutsche Postillion“, 1882–1910, in: Benz, Wolfgang: Handbuch des Antisemitismus, Band 6, Publikationen, Berlin 2013, S. 677–678. Schleicher schreibt, dass es durchaus einzelne judenfeindliche Karikaturen gab, allerdings auch eine Reihe von gegen Judenfeinde gerichtete Positionierungen – sowohl gegen die Pogrome in Russland als auch im Hinblick auf die Dreyfus-Affäre.

Literaturverzeichnis[419]

Aly, Götz: Europa gegen die Juden (1880–1945), Frankfurt am Main, 2017

Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, München 2011

August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky, hrsg. von Karl Kautsky Jr., Assen 1971

Kollektiv von AutorInnen: Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft. Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45), Offenbach 2013

Bahr, Hermann: Der Antisemitismus – Ein internationales Interview, Berlin 1894

Bebel, August: Antisemitismus und Sozialdemokratie, Berlin 1894

Bebel, August: Antisemitismus und Sozialdemokratie, Berlin 1906

Bebel, August: Ausgewählte Reden und Schriften, Band 7/1, München 1997

Bebel, August: Ausgewählte Reden und Schriften, Band 7/2, München 1997

Bebel, August: Ausgewählte Reden und Schriften, Band 8/1, München 1997

Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus, 50. Auflage, Frankfurter am Main 1977

Begley, Louis: Der Fall Dreyfus: Teufelsinsel, Guantanamo, Alptraum der Geschichte, Frankfurt 2009

Benz, Wolfgang (Hrsg): Handbuch des Antisemitismus, Band 4 „Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, Berlin/Boston 2011

Benz, Wolfgang: Handbuch des Antisemitismus, Band 6, Publikationen, Berlin 2013

Beth Hatefutsoth, The Nahum Goldmann Museum of Jewish Diaspora Tel Aviv, Museum der Arbeit Hamburg (Hrsg.) Arbeiter und Revolutionäre, die jüdische Arbeiterbewegung, Hamburg 1998

Braukmann, Stephanie: Die „jüdische Frage“ in der sozialistischen Frauenbewegung 1890–1914, Frankfurt am Main 2007

Bruhat, Jean: L’affaire Dreyfus et le socialisme français, Mai 1934, Archives Communistes MLM

Congrès général des organisations socialistes françaises tenu à Paris du 3 au 8 decembre 1899. Compte rendu sténographique officiel, Paris 1900

Dubnow, Simon: Weltgeschichte des jüdischen Volkes. Von seinen Uranfängen bis zur Gegenwart in zehn Bänden, Band X: Die neueste Geschichte. Das Zeitalter der zweiten Reaktion (1880–1914), Berlin 1929

Elias, Norbert: Zur Soziologie des deutschen Antisemitismus, in: Elias, Norbert: Frühschriften, Frankfurt am Main 2002

[419] Zeitschriften, Zeitungen und Lexikon-Einträge werden direkt im Text zitiert und wurden nicht ins Literaturverzeichnis aufgenommen.

Engels, Friedrich: Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg“, 1874, MEW Band 18

Feiwel, Berthold: Die Judenmassacres in Kischineff, Jüdischer Verlag 1903

Fischer, Lars: The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany, New York 2007

Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1893–98. Herausgegeben vom Sozialdemokratischen Parteivorstand, Berlin 1898

Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1898–1903. Herausgegeben vom Sozialdemokratischen Parteivorstand, Berlin 1903

Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1907–1911. Herausgegeben vom Sozialdemokratischen Parteivorstand, Berlin 1911

Hohmann, Andreas W. / Mümken, Jürgen (Hrsg.): Kischineff – Das Pogrom 1903, Lich 2015

Internationaler Sozialisten-Kongress zu Amsterdam 14. bis 20. August 1904, Berlin 1904

Jacobs, Jack: Sozialisten und die „jüdische Frage“ nach Marx, Mainz 1994

Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918, Internationales Symposium Dezember 1976, Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Beiheft 2, 1977

Kampmann, Wanda: Deutsche und Juden, Frankfurt am Main 1986

Karl Kautskys literarisches Werk: Eine bibliografische Übersicht, Berlin/Boston 2020

Koch, Ursula, E.: Eduard Fuchs und das politische Arbeiter-Witzblatt Süddeutscher Postillion, in: Ridiculosa, Nr. 2/1995

Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus: Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft bis zur Bebel-Rede 1893 (1848–1893)“, Offenbach 2019

Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Lessing bis Wilhelm Humboldt (Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1812), Offenbach 2018

Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Saul Ascher bis Heinrich Heine (1812–1843), Offenbach 2018

Lange, Matthew, Antisemitic Elements in the Critique of Capitalism in German Culture 1850–1933, Bern 2007

Lenin, W. I.: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, 1919, LW Band 22

Lenin, W. I.: VII. Gesamtrussischen Sowjetkongress, 1919, LW Band 30

Lenin, W.I.: Was tun?, 1902, LW Band 5

Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich – Die Auseinandersetzung der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978

Leuß, Hans: Das richtige Wanzenmittel: Der jüdische Staat, Leipzig, 1893

Liebknecht, Karl, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. III, Berlin 1960

Liebknecht, Karl: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1958

Liebknecht, Karl: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1960

Liebknecht, Karl: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VI, Berlin 1974

Liebknecht, Karl: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VII, Berlin 1974

Luxemburg, Rosa, Cahiers de la Quinzaine, Nr. 11, 5.3.1900, S. 76 f. www.gallica.bn.fr/ark:/12148/bpt6,6740519t/ft78.double

Luxemburg, Rosa: „Die sozialistische Krise in Frankreich", Gesammelte Werke, Band 1, Halbband 1/2, Berlin 1974

Luxemburg, Rosa: Briefe an Freunde, hrsg. von Benedikt Kautsky, Frankfurt/M. 1976, 1. Auflage 1950

Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Band 1, 1. HB, Berlin 1974

Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Band 1, 1893 bis 1905, Zweiter Halbband, Berlin 1988

Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1974

Luxemburg, Rosa: Le Socialisme en France 1898–1912, Paris 1971

Martin, Constant / Michel, Louise: Inquisition et antisemitisme: Résumé de l'histoire Juive: Commentaires sur le Mouvement Antisémite, Paris 1898

Mehring, Franz: Aus dem literarischen Nachlass von Karl Marx und Friedrich Engels 1841–48, Erster Band, 1902, Berlin 1923, 4. Auflage

Mehring, Franz: Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland, 1897, Erster Teil, Berlin 1960

Moses, Dr. Julius (Hrsg.) „Die Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage", veranstaltet von Dr. Julius Moses, Leipzig/Berlin 1907

Mümken, Jürgen / Wolf, Siegbert (Hrsg.): Antisemit, das geht nicht unter Menschen. Anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und Israel. Band 1: Von Proudhon bis zur Staatsgründung, Lich/Hessen, 2013

Museum der Arbeit Hamburg (Hrsg.) Arbeiter und Revolutionäre, die jüdische Arbeiterbewegung, Hamburg 1998

Poliakov, Leon: Geschichte des Antisemitismus, VII. Zwischen Assimilation und „jüdischer Weltverschwörung", Frankfurt 1989

Politt, Holger (Hrsg.): Rosa Luxemburg: Nach dem Pogrom – Texte über Antisemitismus 1910/11, Potsdam 2014

Protokoll des Internationalen Arbeiter-Kongresses in Paris, abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889, Nürnberg 1890

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1894 bis 1914

Redaktionskollegium: Die Geschichte der Zweiten Internationale, Band 1, Moskau 1983

Schubbert, Christian: Die Rezeption des Antisemitismus in der Deutschkonservatien Partei in der Caprivizeit (1890–1894), Hamburg 2001

Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1895

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1903

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1901

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1910

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Berlin 1912

Stillmann, Yankl: Ab. Cahan Meets Friedrich Engels, 7.12.2008, https://jewishcurrents.org/ab-cahan-meets-friedrich-engels/

Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel (16.–22. August 1891), Berlin 1893

Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongresses zu London vom 27. Juli bis 1. August 1896, Berlin 1896

Wawrzyn, Heidemarie: Vaterland statt Menschenrecht – Formen der Judenfeindschaft in den Frauenbewegungen des Deutschen Kaiserreiches, Marburg 1999

Weisweiler, Eva, Lady Liberty, Das Leben der jüngsten Marx-Tochter Eleanor, Hamburg 2018

Wistrich, Robert S.: Revolutionary Jews from Marx to Trotsky, London 1976

Zetkin, Clara: Helphand Parvus, in: Die Kommunistische Internationale, Heft 1, Januar 1925, S. 76–91

Im Internet zugängliche Zeitungen und Zeitschriften

Über das Digitalisierungsprojekt Compact Memory der Universitätsbibliothek Frankfurt am Main (https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/): „Allgemeine Zeitung des Judentums“ , „C.V.-Zeitung“, „Im deutschen Reich“ , „Israelitische Rundschau“, „Jüdische Rundschau“ , „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“

Über die Homepage der Friedrich-Ebert-Stiftung https://fes.de: „Vorwärts“, „Sozialistische Monatshefte“ und „Neue Zeit

„Der Wahre Jacob“ (http://www.der-wahre-jakob.de)

„Süddeutscher Postillion“ (https://haab-digital.klassik-stiftung.de)

„Die Fackel“ (https://fackel.oeaw.ac.at)

Bisher erschienene Ausgaben der RotFront

Nr. 1, Januar 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 1:
Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Resolution 2:
Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution

Resolution 3:
Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus (Teil I)

Zur Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus

Die Einverleibung der DDR – Raub und Betrug des west/deutschen Imperialismus

Karl Marx:
Krieg den deutschen Zuständen
Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie

156 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 2, Juli 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 3:
Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus (Teil II)

Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung

Resolution 4:
Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

I. Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution
II. Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus
III. Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfes und des bewaffneten Aufstands

W. I. Lenin:
Die Lehren des Moskauer Aufstands

324 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 3, Januar 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:
Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus (Teil I und II)

I. Hauptmerkmale der Kommunistischen Partei

II. Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau der Kommunistischen Partei: Unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus und Kritik/Selbstkritik

J. W. Stalin:
Dem Genossen G. Telija zum Gedenken

266 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 4, Juli 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:
Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus (Teil III)

III. Theorie – Kader – Organisation – die drei grundlegenden Bestandteile des Aufbaus der Kommunistischen Partei

W. I. Lenin:
Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben

318 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 5, Januar 1998

Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949–1974

Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter 1951 • Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952

Kampf auf der Howaldt-Werft 1955 • Streik der Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter 1956/1957

Septemberstreiks 1969 • Pierburg 1973 • Ford 1973 – ohne und gegen die Gewerkschaftsführung

W. I. Lenin:
Über Streiks
Diskussionsbeiträge zu den Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

217 Seiten, 7,70 €

Nr. 6, Juli 1998

Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen

Zum Programm der KPD • Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 31. Dezember 1918

Den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen

Diskussionsbeiträge zu einigen Fragen der Einschätzung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

203 Seiten, Preis 7,50 €

Nr. 7, Januar 1999 (Sondernummer)

Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland und in anderen Ländern von 1984 bis 1997

Zehn Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland 1984–1997

Chronologischer Überblick von Kämpfen der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen in West/Deutschland seit 1947

Anhang

Fünf Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern

238 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 8–10, Juli 2000

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945–46)

Voraussetzungen: Die Verbrechen des Nazifaschismus und ihre Bedeutung für die Linie der KPD/SED

Kritische Einschätzung des KPD-Aufrufs vom 11. Juni 1945

Hauptkettenglied Entnazifizierung – ein Prüfstein

Gründung der SED – Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus

Anhang

15 Artikel zur besseren Einschätzung und zum kritischen Verständnis inhaltlicher Positionen sowie der Politik der KPD/SED vor und nach dem Vereinigungsparteitag

708 Seiten, Preis 25,- €

Nr. 11–14, Juli 2002

Zur „Polemik“ – Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Die Bedeutung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus

Das Schema vom „friedlichen und nichtfriedlichen Weg“ widerspricht dem wissenschaftlichen Kommunismus

Über die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution

Zu den Aufgaben und Zielen der Revolution in abhängigen, in kapitalistisch entwickelten und in sozialistischen Ländern

Zur Geschichte und zur Methode des Kampfes gegen den modernen Revisionismus

Dokument

KP China: Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

628 Seiten, Preis 23,- €

Nr. 15, Juli 2003

Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

I. Überzeugende Argumente für den Kommunismus

II. Lenin über die höhere Phase der Kommunistischen Gesellschaft

III. Grundlegende Merkmale der Kommunistischen GesellschaftTexte von Marx, Engels, Lenin und Stalin

96 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 16–17, Januar 2004

J. W. Stalin

Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

I. Stalins Entwicklung zum führenden Kader der Kommunistischen Partei

II. Stalins herausragende Rolle an der Spitze der KPdSU(B) im Kampf für den Aufbau des Sozialismus und die Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung (1924–1939)

III. Stalins Leistungen in den Jahren 1939–1953

Nach dem Tod Stalins

410 Seiten, Preis 12,50 €

Nr. 18, Oktober 2004

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

Lehren aus dem Ersten Weltkrieg für heute

Wie durch lokale Kriege, imperialistische Diplomatie und nationalistisch-chauvinistische Hetze der Weltkrieg vorbereitet wird

Die Auslösung des Ersten Weltkriegs im August 1914 und die Explosion des deutschen Chauvinismus

Der Erste Weltkrieg als imperialistisches Weltgemetzel und die besonders brutalen Verbrechen des deutschen Imperialismus

Nationaler Befreiungskampf in den Kolonien contra Entfachung von reaktionären Massenbewegungen

Zum Kampf gegen den Ersten Weltkrieg in Deutschland, zur Novemberrevolution und zum Versailler Vertrag

Die Gründung der Kommunistischen Internationale im Kampf gegen die Opportunisten und Sozialchauvinisten

Anhang: Auszug aus der Geschichte der KPdSU(B)

152 Seiten, Preis 6,- €

Nr. 19, Januar 2005

Dokumente der 3. Parteikonferenz von Gegen die Strömung (2004)

Programmatische Grundsatzerklärung:

Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Programmatische Dokumente (Thesen):

I. Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution

II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus

V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Grußadresse an die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen Welt

200 Seiten, Preis 7,50 €

Nr. 20, Juli 2005

Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

I. Enver Hoxha im Kielwasser der modernen Revisionisten: ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution

II. Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus

III. Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus

IV. Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs,der KP Chinas und der chinesischen Revolution

264 Seiten, Preis 12,50 €

Nr. 21, Januar 2006

Die revisionistischen Angriffe gegen den dialektischen Materialismus zurückschlagen

Zu einigen wesentlichen Angriffen der modernen Revisionisten gegen Stalins Werk „Über dialektischen und historischen Materialismus“

Die kommunistischen Ansichten Mao Tsetungs über den dialektischen Materialismus gegen den modernen Revisionismus prinzipienfest auswerten

98 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 22, Juli 2006

Der Krieg des deutschen Nazi-Faschismus gegen die sozialistische Sowjetunion (Juni 1941–Mai 1945)

A. Der Überfall des imperialistischen Nazi-Deutschland auf die damals sozialistische Sowjetunion am 22. Juni 1941

B. Das Scheitern der „Blitzkriegsstrategie“: „Vor Moskau muss die Zerschlagung der faschistischen deutschen Eindringlinge beginnen!“ (Juni 1941–November 1942)

C. Der Beginn der Zerschlagung der Nazi-Armee: „Es ist an der Zeit, mit dem Rückzug Schluss zu machen. Keinen Schritt zurück!“ (1942/43)

D. Nazi-Verbrechen in der Sowjetunion 1941–1944

E. Die „Zehn Schläge“ der Roten Armee zusammen mit den Partisaninnen und Partisanen zur Befreiung der Völker der Sowjetunion und Osteuropas von den Nazi-Mördern (1944)

F. Die Zerschlagung der nazi-faschistischen Machtzentren im Kampf um Berlin: „Ein rasender Hund ist auch noch im Verenden gefährlich!“ (1945)

G. Faktoren für den Sieg der Diktatur des Proletariats unter Führung Stalins

155 Seiten, Preis 8,- €

Nr. 23–25, 2007/2008

Mao Tse-tung – seine Verdienste – seine Fehler

Teil 1 Grundlegende Positionen zu Fragen der proletarischen Weltrevolution und der internationalen Lage

Teil 2 Grundlegende Positionen zu Fragen der chinesischen Revolution

Teil 3 Über einige Positionen Mao Tse-tungs zur Kommunistischen Partei und zum innerparteilichen Kampf

Teil 4 Der Klassenkampf für die Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats und der ideologische Kampf innerhalb und außerhalb der KP Chinas 1949–1965.
Die Schriften Mao Tse-tungs 1950–1976 und der sogenannte „Band V“

608 Seiten, Preis 25,- €

Nr. 26–27, 2009/2010

Theoretische und politische Fragen des Zweiten Weltkriegs

Das Dokument „Geschichtsfälscher“, Moskau 1948, ist vollständig erhalten

Zur Theorie des Imperialismus und der proletarischen Revolution, zu besonderen Aufgaben des Sozialismus in einem Land und komplizierten Fragen der Einschätzung des Charakters des Zweiten Weltkriegs

Schwierigkeiten der sozialistischen Außenpolitik im Kampf für die Existenz der Diktatur des Proletariats (Kurzer Überblick 1918–1952)

Die richtige taktische Linie der KPdSU(B) während der besonderen Zwischenetappe von August 1939 bis Juni 1941 gegen antikommunistische Verleumdungen verteidigen!

Vorteile und Hauptprobleme der Anti-Hitler-Koalition für die UdSSR und die kommunistische Weltbewegung

248 Seiten, Preis 14,- €

Nr. 28 (2015)

Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft

Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45)

I. Stellungnahme zu Karl Marx' Kritik an Bruno Bauers judenfeindlichen Schriften von 1844

II. Referate zur Vertiefung

A. Wie Marx und Engels rückblickend die Schwächen ihrer ersten Schriften einschätzten

B. Vorgeschichte und Geschichte der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“

C. Kommunistische Haltung zu Religion und Religionskritik

Anhang

Zur Publikations- und Rezeptionsgeschichte der Schrift „Zur Judenfrage“ von

Karl Marx – ein Literaturbericht

201 Seiten • 12,- €

Nr. 29 (2016)

Von Alcatel bis Opel Bochum:
Wichtige Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland 1999–2013

I. Grundsätzliches vorab

II. Wichtige Kämpfe 1999–2013

I. Grundfragen des Kampfes

Anhang

Zur sozialen Lage der proletarischen Klasse und anderer ausgebeuteter Werktätiger in Deutschland – Schlaglichter zur Realität und Aspekte zur Klassenanalyse

174 Seiten • 12,- €

Nr. 30 (2017)

Zur Diskussion gestellt: **Grundfragen im Kampf für die sozialistische Revolution und den Kommunismus**

I. Warum wissenschaftlicher Kommunismus?

II. Der Kapitalismus

III. Der Imperialismus, das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus, und die proletarische Revolution

IV. Das Proletariat ist die einzig wirklich konsequent revolutionäre Klasse• Die Bedeutung und Gefahr einer bestochenen Schicht der proletarischen Klasse (sogenannte Arbeiteraristokratie)

V. Der Kommunismus

VI. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution zur Erkämpfung der Diktatur des Proletariats und des Kommunismus

VII. Zur Notwendigkeit einer Kommunistischen Partei und des Kampfs gegen Opportunismus und Revisionismus

178 Seiten • 8,- €

Nr. 31 (2017)

Zur Diskussion gestellt: **Grundfragen der Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland**

Aufgaben und Probleme des Kampfs gegen den deutschen Imperialismus

I. Der proletarische Internationalismus als Voraussetzung für die sozialistische Revolution in Deutschland

II. Der Kampf gegen den deutschen Imperialismus als imperialistische Großmacht

III. Ökonomische Kämpfe, der Kampf gegen Faschisierung und gegen die Gefahr einer offenen Diktatur der Bourgeoisie

IV. Kampf gegen „Teile und Herrsche“ als Voraussetzung einer siegreichen sozialistischen Revolution

V. Kampf gegen alle Varianten des Antikommunismus

120 Seiten • 5,- €

Nr. 32 (2017)

Zur Diskussion gestellt: **Grundzüge der Entwicklung des Weltimperialismus und der Klassenkämpfe (1900– 2010)**
Ein erster Überblick

I. Zur Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus bis zum Beginn der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution

II. Zur internationalen Lage – vom Beginn der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution bis 2010

A. 1900 bis September 1917: Von der Entstehung des Imperialismus bis vor die Oktoberrevolution in Russland 1917

B. Oktober 1917 bis 1955: Vom Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 bis kurz nach dem Tod Stalins

C. 1956 bis 2010: Von der gigantischen Niederlage der kommunistischen Weltbewegung 1956 bis 2010

245 Seiten • 10,- €

Nr. 33 (2017)

Zur Diskussion gestellt:
Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus und der Klassenkämpfe (1900–2010)
Ein erster Überblick

Zur Vorgeschichte des deutschen Imperialismus

I. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus (1900 bis zur Oktoberrevolution 1917)

II. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus (vom Sieg der Oktoberrevolution 1917 bis 1955)

A. Der deutsche Imperialismus und die Klassenkämpfe 1917–1923

B. Der Aufstieg des Nazi-Faschismus in Deutschland

C. Die Verbrechen des deutschen Imperialismus (1933–1945)

D. Nach 1945

III. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus – ab dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956 bis 2010

IV. Zur Lage in Deutschland und zur weiteren weltweiten Expansion des deutschen Imperialismus von 2010 bis 2015

Fazit: Der deutsche Imperialismus, eine besonders aggressive imperialistische Großmacht

245 Seiten • 10,- €

Nr. 34 (2018)

Zur Diskussion gestellt:
Programmatische Kernpunkte im Kampf für die sozialistische Revolution und den Kommunismus

I. Kampf für die sozialistische Revolution und den Kommunismus

II. Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland

Aus der Geschichte lernen!

50 Seiten • 2,- €

Nr. 35 (2020)

Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Reuchlin bis Rosheim
(11. Jahrhundert bis Anfang des 18. Jahrhunderts)

I. Zur gesellschaftlichen Realität

II. Zentrale Propagandisten der Judenfeindschaft und Vorkämpfer gegen die Judenfeindschaft

200 Seiten • 10,- €

Nr. 36 (2020)

Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Lessing bis Wilhelm von Humboldt
(Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1812)

190 Seiten • 10,- €

Nr. 37 (2020)

Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Saul Ascher bis Heinrich Heine
(1812 bis 1843)

184 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 38 (2021)

Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel Rede 1893
(1848 bis 1893)

I. Zur ökonomischen und politischen Lage und der Entstehung und Entwicklung der organisierten proletarischen Bewegung 1848 bis 1895

II. Judenfeindschaft 1848 – 1893 und der Kampf der jüdischen Aktivisten und nichtjüdischer bürgerlich-demokratischer Kräfte

III. Der theoretische und politische Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft – Stärken und Schwächen

IV. Die Praxis: Handfeste Gegenwehr, klare praktische Statements

V. Schlussfolgerungen

Beiträge zur Vertiefung

740 Seiten • 25,- €

Nr. 39 (2022)

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in Deutschland (1894 bis 1914)

Teil 1

Voraussetzungen für den Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft in Deutschland

I. Zur ökonomischen und politischen Lage und zur Entwicklung der organisierten proletarischen Bewegung 1894 bis 1914

II. Judenfeindschaft 1894 bis 1914

III. Der Kampf jüdischer Organisationen und nichtjüdischer bürgerlich-demokratischer Kräfte

IV. Zusammenfassende Schlussfolgerungen

Beiträge zur Vertiefung

310 Seiten • 14,- €

14 €